This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

E 39339

Teutſche Staatskanzley.

Von

D. Johann Auguſt Reuß,

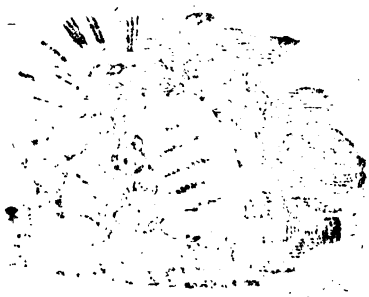
Herzogl. Würtemberg. Regierungsrath, und Lehrer des teutſchen Staatsrechts an der Karlshohenſchule zu Stuttgardt.

XX. Theil.

Ulm, 1788

auf Koſten der Stettiniſchen Handlung.

TX 681
R48



Inhalt
des zwanzigſten Theils.

I.) Von den wechſelſeitigen von der Erbſchaft des verſtorbenen Kurfürſten zu Kölln und Biſchofs zu Paderborn Klemens Auguſt herrührenden Forderungen des Hochſtifts Paderborn an Kurkölln und des Kurfürſten zu Kölln an das Hochſtift und die Landſtände zu Paderborn, auch dem Päderbornſcher Seits in dieſer Sache ergriffenen Rekurs. S. 1.

1) Schreiben des Herrn Fürſtbiſchofs zu Paderborn an die Reichsverſammlung vom 15. Jul. 1786. und dict. 12. Jan. 1787. S. 12.

2) Promemoria zu Begründung des Recurſes S. 16. mit einigen Beilagen.

II.) Von der Moderation des Gräflich-Wertheimiſchen Matrikularanſchlags bey dem Fränkiſchen Grafencollegio, und der hiebey in Vorwurf gekommenen Frage: ob die

Kraismoderation auch die Moderation in Ansehung der Beiträge zur Kollegialkasse bewirke? S. 45. mit folgenden Beilagen:

1) Gräflich-Löwenstein-Wertheimisches Vorstellungsschreiben an das hohe Directorium und die sämtlichen Mitglieder des Fränkischen Grafen-Collegii, die aus Rechtsgründen verlangte Moderation des Wertheimischen Matricularanschlags betreffend vom 26. Jul. (8 Aug.) 1786. S. 52.
   a) Auszug Mergentheimer Grafentagsabschieds vom J. 1595. S. 63.
   b) Auszug aus dem Grafentagsprotocoll von 1729. S. 65.
   c) Auszug aus dem Grafentagsreceß von 1729. S. 66.
   d) Auszug aus dem Grafentagsreceß von 1735. S. 68.

2) Gräflich-Fränkisches Directorialcircularschreiben des Herrn Fürsten zu Hohenlohe-Ingelfingen vom 6. Sept. 1786. S. 68.

3) Nachtrag der Grafen zu Löwenstein-Wertheim zu obgedachter Vorstellung an das hohe Directorium vom 28. Dec. 1786. S. 71.

4) Gräflich-Fränkisches weiteres Directorialschreiben vom 29. Jan. 1787. S. 74.

5) Kastel-Remlingisches Votum in dieser Sache, vom 27. Jänner 1787. S. 75.

6) Gräflich-Erbach-Erbachisches Votum vom 19. Febr. 1787. S. 80. samt einigen merkwürdigen

würdigen Auszügen aus den Grafentagsabſchieden von 1577. 1583. und 1712. S. 77.

III.) Von Wiederersetzung der zweyten Syndicatsſtelle der Reichsſtadt Reutlingen. S. 88. mit beygefügtem Promemoria des Lt. Jezers. S. 91. und der Auszüge aus dem Reichshofräthlichen Protocollo rerum reſolutarum S. 103.

IV.) Von dem Rangſtreit der alternirenden altweltfürſtlichen Häuſer mit den evangeliſchen Biſchöffen, S. 105. nebſt eingerücktem unmasgeblichem Vorſchlag 1786. S. 109.

V.) Von Hemmung der Fränkiſchen Kraisverſammlung durch den Streit über die Religionseigenſchaft der Hohenlohe-Waldenburgiſchen Kraisſtimme. S. 114. mit *eingerücktem* Schreiben des Hochfürſtlich-Brandenburg-Onolzbachiſchen geheimen Miniſterii an den Herrn Fürſten zu Bamberg vom 1. Febr. 1787. S. 116. *)

*) Wiederholte Vorſtellungen des Hochfürſtlich-Brandenburgiſchen Hofes haben inzwiſchen die erwünſchte Wirkung gehabt, daß der fränkiſche Kraistag auf den 18. Sept. 1787. ausgeſchrieben und den 20. Sept. wirklich eröfnet worden iſt.

VI.) Von dem Gränz- und Tauſchvertrag zwiſchen der Krone Frankreich und dem Herzoglichen Hauſe Wirtemberg.

1) Schreiben des Herzogs zu Würtemberg an die allgemeine Reichsverſammlung vom 28. Dec. 1786. und dict. 26. März 1787.

2) Schlußvertrag zwiſchen des Königs von Frankreich Maj. und Sr. Herzogl. Durchl. zu Würtemberg, die Gränzen der gefürſteten Grafſchaft Mömpelgart betreffend. S. 121.

VII.) Brandverſicherungsproject einiger Schwäbiſchen Reichsſtädte. S. 170.

VIII.) Vergleich zwiſchen dem Fürſtbiſchof und dem Domkapitel zu Osnabrück über einige Gegenſtände der Religionsverfaſſung.

1) Geſandtſchaftspromemoria de dict. 31. Jul. 1787. S. 192.

2) Abdruck des Vergleichs vom 29. Dec. 1786. S. 201.

3) Fürſtlich-Osnabrückiſche Vollmacht vom 26. Nov. 1786. S. 219.

4) Domkapitliſche Vollmacht vom 26. Oct. 1786. S. 219.

IX.) Von dem Ende des Gräflich-Limburg-Pükleriſchen Vormundſchaftsſtreits und dem Anfang eines wichtigen Limburgiſchen Erbfolgeproceſſes. S. 225.

1) Promemoria in Sachen die minderjährige Erbgräfin Karoline Sophie Louiſe von Pükler und Limburg betreffend. S. 233.

2) Kammergerichtliche Urthel vom 23. Dec. 1786. S. 245.

3) Kam-

3) Kammergerichtliche Urtel vom 23. May 1787. S. 246.

* Die in dem neuen Proceß inzwiſchen ergangene anſergerichtliche Erkenntniſſe des Kammergerichts werden im nächſten Bande nachfolgen.

X.) Merkwürdige Urkunden, die Coſtanziſchen Diöceſanrechte im Oeſterreichiſchen betreffend. S. 248.

1.) Vorſtellung des Fürſtbiſchofs zu Coſtanz an Se. Majeſtät den Kaiſer vom 1. März 1787. S. 250.

2.) Schreiben des Fürſtbiſchofs zu Coſtanz an den Kurfürſten zu Maynz um Unterſtützung an dem Kaiſerlichen Hof vom 3. März 1787. S. 252.

3.) Schreiben des Kurfürſten zu Maynz an des Kaiſers Majeſtät über dieſen Gegenſtand vom 17. Apr. 1787. S. 257.

XI.) Neueſte Schickſale der Päbſtlichen Nunciaturen in Teutſchland.

A.) Geſchichte derſelben. S. 273.

B.) Urkunden, dieſe Nunciaturſtreitigkeit betreffend.

1) Promemoria des Fürſtbiſchöflich-Freyſingiſchen Agenten zu Rom. S. 330.

2) Promemoria des Erzbiſchöflich-Salzburgiſchen Agenten in Rom an Sgn. Frederici Secretario della Cifra vom 6. May 1785. S. 331.

3) Päbſtliche Antwort auf das Salzburgiſche Promemoria. S. 333.

4) Päbstliche Antwort auf das Freyſingiſche Promemoria. S. 334.

5) Päbstliche Antwort auf das zweyte Promemoria des Kurfürſtlich-Maynziſchen Agenten. S. 335.

6) Kurtrieriſches Schreiben an den Kurfürſten von der Pfalz vom 27. Jun. 1785. S. 336.

7) Antwort des Kurfürſten von der Pfalz an Kurtrier vom 12. Jul. 1785. S. 337.

8) Schreiben des Kurfürſten zu Maynz an Seine Majeſtät den Kaiſer vom 22. Sept. 1785. S. 339.

9) Kaiſerliches Schreiben an den Kurfürſten zu Maynz, und die übrigen Erzbiſchöffe vom 12. Okt. 1785. S. 343.

10) Schreiben des Herrn Nuncius Zoglio an die Erzbiſchöffe und Biſchöffe ſeines Nunciaturbezirks vom 28. May 1786. S. 346.

11) Päbstliches Creditiv für den Herrn Nuncius Zoglio vom 10. Dez. 1785. S. 347.

12) Schreiben des Kardinal-Staatsſekretairs Boncompagni vom 16. Dez. 1785. S. 348.

13) Verordnung der Kurfürſtlich-geiſtlichen Kanzley zu München, die neuerrichtete Nunziatur betreffend, vom 24. Sept. 1786. S. 349.

14) Verordnung der Bayriſchen Regierung zu Amberg über dieſen Gegenſtand vom 18. Nov. 1786. S. 350.

15) Com-

15) Commiſſorium des Nuncius Zoglio, worinn er Herrn von Roberts zum Nunciatur-Commiſſarius für die Herzogthümer Jülich und Bergen ernennt, vom 11. Okt. 1786. S. 351.

16) Reſcript des Kurfürſten von der Pfalz an die Kurpfälziſche Regierung und mut. mut. an den Jülich- und Bergiſchen Geheimen Rath, die Aufſtellung des Kurpfälziſchen geheimen und geiſtlichen Adminiſtrations-Raths von Herrling, als Commiſſarius nunciaturæ in den Pfälziſchen und des Roberts in den Jülich- und Bergiſchen Landen, vom 3. Nov. 1786. S. 352.

17) Schreiben des Pabſts Pius VI. an den Fürſtbiſchoff zu Freyſingen vom 18. Okt. 1786. S. 354.

18) Schreiben des Kurfürſten zu Trier an den Nuncius zu Kölln vom 18. Jan. 1786. S. 363.

19) Antwort des Nuncius an den Kurfürſten. S. 365.

20) Antwortſchreiben des Kurtrieriſchen Miniſtres an den Kölniſchen Nuncius Belliſoni vom 13. März 1786. S. 370.

21) Schreiben des Kurfürſten zu Kölln an den Nuncius zu Kölln die von dieſem vorgenommene Ehedispenſation des Prinzen von Hohenlohe-Bartenſtein und der Gräfin

von Blankenheim betreffend, vom 27. Nov. 1786. S. 373.

22) Schreiben des Kurfürsten zu Kölln an seinen Agenten zu Rom, Marquis d'Antici vom 27. Nov. 1786. S. 375.

23. Cirkular des Nuncius Pacca zu Kölln, die Dispensationen in Ehehindernissen betreffend vom Dez. 1786. S. 376.

24) Verordnung des Köllnischen Vikariats vom 19. Dez. 1786. S. 380.

25) Verordnung des Trierischen Vikariats in eben dieser Sache vom 20. Dez. 1786. S. 381.

26) Verordnung des Maynzer Vikariats, dieses Cirkular betreffend vom 21. Dez. 1786. S. 383.

27) Schreiben des Officialats zu Coblenz an den Erzbischoff Pacca vom Dec. 1786. S. 385.

28) Reichshofrathserkenntnisse vom 27. Febr. 1787. die Päbstliche Nunziaturen im Reich, besonders die von den Nuntien zu München und Kölln neuerlich gewagte Eingriffe betreffend. S. 386.

29) Billet des Kardinal-Staatssekretairs Boncompagni an den Kurkölnischen Geschäftsträger Marquis d'Antici vom 23. Dec. 1786. S. 390.

30) Päbstliches Breve an den Kurfürsten zu Kölln, vom 10. Jenner 1787. S. 393.

31) Antwort des Kurfürſten zu Cölln auf vorſtehendes Breve, d. d. Bonn, 2. April 1787. S. 407.

XII.) Von dem Rechtsſtreit des Freyherrn von Moſer wider ſeinen geweſenen Landesherrn, den Landgrafen zu Heſſen-Darmſtadt. S. 412.

1) Reichshofraths-Concluſum vom 28. Jun. 1787. S. 418.

2) Schreiben des Herrn von Moſer an den regierenden Herrn Landgrafen zu Heſſen-Darmſtadt vom 16. Aug. 1787. S. 420.

3) Reichshofraths-Concluſum vom 2. October 1787. S. 422.

XIII.) Kammergerichtliche Straf- und andere nachdrückliche Urtheile wider den Herrn Fürſtbiſchof zu Speier durch Proceſſe über die Rechte der Ausbürger veranlaßt. S. 423.

1) Sententia 16. Jun. 1787. S. 431.

2) Sententia 16. Junii 1787. S. 433.

3) Sententia 16. Junii 1787. S. 436.

XIV.) Vermiſchte Nachrichten von teutſchen Staatsangelegenheiten.

1) Nachtrag zu der Nunciaturſache. S. 439.

2) Fiſcaliſcher Proceß gegen Heſſenkaſſel. S. 443.

3) Schadenserſatz wegen der Heſſiſchen Beſitznehmung. S. 444.

4) Er-

4) Erneuerter Proceß des Gräflich Reichserbtruchſeſſiſchen Hauſes gegen das fürſtliche Haus Fürſtenberg. S. 445.

5) Wehrt des Comitivadels in den Oeſterreichiſchen Staaten. S. 449.

6) Uebereinkunft wegen dem Abzug zwiſchen Oeſterreich und Preuſen. S. 450.

7) Reutlingiſche Syndicatſache. S. 451.

8) Tod des Kurſächſiſchen Miniſtre-Reſident zu Wien, ohne reichshofräthliche Sperre. S. 452.

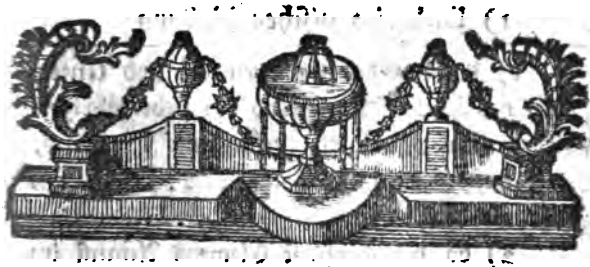
9) Ausdehnung des Herzoglich-Bairiſchen Privilegii de non appellando. S. 453.

10) Veränderung in dem Ceremoniel am Kaiſerlichen Hof, auch bey Thronbelehnungen. S. 454.

11) Freyherr von Ditmar in ſeinem Unglück S. 456.

12) Fortſetzung des Schaurothiſchen Werks von Herrich. S. 460.

Erſter



Erſter Abſchnitt.

Von den wechſelſeitigen von der Erbſchaft des geweſenen Kurfürſten zu Cöln und Biſchofs zu Paderborn Clement Auguſt herrührenden Forderungen des Hochſtifts Paderborn an Kurcöln und des Kurfürſten zu Cöln an das Hochſtift und die Landſtände zu Paderborn, auch dem Paderbornischer Seits in dieſer Sache ergriffenen Recurs.

Der den 6. Febr. 1761. geſtorbene Kurfürſt Clement Auguſt zu Cöln war bekanntlich auch zugleich Biſchof zu Paderborn. Nach ſeinem Tode machte ſein Nachfolger im Erzſtift und Kurfürſtenthum Cöln, der Kurfürſt Maximilian Friderich, als ſein Erbe, einige nahmhafte Forderungen theils an die Biſchöfliche Kammer, theils an die Landſtände zu Paderborn. Er verlangte nemlich

1) die bey den Eingesessenen und Unterthanen des Hochstifts während des siebenjährigen Krieges im Rückstand gebliebene Einkünfte, welche auf 33839. Reichsthaler 21½. Gr. angesetzt wurden, und

2) da der Kurfürst Clemens August im Jahr 1758. zu Unterhaltung des Paderbornischen Contingents bey der Reichsarmee die Löhnung und übrige Nothwendigkeiten Vorschußweise bezahlt hat, so forderte derselbe zugleich diejenige Kapitalien, welche die Paderbornischen Landstände dafür zu vergüten versprochen haben. Hiezu kommen noch zwey andere Kapitalien, welche das Domkapitel und ein Privatus mit 1167. Rthlr. 20. Groschen schuldig seyn sollen.

Die Forderungen an sich werden, wie es scheint, von Seiten des Hochstifts und der Landstände zu Paderborn nicht widersprochen. Nur wird in Ansehung der ersten behauptet, daß deswegen erst eine nähere Untersuchung und Liquidation der Rückstände vorgenommen werden müsse.

Hingegen wird derselben von der Paderbornischen Hofkammer eine starke Gegenforderung entgegengesetzt und auf das Jus retentionis in Ansehung gedachter Summen Ansprache

ſprache gemacht, weil die Forderungen des Hochſtifts Paderborn an den Erben ſeines geweſenen Biſchofs von der Adminiſtration des Hochſtifs herrühren, und die Rechte jeder Kirche in den Gütern ihres Biſchofs ein ſtillſchweigendes Pfandrecht, als welches das Einbehaltungsrecht begründe, zulegen. Die Paderbornische Forderung beläuft ſich ſamt Zinſen auf 104539. Rthlr. 16. Gr. woran Kurköllnischer Seits nur 19965. Rthlr. 9. Gr. eingeſtanden werden.

Da kein gütlicher Vergleich zu Stande kam, klagte Paderborn ſeine Forderung am Kammergericht ein, und erhielt ſtatt des gebetenen Mandats den 14. Jan. 1784. eine Citation wider den Kurfürſten, das Domkapitul und die Hofkammer zu Köln. Von Köln hingegen wurde wegen ſeiner Forderungen am 18. Oct. 1784. am Reichshofrath ein Mandat ausgewirkt, auf welches auch den 12. Jun. 1786. Paritoria erfolgte.

Wider dieſe Reichshofräthlichen Erkänntniſſe hat nun der Biſchof zu Paderborn mittelſt eines den 15. Jul. 1786. an die Reichsverſammlung erlaſſenen Schreibens und eines demſelben beygefügten Promemoria, unter dem Titel:

Promemoria, worinn bewiesen wird, daß von dem hochpreislich Kaiserl. Reichshofrath in Sachen Kurköln und des Testaments-Executorii weil. Ihro Kurfürstl. Durchl. Clement August wider den Herrn Fürstbischoffen das Domkapitel und Landstände zu Paderborn, die von Seiten Ihro Hochfürstl. Gnaden zu Paderborn wider das erkannte Mandatum S. C. vorgeschützte Einreden, insonderheit aber fori prævenii, et primæ instantiæ ohne Veranlassung einer allgemeinen Reichsbeschwerde nicht verworfen werden können, mit Beilagen A. B. C. D. E. F. fol. 21. S.

den Recurs ergriffen, und solchen darauf gegründet, daß

1) die genaue Verbindung, worinn beiderseitige Forderungen miteinander stehen, eine wahre Continentiam causlæ oder Connexitatem causarum, welche beide Ausdrücke von dem Verfasser des Promemoria, als gleichbedeutend gebraucht worden, begründe, diese aber Præventionem fori wirke, und daher der Reichshofrath die eingewandte Exceptionem fori nicht hätte verwerfen sollen.

2) Daß der Reichshofrath in Absicht auf die Forderung an die Landstände nicht competen-

ter

ter Richter ſey, ſondern dieſe vor dem Paderbornischen foro als ihrer erſten Inſtanz hätten belangt werden ſollen, folglich der Reichshofrath durch ſeine Erkänntnis ein wichtiges Territorialrecht das Jus de non evocando verletzt habe:

3) Daß der Reichshofrath auf eine illiquide und unrichtige Forderung, und ungeachtet die Schuldverſchreibung clauſulam executivam nicht enthalte, dennoch ein Mandatum S. C. erkannt, auch

4) das heſſegegründete Retentionsrecht übergangen.

Folglich mehr als eine gemeinſame Beſchwerde veranlaßt habe; wie aus dem angeführten Promemoria ausführlicher zu erſehen iſt, welches nebſt dem Recursſchreiben den 12. Jan. 1787. durch die Dictatur bekannt gemacht worden iſt.

Da das Recurspromemoria nicht groß iſt, und daher nicht wohl einen Auszug zuläßt: ſo will ich es hier ganz einrücken.

Die Sache läßt ſich, ohne den hohen Gegentheil gehört zu haben, noch nicht gründlich beurtheilen.

Inzwiſchen kann ich mich, nach dem eigenen Paderbornischen Promemoria, von dem

Gründe einer behaupteten Connexitatis causarum nicht überzeugen. Daß die beiderseitige Forderungen an sich betrachtet, keine innere Verbindung unter sich haben, so, daß eine ohne die andere nicht beurtheilt werden könnte, ist wohl nicht zu widersprechen. Die sämtliche Paderbornischen Forderungen können aufs gründliche beurtheilt werden, wenn man auch von den gegenseitigen nicht das geringste weiß, und diese ebenfalls, ohne von jenen das mindeste zu wissen. Innere Verbindung, die in der Natur oder Beschaffenheit dieser beiderseitigen Forderungen ihren Grund hätte, ist also offenbar keine vorhanden. Die Art, die Sache vorzustellen, wie §. 16. und 17. geschehen ist, ist zwar dem ersten Anblick nach täuschend, hält aber meines Erachtens ebenfalls nicht Stich. Der Grundsatz:

> daß ein Erbe, der eine Erbschaft in Anspruch nehme, die darauf haftende Schulden erst bezahlen müsse, ehe und bevor er sich deren bemächtigen könne, weil eine Erbschaft ohne Abzug der Schulden nicht denkbar sey"

ist unrichtig, weil ein Erbe vor dem Antritt der Erbschaft unmöglich eine Verbindlichkeit zu Bezahlung der Schulden haben kann, da

die

die Verbindlichkeit ſich auf den Antritt der Erbſchaft gründet. Denn eben wegen dem Antritt der Erbſchaft wird der Erbe, wie die römiſchen Geſetze reden, *quaſi ex contractu* verbunden, in die Verbindlichkeiten des Verſtorbenen einzutretten, und dieſelbe zu übernehmen. Indem er aber die Erbſchaft antritt, bemächtigt er ſich ja derſelben. Folglich geht die Bemächtigung der Erbſchaft der Bezahlung der Schulden immer voran. Es iſt aber auch hier nicht von der Bemächtigung der Erbſchaft des verſtorbenen Kurfürſten Klement Auguſt die Frage. Dieſe iſt ohne Zweifel gleich nach deſſen Tode ruhig vor ſich gegangen. Es iſt nur von einigen zu dieſer längſt angetrettenen Erbſchaft als einer *univerſitate jurium et obligationum* gehörigen einzelnen Forderungen die Frage.

Wenn daher auf dieſen irrigen Grundſatz im §. 17. der Schluß gebaut wird:

„Iſt aber die Gegenſeite dieſe Schulden zuvorderiſt zu bezahlen verbunden, und ſtehen dieſe mit der Erbſchaft in einer unzertrennlichen Verbindung, ſo geſtattet die Eigenſchaft der Sache nicht, daß die Erbſchaft von den Schulden, und dieſe von jener getrennt und an zweyen beſondern

Gerichten darüber erkannt werde. Nach rechtlicher Ordnung machen die disseitigen Forderungen in gegenwärtigem Fall gleichsam eine quæstionem præjudicialem aus u. s. w."

und wenn daraus sodenn weiter gefolgert wird, daß also diese zuerst berichtiget werden müsse, ehe über die Kurkölnische Ansprüche erkannt werden könne, und daß also die Connexität der Sache klar am Tage liege: so kann ich mich freilich hievon eben so wenig, als von dem unrichtigen Vordersatz, auf dem er ruht, überzeugen.

Die Verbindung der beiderseitigen Forderungen ist in der That keine andere, als diejenige, welche durch Compensations- oder Retentionsrecht begründet werden kann. Auf Compensationsrecht macht der Paderbornische Schriftsteller selbst nicht Anspruch und konnte ihn nicht wohl machen, da die Paderbornische Forderungen noch Gegenstand eines gerichtlichen Processes sind. Auf das Retentionsrecht hingegen wurde wirklich nicht nur Anspruch gemacht, sondern auch diese Exception am Reichshofrath wirklich eingewendet, von diesem höchsten Gerichtshofe aber nicht Rücksicht

ſicht darauf genommen. a) In dem Recurs-

A 5 prome-

a) Vielleicht hätte man Paderbornischer Seits beſſer gethan, wenn man die behauptete Connexitatem cauſſarum auf dieſes Retentionsrecht gegründet und die Sache alſo vorgeſtellt hätte: Die Kurkölniſcher Seits eingeklagte Forderungen gehören zur Vermögensmaſſe des verſtorbenen Kurfürſten, auf welcher dem Hochſtift wegen verſchiedener am Kammergericht ſchon eingeklagter Poſten das Unterpfands- und eben deswegen auch das Retentionsrecht gebühre, und reichen nicht einmal hin, um ſich wegen ſolcher vollſtändig daran halten zu können. Nun widerſpreche man zwar Kurkölniſcher Seits die Liquidität dieſer Forderungen. Da aber der bloſe Widerſpruch eines Schuldners eine Forderung an ſich nicht illiquid mache, ſo komme es bey Beurtheilung dieſer Einwendung des Retentionsrechts auf gerichtliche Erkänntnis an, ob jene Forderungen des Hochſtifts an den Erben des verſtorbnen Biſchofs illiquid oder wenigſtens in continenti und eben ſo ſchnell, als die Anſprüche der Erben, zu liquidiren ſeyen. Da nun dieſe gerichtliche Erkänntnis wegen des darüber vor demſelben ſchon anhängigen Proceſſes dem Reichskammergericht zuſtehe, ohne ſolche aber die wider das Hochſtift angebrachte Klage wegen der demſelben zuſtehenden rechtlichen Einwendung gar nicht beurtheilt werden könne: ſo ſey offenbar der Fall vorhanden, da dieſe Klage ob connexitatem mit einer am Kammergericht ſchon anhängigen Sache an dieſes andere höchſte Reichsgericht verwieſen werden müſſe u. dgl. Hiebey käme es, da die beiderſeitige Klagen ohne Anſtand abgeſondert

promemoria wird daher auch dieſes Umſtands als einer Beſchwerde Erwähnung gethan. Inzwiſchen ſcheint mir doch auf dieſen Umſtand keine gemeine Beſchwerde gegründet werden zu können. Denn daß die theoretiſche Rechtsfrage, auf die es dabey ankömmt, unter den Rechtsgelehrten ſtrittig ſey, erkennt der Verfaſſer der Recursſchrift ſelbſt. Wenn nun von zweyen einander entgegenſtehenden Meynungen der Rechtsgelehrten der Reichshofrath die Gründe für diejenige Meynung, die izt zufälliger Weiſe Paderborn nicht günſtig iſt, überzeugender gefunden hat, als die Gründe für die andere Meynung: ſo mag zwar immerhin der Paderborniſche Schriftſteller nach ſeiner Ueberzeugung ſolches für unrecht halten, eine gemeine Beſchwerde geſamter Reichsſtände aber läßt ſich doch ſchlechterdings nicht daraus herleiten.

Ob

dert von einander beurtheilt werden können, auf die rechtliche Frage an: ob die Connexitas cauſarum auch dadurch begründet werden könne, wenn eine wider eine Klage zuſtehende Exception des Beklagten mit einer vor einem andern Gericht ſchon anhängigen Sache wahrhaftig connex iſt, und, ob, um deswillen die Verweiſung an das in Anſehung dieſer Sache prävenirte Gericht mit Recht verlangt werden könne.

Ob aber der Reichshofrath nicht in so fern zu weit gegangen sey, daß er 1) in einer Sache, die blos einige Schuldforderungen betrift, welche, wie Paderbornischer Seits behauptet wird, weder schon ganz liquidirt, noch durch clausulas executivas in den Schuld- und Pfandverschreibungen zum Mandatsproceß geeigenschaftet sind, gleichwohl ein Mandatum S. C. erkannt, b) und 2) seine Verordnung, mit Verletzung des Juris de non evocando, auch auf eine Schuldforderung wider die Paderbornischen Landstände, welche ihre erste Instanz vor der Territorialgerichtsbarkeit ihres Landesherrn haben, ausgedehnt habe, das ist eine andere Frage, über welche ich mir aber, ohne die Gründe des hohen Gegen-

b) Ungeachtet im Dep. R. 1600. §. 33. 34. und im Conc. der RGO. II. Th. tit. 25. §. 7. 8. ausdrücklich verordnet wird: „Wenn in einer Schuldverschreibung „der Execution nicht gedacht, sondern andere kräftige und kündige Anhänge mit einverleibtem ausdrücklichem Juramento gesetzt; wollen wir, daß „solches — viam executivam nicht verursachen, noch „deswegen Mandata S. C. zu erkennen — — Ebenermaßen sollen die Confessiones und Instrumenta, so „der Schuldner nach aufgerichteter Verschreibung von „sich gegeben, darinn er der Schuld extrajudicialiter geständig, ob sie schon wiederholt und gemindert, nicht vor genugsam gehalten, aber Mandata „S. C. darauf erkannt werden.

Gegentheils gehört zu haben, um so weniger zu urtheilen getraue, als das erkannte Mandat nicht seinem vollen Innhalt nach, welcher vielleicht noch einiges Licht gegeben hätte, sondern nur durch ein Extractum protocolli rerum resolutarum, dem Recurspromemoria eingerückt ist.

Beilagen.

I.

Schreiben des Herrn Fürstbischofs zu Paderborn an die Reichsversammlung de dato 15. Jul. 1786.

Dictatum Kneisbornæ
die 12ma Jan. 1787.
per Moguntinum.

Von Gottes Gnaden Friedrich Wilhelm, Bischof zu Paderborn und Hildesheim, des Heil. Röm. Reichs Fürst, Graf zu Pyrmont ꝛc.

Unsern günstig- und gnädigen Gruß, auch geneigten Willen zuvor:

Hoch- und Wohlwürdige, Hochwohl- und Wohlgebohrne, Edele, Veste und Hochgelehrte, besonders liebe Herrn, und liebe besondere!

Aus nebengefügtem Pro Memoria werden die Herren und Dieselben des mehrern zu ersehen

ſehen belieben, in was für Irrungen mit Weyl. Sr. Churfürſtl. Gnaden zu Cölln, Wir gerathen ſind.

Wiewohl Wir Uns nun nichts ſo ſehr angelegen ſeyn laſſen, als die Sache in dem Wege der Güte beyzulegen, ſo hat dennoch der Erfolg Unſern Wünſchen nicht entſprochen, ſondern Wir haben Uns vielmehr in die unangenehme Nothwendigkeit verſetzet geſehen, den Weg rechtens einzuſchlagen, mithin bey dem Kaiſerl. Reichs-Cammergerichte unſere beſtgegründete Forderungen wider Weyl. Se. Churfürſtl. Gnaden und Dero Hoch-Ehrwürdiges Domcapitel des Erzſtifts Cölln einzuklagen.

Als hierauf am 14. Jan. 1784. eine Citation ad videndum ſe condemnari &c. erkannt, ſolche auch ſchon im folgenden Monate den 19. Febr. inſinuirt worden war, trate Chur-Cölln mit der Uns, Unſer Hoch-Ehrwürdiges Domcapitel, und Landſtände bey dem Kaiſerl Reichs-Hofrathe am 20. April eben deſſelben Jahrs klagbar auf, und erwürkte am 18. Oktob. das in dem Pro Memoria und deſſen Beylage ſub Lit. A. bemerkte Mandat, und ob Wir gleich dieſem die ſtandhafteſten Einreden entgegen zu ſetzen nicht unterlieſen, ſo ſind dennoch dieſelben am 17. Oktobr. vorigen Jahrs lediglich verworfen worden.

Wir haben Uns noch immer bey Sr. jetzt regierenden Churfürſtl. Gnaden die ſchmeichelhafteſte Hofnung gemacht, daß Wir das Vergnügen

II.

Pro Memoria. Worinn bewiesen wird, daß von dem hochpreißlich Kaiserlichen Reichs-Hofrath in Sachen Chur-Cölln und des Testaments Executorii weyland Ihro Churfürstl. Durchlaucht Clement August, wider den Herrn Fürst-Bischofen, das Domcapitul und Landstände zu Paderborn, die von Seiten Ihro Hochfürstl. Gnaden zu Paderborn, wider das erkannte Mandatum S. C. vorgeschützte Einreden, insonderheit aber Fori præventi et primæ Instantiæ ohne Veranlassung einer allgemeinen Reichs-Beschwerde nicht verworfen werden können.

Mit Beylagen. A. B. C. D. E. F.

§. 1.

Nach der Verfassung des Hochstifts Paderborn, die sich von uralten Zeiten her schreibt, wird dem zeitlichen Fürst-Bischofen jedesmals beym Antritt der Regierung ein ansehnliches Inventarium, welches in Kornfrüchten, Carossen und Pferden auch anderen Bestallten besteht, nebst dem Hochstifts Schlösseren, dazu gehörigen Mobilien, und übrigen Cameral- und Oeconomie-Gebäuden dergestalt übertragen, daß derselbe sich dagen verpflichten muß, alles Empfangene nach seinem Ableben hinwieder abliefern zu lassen.

§. 2.

§. 2.

Diese Verfassung ist so gesetzmäßig und einfach, daß dagegen keine Einrede, sie mag auch Namen haben, wie sie will, Statt haben kann, immassen ein zeitlicher Fürst-Bischof nichts weiter als nur den bloßen Nießbrauch von demjenigen hat, so ihm, nach den Regelen einer guten Wirthschaft, zu benutzen, übertragen wird.

§. 3.

Um dieses auser allen Zweifel zu setzen, macht sich sogar ein zeitlicher Fürst-Bischof in seinem Wahl-Vertrag verbindlich, das erhaltene Inventarium und die Cameral-Gebäude nach seinem Absterben in baulichem Stande wieder einraumen zu lassen, und dadurch wird die von den Gesetzen selbst eingeführte Schuldigkeit, noch mehr bestättiget.

§. 4.

Als nun Weiland Sr. Churfürstlichen Durchlaucht zu Cölln Clement August zum Fürst-Bischof zu Paderborn erwählet waren, geschahe die hergebrachte Ablieferung des zur Hofhaltung bestimmten Inventariums. — Die Fürstliche und andere Cameral- und Oeconomie-Gebäude wurden ihnen übergeben, samt allen Nutzungen, welche die Einkünfte der Fürstlichen Paderbörnischen Hof-Cammer immer besassen, und dagegen wurde von Höchstderoselben in einem besonderen Reversal feyerlichst versprochen, alles

zum Inventarium gehörige und ihnen überlieferte zu seiner Zeit wieder zurücklieferen zu lassen.

§. 5.

Dieses ist aber nach dem am 6ten Februar 1761. erfolgten Tod höchstgedachter Weiland Sr. Churfürstlichen Durchlaucht Clement August unterblieben, und daher werden

1) Wegen der an vorgedachten Inventario fehlenden Stücke . 15082 Rtlr. 13 Gr. samt den, seit dem im Jahr 1761. erfolgten Absterben, darauf verfallenen Zinsen . 16590 Rtlr. 21 Gr.

2) Wegen der schadhaft gefundenen Gebäude . 38066 Rtlr. 18 Gr.

3) Wegen eines zur Hof-Cammer einzuziehen versprochenen, einseitig aber wieder vergebenen Lehns die dafür zur Chatoulle empfangene 10000 Rtlr. nebst den darauf seit 1761. verschienenen Zinsen 11000 Rtlr.

4) Wegen eines zur Hof-Cammer gehörigen anderwärts aber ohne Bewilligung eines hochwürd. Domcapitels zur Verschönerung des Residenz-Schlosses verwandt seyn sollenden Capitals . 3000 Rtl. nebst den darauf seit 1761. verschienenen Zinsen 3300 Rtlr.

5) We-

5) Wegen eines zur Hof-Cammer gehörigen von Weil. Sr. Churfürstl. Durchl. aber aufgenommenen Capitals 500 Rtlr.
nebst darab verschienenen Zinsen 550 Rtlr.

6) Wegen eines neu angelegten Weegs, wodurch die ständige Cameral-Intraden vermindert worden 250 Rtlr.
mit Vorbehalt der Zinse

7) Wegen Freylassung eines Eigenbehörigen, wofür von Weil. Ihro Churfürstliche Durchl. der Hochfürstlichen Hof-Cammer zu ersetzen sind 100 Rtlr.
nebst den darauf verfallenen Zinsen 110 Rtlr.

8) Wegen der von Höchstgedachter Weil. Sr. Churfürstl. Durchl. der Liborianischen Bruderschaft vermachten 2000 Rtlr.
ausschließlich der darauf bis hiehin bezahlten Zinse.

9) Wegen der dem Pfarrer in der Residenz zu Neuhaus von Höchstgedachter Sr. Churfürstlichen Durchlaucht vermachten 1000 Rtlr.

10) Wegen der, der Caplaney zu Hüvelhof von Weiland Sr. Churfürstl. Durchl. vermachten 400 Rtlr.
nebst darauf verfallenen und seit 1763. davon bezahlten Zinsen 352 Rtlr.

11) Wegen der Indulten-Gelder, welche Weil. Ihro Hochfürstl. Gnaden Wilhelm Anton, wegen der von Weil. Sr. Churfürstlichen Durchl. Clement August unterlassenen Kaiserl. Thron-Belehnung bezahlen müssen 2238 Rtlr.
nebst darauf verfallenen Reichsüblichen Zinsen, so aber noch nicht angerechnet worden,
und also in Summa an Capital und Zinsen 104539 Rtlr. 16 Gr.
zurückgefordert.

§. 6.

Hierüber wurde mit Weiland Sr. Churfürstlichen Gnaden zu Cölln Maxmilian Friderich seit vielen Jahren von Weiland Sr. Hochfürstlichen Gnaden zu Paderborn ein freundschaftlicher Briefwechsel gepflogen, weil diesen Forderungen andere Forderungen, welche Sr. Churfürstl. Gnaden für überwiegend hielten, entgegen gestellet wurden; denn

A.

A. Forderten Sie, als eingesetzter Erbe Weiland Sr. Churfürstl. Durchl. daß ihnen die, bey den Eingesessenen und Unterthanen des Hochstifts während des damaligen 7jährigen Kriegs, in Rückstand gebliebene Einkünfte und Abgaben abgeführet werden sollten, und diese sind zu 33,839 Rtlr. 21½ Gr. angesetzt,

B. Forderten Sie jene Capitalien, welche die Paderbörnischen Landstände angelobet hatten, dafür, daß Weil. Ihre Churfürstl. Durchl. das Paderbörnische Contingent, so im Jahr 1758. bey der Reichs-Armee war, die Lehnung und übrige Nothwendigkeiten Vorschußweise bezahlt haben, zu vergüten; und diese sind zu 38160 Rtlr. 30½ Gr. mit Einschluß zweyer anderer Capitalien, die ein hochwürdiges Domcapitel und ein anderer Privater mit 1167 Rtlr. 20 Gr. schuldig seyn soll — zu einer Summe von 39327 Rtlr. 30½ Gr. in Anschlag gebracht.

§. 7.

Beyde Forderungen wurden nach Abzug 19965 Rtlr. 9 Gr., denn diese wurden nur von der am Ende des (§. 5.) benannten Summe der 104539 Rtlr. 16 Gr. eingestanden, zu 75308 Rtlr. 14 Gr. angesetzt, obgleich die Liquidation der (§. 6.) sub Lit. A. bemerkten 33839 Rtlr. 21½ Gr. bis hiehin noch nicht geschehen ist, sondern dadurch, daß zu diesem Ende seit dem Jahr 1779. her ein Churfürstl.

Bevollmächtigter noch nicht erschienen, zurückgestellet worden. (§. 23.)

§. 8.

Um diese, in Forderung und Gegenforderungen verwickelte Sache in Richtigkeit zu bringen, trugen Ihre Hochfürstl. Gnaden, so bald Sie die Regierung des Hochstifts Paderborn im Anfang des Jahrs 1783. antraten, Weil. Sr. Churfürstl. Gnaden zu Cölln einen Vergleich an. Da aber derselbe von der Hand gewiesen wurde, klagten Sie obige (§. 5.) verzeichnete Forderungen wider Sr. Churfürstl. Gnaden und Dero Erzstift Cöllnisches Domkapitel als eingesetzte Erben bey dem Kaiserl. Reichs-Cammergerichte zu Wetzlar ein, welches darauf am 14. Jan. 1784. die in der Beylage sub Lit. A. enthaltene Citation erkannte.

§. 9.

Von Churcöllnischer Seite wurde dagegen die Einrede des Fori austregarum eingewandt, indessen aber die vorhin (§. 6.) sub Lit. A. et B. benannte Forderungen am 20. Apr. 1784. beym Kaiserl. Reichs-Hofrath angebracht, der auch darauf Innhalts der Beylage sub Lit. B. ein Mandatum S. C. am 15. Octob. 1784. dahin erkannte, daß Ihre Hochfürstl. Gnaden sich nicht ferner in die Erb- und Nachlassenschaft des verstorbenen Churfürsten Clement August einmischen, das von derselben præripiirte zurückgeben, die

aner-

anerkannte, und übrige liquidirte Schuldposten ohne allen Verzug berichtigen, und respective gegen die Pflichtige und Restanten die gebührende Execution verfügen sollten;

§. 10.

Wider dieses Mandat wurden die in den Gesetzen erlaubte Einreden eingewandt, und darinn ausgeführet, daß man wegen der vorhin (§. 5.) verzeichneten Forderungen allschon beym Kaiserlichen Reichs-Cammergerichte in Rechtsstreit befangen wäre, und weil solche aus der von Weiland Ihro Churfürstl. Durchl. Clement August geführter Administration des Hochstifts Paderborn überhaupt ihren Ursprung hätten, die Rechte aber einem Hochstifte in dessen Administratorn Güter ein stillschweigendes Pfandrecht zulegten, so begründete dieses wider die gegenseitigen (§. 6.) sub Lit. A. bemerkte Forderungen das Einbehaltungsrecht um so mehr, als die diesseitigen (§. 5.) benannte Forderungen zu einer Summe von 104339 Rtlr. 16 Gr. sich beliefen, welche die gegenseitigen, so nur überhaupt zu 75308 Rtlr. 12 Gr. angeschlagen wären, ungleich überstiegen.

§. 11.

Die gegenseitigen Forderungen würden demnach durch die diesseitigen gänzlich verschlungen, und ehe hierüber von dem Kaiserlichen Reichs-Cammergerichte nicht erkannt seyn

Bevollmächtigter noch nicht erschienen, zurückgestellet worden. (§. 23.)

§. 8.

Um diese, in Forderung und Gegenforderungen verwickelte Sache in Richtigkeit zu bringen, trugen Ihre Hochfürstl. Gnaden, so bald Sie die Regierung des Hochstifts Paderborn im Anfang des Jahrs 1783. antraten, Weil. Sr. Churfürstl. Gnaden zu Cölln einen Vergleich an. Da aber derselbe von der Hand gewiesen wurde, klagten Sie obige (§. 5.) verzeichnete Forderungen wider Sr. Churfürstl. Gnaden und Dero Erzstift Cöllnisches Domkapitel als eingesetzte Erben bey dem Kaiserl. Reichs-Cammergerichte zu Wetzlar ein, welches darauf am 14. Jan. 1784. die in der Beylage sub Lit. A. enthaltene Citation erkannte.

§. 9.

Von Churcöllnischer Seite wurde dagegen die Einrede des Fori austregarum eingewandt, indessen aber die vorhin (§. 6.) sub Lit. A. et B. benannte Forderungen am 20. Apr. 1784. beym Kaiserl. Reichs-Hofrath angebracht, der auch darauf Innhalts der Beylage sub Lit. B. ein Mandatum S. C. am 15. Octob. 1784. dahin erkannte, daß Ihre Hochfürstl. Gnaden sich nicht ferner in die Erb- und Nachlassenschaft des verstorbenen Churfürsten Clement August einmischen, das von derselben præripiirte zurückgeben, die

aner-

anerkannte, und übrige liquidirte Schuldposten ohne allen Verzug berichtigen, und respective gegen die Pflichtige und Restanten die gebührende Execution verfügen sollten;

§. 10.

Wider dieses Mandat wurden die in den Gesetzen erlaubte Einreden eingewandt, und darinn ausgeführet, daß man wegen der vorhin (§. 5.) verzeichneten Forderungen allschon beym Kaiserlichen Reichs-Cammergerichte in Rechtsstreit befangen wäre, und weil solche aus der von Weiland Ihro Churfürstl. Durchl. Clement August geführter Administration des Hochstifts Paderborn überhaupt ihren Ursprung hätten, die Rechte aber einem Hochstifte in dessen Administratorn Güter ein stillschweigendes Pfandrecht zulegten, so begründete dieses wider die gegenseitigen (§. 6.) sub Lit. A. bemerkte Forderungen das Einbehaltungsrecht um so mehr, als die diesseitigen (§. 5.) benannte Forderungen zu einer Summe von 104339 Rtlr. 16 Gr. sich beliefen, welche die gegenseitigen, so nur überhaupt zu 75308 Rtlr. 12 Gr. angeschlagen wären, ungleich überstiegen.

§. 11.

Die gegenseitigen Forderungen würden demnach durch die diesseitigen gänzlich verschlungen, und ehe hierüber von dem Kaiserlichen Reichs-Cammergerichte nicht erkannt seyn

würde, fehlete es der gegenseitigen Klage an zureichenden Grunde, der aber erst durch Wegraumung der diesseitigen Forderungen müßte befestiget werden;

§. 12.

Die Natur der Sache brächte sie also in einen untrennbaren Zusammenhang, der aber nicht gestattete, die Sache bey mehreren Gerichten zu verhandelen, und da dieser Zusammenhang Præventionem Fori würkte, so folgte daher unstreitig, daß, weil auf die diesseitige Klage allschon am 14. Januar 1784. von dem Kaiserl. Reichs-Cammergerichte eine Citation, auf die gegenseitige aber erst am 18. Oct. 1784. von dem Kaiserl. Reichs-Hofrath ein Mandatum S. C. erkannt worden, von da die Sache ab- und an das Kaiserl. Reichs-Cammergericht verwiesen werden müßte, besonders wo die wider die Landstände wegen der (§. 6.) sub Lit. B. angeführten Forderungen bey dem Kaiserl. Reichs-Hofrath angebrachte Klage dahin gar nicht, sondern ad primam Instantiam, mithin zu der Erkänntniß der Hochfürstlich-Paderbornischen Landesgerichte gehörte, nicht aber darauf von den höchsten Reichsgerichten Mandata de solvendo S. C. erkannt werden könnten, weil die von den Landständen ausgestellte Schuld- und Pfandverschreibungen, die von den Reichsgesetzen erforderende Clausulas Executivas, nicht einmal enthielten.

§. 13.

§. 13.

Auf alles dieſes wurde gleichwohl keine Rückſicht genommen, ſonderen am 17ten Oct. v. J. erfolgte, Innhalts der Beylage ſub Lit. C. ein Reichs-Hofraths-Concluſum, worinn die vielſeitigen Exceptionen Fori præventi et Imæ Inſtantiæ als unſtatthaft verworfen, und worinn man angewieſen wurde, dem erlaſſenen Kaiſerl. Mandato die Folge zu leiſten.

§. 14.

Wie ſehr durch dieſes Erkänntniß Ihre Hochfürſtl. Gnaden zu Paderborn beſchweret worden, ergiebt ſich von ſelbſt, wenn, wie geſchehen muß, erwogen wird, daß von der Gegenſeite zwey mit einander keinen Zuſammenhang habende Klagen verbunden worden;

Denn obwohl wegen der erſten (§. 6. Lit. A.) bemerkten, Forderung, welche die Rückſtände bey den Unterthanen betrifft, wider Ihre Hochfürſtl. Gnaden eine Klage Statt haben kann, ſo muß dennoch wegen der andern (§. 6. ſub Lit. B.) bezeichneten Forderung, welche ein von den Landſtänden aufgenommenes Capital und eine von denenſelben contrahirte Geldſchuld betrifft, alle Klage wider Höchſtgedachte Ihre Hochfürſtliche Gnaden lediglich wegfallen, weil Sie in dieſem Betracht für einen Schuldner nicht können gehalten werden;

§. 15.

Wider beyde, nämlich wider Ihre Hochfürstl. Gnaden sowohl, als wider die Landstände kann zwarn die klagende Gegenseite als von Weiland Ihro Churfürstl. Durchl. zu Cölln Clement August eingesetzter Erbe klagbar auftreten, es muß aber dieses bey der gehörigen Gerichtsstelle geschehen, und das den Landständen gebührende Forum primæ Instantiæ nicht übergangen werden.

§. 16.

Zudem muß ein Erbe, der eine Erbschaft in Anspruch nimmt, die darauf haftende Schulden erst bezahlen, ehe und bevor er sich deren bemächtigen kann, weil eine Erbschaft ohne Abzug der Schulden nicht denkbar ist, non enim Hæreditas intelligitur nisi deducto ære alieno. Die Schulden sind vorhin (§. 5.) bezeichnet, und jede derselben ist mit unverwerflichen Urkunden bewiesen, bey dem Kaiserlichen Reichs-Cammergericht übergeben, darauf auch schon ein Erkänntniß erfolget, (§. 8.) und alles dieses dem Kaiserl. Reichs-Hofrath in der daselbst diesseits überreichten Exceptionsschrift, vorgelegt.

§. 17.

Ist nun aber die Gegenseite diese Schulden zuforderist zu bezahlen verbunden, und stehen diese mit der Erbschaft in einer unzertrennlichen Verbindung, so gestattet die Eigenschaft der

Sache

Sache nicht, daß die Erbschaft von den Schulden, und diese von jener getrennet, und an zweyen besonderen Gerichten darüber erkannt werde; Nach rechtlicher Ordnung machen die diesseitigen Forderungen im gegenwärtigen Fall gleichsam eine quæstionem præjudicialem aus, und wie diese erst berichtiget werden muß, ehe und bevor über die Churcöllnischen Ansprüche erkannt werden kann, so ist offenbar, daß wenn nicht præpostere und contra ordinem cognitionum verfahren werden soll, erstlich die diesseitigen Forderungen, als ein æs alienum, erörtert werden müssen, ehe und bevor über die von Chur-Cölln angestellte Petitionem Hæreditatis eine Entscheidung erfolgen, oder abgegeben werden kann, weil, vor ausgemachter Präjudicialfrage, zweifelhaft und ungewiß bleibt, ob nach Abzug der Schulden, oder der diesseitigen Forderungen, noch etwas in Hæreditate übrig bleibt, welches Paderborn an Chur-Cölln auszuzahlen schuldig erkannt werden könne.

§. 18.

Die Continentia Causæ liegt also klar am Tage a) und da diese Præventionem Fori

a) Continentes sive connexae causae sunt, quae communem habent Liquidationis qualitatem et Rationem, propter quam una sine altera plene cognosci ac liquido definiri non potest, iique propter facilioremac cognatam facti jurisque cognitionem, quando unum

Fori b) würket, so konnte der Kaiserl. Reichs-Hofrath über diese um so weniger hinausgehen, und Ihro Hochfürstl. Gnaden zu Paderborn, durch Bestättigung des ohne allen Rechtsbestand erlassenen Mandati S. C. aufgeben, Chur-Cölln die (§. 6.) sub Lit. A. bemerkte zur quæst. Erbschaft gehörigen Einkünfte verabfolgen zu lassen, als Höchstderoselben das Jus Retentionis daran unstreitig zusteht.

§. 19.

Denn die Rechte legen der Kirche in den Gütern eines Bischofs ein stillschweigendes Pfandrecht zu, gleichwie sie solches einer jeglichen Geistlichen Stiftung, und den Minderjährigen in den Vermögen ihres Administratoren und Vormünderen gewähren, und da dieses Pfandrecht das Einbehaltungsrecht begründet, a) und rechts-

unum Judicium ita alteri cohaeret, ut vel praeparet vel explicet, ac liquidum reddat; nec requiritur, ut Causa et actio eadem sit, quemadmodum constat Exemplo Possessorii et Petitorii.

HERT. Decis. et Consil. 982. n. 4. 5. et Decis. 269. n. 4. ibique.

GOED. de sequest. possess. C. 1. n. 28. sequen.

FRANTZK. ad Tit. de Judic. n. 56.

GAIL. Lib. 1. obs. 22. n. 11.

b) PÜTTER de Praeventione atque inde nata praescriptione Fori §. 56. Coroll. 2.

TAFINGER Instit. Jurisprud Camer. §. 390.

a) LAUTERBACH de Retentione §. 10. STRECKER de eo quod justum est circa Jus Retentionis §. 4.

rechtfertiget, so kann solches Ihro Hochfürstlichen Gnaden oder Dero Hochstift Paderborn auf keine Weise entzogen werden.

§. 20.

Verschiedene Rechtslehrer wollen zwar dieses Jus Retentionis nicht anders gestatten, als wenn die Forderung mit der zurückbehaltenen Sache in einer Verbindung b) stehet. Allein! zu geschweigen, daß andere c) nicht minder angesehene Rechtslehrer dieser Meynung aus wichtigen Gründen widersprechen, so fehlet es auch in diesem Falle an dieser Erforderniß nicht, weil man just an der Erbschaft, die Chur-Cölln in Anspruch nimmt, zur Sicherheit der diesseitigen Forderungen sich zu halten, d) genöthiget ist, und man alle Sicherheit verlieren würde, wenn man Chur-Cölln seine Forderungen bezahlen, für die Seinige aber zu seiner Zeit das leere Nachsehen haben müßte.

§. 21.

Will man den ferneren Einwurf machen, daß, weil die diesseitigen Forderungen noch nicht liquid

b) SCHMIDT de iis, quae ad exercendum jus Retentionis necessaria sunt, Jenae 1785. §. 16. ibique all. DD.

c) SCHMIDT all. Diss. §. 17. 18. 19. 20. 21. 22. ibique DD.

d) G. L. BÖHMER de Jure Retentionis ejusque effectu §. 11. ibi. Debitum cum re retinenda connexum est, si id ex eadem re solvendum est,

liquid wären, deswegen das Einbehaltungs-Recht kein Statt hätte, so zerfällt derselbe darum, weil die Rechtsgelehrten zu Ausübung des per modum exceptionis dahier vorgeschützten Einbehaltungs-Rechts kein debitum in quantitate liquidum erforderen, sondern schon genug zu seyn dafür halten, wenn die Forderungen nur wahrscheinlich und von allen Grunde e) nicht entblößet sind; dieses wird aber von den diesseitigen, ausser dem Gegenanwald, vielleicht niemand behaupten, indem man eine jegliche mit genugsamen Belegen und Urkunden bewiesen hat, und das Kaiserl. Reichs-Cammergericht die Citation ohne Begründung der Klage nicht würde erkannt haben, das Mandat aber zu erkennen vermuthlich nur darum Bedenken getragen hat, weil die Forderungen, so liquid sie auch an und für

e) MEV. Part. 3, Decis. 369. n. 3.
STRECKER all. Diss. §. 3.
LAUTERBACH all. Diss. §. 6.
SCHMIDT all. Diss. §. 12.
LUDOLPH. symphor. Volum. 2. Conf. 27. Pag. 1253. in fin.
ESBACH ad CARPZOV. P. 2. Conf. 25. ad Defin. 17. ubi ait: in illa retentione, quae fit per modum Exceptionis, debitum liquidum non requiritur, sed etiam ob illiquidum retinere posse, tum quia leges Retentionem concedentes, illam liquiditatem nullibi requirunt, tum quod haec exceptio debitum non tollat, sed solum ejus solutionem promoveat, quare in illiquidis etiam Retentionis Exceptionem concedunt Doctores communiter.

für sich sind, nicht mit Clausulis Executivis — wie nach den Reichsgesetzen bey Mandatis, mit deren Gebrauch wider die Stände des Reichs die Reichsgerichte ohnehin sparsam seyn sollen, erfordert wird; — versehen waren.

§. 22.

Wenigstens haben die diesseitigen für die gegenseitigen Forderungen das zum voraus, daß sie sich durchgehends auf Urkunden gründen, die gegenseitigen aber, welche in rückständigen præstandis bestehen, so die durch den 7jährigen Krieg verarmte Unterthanen nicht abführen können, noch von keinem einzigen Beamten und pflichtigen Unterthanen als richtig und liquid anerkannt worden.

§. 23.

Weiland Ihre Churfürstl. Gnaden Maximilian Friderich haben dieses, und daß ebengedachte Rückstände bey den Beamten und Unterthanen annoch illiquid sind, selbst anerkannt. Denn als von Weil. Ihro Hochfürstl. Gnaden zu Paderborn Dero Hof-Cammerrath Schürmann im Monat August 1779. an Ihro Churfürstl. Gnaden abgeordnet wurde, um bey Höchstderoselben einen billigen Vergleich einzuleiten und zu beförderen, brachte dieser in dem, dem damaligen Churfürstl. Minister Herrn Grafen von Belderbusch am 27ten August überreichten Pro Memoria, Innhalts der Beylage sub Lit. C. zwey Wege in Vorschlag, und sagte

Der

Der zweyte Weeg könnte dieser seyn, zuvordrist sämtliche beamtliche Rückstände durch eine schleunigst zu veranstaltende und mit denen Rechnungsführeren zuzulegende schließliche Liquidation in ihre völlige Richtigkeit zu setzen, um demnächst mit einer Zuverläßigkeit aufstellen und bestimmen können, was daraus eingehen, und zu bezahlen seyn werde; desgleichen müßte noch schleunigst untersuchet, und festgestellet werden, was aus denen Liquidationsposten erzwungen und beygetrieben werden könne, um solcher gestalten auch davon die wahre Summe angeben zu können.

Und hierauf geschahe von vorbesagten Churfürstlichen Minister in dem, erwehnten Hof-Cammerrath am 28ten August zugefertigten Pro Memoria, , Innhalts der Beylage sub Lit. D., folgende Erklärung:

So viel den zweyten Weeg angeht. . . sind Ihre Churfürstl. Gnaden. . . auch nicht abgeneigt solchen würklich mit einzugehen; jedoch sind Höchstdieselben vorläufig ausdrücklich verlangend, daß Ihre Fürstliche Gnaden zu Paderborn, nach Anweisung des in dem (vorstehenden) *Pro Memoria* angezeigten Weges mit Beytreibung der beamtlichen Rückständen unausgesetzt, mit Zuziehung des in Paderborn anwesenden Churfürstl. Commissarien anfangen lassen. Soll

Soll nun aber nach Anweisung des in dem *Pro Memoria* angezeigten zweyten Weges verfahren werden, sollen darnach zuförderist, sämtliche beamtliche Rückstände durch eine mit denen Rechnungsführeren zuzulegende Liquidation in ihre völlige Richtigkeit gesetzet werden, soll demnächst erst bestimmet werden, was daraus eingehen, und zu bezahlen seyn werde, soll ferner erst untersuchet, und festgestellet werden, was aus den Liquidations-Posten erzwungen und beygetrieben werden könne, soll endlich hierunter mit Zuziehung des in Paderborn anwesenden Churfürstlichen Commissarien der Anfang gemacht werden, ist aber alles dieses, bis in die heutige Stunde unterblieben, weil ein Churfürstl. Commissarius seit all der Zeit sich nicht gemeldet hat, so ist wohl dieses der redendste Beweis, daß in Ansehung der beamtlichen, und sogenannten unterthanlichen Rückstände ein Liquidum noch nicht vorhanden seye, weil das, was erst, untersuchet, liquidiret und festgesetzet werden soll, den Begriff eines würklichen Liquidi wiederstreitet.

§. 24.

Und dennoch hat der Kaiserl. Reichs-Hofrath kein Bedenken noch Anstand genommen, wegen dieser Illiquiden unrichtigen und noch nicht eingestandenen Forderungen, ein wider die fundbare Reichsgesetze anstoßendes Mandatum S C. zu erkennen, dasselbe auch, in Ansehung der (§. 6.)

ſub Lit B. bemerkten zweyten Forderung wider die Landſtände zu erſtrecken, und durch das Concluſum vom 17ten October vorigen Jahrs zu beſtättigen ohne zuforderiſt zu unterſuchen, ob auch

A) deſſen Gerichtsſtand wider mittelbare Unterthanen gegründet ſeye.

B) Ob nicht Ihre Hochfürſtl. Gnaden die Exceptio primæ Inſtantiæ zuſtehe,

C) Ob hiedurch das denen ſämmtlichen Fürſten und Ständen des Reichs, gebührende Jus de non evocando, wider den deutlichen Innhalt der Kaiſerl. Wahl-Capitulation Art. 18. §. 4. verletzet werde, und endlich

D) Ob auch einmal auf eine Schuld und Pfandverſchreibung, welche die geſetzmäßige Clauſulam Executivam, mit oder ohne Recht, nicht enthält, ein Mandatum S. C. erkannt werden können, da ſolches bey Ermangelung ſothaner Clauſul auch nicht eins wider unmittelbare nach klarer Vorſchrift offenbarer Reichsgeſetze, a) Statt haben ſoll.

§. 25.

So ſehr man alſo beklaget, durch ein mit den Geſetzen nicht zu vereinbarendes Verfahren beſchwert zu ſeyn, und ſo ſehr man, ungeachtet der noch nicht völlig abgebrochenen gütlichen Hand-

a) Conc. der Kaiſerl. Reichs-Cammergerichts-Ordnung Part. 2. Tit. 25. §. 4.
Deput. Receſſ. de 1600. §. 29.

Handlungen, befürchten muß, daß in so ferne nach dem noch jüngst am 12. Junii dieses Jahrs ergangenen, in der Beylage sub Lit. E. enthaltenen Reichs-Hofraths Conclusо obige Erkenntnisse zu ihrer Vollziehung gebracht werden sollten, man gänzlich unterdrücket, und von seinen gerechtesten Forderungen nur das leere Nachsehen behalten werde, so sehr ist man wider Willen und Wunsch genöthiget, zu der allgemeinen Reichs-Versammlung seine Zuflucht zu nehmen, und Hochdieselbe geziemend zu bitten, daß Sie bey den Umständen, wo

1. auch in Justiz-Sachen, welche in gleichen Fällen alle Höchst- und hohe Reichsstände betreffen können, ein Recurs Statt hat, b) mithin auch hier Statt haben muß, wo

2. Die Connexitas Causæ mit der Præventione Fori verworfen, (§. 13. 17. 18.) wo

3. Das beßt begründete Jus Retentionis übergangen (§. 19. 20. 21.) wo

b) BÖHMER de Gravamine communi S. R. I. Statuum §. 14.
MOSER von dem Recurs an den Reichsconvent Cap. 5. §. 16. pag. 201.
FLOERCKE de Consortio Imperatoris et statuum Imperii, in potestate Legislatoria et judiciaria, genuino fundamento Recursus ad Comitia §. 71. seq.
WESTPHAL. Teutsches Staatsrecht 34. Abhandl. §. 6. 7.

4. Auf eine Illiquide (§. 23.) und unrichtige Forderung ein Mandatum S. C. erkannt; wo

5. Sogar ein solches auch wider mittelbare Landstände gegen die deutlichste Reichsgesetze erlassen, wo ferner

6. Das Jus primæ Instantiæ mit dem damit verbundenen Jure de non evocando so sehr gekränket und verletzet worden, mithin wo

7. Mehr als eine gemeinsame Beschwerde zusammen fliessen, Ihre Kaiserl. Majestät durch ein allerunterthänigstes Reichsgutachten ersuchen wolle, das mit den Rechten und Reichsgesetzen nicht vereinbarliche Mandatum S. C. nebst obigen Concluso vom 17. Oct. vorigen Jahrs wieder aufzuheben, und den hohen Gegentheil mit seinen illiquiden Forderungen an das Kaiserliche Reichs-Cammergericht utpote Forum præventum zu verweisen, welchemnächst man allda nicht unterlassen wird, pro Termino ad liquidandum anzuhalten, und darinn beyderseitige Forderungen in Richtigkeit zu setzen, und nicht allein das, was dem hohen Gegentheil allenfalls noch zu gut kommen möchte, baar heraus zu geben, sondern auch ihm in Ansehung der wider die Paderbörnische Landstände aufgestellte Forderungen alle unverzügliche Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. —

Was Recht nnd Billigkeit heißt, und erschöpfet, kann man doch wohl nicht weiter treiben,

und

und da eine hohe Reichs-Verſammlung hiervon verhoffentlich überzeuget ſeyn wird, ſo wird auch Hochdieſelbe einen gekränkten und gedruckten Reichsſtand in Dero Schutz zu nehmen, und denſelben mit Dero vollgeltenden Vorwort zu dem Kaiſerlichen Throne der Gerechtigkeit zu begleiten geneigt ſeyn.

Beylagen.

Lit. A.

Citatio.

Ad videndum ſe condemnari ad ſolutionem debitorum in conſtitutionibus Patriæ fundatorum liquidorum et a Teſtatore agnitorum propriaque ejus manu et ſigillo roboratorum

in Sachen

Fürſten zu Paderborn proprio et executorio nomine

wider

Kurfürſten zu Kölln, das Domkapitel daſelbſten und die erzſtiftiſche Hofkammer.

Inſinuirt durch mich Johann Adam Fiſcher, eines höchſtpreißl. Kaiſerl. und Reichs-Kammergerichts geſchworner Kammerbott, von dem Kaiſerl. Original gleichlautende Copiam citationis nebſt vier Supplicationen und deren Beylagen ſub Lit. A. bis W. et Z.

So geſchehen Bonn den 19ten Februar. 1784.

Wir Joseph der andere, von Gottes Gnaden erwählter Römischer Kaiser, ꝛc. ꝛc.

Entbieten dem Hochwürdigsten Maximilian Friedrich Erzbischoffen zu Kölln, des Heil. Röm. Reichs durch Italien Erzkanzlern, Bischoffen zu Münster, unsern lieben Neven und Kurfürsten,

Sodann

denen ehrwürdigen Hoch- und wohlgebohrnen, Edeln, gelehrten, Unsern lieben andächtigen Prälaten und Domkapitularen des Erzstifts Kölln,

wie auch

denen ehrsamen, Unsern und des Reichs lieben getreuen, zur Erzstift Köllnischen Hofkammer verordneten Direktoren und Räthen, Unsere respective Freundschaft, Gnade und alles Guts.

Hochwürdigster
Lieber Nev- und Kurfürst,

sodann

Ehrwürdige Hoch- und wohlgebohrne
Edele, gelehrte, liebe andächtige,

wie auch

Ehrsame, liebe getreue!

Was an Unserm Kaiserlichen Kammergericht der Ehrwürdige Unser liebe andächtige Fürst Bischof zu Paderborn proprio et executorio nomine durch seinen bestellten Anwald klagend unterthänigst für- und anbracht, solches ist ab beykommenden Supplicationen und deren Beilagen sub Lit. A. bis W. et Lit. Y. des mehrern zu ersehen.

Wann

Wann nun auf jetzt- und vorige narrata ſtatt des gebettenen Mandati dies- Unſere Kaiſerl. Citatio ad videndum ſe condemnari ad ſolutionem debitorum in conſtitutionibus patriæ fundatorum liquidorum et a teſtatore agnitorum, propriaque ejus manu et ſigillo roboratorum vermittels des unterm 14ten laufenden Monats ertheilten Decrets erkannt worden;

Hierum ſo heiſchen und laden Wir Euer Liebden, Euer Andachten und Liebden und euch Direktoren und Räthe von Römiſch-Kaiſerlicher Macht, auch Gericht- und Rechtswegen hiemit auf den ſechzigſten Tage dem nächſten nach Ueberantwort- oder Verkündung dieſes, deren Wir zwanzig vor den erſten, zwanzig vor den andern, zwanzig vor den dritten, letzten- und endlichen Rechts-Tage ſetzen und benennen peremtorie, oder ob derſelbe kein Gerichts-Tag ſeyn würde, dem nächſten Gerichts-Tage darnach an dieſem Unſerm Kaiſerlichen Kammergericht durch gevollmächtigte Anwälde zu erſcheinen, um zu ſehen und zu hören, daß Euer Liebden, Eure Andachten und Liebden, wie auch ihr die eingeklagte ſammtliche Liquide Foderungen, mit denen darab verfallenen Zinſen, vorbehaltlich der laufenden, nebſt verurſachten Koſten baar zu bezahlen und zu vergüten ſchuldig, und dazu zu condemniren, auch alſo durch Urtheil und Recht wirklich ausgeſprochen werde, oder aber erhebliche Urſachen und Einreden, warum ſolches alſo nicht geſchehen ſollte, in Rechten gebührlich vorzubringen, darauf der Sachen und allen ihren

Gerichts-Tägen und Terminen bis nach endlichem Beschluß und Urtheil auszuwarten.

Dann bestimmen Wir allerseits zu Uebergebung derjenigen gerichtlichen Handlungen, welche nach der in primo termino verübter Nothdurft vermöge der Ordnung und jüngern Reichs-Abschieds ferner einzubringen sich gebühren mag, Zeit dreyer Monaten pro termino legali.

Wann Euer Liebden, Euere Andachten und Liebden, wie auch Ihr kommen, und erscheinen alsdann also oder nicht, so wird doch nichts destoweniger auf gegentheiliges Anrufen und Erforderen hierinn in Rechten gehandelt und procedirt, wie sich das seiner Ordnung nach gebühret.

Darnach dieselbe Sich- und Ihr euch zu richten.

Geben in Unserer und des Heil. Reichs-Stadt Wezlar den 28. Jenner 1784. Unserer Reiche des Römischen im 20ten.

(L.S.) Ad Mandatum Domini electi Imperatoris proprium

Herm. Theod. Moritz Hoscher.

K. C. Gerichts-Kanzley-Verwalter. mpp.

Ge. M. von Sachs, K. C. Gerichts-Protonal.

Collat. K. C. Gerichts-Kanzley
Dillmann.

Lit. B.

Lunæ 18. Octob. 1784.

Kurkölln, und deſſen Teſtaments-Executorium weil. Herrn Kurfürſten Clement Auguſt contra den Herrn Fürſtbiſchofen, das Domkapitel und ſämtliche Landſtände zu Paderborn Mandati ſive implorantiſcher Anwald Ditterich ſub præſ. 20. April. a. c. ſupplicat hummè, pro decernendo intus petito Mandato Cæſareo S. C. appon. Num. 1 — 6. cum ſubadjunct. in triplo.

Idem ſub præſ. 13. Aug. nup. überreicht allerunterthänigſte Anzeige und Bitte pro maturanda reſolutione exhibiti de præſ. 20. April. a. c.

Idem ſub præſ. eodem legitimat ſe ad acta junctò petito humillimo legali. appon. Mandat. procurat.

1mo. Fiat wider den Herrn Fürſtbiſchofen zu Paderborn, und die in exhibito de præſ. 20. April. a. c. benannte Conſortes litis Mandatum de ſe porro non immiſcendo hæreditati immediati anteceſſoris ſui CLEMENTIS AUGUSTI, reſtituendo quævis prærepta, exequendo, aut reſpectivè ſine ulteriori morâ ſolvendo obligationes recognitas, & reliqua propria liquidata S. C. ſub pœnâ quinque marcarum auri annexâ citatione ſolitâ, & cum termino 2. Menſium.

2dò. Communicetur das impetrantiſche Mandatum procuratorium parti impetratæ altero exemplari ad acta retento.

Johann Peter Söhngen.

Lit. C.

Lunæ 17. Octob. 1785.

Kurkölln, und das Teſtaments-Executorium weil. Herrn Kurfürſten Clement Auguſt contra den Herrn Fürſtbiſchoff zu Paderborn, & Conſortes Mandati; ſive impetrantiſcher Anwald Ditterich ſub præs. 9. Junii a. c. accuſando lapſum termini ultimati ſupplicat pro, deficiente adhuc paritione, decernenda paritoria in contumaciam, appon. ult. Concluſ.

Econtra impetratiſcher Anwald Stubenrauch ſub præſ. 6. ejusd. Menſ. überreicht allerunterthänigſte Exceptiones Sub- & obreptionis, retentionis, cauſæ continentiæ, præventionis, & reſpectivè primæ inſtantiæ, & ſupplicat pro caſſando mandato cæſareo, & remittenda parte adverſa ad forum præventum cum condemnatione in expenſas. appon. litt. A. & ult. concluſ. in duplo.

Mit Verwerfung der unſtatthaften Exceptionum fori præventi, & primæ inſtantiæ detur quidem adhuc parti impetratæ petitus terminus duorum Menſium ad parendum Mandato cæſareo, ſed omnium ultimatus, & ſub priori comminatione.

Ignaz von Hofmann.

Lit. D.

Auszug aus dem, dem Churfürſtlichen Miniſter Herren Grafen von Belderbuſch von dem Hof-

Hof-Cammerrathen Schürmann unterm 27ten Aug. 1779. überreichten Pro Memoria.

Dörfte nun dieser in unterthänigsten Vorschlag gebrachter, und zu einer gütlichen Auskunft der kürzeste Weg gnädigst nicht gutgeheisen, und begnehmiget werden, so könnte zu einer vergnüglichen Auskunft der zweyte Weg dieser seyn; Zuvordrist sämtliche beamtliche Rückstände durch eine schleunigst zu veranstaltende, und mit denen Rechnungsführern zuzulegende schließliche Liquidation in ihre völlige Richtigkeit zu setzen; um demnächst mit einer Zuverläßigkeit aufstellen, und bestimmen zu können, was daraus eingehen, und zu bezahlen seyn werde. Desgleichen muste noch schleunigst untersucht, und festgestellt werden, was aus denen Liquidations-Posten erzwungen und beygetrieben werden könne, um solchergestalten auch davon eine wahre Summe angeben zu können.

Lit. E.

Auszug aus dem von dem Churfürstlichen Minister Herren Grafen von Belderbusch dem Hof-Cammerrath Schürmann unterm 28ten Aug. 1779. zugeschickten Pro Memoria.

So viel 5tens den angewiesenen zweyten Weg angeht: Obzwar dieser mehreren Weiterungen untergeben, und ein vergnügliches baldiges Ende zurück setzet, so sind gleichwohl Ihro Churfürstlichen Gnaden

Gnaden auf dem Falle: Ihro Fürstlichen Gnaden zu Paderborn diesen jenem vorzuziehen, gemeinet seyn sollten, zu wahrer Bethätigung Ihrer steten freundschaftlichen Nachgiebigkeit auch nicht abgeneigt, solchen würklich mit einzugehen; jedoch sind Höchstdieselbe vorläufig ausdrücklich verlangend, daß Ihre Fürstlichen Gnaden zu Paderborn nach Anweisung des in dem Pro Memoria angezeigten Weges mit Beytreibung der beamtlichen und unterthanlichen Rückständen unausgesetzt mit Zuziehung des in Paderborn anwesenden Churfürstlichen Commissarien anfangen lassen.

Lit. F.

Lunæ 12. Junii 1786.

Kurcölln und das Testaments-Executorium weiland Herrn Kurfürsten Clemens August ꝛc. contra den Herrn Fürstbischoffen zu Paderborn & Conf. mand. sive impetrantischer Anwald von Dietrich sub præf. 27. Maji a. c. docet insinuationem concluſi, lapsumque termini accusat, mit Bitte, pro deficiente adhuc paritione decernenda nunc paritoria. App. Doc Inſ. & Concl.

Econtra impetratischer Anwald Stubenrauch sub præf. 29. dicti mensis purgando moram supplicat humillime pro alio termino bimestri ad agendum agenda. App. Concl.

Idem sub præf. I. curr. mens. docet de insinuato mandato procuratorio & supplicat pro hujus ad acta positione. App. sig. ⊙. & Concl.

1mo.

1mo. Mit Verwerfung des mehrmaligen blos aufzüglichen Zeitsuchens fiat nunc paritoria in contumaciam cum termino 2. menſ.

2do. Ponatur das impetrantiſche Documentum factæ inſinuationis mandati procuratorii ad acta.

Ignatz von Hofmann.

Zweyter Abſchnitt.

Von der Moderation des Gräflich-Wertheimiſchen Matrikularanſchlags bey dem Fränkiſchen Grafencollegio, und der hiebey in Vorwurf gekommenen Frage: Ob die Kraismoderation auch die Moderation in Anſehung der Beiträge zur Kollegialkaſſe bewirke?

Aus dem im X. Bande meiner Staatskanzlei a) eingerückten Fränkiſchen Grafentagsprotocoll iſt zu erſehen, daß die Grafen zu Löwenſtein-Wertheim, nachdem ſie im Jahr 1784. auf dem Fränkiſchen Krais die längſt gebettene Mäſigung des Gräfl. Wertheimiſchen Matricularanſchlages erlangt hatten, auch bey dem

a) meine Staatsk. X. Th. S. 306. 341—351. nebſt dem im XI. B. eingerückten Gräflich-Wertheimiſchen Promemoria Num. 17. S. 45.

dem Fränkischen Grafencollegio in Rücksicht auf ihre Beiträge zur Gräflichen Kollegialkasse gleiche Mäßigung verlangt, solche aber als eine Folge der bey dem Krais erlangten Verminderung angesehen, und daher ihr Gesuch mit dem aufgestellten rechtlichen Grundsatz: **Daß eine bey dem Fränkischen Krais erlangte Moderation eine gleichmäsige Moderation beym Grafen-*Collegio* zur nothwendigen Folge habe**, unterstützt haben. Aus eben demselben Grafentagsprotocoll erhellt aber auch, daß diesem Grundsatz allgemein widersprochen, jedoch dessen ungeachtet provisorie der Wertheimische Matricularanschlag, zu der der Gräflichen Linie gebührenden Hälfte, auf 20 fl. herabgesetzt, hingegen der Rückstand nicht ganz, sondern nur zu $\frac{3}{4}$tel nachgelassen worden sey.

Hierdurch wurden die Grafen zu Löwenstein-Wertheim veranlaßt, ihre nicht sowohl auf Billigkeitsgründe, als vielmehr auf den angeführten Rechtsgrund gestützte Ansprache auf **unbedingte, nicht nur provisorische, Moderation und gänzlichen Nachlaß des Rückstandes in einem ausführlichen Vorstellungsschreiben an das Directorium und die sämtlichen Mitglieder vom 26. Jul. und 8. Aug. 1786. zu wiederholen**, welches sodenn mittelst eines

Di-

Directorialschreibens des Herrn Fürsten zu Hohenlohe-Ingelfingen vom 6. Sept. 1786. durch Circulation in Proposition und Berathschlagung gestellt wurde; wie aus den Beilagen I. und II. zu ersehen ist.

Da die in jener Vorstellung angeführten Gründe das hohe Directorium nicht überzeugt haben, und denselben in dem Directorialschreiben andere Gründe entgegengesetzt, vielleicht auch von andern Seiten her ähnliche Aeuserungen gemacht wurden: so mag diß die Herren Grafen bewogen haben, in einem weitern unter Z. III. beygefügten Schreiben vom 28. Dec. 1786. und præs. 27. Jan. 1787. ihre Sprache in etwas zu ändern, an dem Rückstand noch 300. fl. anzubieten, und ihr Gesuch, besonders in Rücksicht auf die der Stadt Wertheim, auf welcher der Rückstand haftet, zugestossene Unglücksfälle mit Billigkeitsgründen zu unterstützen; worauf von dem Directorio auch hievon den Mitgliedern Eröfnung gethan, und nunmehr das Gräflich-Wertheimische Gesuch unterstützt und empfohlen wurde. Auch die eingeloffenen Stimmen erklärten sich für dasselbe, so, daß das Conclusum, das mir zwar noch nicht bekannt geworden ist, ohne Zweifel dem Gräflich-Wertheimischen Gesuch vollkommen entsprochen haben wird. Kürze halber

halber will ich die Stimmen selbst nicht alle einrücken, sondern nur zwey derselben, welche sich auf die erwähnte Rechtsfrage, unter Beyfügung neuer, weder in der Wertheimischen Vorstellung, noch in dem Directorialschreiben enthaltenen Gründe, eingelassen haben, beyfügen, nämlich das Castell-Remlingische und das Erbach-Erbachische.

In meiner Staatsk. zehentem Bande habe ich mich schon geäusert, daß ich mich von der Richtigkeit jenes Gräflich-Löwenstein-Wertheimischen Grundsatzes nicht überzeugen könne. Nach der in den Beilagen dieses Abschnitts enthaltenen näheren Beleuchtung dieses Gegenstandes ist nun zwar entschieden, daß in Ansehung der alten Gräflichen Häuser, der einigemal dawider vorgefallenen Zweifel und Widersprüche ungeachtet, durch ein beständiges Herkommen, auch in Bestimmung der gräflichen Collegial-Beiträge, und des Verhältnisses, nach welchem die einzelnen Häuser zu den Kollegialbedürfnissen beytragen, die allgemeine Reichsmatrikel zum Grund gelegt worden sey. Daß aber um deßwillen eine von dem Krais geschehene Moderation auch die Moderation bey dem Grafencollegio zur nothwendigen Folge habe, und also der Kraisschluß auch das Grafencollegium verbinde, das

ist

ist meines Erachtens damit noch nicht bewiesen. Wenn von einer von dem gesamten Reich vorgenommenen Moderation eines Matricularanschlags die Frage wäre: so würde eher behauptet werden können, daß ein solcher Reichsschluß dem Reichsstande, der sie erlangt hat, ein vollkommenes Recht gewähre, auch in dem Grafencollegio, in welchem in Ansehung der Kollegialbeiträge die Reichsmatrikel ebenfalls angenommen ist, den Genuß der erlangten Moderation zu verlangen, weil nämlich Reichsständische Kollegien und Corpora eben sowol, als einzelne Glieder des Reichs, die Kaiserliche Reichshoheit anzuerkennen und die Reichsgesetze zu befolgen schuldig sind. Und doch würde man auch in diesem Fall noch starke Zweifelsgründe aufzulösen haben. b) Daß aber eine nur von dem Krais vor-

b) Die Grafencollegien waren nämlich in ihrer Entstehung keine eigentliche Reichsanstalt. Sie wurden es erst durch die Entstehung der Curiatstimmen, nach welcher nun die Grafen in Absicht auf ihre Reichsständischen Rechte auf Reichsversammlungen und den daran abhangenden Reichsdeputationen freilich nur als Collegien wirksam erscheinen. Vorher aber war ihre Verbindung blos freier willkührlicher Zusammentritt eben so gut, als der im J. 1785.

vorgenommene Moderation auch in dem Grafen-
collegio

J. 1785. errichtete Fürstenbund. Da sich nun mit Entstehung der Vereinen und der daraus gebildeten Grafencollegien auch Collegialbedürfnisse darstellten: so stand es in dem uneingeschränkten freien Belieben, ob sie, wie es ja nach dem Grafentagsabschied von 1577. (unten Z. VI. Beilage) wirklich auch in Vorwurf gekommen ist, ganz gleich nach den Personen, oder nach dem Verhältnis der Einkünfte beytragen wollten, und im letztern Fall hieng es eben sowohl von ihnen ab, ob sie die allgemeine Reichsmatrikel zum Grund legen oder eine eigene Collegialmatrikel entwerfen wollten. Sicher hätte das Reich gar im geringsten nichts dagegen gehabt, wenn die vereinte Grafen einen eigenen Collegialfuß unter sich eingeführt hätten. Es war also nicht Folge der Unterordnung der alten Grafenvereinen oder nun sogenannten Grafencollegien unter die höchste Gewalt des Kaisers und Reichs, daß sie die Reichsmatrikel zum Masstab annahmen. Es ist freies Belieben oder vielmehr stillschweigende in der Folge auch wider eingelegte Widersprüche behauptete Einwilligung der Mitglieder selbst. Man sollte also denken, man könne nun bey vorgehenden Reichsmoderationen eben so wenig aus dem Begriff der Unterordnung des Grafencollegii unter die höchste Gewalt des Kaisers und Reichs auf die Nothwendigkeit, diese Moderation für die Zukunft auch von Seiten des Grafencollegii in Ansehung der Collegialbeiträge zu beobachten, einen bündigen Schluß machen; da zumal auch noch hinzukommt, daß man von Reichswegen bey Ertheilung

collegio verbindlich seyn sollte, davon kann ich mich ganz nicht überzeugen. Das Grafencollegium, als für sich bestehendes Collegium betrachtet, ist so unabhängig vom Krais, als dieser von jenem. c) Der Grund einer solchen Verbindlichkeit könnte also nur in einer freywilligen — stillschweigenden oder ausdrücklichen — Uebereinkunft der Glieder des Collegii unter sich zu suchen seyn. Damit aber, daß bey Entstehung desselben die sämtlichen Glieder in den Beyträgen zu Bestreitung der Collegialbedürfnisse die allgemeine Reichsmatrikel als

theilung einer Moderation nur die eigentlichen Reichsanlagen an Geld und Mannschaft nebst den unter diese Klasse gehörigen Krais-Præstandis vor Augen hingegen gar nicht die Absicht hat, für andere Verhältnisse ein Gesetz zu geben. Sollte ein Reichsgesetz, als Reichsgesetz betrachtet, weiter wirken, als ihm von der gesetzgebenden Gewalt der Wirkungskrais angewiesen ist? Es scheint also hierinn immer alles auf stillschweigender oder ausdrücklicher Uebereinkunft der Glieder des Collegii, und, wenn es an einer darauf gegründeten sichern Norm fehlt, auf dem allgemeinen Grundsatz zu beruhen, den die Autonomie der reichsständischen Kollegien an Hand gibt.

c) Denn von dem Verhältnis der Grafenbank auf den Kraisversammlungen zu dem gesamten Krais ist hier nicht die Frage.

Masstab ihres wechselseitigen Verhältnisses angenommen haben, wie sie es auch in Ansehung der Kraisprästanden ist, haben sich dieselbe einmal nicht auch zugleich jeder Veränderung zum voraus unterworfen, die von dem Krais vorgenommen werden würde. Dieß ist schlechterdings nicht zu vermuthen. Und da nach dem Castellischen Voto (Z. V.) das Grafentagsprotocoll von 1729. eine ausdrückliche Verwahrung wider den Schluß von der Kraisauf die Collegialmatrikel enthält: so kann man es um so weniger annehmen, als dieser Satz der Natur der Sache und der Unabhängigkeit des Grafencollegii vom Krais gemäs ist.

Es ist auch kein Grund vorhanden, warum ein Grafencollegium sich hierinn selbst die Hände binden und nicht vielmehr die jedem Grafencollegio zustehende Autonomie in Collegial-Sachen behaupten sollte. Am besten wäre also, wenn bey dieser Gelegenheit für die Zukunft dieser Grundsatz durch einen ausdrücklichen Collegialschluß vollends ausser Zweifel gesetzt würde.

I.

Gräflich-Löwenstein-Wertheimisches Vorstellungsschreiben an das hohe Directorium und die sämtlichen Mitglieder des Fränkischen Grafen-

Grafen-Collegii, die aus Rechtsgründen verlangte Moderation des Wertheimischen Matricularanschlags betreffend, vom 8. Aug. 1786. *)

Hochgebohrner Graf,

Freundlich-Vielgeliebt- und Hochgeehrter Herr Vetter!

Euer Lbdn. haben wir bereits in unserer kurz vor dem Anfang des vorjährigen Grafentags an Dieselben erlassenen Zuschrift die Gründe vorzulegen die Ehre gehabt, weswegen wir nach erfolgter Herabsetzung der Wertheimischen Matrikel beym Fränkischen Krais auf eine gleichförmige Herabsetzung derselben bey unserem Collegio Anspruch machen, und wegen der langjährigen Ueberzahlungen, nach dem Vorgang erstbesagten Kraises, eine Verhältnismäßige Entschädigung erwarten zu können, uns beglaubiget gehalten haben.

Da wir aber aus denen uns zugekommenen vorjährigen Grafentags-Verhandlungen zu ersehen gehabt, daß unsere hochansehnliche Herren Collegial-Mitstände gegen unsern vorgebrachten und ganz gegründeten Schluß von der Krais-Matrikel auf die Collegial Matrikel noch einigen Zweifel hegen, und daß Sie dahero auch dieseitige Matrikel nur provisorie der Krais-Matrikel haben gleichsetzen, auch diese Moderation

*) An das hohe Directorium selbst ist dieses Schreiben schon sub dato 26. Jul. 1786. erlassen worden.

Masstab ihres wechselseitigen Verhältnisses angenommen haben, wie sie es auch in Ansehung der Kraisprästanden ist, haben sich dieselbe einmal nicht auch zugleich jeder Veränderung zum voraus unterworfen, die von dem Krais vorgenommen werden würde. Dieß ist schlechterdings nicht zu vermuthen. Und da nach dem Castellischen Voto (Z. V.) das Grafentagsprotocoll von 1729. eine ausdrückliche Verwahrung wider den Schluß von der Kraisauf die Collegialmatrikel enthält: so kann man es um so weniger annehmen, als dieser Satz der Natur der Sache und der Unabhängigkeit des Grafencollegii vom Krais gemäs ist.

Es ist auch kein Grund vorhanden, warum ein Grafencollegium sich hierinn selbst die Hände binden und nicht vielmehr die jedem Grafencollegio zustehende Autonomie in Collegial-Sachen behaupten sollte. Am besten wäre also, wenn bey dieser Gelegenheit für die Zukunft dieser Grundsatz durch einen ausdrücklichen Collegialschluß vollends ausser Zweifel gesetzt würde.

I.

Gräflich-Löwenstein-Wertheimisches Vorstellungsschreiben an das hohe Directorium und die sämtlichen Mitglieder des Fränkischen Grafen-

Grafen-Collegii, die aus Rechtsgründen verlangte Moderation des Wertheimischen Matricularanschlags betreffend, vom 8. Aug. 1786. *)

Hochgebohrner Graf,

Freundlich-Vielgeliebt- und Hochgeehrter Herr Vetter!

Euer Lbdn. haben wir bereits in unserer kurz vor dem Anfang des vorjährigen Grafentags an Dieselben erlassenen Zuschrift die Gründe vorzulegen die Ehre gehabt, weswegen wir nach erfolgter Herabsetzung der Wertheimischen Matrikel beym Fränkischen Krais auf eine gleichförmige Herabsetzung derselben bey unserem Collegio Anspruch machen, und wegen der langjährigen Ueberzahlungen, nach dem Vorgang erstbesagten Kraises, eine Verhältnismäßige Entschädigung erwarten zu können, uns beglaubiget gehalten haben.

Da wir aber aus denen uns zugekommenen vorjährigen Grafentags-Verhandlungen zu ersehen gehabt, daß unsere hochansehnliche Herren Collegial-Mitstände gegen unsern vorgebrachten und ganz gegründeten Schluß von der Krais-Matrikel auf die Collegial Matrikel noch einigen Zweifel hegen, und daß Sie dahero auch diesseitige Matrikel nur provisorie der Krais-Matrikel haben gleichsetzen, auch diese Moderation

*) An das hohe Directorium selbst ist dieses Schreiben schon sub dato 26. Jul. 1786. erlassen worden.

Maſſtab ihres wechſelſeitigen Verhältniſſes angenommen haben, wie ſie es auch in Anſehung der Kraispräſtanden iſt, haben ſich dieſelbe einmal nicht auch zugleich jeder Veränderung zum voraus unterworfen, die von dem Krais vorgenommen werden würde. Dieß iſt ſchlechterdings nicht zu vermuthen. Und da nach dem Caſtellſchen Voto (Z. V.) das Grafentagsprotocoll von 1729. eine ausdrückliche Verwahrung wider den Schluß von der Krais- auf die Collegialmatrikel enthält: ſo kann man es um ſo weniger annehmen, als dieſer Satz der Natur der Sache und der Unabhängigkeit des Grafencollegii vom Krais gemäs iſt.

Es iſt auch kein Grund vorhanden, warum ein Grafencollegium ſich hierinn ſelbſt die Hände binden und nicht vielmehr die jedem Grafencollegio zuſtehende Autonomie in Collegial-Sachen behaupten ſollte. Am beſten wäre alſo, wenn bey dieſer Gelegenheit für die Zukunft dieſer Grundſatz durch einen ausdrücklichen Collegialſchluß vollends auſſer Zweifel geſetzt würde.

I.

Gräflich-Löwenſtein-Wertheimiſches Vorſtellungsſchreiben an das hohe Directorium und die ſämtlichen Mitglieder des Fränkiſchen Grafen-

Dissensus entstanden, einige der Meynung gewesen, daß die Kosten pro rata virili, das ist, von jedem stimmführenden Theil so viel als von dem andern zu tragen, hiergegen aber per majora der Satz festgesetzt worden seye, daß die damals nöthig gewesene Anlage nach der gemeinen (das ist der Reichs- und Crais-) *Matricul NB. NB.* auf vorige Wege reguliret werden solle; zum unwidersprechlichen Beweis, daß vom ersten Ursprung des Collegii an die gemeine Collegial-Lasten nicht nach einer eigenen Collegial-Matricul, sondern blos nach Verhältnis der gemeinen Matricul getragen worden, folglich auch, daß, da bis auf diese Stunde kein anderes Regulativ eingeführet worden, sondern auch jetzo noch die sogenannte Collegial-Matricul mit der Crais-Matricul derjenigen hohen Stände, die zugleich Crais- und Collegial-Mitstände sind, ganz übereinkommt, die Collegial-Beyträge der altgräflichen Häuser auch jezo noch und bis zu einem andern gemeinsamen Einverständnis, nur nach dem Verhältnis ihrer gemeinen Matrikel gefordert werden können.

Ueberdis ist nach Innhalt des sub Num. 2. hier anliegenden Auszugs aus dem Künzelbauer Grafentags-Protocoll de 1729. Sess. VI. nicht nur ausdrücklich beliebet worden:

Daß alle alte Häuser nach der Fränkischen Crais-Matrikel ihre Collegial-Præstanda künftig zu præstiren haben sollen ꝛc. ꝛc.

noch mit einer Bedingung begleiten wollen, so haben wir uns veranlaßt befunden, in den ältern Grafentags-Acten weiters nachsehen zu lassen, was es mit der Fränkischen Collegial-Matrikel überhaupt, und insbesondere mit der hiesigen Beschwerde über Prägravation bey der Collegial-Matrikel für eine Bewandnis habe; und bey dieser eingezogenen Erkundigung haben wir ganz unwiderlegliche Beweise für die Richtigkeit gedachten unseres Satzes und die Rechtmäßigkeit unseres Moderations-Gesuchs vorgefunden, so daß wir uns bey der Billigkeit unserer hochansehnlichen Collegial-Mitglieder versprechen können, daß Sie hiesigem Stand die nur provisorie und unter Bedingung bewilligte Moderation nun unbedingt und für beständig ex jure quæsito zuzugestehen willig und bereit, auch demselben in Ansehung des Entschädigungs- und respective Erlaß Gesuchs noch weiters zu consoliren geneigt seyn werden. In dieser Zuversicht ermangeln wir dann nicht, unsere weiters vorgefundene Gründe auch Euer Ebden zur näheren und einsichtsvollen Prüfung hiermit vorzulegen, und vorerst sub Num. 1. einen Auszug aus dem Mergentheimer Grafentags-Abschied de 1595. §. 11. mitzutheilen, woraus Dieselben zu entnehmen belieben werden, daß, da auf damaligem Grafentag unter den anwesenden Collegial-Mitständen über die Frage: nach was für einem Fuß die Beyträge zu den gemeinen Kosten des Collegii zu prästiren seyen? ein

Dissen-

Dissensus entstanden, einige der Meynung gewesen, daß die Kosten pro rata virili, das ist, von jedem stimmführenden Theil so viel als von dem andern zu tragen, hiergegen aber per majora der Satz festgesetzt worden seye, daß die damals nöthig gewesene Anlage nach der gemeinen (das ist der Reichs- und Crais-) *Matricul NB. NB.* auf vorige Wege regulliret werden solle; zum unwidersprechlichen Beweis, daß vom ersten Ursprung des Collegii an die gemeine Collegial-Lasten nicht nach einer eigenen Collegial-Matricul, sondern blos nach Verhältnis der gemeinen Matricul getragen worden, folglich auch, daß, da bis auf diese Stunde kein anderes Regulativ eingeführet worden, sondern auch jetzo noch die sogenannte Collegial-Matricul mit der Crais-Matricul derjenigen hohen Stände, die zugleich Crais- und Collegial-Mitstände sind, ganz übereinkommt, die Collegial-Beyträge der altgräflichen Häuser auch jezo noch und bis zu einem andern gemeinsamen Einverständnis, nur nach dem Verhältnis ihrer gemeinen Matrikel gefordert werden können.

Ueberdis ist nach Innhalt des sub Num. 2. hier anliegenden Auszugs aus dem Künzelbauer Grafentags-Protocoll de 1729. Sess. VI. nicht nur ausdrücklich beliebet worden:

Daß alle alte Häuser nach der Fränkischen Crais-Matrikel ihre Collegial-Præstanda künftig zu præstiren haben sollen ꝛc. ꝛc.

sondern es sind auch bey eben demselben Grafentag besage des sub Num. 3. anliegenden Auszugs aus dem damals errichteten Recess die Hohenlohe-Neuensteinische, Castellische, Erbachische und Limburg-Gaildorfische hohe Häuser, deren Crais-Matrikel einige Aenderung und Moderation erhalten hatte, derselben auch bey dem Collegio gleich gesetzt worden; nachdem die Hohenlohe-Waldenburgische hohe Häuser schon Ao. 1726. bey den vorhergehenden Grafentägen zu Rothenburg und Weikersheim eine gleichförmige Moderation mit dem Vorbehalt erhalten hatten, daß auch den übrigen hohen Mitgliedern, die gleiche Beschwerde zu führen hätten, ein gleiches zu statten kommen solle. Hiebey können wir nicht unbemerkt lassen, daß ohngeachtet die damals versammelt gewesene hohe Collegial-Mitstände ausdrücklich von sich bekannten: „daß es Ihnen „noch zur Zeit an einer gründlichen Information „ermangle, was für ein modus contribuendi „bey Errichtung des Reichsgräflich-Fränkischen „Collegii eigentlich beliebet worden seye;" sie jedoch blos aus Gründen der Billigkeit, und wegen vorwaltender starker Vermuthung, daß bey Errichtung des Collegii die gemeine Reichs- und Crais-Matrikel zur Norm bey den Collegial-Beyträgen angenommen worden seyn müsse, vor hochbesagte moderirte Häuser nicht provisorie noch bedingt, sondern sogleich simpliciter und pure der Krais-Matrikel gleichzusetzen beliebet haben.

Was

Was aber unser Haus insbesondere anlangt, so ist demselben seine Competenz nicht nur bey dem 1729ger Receß ausdrücklich vorbehalten, sondern auch besage des sub Num. 4. hier anliegenden Auszugs aus dem 1735ger Wertheimer Grafentags-Recess demselben die gleichmäßige Minderung der Collegial-Matrikel, auch vorangängige Crais-Moderation zugesichert, auch einsweilen die bey dem Wertheimischen Crais-Simplo ehehin abgekommene 10 kr. ebenfalls bey dem Collegio abgeschrieben worden.

Ist nun aber Ao. 1729. bey dem Collegio beliebet worden, daß die altgräfliche Fränkische Häuser überhaupt nach der Fränkischen Crais-Matrikel ihre Collegial Beyträge künftig zu entrichten haben sollen, ist dieses unserem Haus insbesondere auch damals vorbehalten, und gleiches Ao. 1735. bestättiget worden, ja ist erwiesenermaßen sogleich bey erster Formirung des Reichsgräflich-Fränkischen Collegii beliebet worden, die Collegial-Beyträge nach der gemeinen Reichs- und Crais-Matrikel præstiren zu lassen, so werden Euer Lbdn. bey diesen Umständen uns ohne weiteres Bedenken die Folge zugeben, daß bey unserem Collegial-Moderations-Gesuch nun kein provisorium, noch anzuhängende Bedingungen statt finden können, sondern uns dasselbe von Rechtswegen pure und unbedingt zu bewilligen, auch hiesiger Stand in Ansehung des damit verbundenen Entschädigungs-Gesuchs, we-

nigstens eben so billig, wie es von Craises wegen geschehen, zu behandeln seye.

Nun ist aus den Crais-Verhandlungen in Betreff der hiesigen Matricular-Beschwerde bekannt, daß diese von den hohen Craisständen nicht nur für eine gegründete, sondern auch für eine alte, vor langen Jahren schon existent gewesene Beschwerde erkannt, daß ferner die Matrikel der hiesigen Grafschaft von Craises wegen schon Anno 1702. provisorie und bis zu näherer Untersuchung ihre Kräfte auf 42 fl. pro simplo heruntergesetzt, Ao. 1720. aber zu Completirung des von dem Crais fictitie angenommenen numeri rotundi von 4000 fl. bey dem Crais-Simplo, bey der von mehreren Craisständen mit Widerspruch der andern auf 10 Jahre beliebten Temporal-Convention de facto wider auf 53 fl. ad tempus hinaufgesprenget, gleichwohl aber wegen dieses dem Stand Wertheim widerfahrnen Unrechts für billig befunden worden sey, denselben während des letztern 7jährigen Reichs-Kriegs von der Mannschaftsstellung bis auf die Helfte zu dispensiren, auch Ihm nur seit den letzten 20 Jahren bey 20,000 fl. an den rückständig gebliebenen Geld-Prästationen nach und nach zu erlassen. So wie also die Crais-Matrikel des hiesigen Standes schon Ao. 1702. bis zu näherer Untersuchung seiner Kräfte auf 42 fl. heruntergesetzt worden, so war derselbe auch schon von da an mit nicht mehr als 42 fl.

pro

pro Simplo zu dem Collegio zu concurriren verbunden; und da weder der von dem Crais fictitie angenommene numerus rotundus bey dem Crais-Simplo, noch die deshalben von einem großen Theil der Craisstände mit Widerspruch der andern errichtete 10jährige Temporal-Convention den mindesten Zusammenhang mit dem Collegio haben, vielmehr für dasselbe eine ganz fremde Sache sind, so kann auch die hiesige Ao. 1702. auf 42 fl. heruntergesetzte, und Ao. 1720. nur extraordinarie, aus einer die innere Crais-Verfassung specialissime angehenden *Ursache*, blos auf 10. Jahre bey dem Crais wieder erhöhte Matrikel von daher die mindeste Erhöhung bey dem Collegio nicht nach sich gezogen haben.

Im äusserſten, keineswegs zugegebenen Fall aber, und wann man es mit dem immer so *zahlungswilligen* und gegen seine hohe Constatus bey jeder Gelegenheit so willfährigen Stand Wertheim ja auf das genaueste nehmen wollte, so würde derselbe höchstens doch nur von dem Jahr 1720. an bis 1730. als der eigentlichen Dauer der Temporal-Convention mit 53 fl. zu dem Collegio zu concurriren für schuldig erkannt werden können, von 1702. aber bis 1720. und von 1730. bis 1784. unstrittig nur mit 42 fl. fürs Ganze, oder mit 21 fl. zu dieſseitiger Helfte beyzutragen gehabt haben. Aus diesem ergibt sich nun die weitere rechtliche Folge,

daß,

daß, da man von Collegii wegen ohngeachtet der schon Ao. 1702. bey dem Crais erfolgten Heruntersetzung der hiesigen Matrikel doch immer mit hiesigem Stand nach der alten Matrikel von 53 fl. abgerechnet, und denselben also weit über seine Schuldigkeit zahlen lassen, Ihm dafür um so mehr die Condictio indebiti und Ersatz des zu viel gezahlten gebühre, als sich derselbe bey mehreren Grafentägen theils selbst reservanda reserviret hat, theils auch von Collegii wegen Ihm reservanda reserviret worden sind.

Nun hat aber hiesiger Stand Wertheim, und zwar nur so viel den diesseitig Löwensteins Wertheim-Virneburgischen Antheil betrift, von dem Jahr 1702. bis 1784. bey 25000 fl. an das Collegium nach der vollen Matrikel von 53 fl. wirklich bezahlt, und da er nur nach der heruntergesetzten Matrikel von 42 fl. zu zahlen gehabt, so hat er mit mehr dann einem Fünftel überzahlet, welcher Ihm nun mit dem Betrag von wenigstens 5000 fl. aus der Collegial-Casse zu ersetzen wäre, wenn man sich hierorts seines vollen Rechts gegen die Collegial-Casse bedienen wollte.

Wir zweifeln dahero nicht, daß Euer Lbdn. den vorwaltenden Umständen nach es als einen weiteren Beweis unserer Mäßigung und unserer patriotischen Gesinnung gegen das hohe Collegium erkennen werden, daß wir statt alles Ersatzes und Entschädigung in via amicabilis, uns

blos

blos mit dem vollen Erlaß der unserem Stande aufgerechneten Rückstände a 2886 fl. 53 kr. begnügen zu wollen uns erklärt haben.

Euer Ldn haben sich zwar bey dem vorjährigen Weikersheimer Grafentag nur zu einem Erlaß von $\frac{2}{7}$tel an unserem Rückstande verstehen wollen. Da aber Denenselben damalen noch das eigentliche Verhältniß der Collegial-Matrikel gegen die Crais-Matrikel, und somit auch der vorzüglichste Grund unseres Moderations- und Entschädigungs-Gesuchs unbekannt wenigstens nicht erinnerlich gewesen zu seyn scheinet, so schmeicheln wir uns, daß unser nunmehriges höchstbilliges Gesuch um den weitern Erlaß des übrigen Drittels mit 962 fl. im mindesten nicht auf irgend einer Seite werde erschwert werden, in Rücksicht, daß hiesiger Stand de jure wenigstens 5000 fl. zum Ersatz zu fordern berechtiget wäre, daß er bey seinem langen hundertjährigen Klagen über 50000 fl. an Gesandtschafs- und Negotiations-Kosten aufwenden müssen, um nur endlich 13 fl. von seinem Matricular-Simplo wegzubringen, daß er also bey gedachter Moderation nicht nur in effectu nichts gewonnen, sondern wegen so sehr verspäteter Hülfe den bittersten Schaden und Nachwehen auf lange Zeiten hinaus empfinden muß, und in eine solche Schuldenlast gestürzt worden, woraus sich die Unterthanen vor einem halben Jahrhundert nicht erholen können.

Ueber-

Ueberdis tritt bey der hiesigen Condominial-Verfassung der fatale Umstand für hiesige Unterthanen noch hinzu, daß die Fürstliche Mit-Herrschaft immer eben so viele Schazungsgelder zu ihrer Cammer-Casse bezieht, als die Unterthanen an Collegial-Geldern für diesseitigen Theil an das Collegium zu bezahlen haben, und daß also, wann hiesige Stadt, als auf welcher der aufgerechnete Rückstand allein haftet, das obbemeldte Drittel mit 962 fl. an das Collegium zu zahlen angehalten werden könnte, statt dieser Summe 1922 fl. zusammen bringen müßte, eine Summe, die einer so äusserst verschuldeten, und durch die übermäßige Matricular-Beyträge ganz ruinirten Stadt ganz unerschwinglich seyn würde.

Bey allen Remiß-Gesuchen unserer übrigen Herren Mitstände, wann sie auch nicht auf legale Gründe, noch auf gerechte Matricular-Beschwerden gebaut waren, sondern wann blos wegen fremder das Collegium nicht angehender Umstände den Unterthanen oder dem Herrn eine Erleichterung zu gönnen wäre, sind wir immer die willfährigsten im Erlassen gewesen, und haben immer diejenige Billigkeit gegen andere vorwalten lassen, die in einer Societät so eng verbundener Stände nie miskannt werden sollte; Wir glauben daher auch aus diesem Grund bey unserem rechtlichen Ansuchen um den Erlaß des noch übrigen Drittels an mehrgedachtem Rückstand

stand auf eine geneigte Erwiderung ab Seiten unserer Herren Constatuum Anspruch machen zu können; in dessen Anhofnung wir unter Erbittung einer bald gefälligen Erklärung die Ehre haben mit vollkommener Hochachtung allstets zu beharren

Euer Lbdn

Wertheim,
den 8ten Aug. 1786.

dienstwillig ergebene Vetter
und Diener

Johann Ludwig Vollrath,
Graf zu Löwenstein-Wertheim.

Friderich Ludwig,
Graf zu Löwenstein-Wertheim,
F. G. Z. L. W.

N. 1.

Extractus

Mergentheimer Grafentags-Abschieds de Ao. 1595. §. 11.

ꝛc. Dann obgleich durch etliche in Acht und Bedenkhen genommen, daß solche der Grafen und Herrn herkommen Vereinigung nicht principaliter zu Erhaltung Land und Leuth, des Landtfriedens und dergleichen gemeiner Reichs-Sachen vermeinet, darumben auch nach der gemeinen Matricul nicht zu reguliren, vielweniger aber den Moderationen zu vergleichen, sintemal dieselbe zu gemeiner Reichs- und Crayß-Nothdurfft

aus

aus den Reichs-Constitutionen entsprungen und hergefloßen, und zu dessen vorbeschriebener Leist- und Erstattung jeder Reichs-Stadt schuldig und gehalten, aber hingegen keiner verbunden oder gezwungen, sich in diese Gräfliche Correspondenz einzulassen, welche allein aus freyen Willen, zu Erhaltung freundlichen Vertrauens-undt des Gräflichen Standes angesehen, darumben auch kein Wahl, sondern ein pur lauter *personal*-Werkh und also gleich-mäßiger Billigkeit nach, auch auf die Personen zu richten, unter welchen kein *Major* noch *Minor*, sondern wie *in dignitate vel honore* keiner keinen Vorzug oder *præeminenz* vor dem andern, also auch da man anderst vertrauliche Gleichheit suchen wolt, *in oneribus* gleiche Bürden zu tragen und keines über den andern zu beschweren.

Dieweil aber die andern und zwar des mehrer Theil Gesandten vff vorigen Wegen beharret, und aus Abmangel nothwendiger Instruction sich anderst nicht zu erklähren gewust; So ist wohl vor diesmal den Vorrath umb einen halben Monath zu stärkhen undt demselben vff Joh. Baptistæ dem ausschreibenden Graffen zu erlegen abermalen durchs mehrere verwilligt und beschlossen, jedoch durch obwohl gedl. Herrn Graf Wolfgang von Hohenlohe ausdrücklich bezeuget undt bedinget worden, daß obwohl Ihro Majest. deren Angebührnus zu entrichten erbiethig, Sie

doch

doch ſolches vff die *Matricul* gerichte Anlagen zu keiner immerwährenden *Conſequenz* verwilliget, ſondern offentlich wollen widerſprochen undt deren fernere Handlung biß uff zukünftige Perſöhnliche Zuſammenkunft eingeſtellet haben ꝛc.

N. 2.

Extract

aus dem Hochgräflich-Fränkiſchen Grafentags-Protokoll de 1729.

Seſſ. XVII. den 16. Jul. hor. pomerid.

Erſtlich wurde des Collegial-Secretarii Salvelders anheute übergebenes an die hohen Herren Principalen gerichtetes unterthänigſtes *Memoriale* der darinnen angeführten Bewegs-Urſachen willen zu ſeinem Faveur mit 25 fl. Beſoldungs-Zulage vom 0ten nächſtkommenden *Monats Auguſti* an reſolviret, jedoch ſolle dieſes in Zukunft zu keiner Conſequenz gezogen werden. Darauf hat man den projectirten Receſs von gegenwärtigem Convent in pleno verleſen, revidirt und ad mundandum hingegeben, ſodann die Concluſa über beede nachfolgende Incidentia ad protocollum genommen.

Und nachdem die Hochgräflich-Erbachiſche Geſandtſchaft ꝛc. ꝛc.

NB. Das Concluſum befindet ſich verbotenus im Receſs, worauf man brevitatis ſtudio ſich beziehet.

Wornach folgendes hieher zu inſeriren.

Ist das Erbachische Moderations-Gesuch und daß alle alte Häuser nach der Fränkischen Craiß-Matrikel ihre *Collegial-Præstanda* künftig zu *præstiren* hätten, resolviret worden; wobey aber der Hochgräflich-Schönbornische Herr Gesandte, als welcher in hoc puncto defectum informationis allegiret, per expressum sich bedungen, daß, wenn etwa dem Hochgräflich-Schönbornischen Hauß hierunter auch einige Befugnis zustünde, solches demselben reserviret seyn sollte. Worauf demselben von Conventswegen zu verstehen gegeben worden, wie man mit dem Hochgräfl. Schönbornischen Hauß wegen des Collegial-Beytrags eine Convention getroffen, und dahero von demselben dieserwegen nichts moviret werden könne ꝛc. ꝛc.

N. 3.

Extract

aus dem Hochgräflich-Fränkischen Grafentags-Recess de 1729.

§. 19.

Nachdem ferner und incidenter die Hochgräfl. Erbachische Gesandtschaft ein Schreiben sub Lit. B. so ehemalen an das Hochgräflich-Hohenlohische Directorium zu Weickersheim erlassen worden, unterwegs aber verlohren gegangen, nochmalen ausgefertiget, zu dem Convent übergeben, worinnen von wegen des Hochgräflichen Gesamthauses Erbach mit Beziehung auf die Hochgräfl. Waldenburgische Moderation Instanz

gemacht wird, daß Ihnen gleiche Moderation ſeines bisherigen Matricular-Quanti angedeyhen, und daſſelbe ebenfalls in matricula collegiali, nach dem Fuß der Concurrenz bey dem Fränkiſchen Kraiß wenigſtens auf 40 fl. in ſimplo geſetzet werden mögte, damit auch die übrige beym Kraiß ſimpliciter (forte: ſimiliter) moderirte Hochgräfl. alte Häuſer ſich conformiret und die gleichmäßige Herunterſezung ihres Collegial-Anſchlags auf den Fuß, wie ſolcher zur Zeit der erhaltenen Hochgräflich-Hohenlohe-Waldenburgiſchen, auch Limburg-Speckfeld-Sontheim und Schmidelfeldiſchen Moderation beym Kraiß geſtanden, urgiret, deshalben auch auf die dem Grafentags-Receſs zu Rotenburg de ao. 1726. §. 8vo. in fine adpendicirte clauſulam reſervatoriam ſich bezogen haben, als iſt ſolches Deſiderium vor billig erachtet, und geſchloſſen worden, daß ſolchemnach die Hochgräflich-Hohenlohiſche Häuſer Neuenſteiniſcher Lineæ fürohin à dato an in matricula collegiali ſtatt der bisherigen 85 fl. 20 kr. höher nicht als mit 81 fl. das Hochgräfl. Geſammt-Haus Caſtell ſtatt 18 fl. 40 kr. mit 18 fl. das Hochgräfl. Geſammt-Haus Erbach ſtatt 42 fl. 40 kr. mit 40 fl. das Hochgräfl. Haus Limburg-Gaildorf ſtatt 21 fl. 20 kr. mit 20 fl. zu concurriren ſchuldig, dem Hochgräflichen Haus Löwenſtein-Wertheim aber, als welches ohnedem auch um Moderation ſeines bisherigen Collegial-Matricular-Anſchlags inhærendo dem bereits ao. 1719. bey damaligem Grafentag zu Oehringen

angebrachten Gesuch bey gegenwärtigem Convent wiederholte Instanz gemacht, seine Competenz diesfalls vorbehalten — werden solle ꝛc. ꝛc.

N. 4.

Extract

aus dem Hochgräflich-Fränkischen Grafentags-Recess de 1735.

§. 9.

Belangend übrigens die zugleich angesuchte Moderation des Hochgräflich-Löwenstein-Wertheim-Virneburgischen Matricular-Anschlags, so hat man solche dermalen verschiedener erheblichen Ursachen halber, und in so lange, bis von dem Hochlöbl. Krais dergleichen werde verwilliget werden, ausgestellet, gleichwohl aber beliebt, daß öfters ersagtes Hochgräfliches Haus immittelst statt der bisherigen 26 fl. 40 kr. nur mit 26 fl. 30 kr. zu einem Collegial-Römer-Monat gleichwie bey gedachtem Fränkischen Crais concurriren — solle ꝛc.

II.

Gräflich-Fränkisches Directorial-Circulare des Herrn Fürsten zu Hohenlohe-Ingelfingen vom 6. Sept. 1786.

Hochgebohrne Grafen,

Freundlich vielgeliebt und Hochgeehrte Herren Vettern, *resp.* Bruder und Gevatter!

Auf

Auf einige Monitoria, die Ich an Unsere Herren Vetter zu Wertheim wegen des auf dem Weickersheimer Grafentag bis auf 962 fl. erlassenen Collegial-Rückstands abgeschickt habe, habe Ich vor einigen Tagen endlich eine ausführliche Vorstellung vom 8ten des vorigen Monats erhalten.

Da Ich vernehme, daß dieses Schreiben ebenfalls an Euer Liebdn Liebdn besonders geschickt worden ist; so wäre es überflüßig, eine Abschrift davon beyzulegen, sondern Ich kann vielmehr dessen Innhalt schon überall als bekannt voraussetzen.

Ich will keineswegs entscheiden, sondern lediglich Euer Lbdn. Lbdn ꝛc. ꝛc. tiefen Einsichten überlassen, ob Denenselben dem ohngeachtet noch einige Zweifel wegen eines absoluten Schlusses von der Craiß auf die Collegial-Matrikel übrig geblieben sind.

So viel nur will ich bemerken,

1) daß auch ältere Recesse z. B. der Rotenburger von 1709 §. 3. diesen Schluß nicht gern anzunehmen scheinen, sondern die eben allegirte Stelle vielmehr enthält:

„Daß gegenwärtig die Collegial Matrikel „sonstig ausgestellt und dahin gelassen, „wie selbige bey dem Löbl. Craiß angenommen, als wornach man sich „aus verschiedenen Erheblichkeiten und Ursachen dies „Orts nicht erachten kann.“

2) Daß die 3. Hohenlohe-Langenburgische Häuser wirklich mit einer verschiedenen Matrikel zum Craiß und Collegio concurriren, und

3) daß, wann gleich bey der ersten Anlage und noch gegenwärtig auf die Craiß-Matrikel vorzügliche Rücksicht genommen wird, doch in der Natur der Sache eine große Verschiedenheit des Verhältnißes der gröss sern und kleinern Gesellschaft und der Contribuenten gegen einander ligt, und ein Stand in jener prägravirt seyn kann, und in dieser nicht, zumal da Wir in Unserm Collegio auch Mitglieder haben, die keine Craiß-Stände sind.

Doch, da die Herunterseßung der Wertheimischen Matrikel nicht blos aus dieser Ursache, sondern hauptsächlich wegen des Unserm Collegio noch nicht wieder beygetrettenen Herrn Fürsten zu Löwenstein-Wertheim Lbdn. nur provisorisch geschehen ist; so werden Euer Lbdn. Lbdn. ꝛc. ꝛc. mehr Ihre Aufmerksamkeit auf das gänzliche Nachlaß-Gesuch des obenbemerkten bis auf $1\frac{1}{3}$tel bereits erlassenen Rückstands richten, dessen Bewilligung man Gräfl. Wertheimischer Seits als eine Schuldigkeit verlangt, und zugleich damit noch einen Beweis seiner Mäßigung zu erkennen geben will.

So sehr Ich für meine Person Unsern Herrn Vettern zu Wertheim die Bewilligung Ihres Gesuchs gönne; so wenig kann Ich doch

Ihren

Ihren Grundsätzen hierinn beytretten, und mich überzeugen, daß eine aus Gründen der Billigkeit bewilligte Moderation rechtlich zurückwirken soll.

Ich überlasse jedoch alles weitere Dero hocherleuchteten Entschliessungen, und verharre mit vollkommenster Hochachtung und Ergebenheit,

Euer Hochgr. Hochgb. ꝛc. ꝛc.

dienstwillig-ergebenster Vetter, resp. Bruder, Gevatter und Diener

Heinrich August,
F. z. Hohenlohe, mppr.

III.

Weiteres Schreiben des Grafen zu Löwenstein-Wertheim an das hohe Directorium des Fränkischen Grafencollegii, dd. Wertheim 28ten Decbr. 1786. et præsto Ingelfingen 27ten Januar. 1787.

P. P.

An Euer ꝛc. haben Wir bereits unterm 26ten Julii d. J. ein ausführliches Schreiben *) zu erlassen, und darinnen bescheinigt vorzutragen die Ehre gehabt, was es für eine Bewandnis mit der Matrikel des Reichsgräfl. Fränkischen Collegii und der hiesigen Matricular-Beschwerde

*) Ist das sub Num. I. abgedruckte Schreiben, welches unter verschiedenen dato an das Directorium und die Glieder des Collegii erlassen worden ist.

ſchwerde habe, und wie gegründet und zugleich beträchtlich die hieſige von Unſern langjährigen Ueberzalungen ſich herleitende Entſchädigungs-Forderung ſey, und bey dieſen vorwaltenden Umſtänden glaubten Wir einen überzeugenden Beweis von Unſern billigen Geſinnungen gegen das hohe Collegium dargeleget zu haben, da Wir den Antrag zu einer Compenſation jener Entſchädigungs-Forderung mit den ungleich weniger betragenden Ruckſtänden hieſiger Stadt bey der Collegial-Caſſe gemacht haben. Gleichwohlen ſind Wir bis jezo noch nicht mit einer beruhigenden Rückerklärung hierauf erfreuet worden; da Uns aber nichts angelegentlicher iſt, als endlich einmal dieſe Irrung zu beederſeitiger Zufriedenheit beſeitiget und hieſigen Stand in den Collegial Reſtanten-Liſten ausgethan zu ſehen, ſo wollen Wir Uns hiermit, um alles zu erſchöpfen, was nur mit Billigkeit von Uns erwartet werden mag, außer der Renunciation auf Unſere Entſchädigungs-Forderung auch noch zu Nachzahlung einer Summe von 300 fl. für die Uns aufgerechnete Rückſtände in via amicabilis, jedoch absque præjudicio, verſtehen, und Uns zu Abtragung dieſer Summe, falls Unſer Anerbieten angenommen werden ſollte, bis nächſte Oſtern verbindlich machen.

Werden Euer ꝛc. hierbey in Erwägung zu ziehen belieben, daß hieſige durch die überſpannt geweſene Matrikel nach und nach in die gröſte Schuldenlaſt geſtürzte Stadt, als welcher der auf-

aufgerechnete Rückstand ganz allein zur Last fället; ao. 1776. das Unglück gehabt, ihre Tauber-Brücke durch einen Eisstoß zu verlieren, daß sie ao. 1781. genöthiget gewesen, statt einer hölzernen Brücke eine neue mit steinernen Pfeilern mit einem Kosten-Aufwand von 8 — 9000 fl. zu erbauen, daß diese Brücke ao. 1784. bey der damaligen unerhörten Wasserfluth schon wieder weggerissen worden, daß hiesige unglückliche Stadt, da ihre erbaute Nothbrücke nun ohne Gefahr nicht länger stehen gelassen werden kann, in die Nothwendigkeit versetzet seye, in dem nächstbevorstehenden Jahr 1787. eine neue dauerhafte Brücke mit einem abermaligen Kosten-Aufwand von mehrern tausend Gulden zu erbauen, und daß, um das Maas des Unglücks und Elends voll zu machen, der Ao. 1784. erfrorne Weinstock nun schon in das 3te Jahr keinen Ertrag geliefert, und somit der hiesige arme Burgersmann sich nun 3 Jahre lang des einigen Zweigs seiner Nahrung und Handels habe beraubet sehen müssen; so werden Euer ꝛc. die Größe des Opfers noch mehr zu beurtheilen vermögen, womit Unser obiges für hiesige Stadt gethanes Anerbieten verbunden seye; Wir zweifelen dahero auch gar nicht an Deroseitigen Acceptation, und haben die Ehre in derselben Erwartung mit ꝛc.

IV.

Gräflich-Fränkisches weiteres Directorial-Schreiben vom 29. Jan. 1787.

Hochgebohrne Grafen,
freundlich vielgeliebt- und hochgeehrte
Herren Vettere, respect. Bruder
und Gevatter!

Auf mein Directorial-Circulare vom 6ten Sept. des vorigen Jahrs, die Gräfl. Wertheimische Matricular-Moderations- und Rückstands-Sache betr. sind theils sehr verschiedene Abstimmungen, gröstentheils aber noch gar keine eingekommen, so, daß ich eben im Begriff war, ein Monitorium abgehen zu lassen, als ich das weitere Schreiben unserer Herren Mitstände zu Wertheim vom 28 Decembr. des vorigen Jahrs vorgestern erhielte.

Ich habe daraus mit Vergnügen ersehen, daß dieselben sich doch endlich wegen der Ihnen bis auf 962 fl. erloffenen Collegial-Rückstände zu einer Aversional-Summe von 300 fl. auf die Ostermeß zahlbar, freywillig erbieten.

Ungeachtet ich gar wohl weiß, daß dieses Anerbieten mit der ganzen Rückstands-Summe in keinem Verhältnis steht, und daß ein weiterer Nachlaß desselben nicht aus Schuldigkeit verlangt werden kann;

So will ich jedoch die Billigkeits-Gründe, welche theils notorisch, theils aber in dem

Schreiben

Schreiben selbst angeführt sind, nicht mißkennen, sondern vielmehr Euer Lbdn. Lbdn. hocherleuchteten Beurtheilung und Entschließung anheimstellen, ob es nicht rathsamer seyn mögte, bey der bekannten Lage unsers Collegii in Freundschaft aus dieser Sache zu kommen, als weitere Irrung einreissen zu lassen, und bey dem bekannten eingeschränkten Verhältnis Unserer Collegial-Casse lieber 300 fl. jezo anzunehmen, als solche, wo nicht immer, doch vielleicht viele Jahre ganz zu entbehren. Sollten Euer Lbdn. Lbdn. ꝛc. mit diesen meinen patriotischen Gedanken im allgemeinen einverstanden seyn; so würde ich zuvor noch einen Versuch machen, die anerbottene Aversions-Summe etwa noch um ein- oder einige Hundert Gulden zu erhöhen.

Ich überlasse jedoch alles Euer Lbdn. Lbdn. ꝛc. eigenem Gutfinden, und verharre mit vollkommener Hochachtung und Ergebenheit

Euer Lbdn. Lbdn. ꝛc.

Ingelfingen,
den 29ten Jenner 1787.

Dienstwillig-ergebenster Vetter,
resp. Bruder, Gevatter und Dr.

Heinrich August,
Fz. Hohenlohe.

V.

Gräflich-Castell-Remlingisches Sentiment, auf das hohe Directorial-Schreiben dd. 6ten Sept.

Sept. 1786. die Gräfl. Löwenstein-Wertheimische Moderations-Sache betr. ꝛc.

Von Seiten des Hochgräfl. Hauses Löwenstein-Wertheim ist auch hieher ein besonderes Schreiben erlaßen und unter weiterer An- und Ausführung des aufgestellten Grundsatzes, daß bey den alten Collegial-Mitständischen Häusern allerdings der Schluß von der Crais auf die Collegial-Matrikul gelten solle, die gänzliche Abschreibung des noch in 962 fl. bestehenden Rückstandes von Rechtswegen verlanget worden.

Das gedachtem Schreiben extractive beygelegte Grafentags-Protocoll de 1729. nebst dem darauf errichteten Receß geben allerdings zu erkennen, daß die andere hohe Collegial-Mitständische alte Häuser sich eben diesen Grundsatz vorhero zu Nuze gemacht, und darauf würklich die Moderation ihrer Matrikel erhalten haben, wobey dann auch dem Hochgräfl. Haus Löwenstein-Wertheim seine deßfalsige Competenz jedoch unter dem in dem Wertheimischen Extract ausgelaßenen Beysatz vorbehalten worden ist, daß übrigens das Argumene von der Crais auf die Collegial-Matrikel keineswegs *pro fundamento ratione futuri* angenommen seyn; weniger bey andern Hochgräflichen Häusern, welche entweder ohnehin schon moderirt worden, oder mit welchen man bey ihrer *Reception in Collegium*

gium ratione: ihres Beytrags eine gewiße *Convention* getroffen, zur Consequenz gezogen werden solle. Da nun das Hochgräfl. Haus Löwenstein in einem s. d. 28 Dec. a. p. et præsto 6ten hujus hieher erlassenen Schreiben, wie solches ohne Zweifel auch bey dem hohen Directorio und übrigen hohen mitständischen Häusern geschehen seyn wird, sich noch zu einem auf Ostern zahlbaren Abtrag von 300 fl. an jenem Ruckstand absque præjudicio anerkläret, und in Absicht auf den gesuchten Nachlaß des übrigen nicht unerhebliche Bewegungs-Gründe angeführet hat; So ist man hiesigen Orts des Dafürhaltens, daß jenes Anerbieten auf gleiche Art absque præjudicio in Absicht auf den in vorangeführtem Rezeß de 1729. vestgesetzten Grundsatz, daß von der Crais- auf die Collegial-Matrikel kein Schluß gelten solle, anzunehmen, und das übrige unverfänglich blos in Betrachtung der die Stadt Wertheim betroffenen Unglücks-Fälle zu erlassen seyn möchte.

Castell den 27ten Jänner 1787.

VI.

Gräflich-Erbach-Erbachisches Sentiment.

Daß über die Frage: Ob die Concurrenz zur Collegial-Casse, sich auf die Reichs- und Crais-Matrikul fuse, folglich die Collegial-Matrikul sich eo ipso nach jener regulire? hat sämmtlichen Grafen-Collegiis weder eine ausdrückliche

drückliche Vereinigung noch eine stillschweigende uniforme Observanz vorhanden sey, ist wohl keinem Publicisten unbekannt.

Desto unstrittiger ist es, daß in dem Fränkischen Grafen-Collegio die Bestimmung jener Frage vorderist auf dem wesentlichen Unterschied zwischen den Altverbundenen- und den Neurecipirten Häusern beruhe.

Was leztere anbetrift, so wird sich mit diesen vor- oder bey Ihrer Reception über dem Quanto ihres Beytrags ad Cassam auf eine den vorliegenden Umständen gemäse Matrikul vorderist verglichen, oder die Neorecepti müssen, wie der Grafentags-Recess von 1722. sich ausdrückt, das in dem Grafen Vereins-Project determinirte Quantum bewilligen.

Hingegen in Ansehung der verbundenen Altgräflichen Häuser des Fränkischen Grafen-Collegii, Hohenlohe, Castell, Wertheim, Limpurg und Erbach, welche dieses Grafen-Collegium ab origine constituirt haben, und also nicht erst nachhero, mit einer per Modum Conventionis verwilligten Matrikul in dieses Collegium aufgenommen worden sind, ist der Grundsaz

Daß Sie Ihre Collegial-Beyträge lediglich nach der moderirten Reichs- und Craiß-Matrikul zu præstiren haben,

nicht nur in den von Seiten des hohen Mitstandes Wertheim allegirten Grafentags-Recessen de 1595. 1729. et 1735. und in dem damit

übrein-

übereinſtimmenden ununterbrochenem Herkommen vollkommen gegründet, ſondern es ligt auch in dem hier Extracts-weiſe beygeſchloſſenen Grafentags-Abſchied de ao. 1577. ein ſehr evidentes und entſcheidendes Zeugniß, daß es ſchon damalen ein ſogenanntes wohllöbliches

Herkommen geweſen, alle Contributiones und Anlagen vermöge des Prodſeltiſchen Abſchieds *de* 1555. ſowohl in Reichs- als Craiß- und andern Gemeinen Sachen unter den Graven und Herrn nach der Reichs-Matrikul zu reguliren.

Da nun die Craiß-Matrikul des löblichen Collegial-Mitſtandes Wertheim-Virneburg bekanntlich beym letztern Craißtag zu Nürnberg in anno 1784. auf 40 fl. pro ſimplo in perpetuum herabgeſezt worden, ſo iſt allerdings in Recht und Billigkeit gegründet, und der urſprünglichen Collegial-Verfaſſung gemäs, daß der hohe Mitſtand Wertheim-Virneburg, ſo wie die übrige verbundene Alt-Gräfliche Collegial-Mitſtände, niemals anders, als nach der moderirten Reichs- und Craiß-Matrikul ad Caſſam Collegii zu contribuiren, folglich auf Purificirung des Proviſional-Concluſi des Weikersheimer Grafentags de 1785. unverkennbaren Anſpruch zu machen haben, maßen der in dieſem Grafentags-Concluſo gegen den Schluß von der Craiß- auf die Collegial-Matrikul annoch gehegte Zweifel durch die vorliegende älteſt- und neueſte Grafentags-Abſchiede und Receſſe und

durch

durch das damit übereinstimmende beständige Herkommen ganz beseitiget wird. Was aber den weitern Nachlaß des alten Kasse-Rückstandes von Wertheim anbetrifft, so könnte zwar den deshalb Wertheim-Virneburgischer Seits unterstellten Beweggründen gar vieles, nach rechtlichen und Collegial-Verfassungsmäßigen Rucksichten entgegengesetzt werden. Man ist aber doch dißfalls mit dem in dem verehrlichen Collegial-Communications-Schreiben vom 29. v. M. enthaltenen Grundsatz, daß es besser und für das Collegium rathsamer sey, in Freundschaft aus der Sache zu kommen, als weitere Irrung einreissen zu lassen, vollkommen einverstanden, und kann also geschehen lassen, daß die von dem hohen Mitstand Wertheim offerirte 300 fl. absque præjudicio angenommen, sofort der Ueberrest des alten Rückstands, in Betracht der der Stadt Wertheim seit etlichen Jahren widerfahrnen harten Unglücksfälle, erlassen werde.

Uebrigens bedaurt man auch dißorts sehr, daß das hohe Directorial-Circulare vom 6ten Sept. 1786. beynahe ein halbes Jahr unterwegs liegen geblieben, bis es in hiesige Grafschaft gekommen ist, und wünscht, daß zu sicherer Abstellung dieses Uebelstands zweckmäßige Mittel angewendet werden.

Erbach, den 19ten Febr. 1787.

Gräfl. Erbach-Erbachische Regierung.

Bey-

Beylage zu vorſtehendem Gräflich-Erbach-Erbachiſchen Sentiment.

Extract
Abſchieds des Grafentags zu Rothenburg uf der Tauber, den 6. Aug. ao. 1577. beſchloſſen.

ꝛc. ꝛc.

Werners als die Graveſchaft Hohenlohe Jun Privat vnd ſonderbaren Contributionen, die zur Ausführung obuermeiter Sachen vnd Anderen Gemeinen Grauen vnd Herren Obligen, Innſonderheit aber deß obgedachten gemeinen Syndici vnderhaltung vnd Zehrung vff denn Gemeinen Reichs-Verſamblungen, Viſitation vnnd deputation-Tägen ſich beſchwerdt, Ire Anlagen dem Gemeinen Reichs Anſchlag nach zu thun, vnnd vermeines, das ſolche Anlagen nit dem Vermögen, ſondern denn Perſonen nach geſchehen ſollt, Iſt verabſchiedet, das ſolches Begeren vnnd ſuchen, Als welches dem Alten Herkommen, vnnd Gemeinem vblichen Gebrauch, darzu Weillandt Graue Ludwig Caſimiren von Hohenlohe, vor Jahren zu Protſalden beſchehener Bewilligung zuwider, auch der Pilligkeit nit Gemes, mit einem Gemeinen Schreiben freundtlich abgeleinet. — Inn maſſen deßhalben nachvolgends Schreiben Angeſtellet vnnd zu überſchiken verfertigt worden:

Vnſere freundtlich geburende willige vnnd gefliſſene Dienſt auch was wir ehren liebs vnnd Guts vermugen zuuorn. Wohlgeborne freundtliche liebe Baſe vnnd Schwegerin, Vetter vnd Schwager E. E. L. L.

Schreiben vnder dato den 20 Julij Jungschin an mich Schenk Gotfrieden deß Jetzigen Anhero beschriebnen GrauenTags halb haben wir Inn vnser Versamblung horen verleßen, vnd neben E. E. L. L. vberschiktem Bedenken beider fürnembsten Puncten, darumb diß Tagleistung Angesezt, daraus vernommen, Welchergestalt E. E. L. L. sich deß nit Erscheinens vnnd beschikens halber entschuldigen, vnnd zu endte Resolution vnnd erclerung der Contribution halber, Inn Gemeiner Grauen und Herrn Sachen furstreglich Anzulegen von vns freundtlich begeren; Wissen E. E. L. L. daruff freundtlich nit zuuerhalten, das Wir E. E. L. L. eingewandte entschuldigung nach Gelegenheit deren von E. E. L. L. ausgefurten Vrsachen an sein Ort stellen vnnd beruhen laßen mußen; Hetten aber vor Vns wohl leiden mugen, das E. E. L. L. von wegen Wichtigkeit der sachen diße tagleistung selbst Inn der Person oder durch dero Ansehnliche Räthe vnnd Abgesandten beygewonet, die sachen erwegen vnd Inngemein berathschlagt hetten. So viel aber den letzten Anhang E. E. L. L. ob angezogenen Schreibens der Contribution der Grauen und Herrn thut betreffen, wollen E. E. L. L. wir nicht Pergen, das vff nehestgehaltenen GrauenTag zu Bischoffsheim, do E. E. L. L. solcher Contribution halber erstmals vnnd zum Meuerung Anregung gethan, die begerte schriftliche erclerung nit erfolgen mugen, von wegen das vnserer wenig damals Inn der Person bey einander gewesen, vnd die Sachen bis zu einer Anderen Persönlichen Zusammenkunfft mit E. E. L. L.

mundtlich daraus zue conueriren vnnd zu reden verschoben worden. Verhoffentlich E. E. L. L. sollten sich das freundtlich Wohlliöblich herkommen E. E. L. L. Vorfaren bey Grauen vnnd Herrn dises Kraiß vielmehr erJnnert, dann durch Ander leut angeben, so E. E. L. L. etwan zu solchem muten vnnd begeren gerathen, zu vnerhorter neuerung bewegt lassen haben. Dann E. E. L. L. sich freundtlich zu berichten, vff was maß vnnd form Alle Contributiones vnnd Anlagen so wohl in Reichs als Kraiß vnnd andern gemeinen Sachen gesezt vnnd gericht, vnnd die Anlagen Jm Kreiß vnnd vnder vns Grauen vnnd Herrn der Reichs Matricul nach bis daher pillig regulirt worden, das auch Alle sachen vnnd handlungen gemeiner Grauen vnnd Herren standt belangendt, nit eines Jeglichen Person, sondern Standschaft vnnd Wesen thut beruren, vnnd ein Jeglich hauß oder Stamm, es sein gleich viel oder wenig Personen darJnn nach seinem Vermugen in gemeinen Sachen Alles vernunfft vnnd Billigkeit nach zu taxieren vnnd zu belegen sein, wie dann solches vnder vns bis daher loblich vnnd wohl herkommen, vnnd E. E. L. L. herr Vater seliger Gedechtnus solches Jnn dem Probseltischen Abschiedt Anno ꝛc. 55. vffgericht, auch bey Andern Grauen vnnd herrn versamblungen selbst freundtlich bestettigen helfen: Also das E. E. L. L. suchen vnnd begeren der neuen Jnnteilung halben so wohl E. E. L. L. Herr Vattern vnd Vorfaren selbst geschehene Beliebung, als Auch des heyligen Reichs gemachten An-

schlegen vnndt dem Rechtmeßiglich herpringen straks zu entgegen vnndt zuwider, darinn Wir auch vnsers theils mit nichten consentiren oder gehellen mugen; vnnd wollen wir vns freundtlich versehen, E. E. L. L. sollen von wegen eines kleinen geringschetzigen Privatnuz sich von vns zu vnnachbarschaft nit trennen noch Absondern, vnnd die Contribution bei den Alten Anschlegen ohne disputation beruehen vnnd pleiben lassen; damit wir nun ein Wissen haben mugen, Was wir vns hierJnn zu E. E. L. L. zu versehen vnnd zu getrosten: So bitten wir E. E. L. L. richtige vnnd freundtliche Resolution vnnd Erclerung, vnnd seind E. E. L. L. wir freundtlich vnnd Jnn ehrn gepürende wohlgehellige Dinst zu ertzeigen willig vnnd geulissen. Datum Rotenburg off der Thauber, den 6. Augusti. Ao. ꝛc. 77.

Gemeine Grauen vnnd Herrn
des frenckischen Reichs Kraiß
Jez daselbst versammlet.

ꝛc. ꝛc.

Vnnd seind diß die erscheinende Grauen vnnd Herrn, vnnd der Abwesenden Gesandten

Heinrich Graue vnnd herr zu Castell,
Georg Graue und herr zu Castell,
Ludwig von Leonstein Herr zu Scharpffeneck von wegen meiner selbst und meiner Schwegere, als Jnnhaber der Graueschaft Wertheim,
Heinrich herr zu Limpurg vor Mich und als Vormundt Weillandt S. Christoffs ꝛc. nachgelassener Kinder,

Gott-

Gottfridt Herr zu Limpurg ꝛc.
Von wegen des Wolgebornen Herrn
herrn Georg Grauen zu Erpach ꝛc.
Paulus Betzoldt.

Extractus

fränkischen Grafentags-Recesses, d. d. Miltenburg, den 11ten Octobr. ao. 1583.

Die von dem Pfalzgraf Ludwig anverlangte Absendung eines Abgeordneten der fränkischen Grafen und Herrn zu der, von den Augspurgischen Religions-Verwandten Ständen auf Montag den 28ten Nov. 1583. in der Stadt Mülhausen, in Thüringen, veranstalteten Zusamenkunft und Berathschlagung über das Reichs-Religions- und Justiz-Wesen.

ꝛc. ꝛc.

Letzlichen haben wohlbemeldte Grauen vnnd herrn von wegen vorstehender Verschickung vnnd Abfertigung des Gesandten, auch Andere khünfftige nothwendige Vßgaben dahin sich verglichen, daß Ihr Jeder einen halben Monat sold, vermög des Reichs Matricul vfs eheist, vnnd wo müeglichen Innerthalben Acht Tagen erlegen und dem vßschreibendten herrn zuschickhen wölle, darüeber richtige Rechnung khünfftiglichen eruolgen solle.

ꝛc. ꝛc.

Actum Miltenberg, den 11ten Octobris Ao. ꝛc. 83.

Und seindt dis die Anwesende Grauen, Herrn und Dero Gesanthen,

Georg Graue und herr zu Castels.
Mit Beuelch meines freundtlichen lieben Bruders Graue Heinrichs von Castell.
Georg Graue zu Erpach.

Ludwig Graue zu Löwenstein.
Heinrich herr zu Lympurg, Erbschenckh Semperfrey.
Friedrich herr zu Lympurg, Erbschenckh Semperfrey.

Von wegen des Wolgebornen herrn, herrn Wolffgang Graue von hohenloe, herrn zu Langenburg, und dan der Auch Wolgebornen meiner Gnedigen herrschafft der hohenloischen Waldenburgischen Vormundtschafft.

Eraßmuß Rotrenberg,
Amptmann zu Sindringen.

Extract

Aus dem zu Rothenburg ob der Tauber den 18ten Octobr. 1712. geschlossenen und errichteten Grafentags-Recess des Fränkischen Collegii, die damalen im Werk gewesene Gemeinsame Grafen-Union sämmtlicher 4. Gräflichen Collegiorum betreffend:

Zum Andern wegen Parification zwischen denen Reichs Gräflichen Collegiis in Gemeinsamen Anlagen wird pro Concluso verabschiedet, daß, nachdeme das Fränkische — gegen beede — das Schwäbische und Wetteranische — Collegium, als schwächeste, æquis portionibus unmöglich beitragen könne, auch dergleichen demselben von Billigkeits-

leits- und Rechtstagen nicht kann angesonnen werden; Um aber das hochwichtige Unions-Werk und die Abschickung nacher Wien ungehindert zu befördern, man zwar hierzu das in der Propositione angetragene Temperament, nemlich wan 1½ fl. jedes, so wolen das Schwäbische als Wetterauische Collegium dermalen entrichten wird, von Seiten des Fränkischen 1 fl. beizutragen, sich vor dißmalen in dergestalten ohnverfänglichen überwinden wolle, daß aber sowoken dato als auch hinkünftig bei dergleichen Weiteren Gemeinsamen Collegial-Anlagen auf Abschlag Reichs-*Matricular*mäßiger Berechnung solle beigetragen und berechnet werden, mit der noch ferneren Reservation und Erläuterung, daß man alle *Onera* und Anlagen nach der Reichs-Matrikul, wie allborten jedes Commembrum der 4. Collegien angeschlagen, *pro fundamento* des Beitrags, und kein weiteres agnoscirn und übernehmen könne, noch zu übernehmen habe, allermasen ein solches zu billigmäßiger Stabilirung Gemeinsamen Guten Vernehmens und Vertrauens nicht allein vor alten Zeiten jedesmal *statuiret* worden, sondern auch allebereits das Unions-Project §. 21. selbsten ipsis verbis exprimiret, daß nemlich zu Bestreitung der Gemeinen Nothdurft, damit sich keiner des Anschlags halber zu beklagen habe, der Fuß der Reichs-Matrikul gehalten werden, mithin in keines Directorii Mächten stehen soll oder kann, für sich, ohne einhelligen Schluß der Collegial-Mitglieder, bey sonstiger Erwartung, die weitere eigenmächtige Beiträge

pflichten für ſich mögend zu präſtiren und zu bezahlen haben, kein Mehreres, zu unerträglicher Beſchwerde der Mitſtände zu übernehmen, oder ſich Rechten anzumaſen.

Dritter Abſchnitt.

Von Wiedererſetzung der zweyten Syndikatſtelle der Reichsſtadt Reutlingen.

Ueber die Herſtellung der zweyten Syndicatſtelle der Reichsſtadt Reutlingen iſt vor zweyen Jahren ein Streit entſtanden, der nun, nachdem der gemachte Verſuch, denſelben in Güte beyzulegen, fruchtlos war, Gegenſtand oberſtrichterlicher Entſcheidung ſeyn wird. Was es damit für eine Beſchaffenheit habe, iſt ſowohl aus der am Reichshofrath übergebenen Supplik, welche unter dem Titel:

An die Römiſch-Kaiſerliche, auch in Germanien, zu Jeruſalem, Hungarn und Böheim Königliche Majeſtät allerunterthänigſte Anzeige, Vorſtellung und Bitte pro clementiſſime in conformitate concluſi cæſ. dd. 25. Aug. 1758. et intus humillime petito modo ad magiſtratum Reutlingenſem quantocius reſcri-

scribendo. Mein Johann Jakob Fezers, der Rechte Licenciaten, ad causam Reutlingen, Stadtöconomie und Debitwesen, in specie die Herstellung der zweyten Syndikatsstelle betreffend; mit Beilagen A—K in duplo; præsentat. 20. Jun. 1785. (fol. 2½ Bogen)

gedruckt erschien, als aus einem aus derselben gezogenen und auf einem Bogen in fol. gedruckten

Promemoria in Sachen Reichsstadt Reutlingen, Stadtöconomie und Debitwesens, in specie die Herstellung der zweyten Syndicatsstelle betreffend,

zu ersehen. Beide scheinen ganz actenmäsig zu seyn, und zielen dahin, daß das nach dem Tode des Syndicus Begers mit nachgefolgter Kaiserlicher Genehmigung aufgestellte zweyte Syndicat, welches der Magistrat seit 1779. nicht mehr besetzt hat, wieder hergestellt werden möchte. Ich rücke daher dieses kurze Promemoria hier ein, und weiß demselben nichts beyzusetzen, als daß, nach dem Finanzzustand der Reichsstadt Reutlingen zu urtheilen, die Entschliesung des Magistrats, die zweyte Syndicatstelle wieder eingehen zu lassen, der Sache ganz angemessen zu seyn scheine, weil, wie ich höre, die Besoldung

kaum zu Erhaltung eines einigen hinreichend iſt. Mit elend beſoldeten Dienern iſt noch keinem, weder großen noch kleinen, Staate, gedient geweſen. Vielmehr ſind allzugeringe Beſoldungen nicht nur eine ſtarke Reizung zum Geſchenknehmen und zu Begehung mancher Ungerechtigkeiten, ſondern laufen auch eben deswegen auf eine Untreue der Staatsverwaltung gegen den Staat ſelbſt hinaus. Wenn man alſo einen zweyten Syndicus aufſtellen wollte: ſo ſollte wohl vorderſamſt eine eigene Beſoldung dazu geſchöpft werden. Die Beweggründe, welche bey manchen Aemtern diejenige, die ſie bekleiden, reizen können, einen Theil ihres eigenen Vermögens zuzuſetzen, möchten auch bey dem Syndicat der Reichsſtadt Reutlingen ſchwerlich Anwendung finden.

Auch ſehe ich nicht ein, warum nach der Bitte des Herrn Lic. Fezers bey der Wahl eines zweyten Syndici gerade auf einen Burgersſohn reflectirt werden ſolle, wenn gleich der eigentliche Grund dieſer Bitte nicht ſchwer zu errathen iſt. *). Viele Reichsſtädte befinden ſich

hey

*) Es iſt nämlich aus den Aufſätzen des Herrn Fezers ſelbſt zu erſehen, daß er gegenwärtig der einige Bürgersſohn iſt, welcher in die Wahl genommen werden könnte.

bey der Wahl auswärtiger Gelehrten zu ihren Syndicatsstellen sehr wohl, da solche bey dem Kampf dominanter Familien, welcher in republicanischen Systemen oft so viele Zerrüttung anrichtet, am leichtesten die Neutralität behaupten können. Vielleicht hat die Aufstellung zweyer Syndicorum nach dem Tode des Syndicus Begers eben einem solchen Familien-Zweykampf sein Daseyn zu danken.

Uebrigens ist aus den unter Num. II. einverückten Auszügen des reichshofräthlichen Protocolli rerum resolutarum zu ersehen, was in dieser Sache bisher vorgekommen ist.

I.

Pro Memoria in Sachen Reichsstadt Reutlingen, Stadt-Oeconomie- und Debitwesen, in specie die Herstellung der zweyten Syndikatsstelle betreffend.

Die Reichsstadt Reutlingen gehört nicht zu den geringern schwäbischen Reichsstädten, indem sich ihre Inwohnerschafft, mit Ausschluß der Dörfer, auf 8 bis 9000 Köpfe beläuft. Die Regiments-Form zeichnet sich besonders dadurch aus, daß die Rathsglieder lauter Profeßionisten sind, und alle Jahr einer freyen Wahl der Bürgerschafft unterworfen bleiben.

In

In ältern Zeiten war für alle gerichtliche und andere Vorfallenheiten nur ein einziger Syndikus vorhanden. Weil aber bey der anwachsenden Bürgerschafft sich auch die Geschäfte vervielfältigten, die Regierungsform aber schon für sich die Justizpflege zweydeutig macht, welche noch schwankender ist, wenn der jedesmalige Syndikus in vielen städtischen Verwandt- und Schwägerschafften steht: so beherzigte man diesen Umstand von Rathswegen, und trug bey Kaiserl. Majestät, unterm 9 May 1750, Ausweis eines Promemoria vom 20 Hornung 1751, darauf allerunterthänigst an, zwey Syndikos aufstellen, und das Syndikatssalarium theilen zu dürfen, „weil es hochbeschwerlich sey, daß man sich in allen Justiz-Sachen einem einigen mit sehr viel bürgerlichen Familien verwandt- und verschwägerten Gelehrten anvertrauen, oder zu Beläßigung des Aerarii auswärtige Konsilia einholen solle.“

Ein allerhöchstes Konklusum vom 5 August 1755. aber verordnete, daß man bey Lebzeiten des damals solitarie aufgestellten Syndikus Begers hierunter keine Veränderung treffen solle, sondern nach dessen Abgang die allerhöchste Verordnung zu erwarten habe.

Ohne dieser allerhöchsten Auflage Folge zu leisten, schritt der Magistrat nach dem Abgang des Syndikus Begers eigenmächtig zur Wahl zweyer Syndikorum, und zeigte dieselbe erst hinten-

hintenher mit den vorhinigen und weitern Beweggründen bey Kais. Majestät allerunterthänigst an.

Hierauf ergieng unterm 25. August 1758. ein allerhöchstes Konklusum dahin:

„Daß zwar dem Magistrat nicht gebühret habe, ohne vorherige bey Kaiserl. Majestät zu thuende allerunterthänigste Anfrage mit der Wahl zweyer Syndikorum vorzufahren: nachdem gleichwohl allerhöchstgedachte Kaiserl. Majest. aus den angezogenen und bereits vorhin vorgekommenen Umständen allergnädigst erkenneten, daß die Aufstellung zweyer Syndikorum bey dasigem Publiko allerdings nüzlich und nöthig sey: so wollten auch Kaiserl. Majestät den von dem Magistrat durch diese ihre voreilige Wahl begangenen Fehler hiemit in höchsten Gnaden übersehen, und begnehmeten nunmehr allergnädigst, nicht allein die, auf den G. B. Beger und B. L. Hegel ausgefallene Syndicat-Wahl, sondern auch alles dasjenige, was Magistratus sowohl wegen Theilung der Syndikats-Besoldung, als der pro Syndicis abgefaßten Instruktion verfügt hätte; versehetten sich auch gnädigst, daß hierauf sträcklich werde gehalten werden."

Von nun an war das Syndikat mit zwey Personen besetzt, und das eben angezogene Konklusum wurde im Jahr 1771, und wiederum im Jahr 1778. bey neuen Wahlen zu Grund gelegt, und auch nicht anders verstanden, als daß man jedesmal zwey Konsulenten haben müsse.

Als

Als im Jahr 1779. abermal einer von beyden Syndicis starb, so blieb das zweyte Syndikat unbesetzt, weil kein einheimischer Kompetent mehr vorhanden war.

Damals studirte der hienach verzeichnete noch die Rechts-Wissenschafft: weil aber der nunmehr alleinige Syndikus Enslin besorgte, daß derselbe nach Vollendung seiner Studien um die pacantstehende Syndikats-Stelle nachsuchen möchte; so trug er darauf an, die ganze Besoldung durch ein Rathsdekret für sich zu erhalten. Dieses konnte er um so leichter bewerkstelligen, da er durch die Schwägerschaft des schon über 40. Jahre im Amte stehenden Stadtschreiber Wucherers in eine Familie eingetretten war, die sich der Reutlingischen Regimentsform gar gut zu ihren Vortheilen zu bedienen wußte, welches schon daher ersichtlich ist, da beyde Stadtschreibersstellen, so wie die Spitalschreiberey mit Wuchererischen Gebrüdern besetzt sind. Der Magistrat aber hatte, nach allen Umständen zu schliessen, damals, als er dem Syndikus Enßlin den Genuß der ganzen Besoldung zuerkannte, wahrscheinlich noch nichts weniger im Sinn, als die zweyte Syndikatsstelle gänzlich aufzuheben, als wozu er für sich ohnehin nicht ermächtigt ist.

Nach vollendeten Studien und erstandenem Examen meldete sich nun der Unterzeichnete im Jahr 1783, in Bezug auf die vorhergegangene Observanz und allerhöchste Verordnung, um die offen-

offenstehende zweite Syndikatsstelle. Die Syndikus Enßlinische und Stadtschreiber Wuchererische Bemühungen aber wirkten unterm 14. Februar 1783. einen magistratischen Bescheid des Innhalts aus:

„Daß, weil bekanntermassen die zweite Syndikatsstelle nicht mehr existire, sondern nach den magistratischen Verordnungen gänzlich aufgehoben worden, der Kompetent mit seinem unstatthafften und ungereimten Gesuch abgewiesen sey.“

Da man sich aber dießeits nicht überzeugen konnte, daß Magistratus befugt sey, ohne allerhöchstes Kaiserliches Vorwissen, und ohne Beystimmung der mitinteressirten Bürgerschafft das zweite Syndikat gänzlich aufzuheben: so ließ der Unterzeichnete aus Gelegenheit eines Steuerkaßir Beutlerischen Rechnungsretardates von 18 Jahrgängen, der, die jährliche Einkünfte der Steuerkasse nur zu 20 bis 24000 fl. gerechnet, beyläuffig 400000 fl. betrifft, eine Druckschrifft erscheinen, worinn er sich darzuthun bestrebte, daß die Hintansetzung Kaiserl. allerhöchsten Verordnungen eine beständige Quelle von Fehlern sowohl beym Syndikat als der Steuerkassenverwaltung bleiben würde.

Ob nun gleich in ebengedachter Druckschrifft die diesfalsige allerhöchste Verfügungen deutlich angezogen waren: so wußten Stadtschreiber und Syndikus es doch dahin zu bringen, daß unterm

7 May

7 May 1784. das Gesuch um das zweite Syndikat abermals abgeschlagen wurde. Weil aber die Bürgerschafft schon lange das Syndikat ordnungsmäßig besetzt wissen wollte, und man also dieselbe zu besänfftigen den Bedacht zu nehmen hatte: so begieng man von Seiten des Magistrats die unverhoffte Ungereimtheit, sich das betreffende allergnädigste Konklusum von 1758. durch den Tübingischen Professor, Dr. Hoffacker, erklären zu lassen, nachdem dasselbe durch die anmaßliche gänzliche Aufhebung des zweiten Syndikats schon zweymal übersehen worden war.

Ein weitläufftiges Dekret wurde diesemnach unterm 31. May der ganzen versammelten Bürgerschafft bekannt gemacht, welches sich in Absicht auf mehrerwähntes Konklusum von 1758. dem wesentlichen Innhalt nach also ausdrückt: Als im Jahr 1758. Magistratus ohne vorherige Rückfrage zur Wahl zweyer Syndikorum geschritten; so wurde die Wahl und die Vertheilung der Syndikatsbesoldung für damals allergnädigst genehmigt, weil man damals zum voraus glaubte, es möchte nüzlich und nöthig seyn, zwey Syndikos aufzustellen: mithin ist es an sich klar, daß die allerhöchste Bestätigung jener Wahl in den angeführten Terminis nur für den damaligen besondern Fall gemeynt seyn könnte.

Man enthält sich hier Orts sorgfältig, etwas davon zu erwähnen, wie unschicklich es sey, die

die deutlichen Worte des mehrfältig angezogenen allerhöchſten Konkluſums, von 1758. mit allen veranlaſſenden Umſtänden verglichen, nicht nur ſo ſchief zu erklären, ſondern auch eine ſo wichtige Veränderung vorzunehmen, ohne bey Kaiſerl. Majeſtät vorher davon die allerunterthänigſtſchuldige Anzeige gemacht zu haben: deſſen nicht zu gedenken, daß man ſich lieber an die Erklärung eines fremden Rechtsgelehrten kehren, als die ordentlichen Wege einſchlagen wollte.

Indeſſen aber ergibt ſich aus den angeführten Umſtänden ſo viel, daß 1) der Magiſtrat bey der anmaßlichen Syndikatsvereinigung nicht nur über den Innhalt des hieher gehörigen Konkluſums nicht im Reinen war, ſondern daß derſelbe es auch zur vorzüglichſten Entſcheidungsquelle bey der eingeholten Erklärung eines auswärtigen Rechtsgelehrten gemacht habe. 2) Daß zwar Kaiſ. Majeſtät zu der Syndikatsvertheilung die Veranlaſſung nicht gegeben: weil ſie aber gleichwohl von Allerhöchſt-Denenſelben für allerdings nüzlich und nöthig für das Reutlingiſche Publikum angeſehen worden, ſo dürfte der Magiſtrat ſie wohl ſchwerlich eigenmächtig wieder aufzuheben, die Befugnis haben. 3) Weil die Syndikatsvertheilung für das ganze Reutlingiſche Publikum für allerdings nüzlich und nöthig allergnädigſt angeſehen, folglich auch zugleich mit auf die Bürgerſchafft Rückſicht genommen wurde: ſo iſt die Aufhebung des zwey-

ten Syndikats aus einem neuen Grunde unkräfftig, weil weder der große Rath noch die Bürgerschafft darein gewilliget, vielmehr ihre gegenseitigen Wünsche genug an den Tag gegeben haben. 4) Die für die Syndikatsvertheilung ehehin angeführte Gründe sind fortwährend, weil es zu allen Zeiten beschwerlich ist, daß man sich in allen vorkommenden Rechtsfällen einem einzigen, mit vielen bürgerlichen Familien verwandt- und verschwägerten Gelehrten anvertrauen, oder zur Beschwerde der Stadt-Caße auswärtige Consilia einholen solle: mithin hätte 5) erst erweislich gemacht werden sollen, daß der Zeit jene Hindernisse nicht mehr vorhanden, und daß auch die Bürgerschafft damit zufrieden sey: wiewohl 6) Kaiserl. Majestät nicht allein aus denen vom Magistrat angeführten, sondern auch aus denen bereits vorhin vorgekommenen Umständen allergnädigst erkennet haben, daß die Aufstellung zweyer Syndikorum beym Reutlingischen Publikum allerdings nüzlich und nöthig sey. Unter diesen Umständen ist 7) die unternommene Aufhebung des zweyten Syndikats um so unschicklicher, als nicht nur die allerunterthänigste Ehrerbietigkeit gegen Kaiserl. Majestät vermißt wird, sondern auch die Hintansezung des Reutlingischen Publikums bey diesem Vorfall gänzlich am Tage ist: welches alles 8) noch um so auffallender ist, da Magistratus seine Bescheide vom 14. Hornung 1783. und 7. May 1784. verfaßte, und sich das betreffende, vorgeblich

geblich ſchon aufgehobene allerhöchſte Concluſum Cäſareum von 1758. erſt hintenher von einem auswärtigen Rechtsgelehrten erklären ließ. Uebrigens ſind 9) die Syndikus Enßlinſche Familienverhältniße erweislichermaſen nicht nur ungleich ausgedehnter, als jene, gegen welche man ſich ehehin ſo nachdrücklich beſchwerte; ſondern es ſind 10) auch noch Arbeiten unvollendet, die nach Kaiſerl. allergnädigſten Verordnungen ſchon vor 30. Jahren hätten ſollen berichtigt werden, wohin z. B. die Verbeßerung des ſtädtiſchen Erbrechts gehört, welches vermöge Concluſ. Cäſ. ddto. 4. Auguſt 1755. innerhalb Jahresfriſt zur allerhöchſten Beſtätigung hätte eingeſendet werden ſollen.

Nachdeme nun der Magiſtrat auf der Aufhebung der zweyten Syndikatsſtelle beſtand; ſo kamen unterm 18. Junius 1784. die Vorſteher der Bürgerſchafft, oder das ſogenannte Zunfftbuchkollegium einmüthig bey dem Magiſtrat mit der Vorſtellung ein, daß man wenigſtens nur auch die Bürgerſchafft darüber vernehmen möchte, ob ſie ſich bey der Aufhebung des zweyten Syndikats beruhige? Allein auch dieſes wurde verweigert, ſo gewiß es auch iſt, daß man die jetzige Bedürfniße der Stadt auf dieſem Wege noch weit verläßiger erfahren hätte, als durch die unverbindliche Erklärung eines fremden Rechtsgelehrten. Dieſe Auskunfft wäre der Billigkeit und den Umſtänden noch beßer angemeſ-

ſen geweſen, da ſchon gedachtermaſſen, bey der, von Kaiſerl. Majeſtät feſtgeſtellten Syndikatsvertheilung auf das Reutlingiſche Publikum der Bedacht mit genommen worden war. Der dem Huthkollegium unterm 18. Junius 1784. ertheilte Beſcheid aber gieng dahin, „daß Magiſtratus ſo lange auf ſeiner gefaßten Entſchlieſſung beharre, bis der Lizenziat Fezer das Gegentheil bey Kaiſerl. Majeſtät auf eigene Koſten ausgebracht haben würde: Doch ſolle Syndikus Enßlin verbunden ſeyn, den Prozeß ebenfalls auch auf ſeine Koſten zu führen, damit dem Publikum gar nichts zur Laſt falle.“

Nach dieſer Lage der Sache wäre zwar der Unterzeichnete vom Magiſtrat ſelbſten an Kaiſerl. Majeſtät verwieſen. So gewiß nun aber daraus ſeine Legitimatio ad hanc cauſam fließet; ſo ungereimt ſcheint doch dieſes zu ſeyn, daß der von dem Magiſtrat ihm entgegengeſtellte Syndikus Enßlin befugt ſeyn ſolle, über ein an und vor ſich ſelbſt ſchon deutliches Konkluſum, wie jenes vom 25. Auguſt 1758. iſt, mit Beyſeteſezung des Kaiſerl. Majeſtät allerunterthänigſt ſchuldigen Reſpekts, und Verläugnung des von höchſtgedachter Kaiſerl. Majeſtät allergnädigſt anerkannten commodi publici diejenige Verordnung entkräfften zu dörffen, welche von dem Reutlingiſchen Magiſtrate ſelbſten auf Veranlaſſung der Bürgerſchaft ausgewürkt worden, und wozu derſelbe um ſo weniger berechtigt

ſeyn kann, als es ſeine pflichtmäſige Obliegenheit mit ſich brächte, das Beſte des gemeinen Weſens befördern zu helfen, nicht aber daſſelbe zu vernachläſigen, um ſich nur in dem Genuß einer Beſoldung zu erhalten, deren Vertheilung Kaiſerl. Majeſt. allergnädigſt gut gefunden hatte; und womit ſich ſeine Amtsverfahrer gleichmäſig begnügten, ob ſie gleich nicht, wie er, zu den reichſten Bürgern in Reutlingen gehörten, mithin ein größeres Einkommen nöthiger gehabt hätten.

Es iſt zwar nicht zu läugnen, daß die für zwey Syndikos ausgeworfene Beſoldung nicht groß iſt: allein, Kaiſerl. Majeſtät wußte dieſes ſchon im Jahr 1758, ohne dießfalls eine Erhöhung zu bewilligen. Auch kann nunmehr die, von Kaiſerl. Majeſtät für allerdings nüzlich und nöthig allergnädigſt angeſehene Syndikatsvertheilung deßwegen nicht unnüzlich und unnöthig ſeyn, weil die dazu ausgeworfene Beſoldung einem ungenügſamen Officianten nicht groß genug iſt, wiewohl alle, ſowohl Civil- als geiſtliche Beſoldungen in Reutlingen ohne Ausnahme klein ſind.

Nachdem nun der Unterzeichnete ſich ſchon 11. Monathe am Kaiſerl. Hoflager befindet, und bisher, theils aus ſehnlichem Verlangen ſeiner Vaterſtadt ſeine Dienſte zu wiedmen, theils aber auch ſeinem, am Rande des Grabes ſtehenden ſiebenzigjährigen Vater zu lieb, der ſchon beyna-

nahe 20. Jahre ein Rathsmitglied ist, und nichts so sehr wünscht, als die obwaltende Irrungen friedlich beygelegt zu sehen, gütliche Vergleiche gepflogen, ja sogar sichs würde haben gefallen lassen, lieber ohne Besoldung seiner Vaterstadt zu dienen, als sich mit dem Syndikus Enßlin in Prozesse einzulassen; dieser aber mit Hilfe des Stadtschreiber Wucherers alle Anträge zu vereiteln gewußt, so geneigt auch mehrere Rathsglieder gewesen wären, auf diese Art eine schickliche Auskunfft zu ergreiffen; und man sich dießorts doch nicht überzeugen kann, daß Kaiserl. Majestät an jenen in Erwähnung gebrachten Unregelmäßigkeiten Wohlgefallen haben werden, nachdem man von Seiten des Magistrats, ohne den Vorstellungen der Bürgerschafft Gehör zu geben, und ohne Rückfrage bey Kaiserl. Majestät von Allerhöchst Dero Verordnungen abgewichen: so hat sich der Unterzeichnete endlich vermüssigt gesehen, seine allerunterthänigste Anzeige und Vorstellung bey Kaiserl. Majestät allersubmissest zu übergeben, und die allergehorsamste Bitte anzuhängen: „Kaiserl. Majestät wolle gnädigst geruhen, an den Magistrat in Reutlingen allerhuldreichst zu reskribiren, daß sich derselbe nach dem Concl. Cäs. vom 25. August 1758, worinn die Aufstellung zweyer Syndikorum bey dem Reutlingischen Publikum für allerdings nüzlich und nöthig allergnädigst angesehen worden, allerunterthänigst zu achten, sofort zur Wahl eines zweyten Syndici nach bißheriger dreymaliger

„maliger Observanz zu schreiten, und dabey auf „einen Bürgers-Sohn zu reflektiren habe."

Welches alles zu allerhöchster Beherzigung in allertiefster Ehrerbietigkeit ausgestellet wird.

Wien, den 24. Junius 1785.

Johann Jacob Fezer,
der Rechte Lizenziat.

II.

Reichshofräthliche Erkänntnisse in dieser Sache.

Veneris. 9. Sept. 1785.

Reutlingen Stadtökonomieweesen in specie die Herstellung der zweyten Syndicats-Stelle betreffend, sive implorans Fezer sub præs. 20. Junii a. c. überreicht allerunterthänigste Anzeige, Vorstellung und Bitte: pro ferendo ad Magistratum Reutlingensem intus petito rescripto. Appon. Lit. A—K in duplo.

In eadem Stadt Reutlingischer Anwald Stubenrauch sub præs. 21. Jul. a. c. überreicht allerunterthänigste Anzeige und Bitte: pro magistratui super intus dicta querela pro informatione rescribendo, interimque nil præjudiciale statuendo Appon. Concl.

Cum inclusione exhibiti de præs. 20. Jun. anni curr. rescribatur dem Magistrat der Reichsstadt Reutlingen, derselbe habe hierüber Kaiserlicher Majestät sub termino

2. menſ. ſeinen allerunterthänigſten Bericht zu erſtatten, und ſich insbeſondere allergehorſamſt eodem termino zu verantworten, wie er daran gekommen ſeye, von der Kaiſerlichen Verordnung vom 25. Aug. 1758. eigenmächtig abzugehen.

Martis 10. Jan. 1786.

Reutlingen Stadtöconomie und Debitweſen in ſpecie die Herſtellung der zweyten Syndicats-Stelle betr. ſive impetrans Fezer ſub præſ. 22. Dec. a. p. exhibet hummam documentationem inſinuati reſcripti, lapſique termini et ſupplicat pro informatoriales et reſpective exculpationem communicando aut ſeveriorem ordinationem Cæſaream ſecus ferendo Appon. doc. ins. et concl.

In eadem Stadt Reutlingeriſcher Anwald Stubenrauch ſub præſ. eod. purgando moram ſupplicat pro alio termino 2. menſium ad ſatisfaciendum Concluſo Cæſareo de 9. Sept. h. a. Appon. concl.

Idem ſub præſentato ſupradicto producit mandata procuratoria et ſupplicat pro deſuper more ſolito ordinando.

1mo) Detur dem Magiſtrat der Reichsſtadt Reutlingen petitus trnus 2. menſ. zu Erſtattung des abgeforderten allerunterthänigſten Berichts und reſpective Verantwortung, damit es ſchärferer Verordnung nicht bedärfe.

2do)

2do) Ponantur deſſen eingereichte mandata procuratoria interim ad acta.

Lunæ 20. Mart. 1786.

Zu Reutlingen Stadt-Oeconomie- und Debit-Weſen in ſpecie die Herſtellung der zweyten Syndicats-Stelle betr. ſive Impetrant Fezer ſub præſ. 10. hj. accuſando lapſum termini iterati ſupplicat pro informatoriales et reſpective exculpationem communicando ſecus vero præceptis poenalibus procedendo.

In ead. Stadt Reutl. Anwald Stubenrauch ſub præſ. eod. purgando moram ſupplicat humme pro concedendo ex allegatis cauſis alio termino 2. menſ. ad producendas informatoriales et reſpective exculpationem. App. Sig. ⊙. ☽. et

Detur quidem dem Magiſtrat der Reichsſtadt Reutlingen adhuc petitus trnus 2. menſ. um den abgeforderten Bericht und reſpective Verantwortung zu erſtatten, jedoch ſub poena unius marcæ auri.

Vierter Abſchnitt.

Von dem Rangſtreit der alternirenden altweltfürſtlichen Häuſer mit den evangeliſchen Biſchöfen.

Da der zwiſchen den alternirenden alt-

nichts. Wenn nun leztere zur Geſchäfftspflege mitwirken wollen; ſo entſteht die Frage: Nach welcher Siz- und Rang Ordnung können ſie votiren und die Schreiben des Corporis Evangel. mit ſigilliren?

3) In dem Reichsfürſtenrath werden die hohen Stände von beiden Bänken wechſelsweiſe zur Abſtimmung von dem Erbmarſchallamt, oder in deſſen Abweſenheit von dem dirigirenden Geſandten aufgerufen, wo es ſich dann trifft, daß das Hochſtifft Oßnabrük, welches auf der Querbank ſizt, gleich nach zwey alternirenden Fürſten, und alſo vor Verden, hingegen das Hochſtifft Lübek nach dem dritten alternirenden Fürſten zum votiren aufgefodert wird.

4) Bekanntlich haben die 6. altweltlich alternirenden Fürſten: Pommern, Meklenburg, Würtemberg, Heſſen, Baden und Holſtein, ſo wie vorhin, alſo auch nachher unterm 13. Aug. 1740. in dem zu Regensburg abgeſchloſſenen Receß ſich alle gebührende Prärogativen, Recht und Gerechtigkeiten nicht nur auf das bündigſte vorbehalten, ſondern auch weiters aufs neue feſtgeſezt, kein anders Fürſtliches Haus zwiſchen ſich kommen oder einmiſchen zu laſſen, ſondern ſolchenfalls für Einen Mann zu ſtehen, und mit einhelliger Zuſammenſezung ſich zu opponiren, und ihre verglichene Seſſions-Ordnung zu behaupten, ohne daß bey der hievon gemachten öffentlichen Anzeige im Reichsfürſten-

Rath

Rath von irgend jemand der geringste Einspruch oder Widerrede dagegen vorgebracht worden.

5) Bey dieser Bewandtniß fällt es also schwer, zwischen dem weltlichen Fürstenstand für die geistliche Herren Bischöffe zu Oßnabrük und Lübek Plätze zu finden, wo sie sitzen, abstimmen oder schrifftliche Ausfertigungen mit sigeln können.

6) Gleichwohl wagt man deßhalben einige ohnmaßgebliche Vorschläge, und zwar dahin zu thun, daß

a) wenn die Oßnabrück- und Lübeckische Stimmen von einem vorsitzenden Chur- oder Fürstl. Gesandten nebenher vertretten würden, alsdann solche dem Principal-Voto sogleich mit angefügt werden könnten, wohingegen, wenn ein Gesandter zur Verführung derselben besonders aufgestellt seyn sollte, alsdann sich derselbe gefallen lassen müsse, anstatt der Querbank an der Nebentafel in dem Conferenzzimmer rechter Hand den Sitz zu nehmen, weilen das pêle mêle zwischen weltlichen und geistlichen Fürsten noch nicht ausgemacht, oder festgestellt ist, und dann seine Abstimmung nach den 6. alternirenden Fürsten, so wie es auch von dem Herzogl. Holsteinischen Hause mehrmals vor dessen Reception geschehen ist, jedoch mit dem Beysatz: salvo loco et ordine, zu vollziehen; daß weiters

b) das

nichts. Wenn nun leztere zur Geſchäfftspflege mitwirken wollen; ſo entſteht die Frage: Nach welcher Siz- und Rang Ordnung können ſie votiren und die Schreiben des Corporis Evangel. mit ſigilliren?

3) In dem Reichsfürſtenrath werden die hohen Stände von beiden Bänken wechſelsweiſe zur Abſtimmung von dem Erbmarſchallamt, oder in deſſen Abweſenheit von dem dirigirenden Geſandten aufgerufen, wo es ſich dann trifft, daß das Hochſtifft Oßnabrük, welches auf der Querbank ſizt, gleich nach zwey alternirenden Fürſten, und alſo vor Verden, hingegen das Hochſtifft Lübek nach dem dritten alternirenden Fürſten zum votiren aufgefodert wird.

4) Bekanntlich haben die 6. altweltlich alternirenden Fürſten: Pommern, Meklenburg, Würtemberg, Heſſen, Baden und Holſtein, ſo wie vorhin, alſo auch nachher unterm 13. Aug. 1740. in dem zu Regensburg abgeſchloſſenen Receß ſich alle gebührende Prärogativen, Recht und Gerechtigkeiten nicht nur auf das bündigſte vorbehalten, ſondern auch weiters aufs neue feſtgeſezt, kein anders Fürſtliches Haus zwiſchen ſich kommen oder einmiſchen zu laſſen, ſondern ſolchenfalls für Einen Mann zu ſtehen, und mit einhelliger Zuſammenſezung ſich zu opponiren, und ihre verglichene Seſſions-Ordnung zu behaupten, ohne daß bey der hievon gemachten öffentlichen Anzeige im Reichsfürſten-

Rath

Rath von irgend jemand der geringste Einspruch oder Widerrede dagegen vorgebracht worden.

5) Bey dieser Bewandtniß fällt es also schwer, zwischen dem weltlichen Fürstenstand für die geistliche Herren Bischöffe zu Oßnabrük und Lübek Plätze zu finden, wo sie sitzen, abstimmen oder schrifftliche Ausfertigungen mit sigeln können.

6) Gleichwohl wagt man deßhalben einige ohnmaßgebliche Vorschläge, und zwar dahin zu thun, daß

a) wenn die Oßnabrück- und Lübeckische Stimmen von einem vorsitzenden Chur- oder Fürstl. Gesandten nebenher vertretten würden, alsdann solche dem Principal-Voto sogleich mit angefügt werden könnten, wohingegen, wenn ein Gesandter zur Verführung derselben besonders aufgestellt seyn sollte, alsdann sich derselbe gefallen lassen müsse, anstatt der Querbank an der Nebentafel in dem Conferenzzimmer rechter Hand den Sitz zu nehmen, weilen das pèle mèle zwischen weltlichen und geistlichen Fürsten noch nicht ausgemacht, oder festgestellt ist, und dann seine Abstimmung nach den 6. alternirenden Fürsten, so wie es auch von dem Herzogl. Holsteinischen Hause mehrmals vor dessen Reception geschehen ist, jedoch mit dem Beysatz: salvo loco et ordine, zu vollziehen; daß weiters

b) das

b) das Schema der votirenden Churfürſten, Fürſten und Stände nach der ſub Sign. ⊙. mit beykommenden Aufzeichnung in den Protocollen, hauptſächlich aber in den Schreiben des Corporis ad Auguſtiſſimum, oder an andere Höfe von Churſachſen, und jedermann genau und ordentlich verfaſſet, und daß endlich

c) die Sigillation vorgedachter höchſt- und hoher Stände ſothaner Schreiben nach der Form des ſub Sign. ☽. anverwahrten z. B. über das Plenum nach der vierten Alternations-Stropha gefertigten Riſſes mittelſt erforderlicher kleiner Abänderungen oder Richtungen nach der Zahl der Participanten allemal zuverläßig und behörig vollzogen werde.

Mit dem Wunſch, daß auf ſolche unverfängliche Weiſe den bisherigen Zwiſtigkeiten die abhelfliche Maaſe zu verſchaffen ſeyn möge.

Schema Votantium.

Churfürſten.

Chur-Sachſen, Chur-Brandenburg, Chur-Braunſchweig.

Weltliche.

1) Magdeburg.
2) Bremen.
3) Sachſen-Coburg.

4) Sachſen-

4) Sachſen-Gotha.
5) Sachſen-Altenburg.
6) Sachſen-Weimar
7) Sachſen-Eiſenach.
8) Brandenburg-Onolzbach.
9) Brandenburg-Culmbach.
10) Braunſchweig-Zelle.
11) Braunſchweig-Calenberg.
12) Braunſchweig-Grubenhagen.
13) Braunſchweig-Wolfenbüttel.
14) Halberſtadt.
15) Heſſen-Darmſtadt.
16) Heſſen-Caſſel.
17) Verden.
18) Holſtein-Glückſtadt.
19) Wirtemberg.
20) Mecklenburg Schwerin.
21) Mecklenburg-Güſtrau.
22) Vor-Pommern.
23) Hinter-Pommern.
24) Baden-Durlach
25) Baden-Baden.
26) Baden-Hochberg.

1. Osnabrück.
2. Lübeck.
Stropha quarta.

Fünfter Abschnitt.

Von Hemmung der Fränkischen Kraisversammlung durch den Streit über die Religionseigenschaft der Hohenlohe-Waldenburgischen Kraisstimme.

Unglücklicher Weise hat sich der Streit über die Religionsverhältnisse im Fränkischen Grafencollegio, nachdem demselben auf der Reichsversammlung nicht mehr Raum gegeben wurde, auf den Fränkischen Kraistag gezogen. Was durch die Absendung des Herrn Hofraths Knörzer, als Katholischen Hohenlohe-Waldenburgischen Gesandten auf dem letzten Fränkischen Kraistag für Auftritte veranlaßt worden seyen, wie aber auch damal durch einstimmige patriotische Bemühungen der Kraisausschreibamtlichen Höfe und übrigen Kraisständischen Gesandten alle nachtheilige Folgen, welche dieser Streit auf den Gang der Geschäfte und auf das in allen reichsständischen Kollegien so nöthige wechselseitige Vertrauen zwischen den katholischen und evangelischen Reichsständen hätte haben mögen, glücklich abgewendet worden seyen, ist aus dem 12ten und 16ten Bande meiner Staatskanzlei zu ersehen. Nun ist es aber

Folge

herzoglichen Hause zuständigen Fürstenthum Mömpelgardt, unter Anhoffen allerhöchster Genehmigung Sr. Kaiserl. Majestät und des gesamten Reichs, nach vieler Unterhandlung endlich zu Stande gebracht worden.

Es gewährt derselbe Unsern Mömpelgardtischen Unterthanen in Handlungs- und Religionssachen manchen erheblichen Vortheil, und Unser Fürstenthum gewinnt dadurch ein vormals nicht gehabtes Arrondissement, wodurch den sonst unvermeidlichen Streitigkeiten auf die Zukunft ein Ende gemacht worden.

Da aber auch durch diesen Vertrag die Gränze des teutschen Reichs in einem kleinen Bezirk eine andere Bestimmung erhält: so haben Wir bereits Se. Kais. Majestät allerunterthänigst gebeten, unter Mitgenehmigung des Reichs Dero allerhöchste Approbation zu erkennen zu geben.

Den Herren und Denselben wollen Wir hievon die unverweilte Nachricht ertheilen, sie ganz freundlich ersuchen, ihren höchst- und hohen Herren Principalen, auch Obern und Committenten, dieses nicht nur anzuzeigen, sondern auch durch günstige Einberichtungen die vorliegende Verhandlung zu baldiger und einmüthiger Mitbewilligung einzuleiten.

Wir sind bereit, diese Willfahrung nicht allein gegen Ihro höchst- und hohe Herren Principalen, auch Obere und Committenten mit schuldigst geflissenen Diensten und angenehmen Gefälligkeiten zu erwiedern, sondern werden es auch gegen die

Herren

Fünfter Abschnitt.

Von Hemmung der Fränkischen Kraisversammlung durch den Streit über die Religionseigenschaft der Hohenlohe-Waldenburgischen Kraisstimme.

Unglücklicher Weise hat sich der Streit über die Religionsverhältnisse im Fränkischen Grafencollegio, nachdem demselben auf der Reichsversammlung nicht mehr Raum gegeben wurde, auf den Fränkischen Kraistag gezogen. Was durch die Absendung des Herrn Hofraths Knörzer, als Katholischen Hohenlohe-Waldenburgischen Gesandten auf dem letzten Fränkischen Kraistag für Auftritte veranlaßt worden seyen, wie aber auch damal durch einstimmige patriotische Bemühungen der Kraisausschreibamtlichen Höfe und übrigen Kraisständischen Gesandten alle nachtheilige Folgen, welche dieser Streit auf den Gang der Geschäfte und auf das in allen reichsständischen Kollegien so nöthige wechselseitige Vertrauen zwischen den katholischen und evangelischen Reichsständen hätte haben mögen, glücklich abgewendet worden seyen, ist aus dem 12ten und 16ten Bande meiner Staatskanzlei zu ersehen. Nun ist es aber

Folge

herzoglichen Hause zuständigen Fürstenthum Mömpelgardt, unter Anhoffen allerhöchster Genehmigung Sr. Kaiserl. Majestät und des gesamten Reichs, nach vieler Unterhandlung endlich zu Stande gebracht worden.

Es gewährt derselbe Unsern Mömpelgardtischen Unterthanen in Handlungs- und Religionssachen manchen erheblichen Vortheil, und Unser Fürstenthum gewinnt dadurch ein vormals nicht gehabtes Arrondissement, wodurch den sonst unvermeidlichen Streitigkeiten auf die Zukunft ein Ende gemacht worden.

Da aber auch durch diesen Vertrag die Gränze des teutschen Reichs in einem kleinen Bezirk eine andere Bestimmung erhält: so haben Wir bereits Se. Kais. Majestät allerunterthänigst gebeten, unter Mitgenehmigung des Reichs Dero allerhöchste Approbation zu erkennen zu geben.

Den Herren und Denselben wollen Wir hievon die unverweilte Nachricht ertheilen, sie ganz freundlich ersuchen, ihren höchst- und hohen Herren Principalen, auch Obern und Committenten, dieses nicht nur anzuzeigen, sondern auch durch günstige Einberichtungen die vorliegende Verhandlung zu baldiger und einmüthiger Mitbewilligung einzuleiten.

Wir sind bereit, diese Willfahrung nicht allein gegen Ihro höchst- und hohe Herren Principalen, auch Obere und Committenten mit schuldigst geflissenen Diensten und angenehmen Gefälligkeiten zu erwiedern, sondern werden es auch gegen die

Herren

Herren und Dieſelbe bey aller Gelegenheit dankbarlich zu erkennen wiſſen, und verbleiben den Herren und Ihnen zu Erweiſung Freundſchaft und affectionirten, auch günſtig-gnädigen Willens jederzeit bereit und beygethan.

Gegeben Hohenheim den 26. Dec. 1786.

Der Herren und Ihr

freundwilliger und ganz wohl affectionirter,

Carl, Herzog zu Würtemberg.

II.

CONVENTION

conclue entre le *Roy de France* & le *Séréniſſime Duc de Würtemberg* relativement aux limites du Comté de Montbéliard.

LE ROY & le *Séréniſſime* DUC DE WÜRTEMBERG voulant remédier aux inconvéniens qui reſultent du mélange des territoires & de l'incertitude des limites entre la Principauté de Montbéliard & les Provinces limitrophes de l'Alſace & du Comté de Bourgogne, & déſirant d'un autre côté fixer par des arrangements réciproquement avantageux tout ce qui concerne le commerce, les communications & la bonne correſpondance ſur cette frontiere, ont nommé, ſçavoir, Sa Majeſté, le *Sieur Conrad Alexandre Gerard*, Chevalier, Conſeiller d'Etat, Commiſſaire général des limites & Préteur Royal de

Schluß-Vertrag

zwiſchen des Königs von Frankreich Majeſtät und Sr Herzogl. Durchlaucht zu Würtemberg die Grenzen der gefürſteten Grafſchaft Mömpelgardt betreffend.

Da Seine Allerchriſtlichſte Majeſtät und Seine Herzogliche Durchlaucht die höchſte Entſchließung gefaßt haben, einerſeits den bisher aus der Vermiſchung der Landes-Hoheit und der Ungewisheit der Gränzen zwiſchen dem Fürſtenthum Mömpelgardt und den anliegenden Provinzen Elſaß und der Grafſchaft Burgund entſtandenen Verwirrungen abzuhelfen, andererſeits aber alles dasjenige, was das Gewerbe den Handel und Wandel, auch eine gute Nachbarſchaft auf dieſer Frontiere anbelangt, mittelſt einer beyden Theilen vortheilhaften Einrichtung feſt zu ſezen: So haben zu ſolchem Ende und zu Erreichung eines ſo heilſamen Endzwecks, Seine Allerchriſtlichſte Majeſtät den *Sr. Conrad Alexander Gerard*, Ritter, Staats-Rath, General-Commiſſarium der Grenzen, und Königlichen Prætor zu Strasburg, ſofort Seine Herzogliche Durchlaucht den *Sr. Emanuel von Rieger*, Dero geheimen Rath, zu Ihren gevollmächtigten Commiſſarien ernannt, welche dann auch zuſammen getretten, und nach beederſeitig geſchehener Communication ihrer Voll-

de Strasbourg, & Son Alteſſe Séréniſſime le *Sieur Emanuel de Rieger*, Son Conſeiller intime, pour en qualité de leurs Commiſſaires, traiter, négocier & conclure tous les arrangements propres à remplir un but auſſi ſalutaire, lesquels, après s'être düement communiqué leurs plein-pouvoirs & avoir discuté amplement & à pluſieurs repriſes les différens objets de leur commiſſion, ſont définitivement convenus des Articles ſuivants.

Article premiere.

Les traités de paix de Weſtphalie, de Nimégue, de Ryswick & de Baden conclus entre le Roy & l'Empire Germanique & particuliérement les articles desdits traités qui concernent les intérêts de la Maiſon de Würtemberg & la Principauté de Montbéliard, ſerviront de baze à la préſente Convention.

Article II.

Le DUC DE WÜRTEMBERG renonce purement & ſimplement & à perpétuité en faveur du ROY & de la Couronne de France, à toutes les prétentions de Souveraineté & de Supériorité qui ont été formées de ſa part ſur les Villages, terres, ſujets & enclavemens de Dambelin, Mainbouhans, Vilers ſous Ecot, Dampierre ſur le Doubs, Luze & Genechier.

Ar-

machten und hinlänglicher Erwägung und Untersuchung aller dabey in Vorwurf gekommener Umstände sich über nachstehende Artikul am Ende folgendermaßen vereiniget haben.

I. Artikel.

Ist beliebt worden, bey gegenwärtigem Vertrage die zwischen der Krone Frankreich und dem Römischen teutschen Reiche errichtete Westphälische, Nimwegische, Ryßwikische und Badische Friedensschlüsse überhaupt, besonders aber die darinnen begrifene Artikel, so zum Vorstand des Herzoglichen Hauses Wirtemberg und des Fürstenthums Mömpelgardt gereichen, zum Grunde zu legen.

II. Artikel.

Seine Herzogliche Durchlaucht verzeihen und begeben Sich vollkommen und ohne einigen Vorbehalt auf ewige Zeiten zu Gunsten Seiner Allerchristlichsten Majestät und der Krone Frankreich aller bisher von Ihnen angesprochener Landes-Hoheit und Superioritäts-Rechte über die Dorfschaften, Güter, Unterthanen und Eingehörungen von Dambelin, Mainbouchans, Vilers sous Ecot, Dampierre sur le Doubs, Luze und Genechier.

Article III.

Le ROY renonce purement & ſimplement & à perpétuité en faveur du DUC DE WüRTEMBERG & du Comté de Montbéliard, aux prétentions de Souveraineté & autres qui ont été formées de ſa part ſur les Villages, terres & enclavemens de Semondans, d'Echenans ſur l'Etang, d'Eſſouaivre, de Ste Marie, de Deſendans & d'Alenjoye, & ſur le fief ſitué à Alenjoye appartenant au Sieur *de Goll*, ainſy que ſur le fief de Franquemont, ſitué à Tremoins reuni ci-devant au Comté de Montbéliard; ſauf les mouvances des Seigneurs particuliers, s'il s'en trouve, aboliſſant toutes impoſitions, même celle de Cinq Sols par chaque année, qui a été miſe ſur aucunes de ces parties.

Article IV.

Toutes les autres répétitions, difficultés, demandes & prétentions reſpectives non énoncées dans la préſente Convention ſeront abolies de part & d'autre.

Ar-

III. Artikel.

Seine Allerchriſtlichſte Majeſtät verzeihen und begeben Sich auf gleiche Art und Weiſe, wie vorſtehet, zu Gunſten Seiner Herzoglichen Durchlaucht und Dero Grafſchaft Mömpelgardt aller Ihrer bisherigen Anſprache der Landes-Hoheitlichen und anderer Rechte über die Dorfſchaften, Güter, Unterthanen und Eingehörungen zu Semondans, Echenans fur l'Etang, Effouaivre, Ste Marie, Defendans und Allenjoye, ingleichem an das zu Allenjoye gelegene dem Sr. *von Goll* zuſtändige Lehen, wie auch an das zu Tremoin gelegene, ſchon ehebevor eingezogene und der Grafſchaft Mömpelgardt einverleibte Lehen Franquemont jedoch einem dritten, der ſich etwan vorfinden möchte, ſein Lehen und Recht vorbehalten. Auch zernichten Seine Allerchriſtlichſte Majeſtät fortan alle Arten von Auflagen, mit Innbegrif der Fünf Sols vor jedes Jahr, wormit einige obenerwehnter Ortſchaften und Güter inzwiſchen belegt worden ſind.

IV. Artikel.

Alle andere Ruckforderungen, Strittigkeiten, Anſprüche und wechſelſeitige Prætenſionen, deren in gegenwärtigem Tractat keine ausdrückliche Meldung geſchiehet, ſollen nichts deſtoweniger als von beeden Allerhöchſt- und Höchſten Theilen abgethan angeſehen, und ganz und gar aufgehoben ſeyn.

Article V.

Le ROY renouvelle & confirme autant que beſoin ſeroit, la ſanction donnée par ſes Lettres patentes du Mois d'Aouſt 1768, à la Convention conclue le 6. Juin 1768. entre le *Séréniſſime* DUC DE WÜRTEMBERG & la feuë Ducheſſe *de Mazarin*, en qualité de Dame & Comteſſe *de Belfort*, pour raiſon des Vaſſaux, droits & revenus Seigneuriaux qu'ils poſſédoient dans différents villages & territoires enclavés en Alſace & le Comté de Montbéliard, par leſquelles Lettres patentes Sa Majeſté a cédé & remis au *Séréniſſime* DUC DE WÜRTEMBERG tous les droits de Souveraineté ſur les ſujets & terres de ſa Province d'Alſace qui étoient enclavés dans les Villages & territoires de Nomay, Brognard & Dampierre outre les Bois dépendans du Comté de Montbeliard.

Le DUC DE WÜRTEMBERG confirme de Son côté en tant que beſoin, la ceſſion qu'il a faite au ROY de tous les droits de hauteur & de Souveraineté qui appartenoient à Son Alteſſe Séréniſſime ſur les ſujets & terres de Son Comté de Montbéliard enclavés dans les Villages de Chatenoy & Dorans dépendans de l'Alſace, ainſi que Sa rénoncia-

tion

V. Artikel.

Seine Allerchriſtlichſte Majeſtät erneuren und bekräftigen nochmals, ſo viel als nöthig zu ſeyn erachtet werden könnte, die vermöge Ihrer Königlichen Lettres patentes vom Auguſt 1768. ertheilte Beſtätigung derjenigen Uebereinkunft, ſo Seine Herzogliche Durchlaucht und die verſtorbene Herzogin *von Mazarin*, als Frau und Gräfin *von Belfort*, unterm 6ten Junii 1768. in Anſehung ihrer beederſeitigen Vaſallen, Rechte und Seigneurial-Einkünfte in zerſchiedenen im Elſaß und der Grafſchaft Mömpelgardt gelegenen Dörfern miteinander getroffen haben, und vermög welcher Königlichen Lettres patentes des regierenden Herzogs zu Würtemberg Durchlaucht alle landesherrliche Rechte über die zur Provinz Elſaß vorhin gehörige in den Mömpelgardtiſchen Dorfſchaften und Bezirken zu Nomay, Brognard und Dampierre outre les Bois inngeſeſſene Unterthanen und über die in ſolchen Markungen gelegene Güter übergeben und abgetretten worden ſind.

Ebenermaſen beſtätigen auch Ihrerſeits Seine Herzogliche Durchlaucht ſo viel als nöthig ſeyn mag an des Königs Majeſtät geſchehene Abtrettung aller Landeshoheit und Territorial-Rechte, ſo Höchſt-Denenſelben über die Ihnen von wegen der Grafſchaft Mömpelgardt zugehörige Unterthanen und Güter in den Elſäßiſchen Ortſchafften Chatenois und Dorans

tion à toutes prétentions quelconques ſur le Village de Boſtans auſſi d'Alſace.

Article VI.

Le DUC DE WÜRTEMBERG céde & abandonne au ROY & à la Couronne de Francc la Souveraineté ſur les ſujets & terres dépendans de la Souveraineté du Comté de Montbéliard dans les Villages mi-partis d'Eſtouvans, de Beutal, de Voujaucourt, d'Echenans ſous Montvaudois, en ſe réſervant néamoins la propriété du péage de Voujaucourt.

Article VII.

Le ROY céde en échange au *Séréniſſime* DUC & au Comté de Montbéliard, tous les droits de Souveraineté ſur les ſujets & terres dépendans de la Souveraineté du Comté de Bourgogne dans les Villages mi-partis d'Audincourt de Tremoins, de Laire, de Buſſurel, de Champey, de Coiſevaux, d'Aibre, de Lougre & de Dale.

Article VIII.

Le *Séréniſſime* DUC DE WÜRTEMBERG céde au ROY la Souveraineté des Villages & territoires d'Abevilers avec le moulin de la Doue & la Grange de Marchela-Villers les Villages de Bretigney, de Valentigney & Villers la Boiſſiére, formant la même communauté,

zugeſtanden haben, und verzeihen ſich nochmals aller und jeder gemachten Anſprache an das in der Provinz Elſaß gelegene Dorf Boſtans.

VI. Artikel.

Seine Herzogliche Durchlaucht cediren und überlaſſen Seiner Allerchriſtlichſten Majeſtät und der Krone Frankreich alle landeshoheitliche Rechte über die zur Grafſchaft Mömpelgardt bisher gehörige Unterthanen und Güter in den vermiſchten Ortſchaften Eſtouvans, Beutal, Voujaucourt, Echenans ſous Montvaudois, jedoch mit Vorbehalt Ihres eigenthumlichen Zolls zu Voujaucourt.

VII. Artikel.

Im Gegentheil cediren Seine Allerchriſtlichſte Majeſtät des regierenden Herzogs Herzogliche Durchlaucht und Höchſt-Dero Grafſchaft Mömpelgardt alle und jede Territorial- und landeshoheitliche Rechte über die zur Grafſchaft Burgund bisher gehörige Unterthanen und Güter in den vermiſchten Ortſchaften Audincourt, Tremoins, Laire, Buſſurel, Champey, Coiſevaux, Aibre, Lougre und Dale.

VIII. Artikel.

Ferners cediren Seine Herzogliche Durchlaucht an des Königs Majeſtät die landeshoheit über die Ortſchaften und Bezirke von Abévillers, nebſt der Mühle de la Doûe und der Grange von Marchelavillers, ingleichem über die Dörfer Bretigney, Vallantigney und Villers la Boiſſiere, ſo zuſammen eine einige

munauté, & des Granges de Belchamp; tous trois pour autant qu'ils ſont ſitués ſur la rive gauche du Doubs qui ſera dans cette partie la limite entre les deux Dominations, pour lesdits lieux, terres & territoires qui en dépendent, faire partie ſous la Souveraineté du ROY, des quatre Seigneuries de Blamont, Héricourt, Chatelot & Clemont; ſauf & reſervé au DUC DE WÜRTEMBERG la juſtice haute, moyenne & baſſe, Domaine utile, cens, rentes & autres Droits Seigneuriaux dont il eſt en poſſeſſion, ainſi que le péage établi d'ancienneté à Abévilers; pour continuer à en jouir comme par le paſſé en qualité de Seigneur, aux clauſes & conditions portées par la convention de 1748.

Le *Séréniſſime* DUC continuera auſſi à jouir paiſiblement, librement & de la même manière dont il a joui juſqu'ici, de tous les domaines, dixmes, cens, rentes & revenus quelconques provenants des biens eccléſiaſtiques ci-devant ſéculariſées, nommément de ceux de l'ancienne abbaye de Bel-

Communität ausmachen, nicht weniger die sogenannten Granges von Belchamp, und zwar in Ansehung der drey lèztern um so viel und in soferne solche auf der linken Seite des Doub-Flusses, welcher in dieser Gegend als die Grenze beederseitiger Besizungen angenommen wird, gelegen sind, und sollen in Zukunft alle diese benannte Ortschaften, Güter und was darzu gehöret, unter der Königlichen Souverainetät der vier Herrschaften Blamont, Hericourt, Chatelot und Clemont einverleibt werden, ausgenommen und vorbehalten, die Seiner Herzoglichen Durchlaucht darauf zuständige Ober- Mittlere und Niedere Gerichtbarkeit, Dominium utile, Gülten, Zinnse, Rennten und andere Herrschaftliche Rechte in deren Ausübung und Besiz Seine Herzogliche Durchlaucht Sich befinden, wie auch mit Ausnahme des von Alters her zu Abevillers angelegten Zolls, dergestalt, daß Höchstdieselben, solches alles wie bisher also noch ferners in Dero Qualität als Seigneur ersagter 4. Herrschafften, und nach Ausweis der im Jahr 1748. getrofenen Convention zu besizen und zu genieſen haben sollen.

Nicht weniger sollen und mögen Seine Herzogliche Durchlaucht ruhig und unbeeinträchtiget- nach Art und Weise, wie bisher, also auch fortan zu allen Zeiten besizen und genieſen, alle von den ehemals seculariſirten Geistlichen Gütern herrührende Domainen, Zehenden, Gülten, Zinnsen und Einkünften, sie mögen Namen haben

Belchamp, qui paſſe par l'événement du préſent traité de la Souveraineté de Montbéliard, ſous la domination de la France, ſoit que les dits biens fuſſent anciennement ſoumis a cette domination, ſoit qu'ils faſſent partie du préſent échange: ſans que ces biens Eccléſiaſtiques ci-devant ſéculariſés en général ni ceux de l'abbaye de Belchamp en particulier, puiſſent, ſous prétexte & à l'occaſion de ce changement de domination, être aſſujettis à d'autres ou de plus grandes charges & obligations qu'elles n'ont ſupporté jusqu'ici.

Article IX.

Le *Séréniſſime* DUC céde également au ROY la Souveraineté ſur les ſujets & terres, qu'il poſſéde à Mandeure, ſous les clauſes & conditions énoncées en l'article précédent; mais ſon *Alteſſe Séréniſſime* ſe reſerve expreſſement ſes droits & actions ſur le ſurplus du Village & du territoire dudit Mandeure.

Article

haben wie ſie wollen, benanntlich aber diejenige, ſo ehedeſſen der alten Abtey Belchamp, welche durch gegenwärtigen Vertrag unter die Königlich-Franzöſiſche Landes Hoheit übergeht, zuſtändig geweſen ſind, ohne Ausnahm oder Unterſcheid, ob gedachte geiſtliche Güter und Einkünfte ſchon vorher unter die Königliche Souveraineté gehört haben, oder jezt erſt einen Theil der gegenwärtigen Austauſchungen ausmachen; auch ſollen alle ermelte in vorigen Zeiten ſeculariſirte Geiſtliche Güter überhaupt und diejenige, ſo zur Abtey Belchamp gehören insbeſondere, unter keinerley Vorwand, noch aus Gelegenheit der Veränderung ihrer bisherigen Landesherrlichen Abhängigkeit mit andern oder gröſern Beſchwerden und Auflagen jemals belegt werden können, als diejenige ſind, ſo ſie bisher abgetragen haben.

IX. Artikel.

Seine Herzogliche Durchlaucht cediren gleichfalls an des Königs Majeſtät Ihre Landeshoheitliche Rechte über die Unterthanen und Güter, ſo Höchſtdieſelbe zu Mandeure haben und beſizen, und zwar unter den nehmlichen Clauſuln und Bedingnißen, wie in dem vorhergehenden Artikul zu finden; Hingegen behalten Sich Seine Herzogliche Durchlaucht alle ihre Rechte, Anſprüche und Actiones auf dem übrigen Antheil dieſes Dorfes und der Markung deſſelben hierdurch ausdrücklich bevor.

X. Ar-

Article X.

Le ROY céde & abandonne au DUC DE WüRTEMBERG, la Souveraineté, Supériorité territoriale, droits & reſſort ſur les Villages, hameaux, terres, & territoires de Tavey, Vian, Verlans, Bian, & St. Valbert, ainſi que les deux maiſons appellées les Raillières ſituées près d'Eſtobon dépendans de la Seigneurie d'Hericourt, de Longevelle ſur la rive droite du Doubs, dépendants de la Seigneurie de Seloncourt, dépendant de la Seigneurie de Blamont.

Article XI.

Au moyen des ceſſions échanges, déſiſtements & renonciations ci-deſſus, la frontière du Comté de Montbéliard ſera compoſée déſormais des Villages & Lieux ſuivans, à commencer ſur la Rive droite du Doubs près Mandeure, ſçavoir: Seloncourt, Dale, Badevès, Dampierre outre les bois, Feche-la-prel, Alenjoye, Dambenoy, Nomay, Buſſurel, St. Valbert, Coiſevaux, Coutenans, les cinq Villages des bois, Eſſouaivre, le Vernoy, Deſendans, St. Marie, Lougre, & Longevelle, où la Limite viendra rejoindre le Doubs.

Article

X. Artikel.

Seine Königliche Majestät cediren und überlassen Seiner Herzoglichen Durchlaucht, die Souveraineté, Superioritatem territorialem, alle Rechte und Gerechtigkeiten über die Dorfschaften, Weiler, Güter und Markungen nachstehender Orten, als Tavey, Vian, Verlans, Bian und St. Valbert, deßgleichen die beeden bey Etobon gelegene zur Seigneurie Hericourt gehörige Häuser, les Raillieres genannt, Longevelle auf der rechten Seite des Doub-Flußes, welcher Ort in die Seigneurie Chatelot gehört, und Seloncourt zur Seigneurie Blamont gehörig.

XI. Artikel.

Vermittelst obbesagter Cessionen, Austauschungen, Abtrettungen und Verzichte wird also in Zukunft die Gränze der Grafschaft Mömpelgardt, um von dem rechten Ufer des Doub-Flußes, unsern Mandeure anzufangen, aus folgenden Dörfern und Ortschaften bestehen, als nehmlich Seloncourt, Dale, Badevés, Dampierre outre les Bois, Feche la prel, Alenjoye, Dambenoy, Nomay, Buffurel, St. Valbert, Coisevaux, Coutenans, die 5. sogenannte Villages des bois, Essouaivre, le Vernoy, Desendans, St. Marie, Lougre, und Longevelle, woselbst die Grenze sich wieder mit dem Doub vereinigt.

XII. Ar-

Article XII.

Les parties ainſi échangées, celles qui ſeront tirées du Montbéliard, ſeront annéxées & réunies aux quatre Seigneuries, ſçavoir: Abevillers, le Moulin de la Doue, Marche la Villers & Mandeure à la Seigneurie de Blamont; les Villages de Valentigney, Villers la Boiſſière & les Granges de Belchamp, les parties de Voujaucourt, Eſtouvans, Bretigney, & Beutal à celle de Chatelot; & Echenans ſous Montvaudois ſera partie de la Seigneurie d'Hericourt; pour faire partie & dépendance à l'avenir des dittes Seigneuries ſous la Souveraineté de Sa Majeſté, ainſi & de même que le ſurplus de ces Seigneuries.

Article XIII.

Dans toutes les parties qui toucheront la Rivière du Doubs, les Souverainetés reſpectives ſeront ſéparées & limitées par le fil d'eau de la ditte Rivière, de manière que la partie & la rive gauche du Doubs appartiendront au ROY, & la droite au *Séréniſſime* DUC, ſans diſtinction des lieux auxquels les territoires ſitués de part & d'autre pourront appartenir.

Les

XII. Artikel.

Nach geſchehener Uebergabe der ausgetauſchten Ortſchaften werden diejenige, welche bisher zur Grafſchaft Mömpelgardt gehört haben, den 4. Seigneurien zugetheilt und einverleibt werden, als nehmlich Abevillers, le Moulin de la Doue, Marche la Villers & Mandeure der Herrſchaft Blamont: Valentigney, Villers la Boiſſiere, die Granges von Belchamp, die Theile von Voujaucourt, Etouvans, Bretigney, Beutal der Herrſchaft Chatelot; und Echenans ſous Montvaudois der Herrſchaft Hericourt, alſo und dergeſtalt, daß ſolche in Zukunft als Beſtandtheile von erſagten 4. Herrſchaften angeſehen und der Königlichen Landeshoheit eben ſo, wie dieſe Seigneurien ſelbſt, unterworfen ſeyn ſollen.

XIII. Artikel.

In denjenigen Gegenden, welche den Doub-Fluß berühren, ſolle die wechſelſeitige Souveraineté durch die Mitte des gedachten Fluſſes beſtimmt und unterſchieden, mithin die linke Seite und das linke Ufer des Doub zur Königlichen Landes-Hoheit, die rechte Seite und Ufer hingegen zur Herzoglichen Landes-Hoheit gezogen werden, ohne darauf zu ſehen, zu was für einer Markung die an beeden Seiten des Fluſſes gelegene Güter gehörig ſeyn mögen.

Les Droit Seigneuriaux, tels que la pêche, le cours d'eau des moulins, les Droits de Bac & autres de cette espéce, continueront d'appartenir au *Sérénissime* DUC, en qualité de Seigneur des Villages & Territoires riverains du Doubs qui passent sous la Souveraineté du ROY, & ces Droits seront exercés en son nom & à son profit, comme il en a joui ou dû jouir jusqu'à présent.

Il est stipulé expressément, qu'il ne sera porté aucun préjudice aux forges, moulins & usines quelconques appartenants au *Sérénissime* DUC sur la Rivière du Doubs, aux digues & ouvrages qui le traversent ou le traverseront dans toute sa largeur, ainsi qu'aux usines qu'il sera en droit d'établir, cy-après sur l'une ou l'autre rive, à condition néamoins qu'il ne sera porté de la part de la Souveraineté de Montbéliard aucun empêchement à la Navigation qui pourra être établie sur le Doubs; qu'elle se prêtera de bonne foy aux entreprises qui pourront être faites de la part de la France pour rendre cette navigation plus sure, plus aisée & plus étenduë; & il est convenu expressement, qu'en aucun tems il ne pourra être établi sur le Doubs, de part ni d'autre, aucune

Seine Herzogliche Durchlaucht bleiben aber als Seigneur der gedachten Ortschaften und deren an dem Doub-Fluß angränzenden Gütern, welche kraft gegenwärtiger Convention unter die Königliche Souveraineté zu stehen kommen, nach wie vor in dem völligen Besitz und Eigenthum aller Ihrer Seigneurial-Rechte, z. E. des Fischfangs, der Mühl-Gerechtigkeit, des Fahr-Rechts und dergleichen, und können solche in Dero Nahmen und zu Dero Nutzen ferners verwalten lassen, so wie sie dieselbige inzwischen besessen, und genossen, oder besitzen und genießen sollen und mögen.

Auch ist ausdrücklich bedungen, daß Seiner Herzoglichen Durchlaucht an Ihren in und an dem Doub-Fluß gehörigen Eisenwerkern, Mühlen und Wasser Gebäuden, sie haben Nahmen wie sie wollen, auch an den bereits angelegten oder in Zukunft anlegenden Wöhren und Wasserwerkern, wann solche gleich die völlige Braite des Flusses einnehmen, nicht weniger an neuen Wasserwerkern, die Sie das Recht haben diß und jenseits des Flußes zu erbauen, nicht der geringste Nachtheil oder Schaden verursacht werden solle, nur ist dabey die Condition angehänget, daß, falls die Krone Frankreich eine Schiffahrt auf dem Doub anlegen wollte, Seine Herzogliche Durchlaucht als Landes-Herr zu Mömpelgardt daran nicht hinderlich seyn, vielmehr mit bestem Willen die von Frankreich zur Schiffbarmachung dieses Flußes allenfalls treffende

aucune sorte de Péage, ni d'autres Droits nouveaux quelconques, qui puissent enchérir d'une manière quelconque laditte Navigation; bien entendu que cette Navigation sera également libre aux sujets respectifs.

Article XIV.

Les Parties contractantes désirant pour la tranquilité de sujets respectifs, établir autant que le local le permet des limites naturelles, ont adoptée pour cet effet le ruisseau appellé la Rigole ou la Luzine. Ce ruisseau formera la séparation des deux Souverainetés vers Héricourt sous les mêmes clauses exprimées dans l'Article précédent pour la limite du Doubs, selon son cours naturel, lequel sera de Souveraineté commune, depuis la ligne séparative du ban d'Estobon jusqu'à la ligne qui sépare le ban de Russurel de celui de Brevelier, la limite remontera alors cette ligne & la suivra jusqu'à la limite de l'Alsace vers Chatenois.

Ar-

Anſtalten begünſtigen wollen, um dieſe Schiffahrt leichter, ſicherer und ausgebreitender zu machen.

So iſt auch ausdrücklich bedungen, daß weder von dem einen noch dem andern Theile zu keiner Zeit einiger Waſſerzoll oder ſonſt einige neue Auflage eingeführt werden darf, wordurch dieſe Schiffahrt auf irgend eine Weiſe erſchwert werden könnte, wohl verſtanden übrigens, daß beederley Unterthanen frey und unverwehrt bleibe, ſich derſelben gleichermaſen zu bedienen.

XIV. Artikel.

Da die Contrahirende Allerhöchſt- und Höchſte Theile zur Bequemlichkeit beederſeitiger Unterthanen vor gut angeſehen, natürliche Grenzen, ſo viel es das Locale geſtatten mögen, auszunehmen; So iſt auch in dieſer Abſicht der kleine Fluß Rigole oder Luzine in den gegenwärtigen Plan aufgenommen worden. Derſelbe macht alſo in Zukunft nach ſeinem natürlichen Lauf und unter den nehmlichen Clauſuln, die in dem vorſtehenden Artikel bey dem Doub-Fluß angeführt ſind, gegen Hericourt die natürliche Unterſcheidungs-Grenze zwiſchen den beederſeitigen Landes-Territorien, und kommt unter die gemeinſchaftliche Landeshoheit von der Separations-Linie der Markung Etobon an, bis zu dem Unter-Mark der Dorfſchaften Buſſurel und Brevelier: von dar gehet die Gränze wieder landwärts ein, und ſcheidet die beede Markungen dieſer beeden Dorfſchaften bis dahin, wo ſie mit

Article XV.

Le ROY ayant bien voulu reconnoître la Souveraineté du *Séréniſſime* DUC DE WURTEMBERG ſur la totalité du ruiſſeau d'Allain, les deux Souverains déſirant néamoins étendre à cette partie les principes adoptés pour les autres parties de la délimitation, où ils ont choiſi des limites naturelles; il eſt convenu que la Rivière de Bourogne & l'Allain, ſelon leur cours actuel ou futur, formeront entre le finage d'Allenjoye, Montbéliard, & les finages de Bourogne, Morvillars & Meziré, Alſace, la limite des deux Souverainetés qui ſeront partagées par le fil de l'eau; Confirmant au ſurplus les arrangements arrêtés le 27. Decembre 1785. par les Commiſſaires reſpectifs, pour terminer les difficultés qui s'étoient élevées dans cette partie.

Article XVI.

La Juriſdiction & les Droits utiles de pêche, épaves &c. ſur le cours entier de ce ruiſſeau depuis le lieu dit la Fontaine au Comte

den Territorial-Gränzen der Provinz Elsaß zusammen stößt.

XV. Artikel.

Seine Allerchristlichste Majestät haben zwar die bißherige ausschließliche und alleinige Souveraineté Seiner Herzoglichen Durchlaucht über den Allain-Fluß anerkennen wollen; da aber beede Allerhöchst- und Höchste contrahirende Theile ein Verlangen bezeugt, in Ansehung der zu bestimmenden natürlichen Gränzen hiebey eben diejenige Grundsätze anzunehmen, welche in gleichem Fall, wie hievornen bemerkt, aufgestellt worden sind; So haben Sie sich gemeinschaftlich dahin verglichen, daß die Bourogne und Allain nach ihrem dermaligen oder künftigen Laufe die Territorial Gränze zwischen der Markung des Mömpelgardtischen Orts Allenjoye und der Markung der Elsässischen Oerter Bourogne, Morvillars und Mezirè ausmachen, folglich die Mitte des Wassers vor die Gränze der beederseitigen Souverainetés angesehen werden solle, wobey noch überdiß die von den wechselseitigen Commissariis unterm 27sten Decembris 1785. zur Beseitigung der bißher in dieser Gegend vorgewalteten Irrungen getroffene Veranstaltung confirmirt und bestättiget wird.

XVI. Artikel.

Ungeacht deßen, was so eben in Ansehung der gemeinschaftlichen Landeshoheit über die zur natürlichen Gränze angenommene Flüsse festgesetzt

Comte, jusqu'à son entrée dans la Principauté de Monbéliard, continueront d'appartenir exclusivement au *Sérénissime* DUC DE WURTEMBERG, sans trouble & sans partage, & les Stipulations de l'Article précédent concernant la Souveraineté desdites Rivières ne pourront en aucun tems ni en aucune manière gêner, altérer, ou restreindre l'exercice des Droits enoncées au présent Article.

Article XVII.

Le *Sérénissime* DUC conservera sur ses forêts de l'ancien Domaine de Montbéliard, ainsi que sur toutes les eaux qui passeront en vertu de la présente Convention sous la Souveraineté du ROY, outre la proprieté & la pleine et entière jouissance, toute espéce d'Administration de Justice, de Jurisdiction & Droit de Grüerie, à l'exclusion des Maitrises Royales, ainsi que la police desdites forêts, sauf l'appel au Tribunal compétant, le tout à l'instar des forêts que le *Sérénissime* DUC possède en Alsace, & il aura le Droit de nommer & constituer un ou plusieurs Juges Gruyers & tous Officiers necessaires; le tout conformément aux ordonances, us & coutumes du Comté de Bourgogne; & pourront les mêmes Officiers être attachés aux Sieges, Baillagers & aux Grüeries.

Le

werden, bleiben Seine Herzogliche Durchlaucht auf dem in dem 15ten Artikel benannten Fluße von dem Ort la Fontaine an Comtois an, bis dahin, wo derselbe in das Fürstenthum Mömpelgarde eintritt, in dem völligen ausschließlichen Besitze aller Jurisdiction und Jurium utilium, Fischfang, Epaves und dergleichen ohne Eintrag oder Gemeinschaft, und kann die fernere freye Ausübung dieser Rechte auf keinerley Weise gehemmt, verhindert oder eingeschränkt werden.

XVII. Artikel.

Eben so verbleibt Seiner Herzoglichen Durchlaucht in allen ihren Herrschaftlichen Waldungen und Wassern, welche bißher zu dem alten Domanio des Fürstenthums Mömpelgarde gehört haben, und nun durch den gegenwärtigen Vertrag unter die Königliche Landeshoheit übergehen sollen, neben dem Eigenthums- und vollkommenen Nuzungs-Rechte, alle Art von Administration, Gerichts-Zwang, Forstenlichkeit und Grüerie-Recht mit Ausschluße der Königlichen Maitrisen, so wie auch die Wald Policey-Anstalt, jedoch die Appellation an das competirende Tribunal vorbehalten, alles auf die nehmliche Art und Weise, wie es mit den von Seiner Herzoglichen Durchlaucht in der Provinz Elsaß besitzenden Waldungen gehalten wird.

Ebenermasen wird Seiner Herzoglichen Durchlaucht die Ernennung und Bestellung eines oder mehreren Juges Gruyers und aller

Le *Sérénissime* DUC continuera à percevoir comme du passé, le douzième Denier dans toutes les Ventes de bois qui se feront dans les forêts des Communautés.

Article XVIII.

Le *Sérénissime* DUC possedera lesdits forêts domaniales, ainsi que les autres fonds & revenus domaniaux qui lui appartiennent, ou aux Princes & Princesses de sa maison dans les lieux cédés au ROY par la présente Convention, de quelque nature & condition qu'ils soyent, même ceux dépendants des biens sécularisés, soit qu'ils soyent régis ou affermés en exemption de toutes charges réelles & de toute espéce d'impositions.

Article XIX.

Il sera permis au *Sérénissime* DUC d'extraire en nature, & de faire transporter dans le Comté de Montbéliard en exemption de tous Droits & Impôts, le produit

des

nöthigen Officianten, den Verordnungen, Gebräuchen und Gewohnheiten der Grafschaft Burgund gemäs zugestanden, und können die Civil-Beamten und Grüerie-Stellen einer und eben derselben Person zugleich aufgetragen werden.

Seine Herzogliche Durchlaucht behalten, wie zuvor, das Recht und den Bezug des Zwölften Pfennings von allen Holzverkäufen aus den Commun-Wäldern.

XVII. Artikel.

Alle oberwehnte Waldungen, deßgleichen alle übrige Herrschaftliche Güter und Domanial-Einkünfte, so Seiner Herzoglichen Durchlaucht und den Prinzen und Prinzessinnen Dero Herzoglichen Hauses gehören, und kraft gegenwärtigen Vertrags der Königlichen Landes-Hoheit abgetretten werden sollen, sie seyen von welcher Natur und Beschaffenheit sie wollen, und wenn sie auch gleich von den ehemals secularisirten geistlichen Gütern herrühren, sind von allen Real-Beschwerden und Impositionen ohne einige Ausnahme vollkommen frey, und ist gleich viel, ob ersagte Güter und Gefälle selbst administrirt oder Pachtsweise verliehen werden.

XIX. Artikel.

Es bleibt Seiner Herzoglichen Durchlaucht unverwehrt, alle Ihre eigene Producten aus Rechten, Zehenden und andern Einkünften, so Ihnen in den durch die gegenwärtige Con-

vention

des redevances en grains, bois de toute eſpéce & charbon, mines de fer & autres denrées qui proviennent des Droits, Dixmes & Revenus qui lui appartiennent dans les quatre Seigneuries, telles qu'elles ſe trouveront compoſées par la préſente Convention. Les Commiſſaires pour les priſes de poſſeſſion conſtateront le montant annuel de ces revenus ſur les baux qui en ont étés paſſés, & en prenant pour l'avenir les précautions uſitées en pareil cas.

Article XX.

Il eſt convenu que les moulins bannaux, qui ſe trouveront par l'événement des Echanges dans une Souveraineté differente de celle des Lieux & Villages qui y ſeront affectés, conſerveront néamoins leur Droit de Bannalité; mais dans les tems de cherté & de diſette, le ROY & le *Séréniſſime* DUC ſe promettent mutuellement de ſe prêter à toutes les meſures qui ſeront jugées néceſſaires pour empêcher l'exportation frauduleuſe des Bleds & Farines & des Gardes reſpectives ou autres Employés de police ſeront admis dans leſdits moulins.

Article XXI.

Les ſujets du DUC DE WURTEMBERG qui poſſédent ou poſſederont dans les Lieux échangés

vention determinirten vier Seigneurien zuſtehen, als Früchten, Holz aller Art, Kohlen, Eiſen, Erz auch andern Lebens-Mitteln in Natura auszuführen, und in die Grafſchaft Mömpelgarde transportiren zu laſſen, ohne darfür zu einiger Abgabe oder Auflage gehalten zu ſeyn.

Die zur Beſitzergreifung anzuſtellende beederſeitige Commiſſarien werden den jährlichen Belauf dieſer Erzeugniße nach den geferetigten Pachtbriefen in Richtigkeit zu ſetzen, und vor die Zukunft die in dergleichen Fällen erforderliche Vorkehr zu treffen wiſſen.

XX. Artikel.

Diejenige Bann-Mühlen, welche durch den Erfolg des gegenwärtigen Tauſch-Tractats unter eine andere Landes-Hoheit zu ſtehen kommen als die dahin gebannten Ortſchaften und Dörfer, behalten nichts deſto weniger nach wie vor ihr bisheriges Bann-Recht. Bey entſtehendem Mangel und Theurung verbinden Sich Seine Königliche Majeſtät und Seine Herzogliche Durchlaucht wechſelſeitig zu allen nöthigen gemeinſchaftlichen Maßregeln, um die verbottene Frucht- und Meel-Ausfuhr zu verhindern, und ſollen zu dem Ende die von beeden Seiten beſtellte Wächter und Aufſeher in ſolchen Mühlen ohne Unterſcheid zugelaſſen werden.

XXI. Artikel.

Diejenige Herzogliche Unterthanen, ſo in den austauſchenden Ortſchaften liegende Gründe, Güter,

échangés des biens immeubles, terres, champs, près, vignobles ou forêts, seront astreints, comme les sujets du ROY, aux impositions réelles sur lesdits fonds, qui sont usitées dans lesdits lieux & *vice versa*. Ces mêmes sujets des Lieux échangés qui voudront se retirer dans les terres de l'une ou de l'autre Domination, auront la liberté de le faire pendant l'espace d'un an, à compter du jour des Prises de possession & de la Consommation de l'Echange, & pourront vendre leurs biens dans ce terme sans qu'il en puisse être exigé aucune sorte de Droits sous quelque dénomination qu'ils puissent venir.

Article XXII.

Les possesseurs & proprietaires des fiefs, terres & biens situés dans les parties réciproquement échangées, seront conservés dans la jouissance de tous leurs Droits honorifiques & utiles, rentes, revenus & émolumens; de même que les sujets demeurans dans ces parties conserveront leur Etat, Droits de Proprieté, de Paturage, d'Affouage & autres Servitudes, ensemble leurs Us & Coutumes, en tant que ces Coutumes & ces Droits ne seront pas contraires aux Loix de la Souveraineté sous laquelle ils sont passés.

Les

Güter, Felder, Wiesen, Weinberge und Waldungen jezt schon besizen oder in Zukunft an sich bringen, haben eben so wohl wie die Unterthanen des Königs von solchen liegenden Gründen die an selbigen Orten herkommliche Realcontributionen abzutragen und vice versa.

Es können auch die solchergestalten gegen einander ausgewechselte Unterthanen innerhalb einer Jahres-Frist von dem Tage der Besiz-Ergreifung an und der Vollziehung gegenwärtiger Tausch-Tractaten gerechnet, ihr Wohnort verändern, und sich unter die eine oder andere Oberherrschaft begeben, auch inner dieser Frist ihre liegende Güter verkaufen, ohne irgends einer Abgabe, sie bestehe, in was sie wolle, unterworfen zu seyn.

XXII. Artikel.

Die Besitzer und Eigenthümer der Lehen, Ländereyen und Güter in den gegen einander ausgewechselten Orten behalten den freyen Genuß und Ausübung aller ihrer Jurium honorificorum & utilium, Renuten, Einkünften und Nuzungen; so behalten auch die daselbst angesessene Unterthanen ihren Personal-Stand, das Eigenthums-Recht, Waiden, Holzgerechtigkeit und andere Dienstbarkeiten, nebst dem Herkommen und den Gewohnheits-Rechten, in so ferne diese den Landesherrlichen Gesetzen derjenigen Oberherrschaft, unter die sie zu stehen kommen, nicht entgegen sind.

Ins

Les Stipulations de cet article seront particulièrement observées en faveur des Sujets respectifs dont les finages se trouveront coupés par la ligne de Limite de Souveraineté adoptée par les Souverains.

Article XXIII.

Les grains en gerbes, les foins en meulet, les vendanges ou raisins en grapes, bois en nature ou en charbon, fruits & légumes en nature, provenant de terres possédées par les Habitans de Montbéliard dans les lieux passés par Echange sous la Domination de la France, pourront être tirés en exemption de tous Droits de sortie & non obstant les défenses faites contre l'exportation de ces sortes de denrées qui pourroient avoir lieu en France & *vice versa*.

Article XXIV.

Le ROY & le *Sérénissime* DUC se promettent réciproquement de donner les ordres le plus précis pour l'extradition mutuelle de tous les Titres, Actes, Documens, Procedures &c. qui seront relatifs aux Cessions & Renonciations respectives, & il en sera de part & d'autre fourni des Etats, & s'il se peut au moment où les prises de Possessions auront lieu, ou immédiatement après leur Consommation.

Article

Ins beſondere aber gilt dieſe Verabredung in Anſehung liederſeitiger Unterthanen an Orten, deren Markungen durch die von den contrahirenden Theilen beliebte Territorial-Grenze durchſchnitten werden.

XXIII. Artikel.

Früchten in Garben, Heu auf Schocken, Holz in Natura und verkohlt, Früchten und Garten-Gewächſe in Natura, ſo die Mömpelgardtiſche Unterthanen auf ihrem Eigenthum an ſolchen Orten erzeugen, die vermög dieſes Grenz-Tauſch-Tractats unter die Königlich-Franzöſiſche Landeshoheit zu ſtehen kommen, können frey und ohne einige Abgabe vor die Ausfuhr in das Mömpelgardtiſche eingeführt werden, wann auch gleich ausdrückliche Königliche Verbotte wider dergleichen Ausfuhren vorhanden wären, und ſo ebenfalls im umgekehrten Falle.

XXIV. Artikel.

Seine Königliche Majeſtät und Seine Herzogliche Durchlaucht verbinden Sich gegen einander, die gemeſſenſte Befehle zu geben, damit alle und jede Beweiſe, Acten und Documenten und Schriften ꝛc. ſo mit der gegenwärtigen Austauſchung und der reſpectiven Renunciation in Verhältniß ſtehen, gegen einander ausgewechſelt und darüber vollſtändige Verzeichniſſe gefertiget werden mögen, und zwar wo möglich mit und neben der Beſitz-Ergreifung, oder wenigſtens unmittelbar nach deren Vollziehung.

Article XXV.

Les Contractes hipothéquaires & tous autres Actes généralement quelconques conserveront sous la nouvelle Domination la même Valeur & Force obligatoire qu'ils avoient ou qu'ils auroient eû sous la Domination sous la quelle ils ont été passés, & ils seront éxécutés dans tous les points, clauses & conditions qu'ils renferment.

Article XXVI.

La grande Route de Belfort à Besançon traversant entre Héricourt & Arcey des Territoires cédés au *Séréniſſime* DUC par la présente Convention & cette communication ayant toujours été libre & franche, & devant être maintenuë telle à perpétuité, les passagers & marchandises jouiront d'une entière Liberté & Franchise sur toute l'étenduë de cette Route, sans qu'il puisse y être établi aucune gêne ny assujettissement à prendre des acquits à caution ou autres; sauf néamoins l'aquitement du péage établi d'ancienneté à Aibre, dont le Tarif sera joint à la présente Convention.

Les Troupes de Sa Majesté & les Convois militaires & les effets appartenants à sa

ditte

XXV. Artikel.

Die Contractus hypothecarii und überhaupt alle gerichtliche und auſſergerichtliche Handlungen behalten unter der neuen Oberherrſchaft eben diejenige Kraft und Verbindlichkeit, ſo ſie zur Zeit ihrer Entſtehung unter der vorigen Landesherrſchaft gehabt oder haben mögen, und ſollen nach allen ihren enthaltenden Punkten, Clauſuln und Bedingniſſen ſtracklich vollzogen werden.

XXVI. Artikel.

Da ſich die Haupt-Landſtraſſe von Belfort nach Beſançon zwiſchen Hericourt und Arcey über eine Strecke Landes zieht, welche nach gegenwärtigem Vertrage zur Herzoglichen Landes-Hoheit abgetretten wird, ſo iſt verglichen, daß gleichwie dieſe Communication bisher frey und unentgeltlich geweſen, alſo dieſelbe in gleichem Zuſtande zu beſtändigen Zeiten erhalten werden ſolle, dergeſtalt, daß ſolche allen Reiſenden und Kaufmanns-Güthern zum freyen und unbeſchwerten Gebrauche offen ſtehen, und daſelbſt niemals einiger Zwang oder Beſchwerde angelegt, noch Cautions-Scheine oder dergleichen erfordert werden ſollen, jedoch die Erhebung des von Alters her zu Aibre angelegten Zolls ausgenommen, worvon das Tarif gegenwärtiger Convention beygefügt werden wird.

Den Königlichen Trouppen, Militar-Bedeckungen, auch allen Seiner Königlichen

ditte Majeſté, jouiront du paſſage libre & exempt de toute gêne & de tous Droits, bien entendu que les effets appartenants à Sa Majeſté ſeront munis de Paſſeports convenables.

Le *Séréniſſime* DUC s'engage à donner les Ordres les plus précis pour que cette partie de Route ſoit conſtamment entretenuë en bon état.

Quant à la Route de Belfort à Blamont, elle continuera à être libre & affranchie de tous Droits, ainſy qu'elle l'a été jusqu'à préſent, & les Troupes du ROY, ainſi que les Convois militaires, pourront s'en ſervir librement.

Si Sa Majeſté jugeoit néamoins dans la Suite devoir établir cette Route ſur Son Territoire, & que quelques portions du finage de Dale ou autre Limitrophe, fuſſent jugées néceſſaires à ſa conſtruction, le *Séréniſſime* DUC s'engage à les céder à Sa Majeſté moyennant un équivalent raiſonnable.

Article XXVII.

Les Chauſſées & les Chemins ſeront réciproquement libres aux Sujets des deux Souverainetés en payant les Droits dûs à l'une ou à l'autre.

Majestät zugehörigen Effecten wird ein freyer ungehinderter Durchzug ohne alle Abgabe zugestanden, nur sollen diese Effecten mit den gehörigen Passeports versehen werden.

Auch verbinden Sich Seine Herzogliche Durchlaucht diese Straße, so weit solche unter Dero Landes-Hoheit zu stehen kommt, immerzu in gutem Stand und Wesen erhalten zu lassen.

Die Route von Belfort nach Blamont bleibt ebenfalls so wie bisher offen, und von aller Abgabe befreyt, und haben sich derselben die Königliche Trouppen und Militair-Bedeckungen ohngehindert zu gebrauchen und zu bedienen.

Falls aber gleichwohl Seine Allerchristlichste Majestät in der Folge der Zeit vor gut finden sollten, diese Route auf dem Königlichen Territorio anzulegen und darzu einiges Terrein auf der Markung von Dale oder in der dortigen Nachbarschaft erforderlich wäre: So verbinden Sich Seine Herzogliche Durchlaucht solches mittelst einer billigen Entschädigung der Königl. Majestät abzutretten.

XXVII. Artikel.

Alle Landstraßen und Wege überhaupt sollen von beyderseitigen Unterthanen gegen Bezahlung der so einer als der andern Landes-Herrschaft darauf zugehörigen Abgaben frey und ungehindert gebraucht werden können.

Article XXVIII.

Les Fers, Fers blancs & autres provenants des Forges d'Audincourt pourront être transportés en Suisse, en exemption de tous Droits de Traite. Pareille exemption aura lieu pour les Fers provenants des Forges de Chagey.

Article XXIX.

Il sera libre aux Sujets de Montbéliard de tirer annuellement de l'Etranger, par la Route d'Alsace, & par le seul Bureau de Chatenoy sur des Permis de la Régence du Montbéliard & sous des Acquits à Caution de la Douane de Strasbourg, en exemption des Droits de trente Sols par livre, la Quantité de Tabac nécessaire pour leur propre Consommation, la qu'elle a été arbitrée à trente milliers pésant.

Article XXX.

Les Denrées & Marchandises étrangères, que les Sujets de Montbéliard feront venir du dehors pour leur Consommation & dont l'importation est defenduë dans le Royaume, n'y pourront être transportées que par Acquit à Caution & par de certains Bureaux, déterminés, sçavoir vers la Suisse par celui de . . . & vers l'Alsace par celui de Cha-

XXVIII. Artikel.

Alles Eisen, Eisenblech und anderes, so von den Eisenwerkern zu Audincourt kommt, kann frey und ohne Bezahlung einiges Transito-Zolls nach der Schweiz geführt werden. Eine gleiche Freyheit solle in Ansehung der Erzeugnisse dieser Art aus den Eisenwerkern von Chapey statt haben.

XXIX. Artikel.

Es können sich die Herzogliche Unterthanen zu Mömpelgardt von Auswarts her durch die Route von Elsaß und durch das einige Bureau von Chatenois auf Permissions-Scheine der Herzoglichen Regierung zu Mömpelgardt und gegen Acquits à Caution der Douane zu Straßburg alljährlich mit Befreyung von der Abgabe zu 30. Sols vom Pfunde mit dem zu ihrem eigenen Gebrauche benöthigten Tabac versehen, und ist diese Erforderniß auf 30 Pfund Lager-Gewicht gemeinschaftlich bestimmt worden.

XXX. Artikel.

Lebens-Mittel und fremde Waaren, so die Herzogliche Unterthanen zu Mömpelgardt zu ihrem eigenen Gebrauche von dem Auslande kommen lassen wollen, und deren Einfuhr in das Königreich verbotten ist, können nicht anders als gegen Cautions-Scheine und durch gewiese bestimmte Bureaux, als nehmlich von der Schweitzer Seite durch das Bureau von

Chatenoy, promettant le *Sérénissime* DUC de donner ses Ordres pour qu'il ne soit formé dans les Lieux de sa Domination aucun entrepôt de ces sortes de Denrées & Marchandises.

Quant au Commerce d'exportation le Comté de Montbéliard continuera à jouir de toutes les Franchises dont il jouit actuellement.

Article XXXI.

Le *Sérénissime* DUC déclare, qu'il prendra les mesures les plus efficaces pour empêcher que des Marchands étrangers au Comté de Montbéliard, ni les Sujets François n'abusent, pour contrevenir aux Loix du Royaume & frauder les Droits dûs à Sa Majesté, des franchises & facilités dont jouira le Comté de Montbéliard.

Article XXXII.

L'intention du ROY étant qu'en conformité de l'Article 6. du Traité de 1748. il soit fait un Arrangement relativement au Commerce & à la bonne Correspondance entre le Comté de Montbéliard & les Provinces Limitrophes, on s'occupera incessamment de ce travail, & Sa Majesté accordera pour le Com-

und vom Elsaß her durch das Bureau von Charenois transportirt werden, und versprechen Seine Herzogliche Durchlaucht genaue Obsicht tragen zu lassen, daß unter Ihrer Landes-Hoheit kein schädliches Entrepôt von dergleichen Lebens-Mitteln und Waaren angelegt werden möge.

Das Ausfuhr-Commercium der Grafschaft Mömpelgardt betreffend, so bleibt derselben auch in Zukunft der Gebrauch und Genuß aller derjenigen Freyheiten bevor, in deren Besitze sie gegenwärtig stehet.

XXXI. Artikel.

Seine Herzogliche Durchlaucht erklären hierdurch die wirksamste Maasregeln nehmen zu wollen, daß weder von fremden Kaufleuten, noch von Französischen Unterthanen zum Nachtheil der Gesetze des Königreichs und zum Schaden der Königlichen Intraden ein Mißbrauch der allein zu Gunsten der Grafschaft Mömpelgardt statt habenden Vortheile und Freyheiten gemacht werden könne.

XXXII. Artikel.

Da Seine Königliche Majestät gnädigst entschlossen sind, nach Ausweis des dritten Artikels der Tractaten vom Jahr 1748. in Ansehung des Handels und Wandels auch einer guten Correspondenz zwischen der Grafschaft Mömpelgardt und den angränzenden Königlichen Provinzen eine Uebereinkunft treffen zu lassen:

Commerce de la Franche-Comté le Tarif modéré, conformement à la lettre du feu ROY LOUIS XIV. de glorieuſe mémoire, à l'Intendant du Comté de Bourgogne.

Article XXXIII.

Dans les Villages qui paſſent en totalité ou en partie de la Souveraineté du *Sérénissime* DUC ſous celle de la France & qui ſont Abevillers, Valentigney, la Boiſſière, Echenans ſous Montvaudois, Mandeure, Voujaucourt, Eſtouvans, Beutal & Bretigney, l'exercice de la Religion Luthérienne ſera conſervé conformement aux Régles préſcrites par les Traités de Weſtphalie, & ſoumis aux mêmes Réglements que dans les terres de Riquewir & Horburg que le *Sérénissime* DUC poſſéde en Alſace.

En conſéquence le *Sérénissime* DUC continuera à nommer & établir comme du paſſé, les Miniſtres & les Régents d'Ecole néceſſaires pour la deſſerte des Egliſes & des Maiſons d'Ecoles, à l'entretien desquels, ainſy

ſo wird nunmehr dieſes Geſchäfte unaufhältlich für die Hand genommen, und von Seiner Königlichen Majeſtät wegen des Commercii mit der Grafſchaft Burgund ein moderirtes Tarif in Gemäsheit eines von des Höchſtſeligen Königs Ludwigs des XIV. Majeſtät Glorwürdigſten Andenkens an Dero Intendanten der Grafſchaft Burgund ehedem erlaſſenen Befehls Schreibens verwilliget werden.

XXXIII. Artikel.

In denjenigen Ortſchaften, wo von Seiner Herzoglichen Durchlaucht entweder ganz oder zum Theil die bisherige Landeshoheit an des Königs Majeſtät überlaſſen wird, als da ſind: Abevillers, Valantigney, la Boiſſiere, Echenans ſous Monvaudois, Mandeure, Voujaucourt, Etouvans, Beutal und Bretigney, ſolle die offentliche Ausübung der Evangeliſch-Lutheriſchen Religion nach Vorſchrift der Weſtphäliſchen Friedensſchlüſſe in ihrem völligen Stande und Weſen erhalten, und darbey die nehmliche Anſtalten beobachtet werden, wie in der Herrſchaft Reichenweiher und Herburg, ſo Seine Herzogliche Durchlaucht in der Provinz Elſaß beſitzen.

In Gemäsheit deſſen beſtellen und ernennen Seine Herzogliche Durchlaucht fortan wie bisher die Pfarr- und benöthigte Schulmeiſter-Stellen, und wird vor deren Unterhalt, deßgleichen vor die Unterhaltung der Pfarrhäuſer auf die nehm-

ainſy que des Presbytères, il ſera pourvu de la même manière qu'il s'eſt pratiqué juſqu'à préſent.

Article XXXIV.

Dans les Paroiſſes & les Lieux cédés, ſoit en totalité ſoit en partie par Sa *Majeſté* au *Séréniſſime* DUC, ſavoir : Seloncourt, Audincourt, Dasle, Buſſurel, Tavel, Vians, St. Valbert, Bians, Herlany, Tremoins, Champey, Coiſevaux; Laire, Aibre, Lougre & Longevelle, des quatre Seigneuries, Nomay, Brognard & Dampierre outre-les-bois ci-devant d'Alſace, l'Exercice du Culte Catholique, Apoſtolique & Romain y ſera maintenu tel qu'il eſt, & les Sujets Catholiques qui s'y trouvent établis, ne pourront être inquiétés ſous aucun prétexte pour l'exercice de leur Réligion.

Article XXXV.

L'Egliſe & la Cure de Tavey ſeront maintenues dans l'Etat où elles ſont actuellement & le Curé continuera à poſſéder ſans trouble les Revenus attachés à la Cure.

Article XXXVI.

Quant aux Egliſes de Longevelle, de Lougre & de Seloncourt, le Simultané y ſera

nehmliche Art und Weise geſorgt werden, wie ſie zwiſchen ihnen üblich geweſen iſt.

XXXIV. Artikel.

In den Kirchſpielen und Ortſchaften, ſo von Seiner Königlichen Majeſtät an Seine Herzogliche Durchlaucht entweder ganz oder zum Theil überlaſſen werden, benannt lich von den 4. Seigneurien: Seloncourt, Audincourt, Dale, Buſſurel, Tavel, Vian, St. Valbert, Bian, Verlan, Tremoin, Champey, Coiſeyau, Lair, Aibre, Longre und Longevelle, deßgleichen von der Provinz Elſaß: Nommai, Brognard und Dampierre outre les Bois ſolle ebenfalls die öffentliche Ausübung der Catholiſch-Apoſtoliſch-Römiſchen Kirche in dem gegenwärtigen Stand und Weſen erhalten, und die daſelbſt angeſeſſene Catholiſche Unterthanen unter keinerley Vorwand in der Ausübung ihrer Religion beunruhiget werden.

XXXV. Artikel.

Die Kirche und Pfarre zu Tavey ſolle in ihrem gegenwärtigen Zuſtande erhalten und der dortige Curé in dem ruhigen Beſitze der auf ſolcher Pfarre bisher gehafteten Einkünfte gelaſſen werden.

XXXVI. Artikel.

In den Kirchen zu Longevelle, Lougre und Seloncourt ſolle das Simultaneum eingeführt werden.

Der

ſera introduit, de maniere que les Chœurs reſteront aux Catholiques & les Nefs appartiendront aux Proteſtants.

Article XXXVII.

La Nomination des Curés de ces deux Egliſes ainſi que celle du Curé de Montbéliard appartiendra deſormais au DUC DE WÜRTEMBERG qui ſe chargera en conſéquence de leur entretien & de leur ſubſiſtance.

Il a été convenu pour cet effet que *Son Alteſſe Séréniſſime* ſera au Curé de Montbéliard une Penſion annuelle & perpétuelle de huit cens Livres, & aux Curés de Longevelle & de Seloncourt à chacun une Penſion pareille de ſix cens Livres, leſquelles Penſions demeureront invariablement fixées aux dittes ſommes, ſans pouvoir être diminuées ſous quelque prétexte que ce ſoit, & ſans que les Curés puiſſent jamais rien éxiger au de là de cette Compétence & de la Jouiſſance de leurs Presbytéres, à quelque Titre & ſous quelque Dénommination que ce puiſſe être.

Article XXXVIII.

Le *Séréniſſime* DUC prend ſur lui de requérir & d'obtenir le Conſentement de l'Empereur & de l'Empire ſur le préſent Traité.

Article

Der Chor dieſer Kirchen verbleibt den Catholiken, das Schif aber wird den Proteſtanten eingeräumet.

XXXVII. Artikel.

Seine Herzogliche Durchlaucht erhalten vor die Zukunft den Pfarr-Satz, oder das Nominations-Recht dieſer beeden Curés und des Curé zu Mömpelgardt, verbinden Sich aber dargegen zu deren Unterhaltung.

Zu dem Ende iſt verglichen worden, daß Seine Herzogliche Durchlaucht dem Curé zu Mömpelgardt eine jährliche und beſtändige Penſion von 800. Pfund, ingleichem den Curés zu Longevelle und Seloncourt ebenfalls jedem eine Penſion von 600. Pfund abreichen laſſen wollen; und gleichwie erſagte Penſionen unveränderlich feſtgeſetzt ſind, und unter keinerley Vorwand verringert werden können: Alſo ſollen auch gedachte Curés zu keiner Zeit und unter keinerley Vorwand, Benennung oder Titel über dieſe Competenz und den freyen Genuß ihrer Pfarrwohnungen einige weitere Anforderungen oder Anſprüche zu machen berechtigt ſeyn.

XXXVIII. Artikel.

Seine Herzogliche Durchlaucht übernehmen die Requiſition und Bewirkung der Kaiſerlichen und des deutſchen Reichs Einwilligung zu gegenwärtigem Tractat.

XXXIX.

Article XXXIX.

Le présents Articles seront ratifiés de part & d'autre dans l'éspace de quatre Semaines à compter du jour de la Signature, ou plutôt si faire se peut.

En foy de quoi Nous avons Signé la présente Convention & y avons apposé le Cachet de nos Armes.

Fait à Paris, le vingt un Mai mil sept cens quatre vingt six.

Signé: Signé:

Gerard. *de Rieger.*

L. S. L. S.

XXXIX. Artikel.

Gegenwärtige Artikel werden von beeden Theilen in dem Zeitraum von vier Wochen von dem heutigen Tage an, oder wo möglich noch bälder ratificirt werden.

Zu Urkund dessen haben Wir gegenwärtige Convention unterzeichnet und unsere Pettschafften beygedruckt.

So geschehen, Paris, den 21sten Maji 1786.

Gerard. von Rieger.

L.S. L.S.

Siebenter Abschnitt.

Von Errichtung einer Brandschadensversicherungsgesellschaft zwischen einigen Reichsstädten in Schwaben.

Schon seit mehreren Jahren ist der Gedanke von Errichtung einer Brandschadensversicherungsgesellschaft zwischen einigen Reichsstädten in Schwaben in Bewegung. Immer stellten sich aber bisher so viel Schwierigkeiten dar, daß die Hofnung, eine solche zwischen einer gröseren Anzahl Schwäbischer Reichsstädte zu Stande zu bringen, noch nicht gar groß ist. Doch ist es während dem lezten Schwäbischen Kraistag so weit gekommen, daß ein Entwurf der vorläufig zu bestimmenden Punkte gedruckt worden ist, und auch schon 6. bis 8 Reichsstädte sich dazu geneigt bezeugt haben.

Daß die Reichsstadt Ulm hauptsächlich sich die Sache angelegen seyn lasse, ist aus eben diesem Entwurf zu ersehen. Die gröste Schwierigkeit wird wohl in den Zwangsmitteln gegen Säumige zu suchen seyn. Die Reichsstädte scheinen selbst in Absicht auf schleunige und wirksame Verfügungen der Exekutionsgewalt in dem Mittel ihrer Mitschwestern mistrauisch

zu

zu ſeyn, und die Vollziehungsgewalt in dieſem Stück dem Kreisausſchreibamt aufzutragen — dazu ſcheinen ſie doch auch keine Luſt zu haben.

Der Entwurf iſt folgender:

Entwurf wegen Errichtung einer Brandſchadens-Geſellſchaft, unter einigen Hochlöbl. Reichs-Städten im Schwäbiſchen Creis. Im Jahr 1783.

§. 1.

In den meiſten wohleingerichteten Staaten Deutſchlands ſind mit allgemein anerkanntem Nutzen, Brandverſicherungs-Anſtalten getroffen, weil die Erfahrung beſtätigte, daß zu hinlänglicher Erſetzung des erlittenen Schadens, kein leichteres und bequemeres Mittel zu erzielen ſeye, und dadurch nicht allein die Noth der Abgebrannten ungemein erleichtert auch der Umſturz manchter Familien, ja ganzer Gemeinden abgewendet, ſondern auch der Vortheil eines jeden einzelnen Bürgers und Unterthanen befördert werde, indem ihre Häuſer durch eine Brandsverſicherung eben die Sicherheit wie andere liegende Güter erhalten, wodurch ſie in Stand geſetzt werden, weitere und tüchtigere Unterpfänder einzuſetzen, eben dadurch aber leichter einen Gläubiger zu finden, und durch das aufzunehmende Geld, und den damit zu machenden Verkehr, ſich entweder zu retten, oder ſonſt einen weſentlichen Nutzen zu verſchaffen.

§. 2.

Es giebt verſchiedene Gattungen von Brandverſicherungs-Anſtalten. Z. E.

1.) Daß jeder Bürger ſein Haus nach einem gewißen oder taxirten Werth, bey der Feuer-Caſſe einſchreiben läßt, und ſodann von dieſem Werth oder Capital alle Jahr, es mag ein Brandſchaden entſtehen oder nicht, ein gewißes Procent in die Caſſe entrichten muß; dagegen aber, wenn ihm ſein Haus ganz abbrennt, zu deſſen Wiederaufbauung das ganze eingeſchriebene Capital, und wenn es nur zum Theil abbrennt, ſo viel als der taxirte Schaden beträgt, aus der Caſſe baar erſetzt bekommt.

2.) Eine andere Gattung der Brandverſicherung beſteht darinn, daß eine ganze Geſellſchaft oder eine gewiße Bank die Aſſecuranz der Häuſer übernimmt, und ſich dagegen eine jährliche Prämie reichen läßt. Durch dieſen Vertrag wird die Feuersgefahr für einen gewißen an den Aſſecuranten zu entrichtenden Preis übernommen.

3.) Eine fernere Brandverſicherungs-Art, die erſt neuerlich Herr Licentiat Fetzer in Reutlingen vorgeſchlagen, beruht darauf, daß ein ſtändiges Capital aufgebracht werde, das groß genug ſeye, um alle Jahr ſo viel Zinnße abzuwerfen, als nöthig ſind, die fernere Beyhülfe der Bürger und Unterthanen wenigſtens ſo lang ent-

unbehrlich zu machen, als kein beträchtliches Unglück entſtehet.

§. 3.

Allein jede dieſe 3. Gattungen von Brandverſicherungen hat ihre große Unbequemlichkeiten, wovon man nur die bedeutendſte berühren will.

Bey der erſten tritt theils die Bedenklichkeit ein, daß eine jede gewiße jährliche Abgabe die Geſtalt einer Steuer annehme, die von Bürgern und Unterthanen als eine drückende Laſt angeſehen werde, und eben daher zu beſorgen ſeye, daß ſie ſich ungern zu deren Entrichtung bequemen werden, theils aber kann der Brandſchaden ſo gros ſeyn, daß die regulirte jährliche Abgabe dazu bey weitem nicht hinreicht, z. E. es werden in einem Jahr 20,000. fl. contribuirt, die Summe des Brandſchadens hingegen beträgt 40,000. fl.

Die zweyte der obbeſchriebenen Gattung von Brand-Aſſecuranz iſt mit entſetzlichem Rifico verknüpft, wann derjenige, der die Aſſecuranz übernehmen wollte, einen Banquerot machte; Und wie ſchwer dörfte es halten, einen ſolchen Particulier ausfindig zu machen, bey dem man von aller Gefahr eines Falliments geſichert wäre? Nicht zu gedenken, daß keine Gleichheit in den Beyträgen erzielt werden könnte, weil die Innwohner in denjenigen Städten und Dörfern, wo ſchlechte Feuer-Anſtalten vorhanden,

oder wo die Bau-Materialien in einem hohen Werth ſind, doppelt oder mehrfach geben müſſten, als diejenige Bürger und Unterthanen, in deren Orten gute Feuer-Anſtalten herrſchen, und die Bau Materialien in einem wohlfeilen Preis erhalten werden können.

Bey der dritten Gattung von den obenerwehnten Brandverſicherungs Anſtalten zeigen ſich noch mehrere Schwierigkeiten. Soll auf einmal ein ſtarkes Capital zuſammengeſchoſſen werden, ſo fällt diſes weit empfindlicher, als wenn ſucceſſive alle Jahr nur ein geringer Beytrag entrichtet werden darf. Und wie könnte ein nahmhaftes Capital ſicher genug placiret werden? Bey Communen und Corporibus ſind die Gelegenheiten äußerſt rar! An Privatos die Gelder auszuleihen, wäre äußerſt bedenklich, indem man ſolche, im Fall ein bedeutender Brandſchaden entſtünde, nicht gleich eintreiben könnte, und alſo die durch Brand verunglückte vielleicht mehrere Jahre lang warten laſſen müßte, bis man im Stande wäre, ihnen die nöthige Hülfe angedeihen zu laſſen.

Ferner könnte auch bey Entſtehung eines großen Brandſchadens geſchehen, daß das ganze zuſammengeſchoſſene Capital auf einmal verwendet, und ſodann gleich wiederum ein neuer Fond zuſammen geſchoſſen werden müßte, welches manchem Mitglied der Societät in kurzer Zeit, wo nicht weit läſtiger, doch eben ſo empfindlich fallen dörfte,

dürfte, als wann es selbst einen Brandschaden erlitten hätte.

§. 4.

Unter allen Gattungen von Brandversicherungs-Gesellschaften hat man bisher in vielen Staaten, z. E. in den Königlich-Preußischen, Churſächsischen, Churfürstlich- und Herzoglich-Braunschweigisch-Herzoglich-Hollsteinischen, Herzoglich-Würtembergisch-Hessen-Darmstädtisch- und Marggräflich-Baaden-Durlachischen, diejenige für die beste und zuträglichste gehalten, und auch aus der Erfahrung für bewährt erfunden, Kraft deren die Häuser zwar auch nach einem gewißen Werth eingeschrieben werden, der Beytrag aber nicht alle Jahr, sondern erst alsdann, wann ein Brand entstanden, nach einer gemachten Repartition geschieht, und wobey also kein würkliches und beständiges Capital in der Casse ist, sondern die beyzutragende Gelder, so bald wie sie eingegangen, den Abgebrannten zugestellt werden.

§. 5.

Es ist zwar nicht zu läugnen, daß auch diese letztere Gattung von Societät, wann sie nur in einem kleinen Territorio eingeführet wird, für die Mitglieder, bey Entstehung eines beträchtlichen Feuerschadens, eine drückende Last werden könne.

Und vielleicht hat eben dieser Grund bisher die meiste Hochlöbliche Reichs-Städte, weil sie

keine große Territoria haben, abgehalten, eine Brandversicherung einzeln zu etabliren.

§. 6.

Diesem Mangel könnte aber dadurch am besten abgeholfen werden, wann mehrere Hochlöbliche Reichs-Städte, (wie schon verschiedene derselben geäußert) zusammenträten, und unter sich eine Brandversicherungs-Gesellschaft, die sich auch auf die ihnen zuständige Landschaften erstreckte, nach der in §. 4. angeführten Weise errichteten.

§. 7.

Um diese Anstalt für die Mitglieder noch mehr zu erleichtern, könnte festgesetzt werden, daß bey einem entstehenden Brandschaden, er mag auch so bedeutend seyn als er will,

a) niemalen weiter als $\frac{1}{2}$tel pro Cent oder 20. kr. vom Hundert eines taxirten Hauses umgelegt, und daß

b) wann diese Umlage zu Vergütung des Schadens nicht hinreichte, sodann ein Capital auf den allgemeinen Credit der associrten Reichs-Städte aufgenommen werde, und dieses Capital könnte sofort

c) in den Jahrgängen, wo gar keiner oder nur ein unbedeutender Brandschaden geschiehet, mittelst einer zu machenden Anlage successive heimbezahlt werden.

§. 8.

§. 8.

Eine ſolche Brandſchadens-Societät unter mehreren Hochlöblichen Reichs-Städten erfordert aber fürderſamſt, daß ein Collegium oder Deputation niedergeſetzt werde, welcher die General-Direction und Ober-Aufſicht über das Inſtitut zu übertragen wäre.

Weil in Ulm ohnehin die jährliche Crais-Verſammlungen gehalten werden, ſo könnten zu ermeldter Deputation ernennt werden,

a) 2. von den Ulmiſchen HHerrn Crais-Geſandten, nemlich ein Rathsglied, und ein Conſulent, und

b) 2. von den auswärtigen HHerrn Crais-Geſandten, verſteht ſich von ſolchen Hochlöblichen Reichs-Städten, welche bey dem Brandſchadens-Inſtitut aſſocirt ſind.

Dieſe auswärtige Reichs-Städtiſche HHerrn Abgeſandte könnten entweder beſtändige Mitglieder der Deputation ſeyn, oder könnte man diesfalls unter den aſſocirten Hochlöblichen Reichs-Städten alle Jahr alterniren.

Um die Koſten ſo viel möglich zu erſparen, ſo möchte es ſo eingeleitet werden, daß die Seſſionen dieſer Wohllöblichen Deputation, bey ohnehin ſeyender Crais-verſammlung abgehalten würden.

Da es ohne Wiederholung ſeyn möchte, wann dieſe niedergeſetzte Deputation nicht die gehörige Autorität hätte, ſo wäre ſolcher in Feuer

Societäts-Sachen, ſowohl ratione directionis, als cognitionis, et executionis, die volle Gewalt zu übertragen.

§. 9.

Weil aber vorbemeldte Deputation blos die General-Direction und Ober-Aufſicht zu verſehen hätte, und ſich unmöglich mit dem Detail der Geſchäfften, welche bey einer unter mehrern Hochlöblichen Reichs-Städten ſubſiſtirenden Brandſchadens-Geſellſchaft vorkommen, abgeben kann, ſo wäre zu Betreibung der bey einem ſo weitläuffen Werk vorkommenden vielen und häuffigen Verrichtungen ein beſonderer Director in Ulm aufzuſtellen, deſſen Wohl von ſämtlich aſſocirten Hochlöblichen Reichs-Städten abhienge, wobenebens bey einem zu erwählenden Subjecto vorzüglich darauf Rückſicht zu nehmen wäre, daß ſolches

a) ein ehrlicher rechtſchaffener Mann ſeye, der
b) in Ulm ein öffentliches Amt bekleide, und
c) neben der Rechtswiſſenſchafft auch das Rechnungsweſen verſtehe.

§. 10.

Auſſer einem Director wäre zwar, wie bey andern Brand-Societäten auch, ein General-Caſſier unumgänglich nöthig. Es könnte aber dieſe Stelle entbehret werden, wann der Einzug und Auszahlung der Gelder durch die löbliche Erais-Caß in Ulm geſchehete, weil auf ſolche Weiſe zugleich

dazu zu beſtimmen iſt, wo die veränderte Anſchläge eines Hauſes angezeigt und in den Special-Conſignationen, (Cataſtris) vorzumerken auch ſofort auf die oben berührte Weiſe an den Directorem, mit Anfang Aprilis jeden Jahrs einzuberichten ſind, wo ſodann dergleichen Veränderungen ihre verbindliche Kraft auf beyden Seiten, nemlich der Societät und des Eigenthümers eines Hauſes, erſt mit dem Ende des vorgeſchriebenen Monats erhalten.

f) So bald ein Feuerſchaden geſchehen, muß ſolcher an den Directorem in Ulm, von jeden Orts Obrigkeit einberichtet, und dabey die Nummer der Wohnhäuſer und Neben-Gebäude nebſt der Summe des Schadens umſtändlich angezeigt werden.

g) Iſt ein ſolcher Schaden nicht bedeutend und beläuft ſich nicht über 1000. Thaler oder 2000. fl., ſo hat der Director unter Communication mit den in Ulm beſtändig anweſenden 2. HHerrn Deputirten und der löblichen Crais-Caß, an den, in jeder Hochlöblichen Reichs-Stadt ohnehin beſonders zu ernennenden Caßier, eine Aſſignation auszuſtellen, daß dieſe Summe einſtweilen ſo lang ex Erario Einer Hochlöblichen Reichs-Stadt vorgeſchoſſen werde, bis wegen der das ganze Jahr hindurch entſtandenen Feuer-Schäden die General-Repartition getroffen, und von den ſodann eingehenden Beyträgen dieſer Vorſchuß wieder vergütet werden kann.

(S h)

d) aus ſamtlich einlaufenden Special-Conſignationen eine General-Conſignation (General-Cataſtrum) zu verfertigen, auch zu Anfang eines jeden Societäts-Jahrs (welches pro Georgii feſtzuſetzen wäre) die vorgefallene Veränderungen, welche ihm von jeder Hochlöblichen Reichs-Stadt zu Anfang des Monats April jeden Jahrs auf die in Lit. B. bemerkte Weiſe, anzuzeigen ſind, behörig nachzutragen hat.

Wie dann eben dieſe Veränderungen, in den Special-Conſignationen jeder Hochlöblichen Reichs-Stadt, unter der Rubric Abgang und Zugang gleichfalls zu ſuppliren ſind, damit ſolche jederzeit mit der General-Conſignation (General-Cataſtro) accurat übereinſtimmen.

e) Wie ein Gebäude einmal geſchätzt und eingeſchrieben worden, dabey hat es der Regel nach ſein Verbleiben, und der Eigenthümer muß nach ſolchem Fuß ſeinen Beytrag entrichten.

Weil aber der Werth der Häuſer ſich mit der Zeit vermindern oder vermehren kann, ſo nachdem ein Haus durch Baufälligkeit und andere Umſtände verſchlimmert oder durch angebrachte Reparaturen verbeſſert worden; ſo wird dem Eigenthümer eines Hauſes freygeſtellt, den Anſchlag deſſelben nach vorgekommenen Umſtänden entweder zu erhöhen, oder zu verringern, doch muß letzteres nach dem Ermeſſen eines jeden Orts Obrigkeit geſchehen. Wobenebens eine gewiſſe Zeit im Jahr, nemlich der Monat März

dazu zu beſtimmen iſt, wo die veränderte Anſchläge eines Hauſes angezeigt und in den Special-Conſignationen, (Cataſtris) vorzumerken, auch ſofort auf die oben berührte Weiſe an den Directorem, mit Anfang Aprilis jeden Jahrs einzuberichten ſind, wo ſodann dergleichen Veränderungen ihre verbindliche Kraft auf beyden Seiten, nemlich der Societät und des Eigenthümers eines Hauſes, erſt mit dem Ende des vorgeſchriebenen Monats erhalten.

f) So bald ein Feuerſchaden geſchehen, muß ſolcher an den Directorem in Ulm, von jeden Orts Obrigkeit einberichtet, und dabey die Nummer der Wohnhäuſer und Neben-Gebäude nebſt der Summe des Schadens umſtändlich angezeigt werden.

g) Iſt ein ſolcher Schaden nicht bedeutend und beläuft ſich nicht über 1000. Thaler oder 2000. fl., ſo hat der Director unter Communication mit den in Ulm beſtändig anweſenden 2. HErren Deputirten und der löblichen Crais-Caß, an den, in jeder Hochlöblichen Reichs-Stadt ohnehin beſonders zu ernennenden Caßier, eine Aſſignation auszuſtellen, daß dieſe Summe einſtweilen ſo lang ex Erario Einer Hochlöblichen Reichs-Stadt vorgeſchoſſen werde, bis wegen der das ganze Jahr hindurch entſtandenen Feuer-Schäden die General-Repartition getroffen, und von den ſodann eingehenden Beyträgen dieſer Vorſchuß wieder vergütet werden kann.

(S h)

h) Bey der jährlich in Ulm geschehenden Creisversammlung hat der Director der ernannten Wohllöblichen Deputation, als der General-Direction, die das Jahr über eingegangene Berichte wegen der entstandenen Feuerschäden vorzulegen, aus selbigen die Haupt-Summe des in sämtlich associrten Hochlöblichen Reichs-Städten entstandenen Schadens zu berechnen, und in Gemäsheit derselben, nach vorheriger zu Grundlegung des ganzen fundi collectabilis, das Quantum des umzulegenden Beytrags auf jede associrte Hochlöbliche Reichs-Stadt, mit Ausnahm der durch Brand verunglückten oder deshalb niedergerissenen Gebäude, zu entwerfen, in gleichem auch die vorzukommende unentbehrliche Ausgaben, an Besoldungen, Remunerationen, Brief-Porto, und dergleichen in eine Consignation zu bringen, und zur Decretur vorzulegen.

So bald nun

i) diese Ausgaben sowohl, als der umzulegende Brandschaden, von der Wohllöblichen Deputation eingesehen und decretirt worden, so wäre zur würklichen Repartition zu schreiten, und in einer von dem Directore auszufertigenden Signatur jeder Hochlöblichen Reichs-Stadt die Summe ihres Beytrags bekannt zu machen, um die Subrepartition darnach vornehmen zu können.

In dieser Signatur wäre zu bemerken:

α) Die Haupt-Summe des Anschlags von sämtlich in der Societät assecurirten Häuser.

β)

β) Die Haupt-Summe des in sämtlich associirten Reichs-Städten entstandenen Feuer-schadens, und

γ) die Summe, welche eine Hochlöbliche Reichs-Stadt zu contribuiren hat.

Z. E.

In dem Jahrgang $17\frac{87}{88}$. betrug der Werth der sämtlich in der Societät assecurirten Häuser

—: 3000000.

Die Total-Summe des entstandenen Feuer-Schadens hingegen betrug

—: 10000.

Weil nun in Hochlöblicher Reichs-Stadt NN. der Anschlag dortiger Häuser sich beläuft auf

—: 600000.

so beträgt der dortige Brandschadens-Beytrag für heuer

—: 2000.

und der Beytrag zu Besoldungen, Post-Porto, und anderer Extraord. Ausgaben, laut nachfolgend-summarischen Rechnungs-Extracts

—:

welche Gelder an die löbliche Crais-Casse in Ulm ohne mindesten Abgang einzusenden sind.

k) Diese Beytrags-Gelder wären, nachdem sie einmal ausgeschrieben worden, innerhalb 4. Wochen an die löbliche Crais-Caß in Ulm ohne

alles

alles Fehlen unter der Aufschrift: Brandschadens-Gelder, einzusenden, und von dieser dafür zu quittiren.

l) Würden wider Vermuthen diese Beytrags-Gelder auf die festimmte Zeit nicht eingehen, so ist auf die Anzeige des Directoris, von jeder Hochlöblichen Reichs-Stadt, sogleich die Execution gegen die Säumseelige zu verhängen, und falls eine Hochlöbliche Reichs-Stadt selbst in mora bliebe, so wäre solche nach vorheriger Erkenntnis der Wohllöblichen Deputation von der Societät gar auszuschliessen.

m) So bald diese sämtliche Beyträge eingegangen, so sind solche von der löblichen Crais-Casse, ohnaufhaltlich an diejenige Hochlöbliche Reichs-Städte, wo Brandschäden geschehen, gegen Quittung zu übermachen, um solche an die Verunglückte austheilen zu können.

n) Bey der jährlichen allgemeinen Crais-versammlung hätte der Herr Crais-Einnehmer der ernannten Wohllöblichen Deputation, in Gegenwart der HErrn Gesandten und Stimmvertretten von den assotirten Hochlöblichen Reichs-Städten, nicht nur seine Rechnung zur Revision und Abhör vorzulegen, sondern es hätte auch der Director von der Administration und Direction des ganzen Werks, Rechenschaft abzulegen, die vorkommende Anstände anzuzeigen, und zugleich Gutachten zu erstatten, wo hie und da zur Aufnahm des Instituti zu verbessern seyn möchte, um

um ſodann durante Conventu Circuli noch, die behörige Reſolutionen erhalten zu können.

Ueberhaupt aber ſolle

o) jede Hochlöbliche Reichs-Stadt auch auſſer den Crais-Zeiten, befugt ſeyn, das General-Cataſtrum, die Rechnungen, und übrige Acten, zur Einſicht zu verlangen, wie dann endlich auch einem jeden Privat-Intereſſenten erlaubt ſeyn ſolle, bey dem Caßier ſeines Orts nachzuſehen, ob alles, ſo viel ſeinen eigenen Beytrag betrifft, in gehöriger Richtigkeit ſeye? Um die Intereſſenten noch mehr zu überzeugen, daß man beym Inſtitut mit aller Legalität zu Werk gehe, ſo könnte man, wie in einigen Ländern gebräuchlich iſt, alle Jahr in den öffentlichen Zeitungen bekannt machen

α) Wie viel der Fond von ſamtlich aſſecurirten Häuſern ausmache?

β) Wie hoch ſich der Brandſchaden im ganzen belaufe?

γ) Wie viel an dem umgelegten Brandſchaden, eine jede der Hochlöblich aſſocirten Reichs-Städten zu concurriren habe? Und

δ) wohin, auch wie viel von den eingegangenen Beyträgen abgegeben worden ſeye.

p) Oben iſt erwähnt worden, daß die General-Repartition des Brandſchadens erſt bey

jährlicher Abhaltung des Crais-Convents geschehen solle.

Wann hingegen, welches Gott gnädiglich verhüten wolle! ein solch-großes Unglück geschehte, daß die durch Brand Beschädigte nicht bis zum Crais-Convent mit dem Beytrag warten könnten; So solle zwar der Director des Instituts befugt seyn, in einem solch dringenden Fall, vor dem Crais-Convent noch, mit Zuziehung der in Ulm beständig anwesenden 2. HHerrn Deputirten, und der löblichen Crais-Caß, eine ungesäumte Umlage zu machen. Er hat aber solche der gesammten Wohllöblichen Deputation mittelst Erstattung eines ausführlichen Berichts zur Bestättigung vorzulegen.

q) Sollte der Brandschaden so beträchtlich seyn, daß über ein Drittel pro Cent von 100. fl. umgelegt werden müßte, so wäre zu Bestreitung dessen, was über ein Drittel pro Cent ausmacht, auf den allgemeinen Credit der associrten Reichs-Städte ein Capital verzinslich aufzunehmen. In solchem Fall aber jedesmal die Genehmigung Einer Wohllöblichen Deputation, und sämtlich associrten Hochlöblichen Reichs-Städte vorher einzuholen.

§. 13.

Weil nun aus bisher angeführtem ersichtlich ist, daß einem Directori der Brandschadens-

So-

Societät, viele und beſtändige Geſchäfte, wann Er zumal eine accurate Regiſtratur über alles führt, obliegen, ſo wäre ihm ein ordentlich jährliches Gehalt auszuſetzen, und deſſen Betrag bey nächſtbevorſtehendem Crais-Convent zu reguliren.

§. 14.

Weil auch die Mitglieder zu der ernennenden Wohllöblichen Deputation, viele Mühe durch Uebernahm der General-Direction und Ober-Aufſicht über das Inſtitut bekommen, ſo wird auch wegen deren Remunerirung das behörige zu beſtimmen ſeyn.

§. 15.

Dieſe Remunerationen, Beſoldungen, und übrige unvermeidlichen Extraordinari-Ausgaben, an Poſt-Porto und dergleichen, wären alle Jahr, wann auch kein Brandſchaden geſchiehet, beſonders umzulegen, und unter einer beſondern Rubric zu verrechnen, indem ſonſt eine Confuſion entſtehen, und man nicht wiſſen könnte, was die Total-Summ des jährlichen Brandſchadens, und der diesfallſigen Beyträge ausmachen.

§. 16.

Wann man nun über die in gegenwärtigem Entwurf enthaltene Präliminar-Puncten einig seyn wird; so dörfte die Entwerfung einer Brand-Assecurations-Ordnung um so weniger schwer halten, als eine Menge derley Ordnungen im Druck erschienen sind, aus welchen das beste und zweckmäßigste zu dem vorhabenden Institut angewendet werden könnte. Da die Würtembergische Brandschadens-Versicherungs-Ordnung sich vorzüglich durch Vollständigkeit empfiehlt; So könnte solche allenfalls mutatis mutandis pro typo angenommen werden.

Ausch
Ortsch Brand-
äuser n
1788.

Summa.	iger Beytrag.
fl.	

Zugang.	Jetziger Betrag.

Lit. B.

Formular eines Atteſtats über den jährlichen Befund, Zuwachs, oder Abgang der in die Feuerverſicherungs-Geſellſchaft eingelegten Gebäuden.

In der Reichs-Stadt NN. ſamt dazu gehörigen Ortſchaften hat der Anſchlag ſamtlicher Gebäude in dem Jahre ꝛc. 1787. betragen . . 180000.

Wobey es auch bey dem im Monath Merz 1788. gehaltenen Durchgang verblieben iſt.

Woferne aber ſich in dem ein- oder andern Jahr ein Zuwachs oder Abgang an Gebäuden ergiebet, muß das Atteſtat folgender Maßen eingerichtet ſeyn.

Zuwachs.

Bey dem im Monat Merz 1788. vorgenommenen Durchgang hat ſich befunden, daß NN. in dieſem Jahr ein öd gelegene Hofſtatt Nr. 20. überbauet habe, das neue Haus Nr. 20. iſt zweyſtöckig von Stein und angeſchlagen für 500. fl.

eine Scheuer . . 60. fl.

thut ——— 560.

Und so weiters. Wann auch nur eine Scheuer oder anderes Angebäude wäre erbauet worden.

Folget das Exempel, wie bey dem Abgang zu verfahren ist.

Abgang.

In diesem Jahr ist des N. N. Haus, Stadel und Stallung unter einem Dach, dann ein kleinerer Stadel, und Holzschopf, N. 15. wegen Baufälligkeit zusammengefallen, oder hat abgebrochen werden müssen.

Er ist ausser Stand, solche wieder aufzubauen, daher ist der ehemalige Anschlag bis zu Wiederauferbanung aus dem Anschlag zu lassen.

Verbleibt also über Abzug dessen der Anschlag ꝛc. ꝛc.

Achter

Achter Abschnitt.

Von dem zwischen dem Fürstbischof zu Osnabrück und dem Domkapitel daselbst über einige in die Religionsverfassung einschlagende Gegenstände errichteten Vergleich.

Von der Hochfürstlich-Osnabrückischen Gesandtschaft ist mittelst eines an das Corpus Evangelicorum erlassenen und am 31. Jul. 1787. dictirten Promemoria ein Vergleich bekannt gemacht worden, welcher über einige Gegenstände der dortigen Religionsverfassung am 29. Dec. 1786. unter Vermittlung des Kurfürsten zu Köln, als Metropolitans [a] errichtet, und wodurch die Osnabrückische Wahlcapitulation [b] in einigen Stücken abgeändert worden ist.

a) Bey dieser Gelegenheit will ich die von D. Hedderich in Bonn im Jahr 1784. herausgekommene Diss. de juribus sanctæ sedis Colonienſis in eccleſia cathedrali Osnabrugenſi ſub epiſcopo Aug. Conf. ad illuſtrandum Art. 13. §. 8. Pac. Osnabr. Bonnæ 1784. bekannt machen, da ich mich nicht erinnere, sie in gelehrten Zeitungen angezeigt gefunden zu haben.

b) Die Capitulation steht z. E. in Lünigs Part. ſpec. cont. I. pag. 253. und in Kressens Erläuterung des Archidiaconalwesens im Hochstift Osnabrück, unter den Beil. pag. 188.

ist. Da aus dem angeführten Promemoria die Gegenstände der beygelegten Streitigkeiten nicht nur, sondern auch die nöthige historische Erläuterung geschöpft werden kann: so habe ich nichts zu thun, als das Promemoria samt dem Vergleich selbst hier abdrucken zu lassen, und allenfalls auch noch meine Leser auf die gegen dem Ende des Promemoria erwähnte durch Widerspruch der evangelischen Gemeinde zu Fürstenau veranlaßte wichtige Fragen aufmerksam zu machen. Worüber ich, wenn dieselbe wirklich an einem der höchsten Reichsgerichte Klage erheben und solche fortsetzen sollte, mich seiner Zeit äusern werde.

Dictatum Regensburg,
den 31. Julii 1787.
per Chur-Sachsen.

Pro Memoria.

Der Antheil, welchen ein Hochpreißliches Corpus Evangelicorum an Erhaltung und Sicherstellung des durch den Westphälischen Frieden festgesetzten Religions-Standes nimmt, macht es Unterzeichnetem, in gnädigstem Auftrag Ihro des Herrn Herzogs von York, als Bischofen zu Osnabrück, Königlichen Hoheit, zur Pflicht, Demselben eine beglaubte Abschrift eines Ver-

Vergleichs mitzutheilen, welcher unter hoher Vermittelung Ihro Churfürstlichen Durchlaucht von Cölln, als Metropolitans des Hochstifts Osnabrück, zwischen vorgedacht Ihro Königlichen Hoheit und Höchstdero Domcapitel daselbst am 29ten December des vorigen Jahres in gleicher Absicht getroffen worden ist, und wozu Folgendes die Veranlassung gegeben hat:

In der bekannten Osnabrückischen perpetuirlichen Stifts-Capitulation und der in deren 21ten §pho enthaltenen Kirchen-Theilung war die Pfarre zu Schledehausen, ungeachtet sämmtliche erbgesessene Eingepfarrete, bis auf einen einzigen, sich zur Evangelischen Religion bekannten, wie sie sich noch dazu bekennen, der Catholischen; die Stadt Fürstenau hingegen, wovon etwa ein Drittheil der Einwohner damals Catholisch gewesen seyn mag, den Evangelischen zum ausschließlichen öffentlichen Gottesdienste angewiesen worden.

So offenbar sich der Kaiserliche Gesandte, Isaac Vollmar, bey dieser Theilung, welche auch nach ihm der Vollmarische Durchschlag genannt wird, besonders in Ansehung des Kirchspiels Schledehausen, geirret hatte, wie denn überhaupt bey dem Abschluß der Capitulations-Tractaten zuletzt manches übereilet worden ist: so wenig konnte man doch solche nachher einseitig verändern; und der Zustand der Evangelischen zu Schledehausen, deren Anzahl sich über zwey tau-

fand Beläufe, war um desto betrübter und hoffnungsloser geworden, je mehr dahingegen die Catholischen Einwohner zu Fürstenau, deren etwa vierhundert seyn mögen, ihren Zweck mit offenbarer Gewalt und den empfindlichsten Bedrückungen ihrer Evangelischen Mitbürger guten Theils zu erreichen gewußt haben, indem ihnen unter Catholischer Regierung zugestanden worden, ihren Gottesdienst in der daſigen Bischöflichen Residenz zu halten, und sie sich in einem nahe angränzenden Catholischen Kirchspiele eine Capelle erbauet haben, deren sie sich unter Evangelischen Regierungen zu ihrem Gottesdienste bedienen.

Hierzu kam, daß den Evangelischen zu Schledehausen, so wie überhaupt den vielen Evangelischen Religions-Verwandten in allen den Catholischen durch den Vollmarischen Durchschlag zugetheilten Pfarreyen unter Catholischen Regierungen nicht verstattet wurde einen gemeinschaftlichen Praeceptorem zum Religions-Unterrichte ihrer Kinder zu halten, und daß bisher sowohl diejenigen, welche einen solchen Lehrer gemeinschaftlich unterhalten hatten, als die Lehrer selbst, von den Archidiaconis mit schweren Strafen beleget wurden.

Alle Bemühungen, welche von dem höchsten Hause Braunschweig-Lüneburg und den aus Demselben zum Stifte gelangten Evangelischen Bischöfen von Zeit zu Zeit angewandt worden, um den Evangelischen zu Schledehausen wenigstens

stens die Freyheit, einen gemeinschaftlichen Praeceptorem für ihre Kinder halten zu dürfen, zu verschaffen, waren unter den Catholischen Regierungen vergeblich gewesen, und man hatte bereits alle Hoffnung, den Gegentheil zu der Güte auf billigere Gedanken zu bringen, aufgegeben, als auf einmal gewisse Umstände sich änderten, und das Hochwürdige Domcapitel zu Osnabrück, welches noch im Jahre 1776. die Sache an den Kaiserlichen Reichshofrath gebracht hatte, um den damaligen ferneren Unterhandlungen auszuweichen, sich bey Gelegenheit, daß das Dorf Schledehausen nebst der Kirche fast gänzlich eingeäschert wurde, und die Evangelischen Eingepfarreten diese den Catholischen zugehörige, aber ganz wohl entbehrliche Kirche wieder herstellen sollten, mitleidig bewegen ließ, die abgebrochenen Unterhandlungen wieder herzufassen, und des Herrn Metropolitans Churfürstliche Durchlaucht um dessen Vermittelung zu ersuchen; die denn auch endlich so viel würkte, daß unter den Hochfürstlich-Osnabrückischen und den Domcapitularischen Bevollmächtigten der vorerwähnte Vergleich zu Stande gebracht wurde, welcher, nachdem er einerseits von Ihro Königlichen Hoheit und Höchstdero Gesammt-Hause, so wie anderer Seits von dem Domcapitel und des Herrn Erzbischofs Churfürstlichen Durchlaucht genehmiget worden, auch nächstens die bereits versicherte Kaiserliche Bestätigung erhalten wird.

Vermöge deſſelben iſt nun das Simultaneum religionis exercitium in Schledehauſen und Fürſtenau für immer ordentlich feſtgeſtellet, und jedem Religions-Theile im ganzen Hochſtifte, das ihm nach dem Weſtphäliſchen Frieden gebührende, aber den Evangeliſchen unter Catholiſchen Regierungen thätlich widerſprochene Recht, ſeine Kinder überall, ohne Anſehung der öffentlichen Religions-Uebung, durch gemeinſchaftlich zu unterhaltende Neben- oder Privat-Schulmeiſter unterrichten laſſen zu mögen, gegen allen Widerſpruch geſichert worden. Dabey hat das Domcapitel, nachdem demſelben die Einkünfte eines aufzuhebenden Kloſters überlaſſen worden, die völlige Entſchädigung der Kirchen-Bedienten zu Schledehauſen, welche von einer ſo anſehnlichen Gemeine ein beträchtliches an juribus ſtolae zu genieſſen gehabt, übernommen, und der Gemeine iſt die ihr obliegende Unterhaltung der Kirche und dazu gehörigen Gebäude nach wie vor zur Laſt geblieben. Zu Fürſtenau hingegen haben des Herrn Biſchofs Königliche Hoheit den Fonds zu Entſchädigung der dortigen Evangeliſchen Kirchen-Bedienten, ungeachtet dieſe unter den Catholiſchen Regierungen keine jura ſtolae von den Catholiſchen Einwohnern haben ermächtigen können, aus eigenen Mitteln angewieſen, jedem Theile aber für das künftige die Unterhaltung ſeiner Kirchen-Gebäude überlaſſen, wodurch die dortigen Evangeliſchen zwar einigermaſſen beſchweret zu ſeyn ſcheinen, jedoch eigentlich zu

klagen

klagen nicht Ursache haben, da sie unter Catholischen Regierungen der Beyhülfe ihrer Catholischen Mitbürger haben entbehren müssen, und hingegen zu unterschiedenenmalen, appellatione inattenta, sogar gezwungen worden sind, ein dort vorhandenes Catholisches Vicarie-Haus, welches nun künftig, als Pfarrhaus, nebst der zu erbauenden Kirche von den Catholischen Bürgern allein unterhalten werden wird, neu zu erbauen und zu unterhalten. Jedoch erstreckt sich dieses Simultaneum nicht so weit, daß Catholischer Seits öffentliche Processionen durch die Strassen gehalten, oder das Viaticum öffentlich herum getragen werden dürfte, wie auch solches in der Stadt Osnabrück nicht üblich ist, und in Ansehung der Feyertage bleibt es, bis zur anderweitigen Uebereinkunft, auf dem bisherigen Fusse, nach welchem die Evangelischen zu Fürstenau die allein catholischen Feyertage nicht zu feyern haben.

Wie nun diejenige Acte, welche über sothanen Vergleich ausgefertiget, und am 29ten December des vorigen Jahres von den Bevollmächtigten Ihro Königlichen Hoheit sowohl als denen des Domcapitels vollzogen worden ist, Einem Hochpreißlichen Corpori Evangelicorum hieneben in copia vidimata geziemend vorgeleget wird: So zweifeln Ihro Königliche Hoheit nicht, Dasselbe werde Höchst-Dero besondere Vorsorge für das Evangelische Wesen in Dero Hochstifte, so wie den Vortheil, welcher dem-

selben überhaupt dadurch zuwachsen, daß die zahlreiche Evangelische Gemeine zu Schledehausen die freye Religions-Uebung, gegen das den wenigen Catholischen Bürgern zu Fürstenau verstattete Simultaneum, endlich erhalten hat, und daß den sämmtlichen Evangelischen Religions-Verwandten in den vielen Catholischen Kirchspielen der freye Unterricht ihrer Kinder zugesichert worden, gern vernehmen, und den ganzen Inhalt des Vergleichs so beschaffen finden, daß Höchstdieselben Dessen völligem Beyfalle mit allen der Zuversicht entgegen sehen können, womit Sie die Genehmigung und den Beytritt Höchst-Dero Gesammt-Hauses so wie die Kaiserliche Bestätigung erwartet haben.

Uebrigens hat zwar die Stadt Fürstenau, so bald ihr die Eröffnung geschehen, daß daselbst in oder vor der Stadt, jedoch ohne ihr Zuthun, eine Catholische Kirche erbauet werden würde, ohne auf das dem Evangelischen Wesen dadurch anderwärts anwachsende Gute auch nur die mindeste Rücksicht zu nehmen, davon anmaßlich an eines der Reichs-Gerichte appelliret, und behaupten wollen, daß das Simultaneum religionis exercitium daselbst ohne ihre Einwilligung nicht eingeführt werden könne, und es ein offenbarer Bruch der immerwährenden Stifts-Capitulation sey, daß ihren Catholischen Einwohnern neuerlich die freye Religions-Uebung, verglichenermassen, gestattet werden wolle; wobey sie denn

be-

beſonders die vielen Bedrückungen, welche ſie ſeit dem Weſtphäliſchen Frieden von ihren Catholiſchen Mit-Einwohnern hat erleiden müſſen, zum Bewegungs-Grunde angeführet hat, warum den Catholiſchen jene Freyheit nicht zu geſtatten ſey.

Allein, da Ihro Königlichen Hoheit, als Evangeliſchem Biſchofe und Landes-Fürſten, unſtreitig das jus reformandi in dieſer Dero Evangeliſchen Stadt zuſtehet, und Höchſtdieſelben ſolches dermaſſen ausgeübet zu haben glauben, daß dieſelbe dadurch erheblich nicht beſchweret worden, wie denn auch ſämmtliche Stifts-Stände dawider nicht das mindeſte eingebracht haben; ſo wird dieſelbe bey den Reichs-Gerichten um ſo weniger Beyfall finden, je gewiſſer es iſt, daß deren Erkenntniß ſich über dieſe von den Paciſcenten der immerwährenden Oſnabrückiſchen Stifts-Capitulation unter Kaiſerlicher Beſtätigung verglichene und zum gröſſeren Beſten des Evangeliſchen Weſens im Hochſtifte Oſnabrück gereichende Abänderung nicht erſtrecket, und hiebey der Beſitz-Stand des Jahrs 1624. nicht in Betracht kömmt. Denn mehrgedachte immerwährende Stifts-Capitulation iſt zwiſchen dem Höchſten Geſammt-Hauſe Braunſchweig-Lüneburg und dem damaligen Catholiſchen Biſchofe und Dom-Capitel unter Vermittelung des Kaiſerlichen und einiger anderer zu den Nürnbergiſchen Executions-Handlungen verordneter Plenipotentiarien verhandelt und verglichen worden; und

alles, was der Stadt Fürstenau, welche während dem ganzen dreyßigjährigen Kriege in den Händen des Catholischen Bischofs Franz Wilhelm blieb, und daraus erst im Jahre 1647. nach geschlossenen Friedens-Präliminarien, von den Schweden befreyet wurde, darinn zu gute verordnet ist, hat dieselbe lediglich dem hohen Braunschweig Lüneburgischen Hause zu danken.

Was aber die vielen Beschwerden betrift, welche die Stadt bisher von ihren Catholischen Mit-Einwohnern erlitten, und wogegen sie bey den Reichs-Gerichten ehedem vergeblich Hülfe gesucht hat; so haben eben diese zum Bewegungs Grunde gedienet, den Catholischen daselbst das simultaneum gegen das reciprocum zu Schledehausen verglichenermassen zu gestatten, weil man hoffen kann, daß, nachdem solchergestalt die Catholischen dasjenige auf eine gute Art erhalten, was sie vorhin durch Umwege gesucht haben, die Ruhe und Einigkeit zwischen beiden Theilen künftig ungestöhret bleiben, und nach festgesetzten Grenzen der eine den andern nicht weiter beeinträchtigen werde; anstatt daß, wenn dieses nicht geschehen, mit jeder abwechselnder Regierung jene Beschwerden, mithin auch die unter beiden Theilen daraus entstandene Erbitterung erneuert und vielleicht verewiget worden seyn würde.

Es hoffen demnach Ihro Königliche Hoheit, Höchstdero Evangelische Reichs-Mit-Stände

werden

werden auch darinn mit Ihnen übereinſtimmen, daß den Reichs-Gerichten, wohin die Stadt Fürſtenau appellirt hat, ein Erkenntniß über jenen von Denenſelben und Höchſt-Ihro Geſammt-Hauſe mit dem Domcapitel zu Osnabrück und des Herrn Metropolitans Churfürſtlichen Durchlaucht unter Kaiſerlicher Beſtätigung geſchloſſenen Vergleich nicht gebühre, und die Stadt Fürſtenau unqualificiret ſey, ſich den ſolchergeſtalt getroffenen Verfügungen und beliebten Abänderungen der immerwährenden Stifts-Capitulation zu widerſetzen.

Regensburg, den
23ten Julii 1787.

Diedrich Heinrich Ludwig
von Ompteda,
Hochfürſtlich-Osnabrückiſcher
Comitial-Geſandter.

Kund und zu wißen ſey hiemit.

Demnach bereits im Jahre 1774, bey Gelegenheit der in dem hieſigen fürſtlichen Hochſtifte Osnabrück vollzogenen Aufhebungs-Bulle des Jeſuiten-Ordens, über verſchiedene — zum Beſten beyder Religions-Theile dieſes Hochſtifts zu vereinbarende Punkte zwiſchen den von Seiner Königlichen Majeſtät von Groß-Britannien, als Vater des Herrn Herzogs und Biſchofs zu Osnabrück, Friedrich Königlicher Hoheit, während Höchſtderoſelben Minderjährigkeit, und dem von dem hieſigen Hochwürdigen Dom-

capitel damals des Endes ernannt gewesenen Commissarien, unter Vermittelung der von weiland Seiner Churfürstlichen und Erzbischöflichen Gnaden zu Cölln, als Metropolitans des Hochstifts Osnabrück, deshalb gleichergestalt bestellt gewesenen Commißion, Behandlungen gepflogen worden, welche jedoch Dero Zeit vorerst auf sich beruhen geblieben; Demnächst aber Seiner jetztregierenden Churfürstlichen und Erzbischöflichen Durchlaucht zu Cölln auf unterthänigstes Ansuchen des hiesigen Hochwürdigen Domcapitels, so wie nicht minder Seiner Königlichen Hoheit, der Herr Herzog von York und Albanien, Fürst-Bischof zu Osnabrück gnädigst geruhet haben, die Wiederanhebung jener Behandlungen und die allenfallsige Entwerfung eines derwegigen Vereinigungs-Plans uns Endesunterschriebenen, als von Höchstdenenselben darzu ernannten beyderseitigen Commissarien aufzutragen; fortan solchen gnädigsten Aufträgen zu unterthänigster Folge, sonach auch von uns über die zur Behandlung gekommenen Punkte, nachdem wir das Beste beyder Religions-Theile in diesem Hochstifte mit den gesammten übrigen desfallsigen Umständen genugsam erwogen, darauf nachstehender

Plan zum Vergleich.

1.) Der catholische Theil gestattet den augsburgischen Confessions-Verwandten zu Schledehausen das Simultaneum religionis exercitium publicum in der dasigen Kirche dergestalt, daß

der

der protestantische Theil einen Pfarrer, und sonstige Kirchendiener anordnen, und sich der Kirche von Ostern bis Michaeli Morgens halb zehn anfangend, und Nachmittags von drey bis fünf Uhr, sodann von Michaeli bis Ostern Morgens zehn Uhr anfangend, und Nachmittags von halb drey bis halb fünf Uhr bedienen möge, und hat gedachter protestantischer Theil, oder dessen geistliche Obrigkeit sowohl zu Anfange, als in jedesmaligen künftigen Erledigungs-Fällen, diese Pfarre, und übrige Kirchendienst-Stellen seiner Religion zu besetzen.

2.) Der catholische Pfarrer, Küster und Schulmeister zu Schledehausen behalten ihre fixirte Einkünfte wie vorhin. Jura stolae, und ungewisse Intraden, soweit dieselbe solche von den protestantischen Eingepfarrten des Kirchspiels Schledehausen bisher genossen haben, und welche diese künftig dem ihrerseitigen Pfarrer und sonstigen Kirchendienern entrichten, werden nach einem Durchschlage bestimmet, folgends darauf jenen zu ewigen Zeiten auf die Weise vergütet, wie unten in dem 13ten §pho sich vestgesetzet findet.

3.) Die in der Kirche zu Schledehausen befindliche Altäre behalten die Catholische, dagegen aber errichten die Protestanten aus ihren eigenen Mitteln einen Altartisch, welcher auf- und niedergeschlagen werden kann, und

dann

dann haben letztere auch für sich eine neue Sakristey zu erbauen, anbey diese sowohl, als die dem catholischen Theile bleibende alte Sakristey mit auswärtigen Thüren zu versehen, damit jeder Religions-Pfarrer in die seinige kommen könne, wenn etwa während des andern Theils Gottesdienstes von demselben Jemanden die Sakramente zu administriren seyn mögten.

4.) Für den Unterhalt des protestantischen Pfarrers und übriger Kirchendiener, so wie auch für die erste Errichtung derer Wohnungen müßen die Protestanten allein sorgen, und solche Bedürfniße aus ihren eigenen Mitteln tragen, dagegen muß die künftige Unterhaltung der Kirche und sämtlicher Gebäude beyderseitiger Kirchendiener von dem Kirchspiele geschehen; indessen wird man doch, um demselben diese Last zu erleichtern, die Eingesessene des Dorfs dahin zu disponiren suchen, daß von ihnen hierunter eine Concurrenz pro rata für die Zukunft übernommen werde; und sind übrigens hier zu Schledehausen nunmehr die Provisoren jedesmal aus beyderley Religions-Verwandten anzusetzen.

5.) In Fürstenau wird den Catholischen das öffentliche Religions-Exercitium, so wie es in der Stadt Osnabrück ausgeübet wird, zugestanden, und soll dem catholischen Theile ohne

seine

seine weitere Beschwerde, als daß er die Materialien der Capelle zu Lütkebergen dazu verabfolgen läßt, in oder unmittelbar vor der Stadt Fürstenau an einem hierzu von beyden Theilen für bequem erkannt werdenden Platze eine eigene Kirche und Kirchhof verschaffet werden; doch brauchet, da auf der dasigen protestantischen Kirche kein Kirchthurm ist, auch auf dieser nur ein Ausstich oder Laterne zu seyn, worinn eine Glocke zum öffentlichen Geläute füglich hängen kann.

§. 7. Demnächst muß ein jeder Religions-Theil zu Fürstenau — von denen der catholische sich daselbst neben dem würklich Pfarrer auch einen primissarium halten mag — seine eigene Kirchen, und die Gebäude seiner Kirchendiener unterhalten, und wird auch jeder Theil seine eigene Provisoren für sich besonders zu nehmen haben. In Ansehung der fixirten Einkünfte des dasigen protestantischen Predigers, auch Küsters und Schulmeisters, so wie nicht minder in Ansehung der jurium stolae und ungewissen Intraden von den dortigen catholischen Religions-Verwandten tritt reciproce zu Fürstenau dasjenige ein, was bey Schlebehausen in Absicht auf den catholischen Pastor und übrige catholische Kirchenbediente, imgleichen in Absicht auf die jura stolae, und ungewissen Intraden von den dortigen protestantischen Eingepfarrten vorhin §. 2. bestimmet worden.

Und

Und da der catholische Theil nach Innhalt des weiter unten vorkommenden 13ten §phi den seiner seitigen Pastor und übrige Kirchenbediente zu Schledehausen gedachter jurium stolae und ungewisser Intraden halber entschädigen wird; so geschieht hierunter eben dieses reciproce von dem protestantischen Theile bey dem seiner seitigen Pfarrer, auch übrigen Kirchenbedienten zu Fürstenau. Die Tauf-Copulations- und Begräbniß-Bücher sowohl zu Fürstenau, als zu Schledehausen führet künftig, wie es dem obigen zufolge sich von selbst verstehet, jeder Religions-Pfarrer von wegen seiner Glaubensgenossen.

7.) Den Catholischen wird zugestanden, sich irgendwo im Amte Witlage nach ihrer Nothdurft eine für jedermann offene Capelle zu halten, und einen Priester auf ihre Kosten zu halten, der für die Catholische im besagten Amte in dieser Capelle den Gottesdienst verrichtet, und den Leuten die Sacramente reichet. Besagter Gottesdienst soll aber nur privat seyn, mithin auch äußer solcher Capelle nicht extendirt werden; da indessen jedoch gedachter Priester nach Maßgabe dessen, was hierunter den Pastoren angränzender Kirchspiele erlaubet ist, gleichergestalt in Nothfällen den catholischen Einwohnern des Amts Witlage auch in ihren Häusern die Sacramente administriren mag: wobey dann übrigens es sich von selbst verstehet,

stehet, daß deshalb und dieser ganzen Bewilligung wegen den jedes Orts protestantischen Pfarrern und übrigen Kirchenbedienten im Amte Witlage intuitu jurium stolae, oder sonst überhaupt nichts abgehen dürfe.

8.) Weil zu Schledehausen die catholische Gemeine sehr geringe ist, so soll ein zeitlicher Vogt zu Schledehausen immer catholischer Religion seyn, wogegen denn die Osnabrückische Vogtey in dem ebenfalls gemischten Kirchspiele Neuenkirchen Amts Börden, für immer mit einem der protestantischen Religion zugethanen Manne besetzet werden solle.

9.) Der katholische Pastor und übrige catholische Kirchenbediente zu Fürstenau, so wie der protestantische Prediger und übrige protestantische Kirchenbediente zu Schledehausen, imgleichen der catholische Priester im Amte Witlage geniessen mit ihren Familien zu ewigen Zeiten alle diejenigen Freyheiten, Gerechtsame und Privilegia ohne einige Ausnahme, welche den andern hiesigen Pfarrern und Kirchenbedienten beyder Religionen nach Innhalt der immerwährenden Stifts-Capitulation und sonst dem Rechten nach zustehen.

10.) Dasjenige insgesamt, was in den vorstehenden neun Sphis vestgesetzet worden, und zu dessen richtiger Erfüllung ein Theil dem andern verbunden bleibt, soll jedoch

nicht

nicht einzeln acceptiret, oder wider des andern Willen in würklichen Besitz genommen, sondern so lange quoad executionem suspendirt bleiben, biß beyde Theile pari passu zu all- demjenigen gelangen können, was ihnen darinn zugesichert ist, und zwar dies dergestalt, daß, wenn der eine Theil, oder andere Theil sich hierinn vorgehen, und sich des Verglichenen anmassen sollte, solches für ein offenbar Spolium gehalten, und durch diesen Vergleich zu keiner Zeit gerechtfertiget werden solle.

11.) Die Protestanten können in pure catholischen, und die Catholischen in pure protestantischen Kirchspielen nach ihrer von eines jeden Theils eigener geistlichen Obrigkeit allein zu bestimmenden Nothdurft, jedoch nur mit Bewilligung dieser ihrer geistlichen Obrigkeit, Privat- oder Nebenschulen anlegen, folgends solchen Privat- oder Nebenschulmeistern ihre Kinder zur Instruction zuschicken; auch können diese Nebenschulmeister jene Vortheile geniessen, welche dergleichen Schulhaltern in der Vöigte Verordnung §. 27. zugestanden worden.

12.) Bewegte Nebenschulmeister müssen jedoch übrigens in den Schranken der Privatschulmeister sich halten, fortan sich so wenig einer Exemtion von der bisherigen ordentlichen Jurisdiction, als sonst weiter etwas anmassen, das zu dem Amte des ordentlichen Kirchspiels Schulmeisters gehöret. Zu demjenigen

jenigen Sachen, die ihren Dienſt betreffen, ſtehen, ſelbige dennoch privative unter ihrer geiſtlichen Obrigkeit, nach Unterſcheid jeden Religions-Theils, nur mögen dieſelben in dem Falle, wenn ſie ohne Erlaubniß des Orts Paſtoris und ordentlichen Schulmeiſters ſich unterſtehen ſollten, die Leichen ihrer Religion mit ihren Schulkindern zu begleiten, oder ſolche mit Geſange bis an den Kirchhof zu führen, dafür von dem Archidiacono loci ſynodaliter beſtrafet werden, und ſoll dieſe Strafe dem Schulmeiſter des Kirchſpiels verfallen ſeyn.

13.) Da das Domcapitel es mit Grunde angemeſſen und nützlich findet, daß von den vielen hieſigen Nonnen-Klöſtern eines und zwar das Kloſter Berſſenbrück aufgehoben, und deſſen Einkommen unter Zuſtimmung des Herrn Erzbiſchofs Churfürſtlichen Durchlaucht zum Beſten, der faſt gar nicht fundirten catholiſchen Schulmeiſter, ferner zur Entſchädigung des catholiſchen Paſtors auch übriger Kirchenbedienten zu Schledehauſen wegen der §. 2. dorthin erwehnten jurium Stolae, und ſonſtigen ungewiſſen Intraden, der Ueberſchuß zu einem weltlichen Stifte für qualificable Wittwen und Töchter hieſiger catholiſcher fürſtlicher Landes- auch Ständiſcher Bedienten aus der Claſſe der Gelehrten vom bürgerlichen Stande, ver-

wendet werden, dergeſtalt, daß, nachdem das Domcapitel mit Zuziehung des Herrn Erzbiſchofs die Haus-Regeln, Einrichtung, und Anzahl der Präbenden in dieſem Stifte beſtimmet und veſtgeſetzet hat, ein zeitlicher hieſiger Fürſt-Biſchof ſowohl die anzuſetzende, als künftig jedesmal vacant werdende Präbenden qua patronatus laicalis zu conferiren haben ſoll: ſo wollen Seine Königliche Hoheit, wenn daſſelbe ſolche Aufhebung bey der Behörde erlangen kann, alsdann hiegegen das Kloſter nicht allein nicht ſchützen, ſondern auch deſſen ſämtliche Einkünfte dem Domcapitel zu dem eben erwähnten Behuf überlaſſen; wie denn daher Seine Königliche Hoheit Höchſtdero Officialen hierdurch würklich auftragen, nach geſchehener Ratifikation des Vergleichs dasjenige, was das Domcapitel durch ſeine Prälaten, mit Zuziehung des Herrn Metropolitans, wegen der Einrichtung dieſes neuen Inſtituts, verfügen wird, auf geſchehenes Anrufen des Domcapitels zu exequiren.

14.) Alles dasjenige, was in dem vorſtehenden 12ten §pho wegen Einziehung eines Nonnen-Kloſters, und der Verwendung der Einkünfte deſſelben, ingleichen in den beyden unmittelbar vorhergehenden §phen, wegen der beyderſeitigen Privatſchulen vereinbaret worden, ſoll ſofort nach geſchehener Ratification dieſer Ver-

Vereinigung von jedem Theile für sich, mithin ohne darunter das derhalbige Verfahren des andern Theils abzuwarten, zur beständigen und immerdaurenden Vollstreckung gebracht werden können; folglich dasjenige, was vorhin §. 10. quoad suspensionem executionis sich pactiret findet, hierauf nicht gezogen werden.

15.) Wie endlich auch noch zum Vorschlag gekommen, es als eine Regel vestzusetzen:

Daß an Orten, wo exercitium religionis simultaneum seu mixtum ist, die Protestanten auf Feyertagen, welche nur von Catholischen, oder Catholische auf Bettagen, welche nur von Protestanten gehalten werden, zwar in ihren Häusern arbeiten könnten; mithin sich blos von äusserlicher grober Arbeit, als Pflügen, Mistfahren, Holzhacken ꝛc. auf öffentlichen Plätzen zu enthalten hätten; unter diesen groben Arbeiten aber diejenige nicht mit zu begreifen wären, welche auf entlegenen Feldern, und nicht in der Stadt, oder im Kirchdorfe, als zum Beyspiel das Plaggengraben, und dergleichen vorgenommen würden.

Indessen jedoch man es rathsamer zu seyn erachtet, wegen dieses Punctes vorhero von den bisherigen desfallsigen Verhalten zuverläßige Nachricht einzuziehen;

ſo bleibt ſelbiger bis dahin einsweilen ausgeſetzet, und wird man demnächſt hierunter ſich dergeſtalt vereinigen, daß in Anſehung jeden Theils eine Gleichmäßigkeit deshalb beobachtet werde.

Da übrigens hierbey annoch mit vorgekommen, daß durch die Einrichtung des Simultanei zu Schledehauſen die Pfarre zu Achelrieden an ihren bisherigen Einkünften in der Folge anſehnlich verlieren werde, indem die proteſtantiſche Eingeſeſſene des Kirchſpiels Schledehauſen ſich bisher größtentheils an die Kirche zu Achelriede gehalten, mithin der dortige Pfarrer viele Gebühren von ihnen zu genießen gehabt, durch dieſen Abgang aber die Einkünfte ſolcher Pfarre auf immer dergeſtalt vermindert werden würden, daß es in Zukunft ſchwer halten dürfte, ſelbige mit einem geſchickten Manne zu beſetzen: ſo wird zur Abhelfung dieſer Inconvenienz hiemit beliebet, und veſtgeſetzet, daß ein künftiger Pfarrer zu Achelriede durch die Antretung dieſes Amts zugleich eine Anwartſchaft zu einer beſſern Beförderung erlangen, mithin, nachdem er ſolchem Amte einige Zeit vorgeſtanden, alsdann, wenn Landesfürſtlicher catholiſcher oder proteſtantiſcher Seits eine beſſere Pfarre zu conferiren

ſeyn

ſeyn wird, bey einem guten Verhalten auf Empfehlung des Conſiſtorii A. C. anderen Candidaten vorgezogen werden ſolle.

würklich gefaſſet, und ſelbiger des Herrn Herzogs und Biſchofs zu Osnabrück Königlicher Hoheit ſowohl, als ebenmäßig auf gnädigſten Befehl Seiner Churfürſtlichen Durchlaucht zu Cölln dem hieſigen hochwürdigen Domcapitel, unterthänigſt und gehorſamſt vorgeleget worden; und dann nunmehro Höchgedachte Seine Königliche Hoheit, vermittelſt einer ſub dato Hannover den 27ten November 1786. höchſteigenhändig vollzogenen Autoriſirungs- und Verſicherungs-Acte uns, Ihro Geheimen Juſtiz-Rath auch Geheimen Referendarium Möſer und Ihro Vice-Canzley-Directorem auch vorſitzenden Conſiſtorial-Rath Grumer, als zu dieſer Sache von Höchſtdenenſelben vorhin ſchon angeordnete Commiſſarien gnädigſt bevollmächtiget haben, nach ſolchem von Seiner Königlichen Hoheit für Sich annehmlich gefundenen Plane in Höchſt-Ihro Namen, jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung Höchſt-Ihro Königlich-Churfürſtlichen und Fürſtlichen Geſamt-Hauſes, mit den Herrn Bevollmächtigten des hieſigen Hochwürdigen Domcapitels einen Vergleich abzuſchlieſſen und durch unſere Unterſchrift zu vollziehen; folgends gleichergeſtalt von dem hieſigen Hochwürdigen Domcapitel, vermittelſt einer am 26ten October dieſes Jahrs aus der General-Capitular-Verſammlung gefertigten Urkunde der oben von Wort zu Wort inſerirte

Vergleichs-Plan, vorbehaltlich jedoch der gnädigſten Genehmigung Seiner Churfürſtlichen Durchlaucht zu Cölln als dieſes Hochſtifts Metropolitans — der Allergnädigſten Beſtätigung Seiner Kaiſerlichen Majeſtät — des Beytrittes des geſamten Durchlauchtigſten Hauſes Braunſchweig-Lüneburg — auch, ſo viel die in beſagtem Plane mit vereinbarte Einziehung des Kloſters Berſſenbrück betrift, der gleichmäßigen Beſtätigung Seiner Päbſtlichen Heiligkeit, nach vorher gegangener deſſen Unterſuchung angenommen, mithin, um nach ſelbigem Namens des bemeldeten Hochwürdigen Domcapitels und unter den eben angeführten Vorbehaltungen eine würkliche Vergleichs-Abſchlieſſung mit den von Seiner Königlichen Hoheit unſerm gnädigſten Biſchofe und Landesfürſten darzu ernannten Herren Commiſſarien vorzunehmen und zu vollziehen wir, der Cantor und Senior der hieſigen Collegiat-Kirche zu St. Johann, auch Churfürſtlich-Cölniſcher Geheimer Rath und Vicarius generalis in ſpiritualibus von Vogelius — der Hochfürſtlich-Osnabrückiſche Vice-Canzler Harkmann — der Hochfürſtlich-Osnabrückiſche Canzley-Rath Dyckhof und der ebenfalls Hochfürſtlich-Osnabrückiſche Rath Dorfmüller erſuchet und bevollmächtiget worden;

So ſind, um hiernach in allem zu verfahren, wir heute zuſammen getreten; haben zuvorderſt jene — von des Herrn Herzogs und Biſchofs Königlicher Hoheit und reſpective von dem hieſigen Hoch-

Hochwürdigen Domcapitel auf uns gestellte Acceptations- und Bevollmächtigungs-Urkunden, von deren jeder eine gleichlautende Abschrift dieser Vergleichs-Acte angehänget ist, uns wechselseitig in ihren Originalien extradiret: und ist darauf, in Gemäßheit derselben, Namens Höchstgedachter Seiner Königlichen Hoheit und Namens des wohlerwehnten hiesigen Hochwürdigen Domcapitels von uns, als Höchstderoselben und Deroselben dazu ernannten Bevollmächtigten nunmehro würklich verglichen, und vestgesetzet worden, immaßen dann hiedurch nochmals es verglichen, und vestgesetzt wird, daß alles dasjenige, was in dem oben von Wort zu Wort eingerückten Plane zum Vergleiche aufgeführet stehet, jetzo und zu ewigen Zeiten dergestalt, wie es daselbst gefasset ist, vorbehaltlich jedoch der desfalls vorhin annoch reservirten Allerhöchsten auch höchsten Genehmigungen — Beytretungen und Bestätigungen, als unwiderruflich verglichen und bestgesetzt gelten; dessen gesammter Inhalt, nach den darinn geschehenen Vereinbarungen, zur Vollstreckung gebracht, und immer befolget; auch von keinem der contrahirenden Theile, noch von sonst Jemanden unter einigerley Vorwande dieser Vergleich jemalen angefochten, oder jemals gegen selbigen gehandelt werden solle. Und werden Seine Königliche Hoheit, unser gnädigster Bischof und Landesfürst, den deshalb erforderlichen Beytritt des Allerdurchlauchtigsten und Durchlauchtigsten Königlich-Churfürstlichen und Fürstlichen Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg

Höchſt-Ihro Seits zu befördern geruhen; ſo wie nicht minder das hieſige Hochwürdige Domcapitel die Genehmigung des Herrn Metropolitans Churfürſtliche Durchlaucht, imgleichen die Beſtätigung Seiner Kaiſerlichen Majeſtät, auch reſpective Seiner Päbſtlichen Heiligkeit, ſeiner Seits unterthänigſt und allerunterthänigſt nachſuchen wird. Zu deſſen Urkunde haben wir dieſe deshalb ſechsmal ausgefertigte Vergleichs-Acte, in Gegenwart der zu Beywohnung ſolcher Handlung von uns insgeſamt beſonders requirirten und unten benannten zween Notarien und zween Zeugen, eigenhändig unterſchrieben, auch mit unſern gewöhnlichen Petſchaften bedrücket. Geſchehen Oßnabrück den 29ten December 1786.

(L.S.) J. Möſer. (L.S.) C. v. Vogelius.

(L.S.) J.C. Gruner. (L.S.) J.B. Hartmann.

(L.S.) F.W. Dyckhoff.

(L.S.) A.B. Dorfmüller.

Abſchrift der von des Herrn Herzogs und Biſchofs zu Osnabrück, Friedrich Königlicher Hoheit, Höchſtderoſelben Commiſſarien ertheilten Vollmacht.

Wir Friedrich von Gottes Gnaden Herzog von York und Albanien, Biſchof zu Osnabrück, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg. ꝛc. ꝛc.

Urkunden und bezeugen hiemit, daß, nachdem diejenigen Handlungen, welche bey Gelegenheit des im Jahr 1774. in Unſerm Hochſtifte vollzogenen Aufhebungs-Breve des Jeſuiter-Ordens über verſchiedene ſich zu gütlicher Berichtigung qualificirende Punkte, beſonders wegen wechſelſeitiger Einführung des Simultanei utriusque religionis exercitii in den durch den ſogenannten Volmariſchen Durchſchlag reſpective den catholiſchen und den augsburgiſchen Confeßions-Verwandten zugefallenen Kirchſpielen Schledehauſen und Fürſtenau, und wegen jedem Religions-Theile in den dem andern pure zugelegten Kirchſpielen zu verſtattender Anlegung von Privat-Schulen, während Unſerer Minderjährigkeit, unter Vermittelung des letztverſtorbenen Churfürſten und Erzbiſchofs zu Cölln Liebden, als Metropolitans Unſers Hochſtifts Osnabrück, mit Unſerm würdigen Domcapitel gepflogen worden, auf ſich beruhen blieben; nachher aber von des dermaligen Herrn Churfürſten und

Erzbiſchofs zu Cölln, auch Metropolitans Liebden, auf Anſuchen Unſers würdigen Domcapitels gewiſſe Commiſſarien ernannt, und bevollmächtiget ſind, um mit den Unſerer Seits bevollmächtigten Commiſſarien über einen Plan zum Vergleiche zu handeln;

Und denn beyderſeitige Commiſſarien nunmehro über einen ſolchen Vergleichs-Plan ſich vereinbaret;

Wir auch, in Rückſicht, daß ſämtliche darinn aufgeſtellte Vorſchläge, ſowohl was jene beyden Punkte beſonders betrift, als was denſelben hinzugefüget worden, die Billigkeit zum Grunde und die Befeſtigung der Einigkeit unter beyden Religions-Theilen zum Zweck haben, dieſelben ſowohl für Uns annehmlich finden, als dazu den erforderlichen Beytritt Unſers Königlich-Churfürſtlichen und Fürſtlichen Geſamt-Hauſes erwarten mögen;

Als bevollmächtigen Wir hiemit und Kraft dieſes Unſere zu obigem Zweck vorhin angeordnete Commiſſarien, die Ehrenveſten und Hochgelahrten, Unſern geheimen Juſtizrath und geheimen Referendarium, Juſtus Möſer, und Unſern Vicekanzley-Directorem und vorſitzenden Conſiſtorial-Rath, Johann Chriſtian Grumer, daß ſie mit den von Unſerm würdigen Domcapitel dazu Bevollmächtigten, nach ſolchem Plan, wie derſelbe von Wort zu Wort alſo lautet:

Plan

Plan zum Vergleich.

(Folget derselbe von Wort zu Wort.)

einen Vergleich in Unserm Namen abschließen, und mittelst ihrer Unterschrift vollziehen mögen; gestalt Wir denn dieselbe, jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung Unsers Königlich-Churfürstlichen und Fürstlichen Gesamt-Hauses, eben sowohl als ob sie von Uns selbst geschehen wäre, agnosciren, und verbindlich halten wollen. Zu dessen Urkunde haben Wir diese Vollmacht eigenhändig unterschrieben, und mit Unserm Insiegel bedrucken lassen, so geschehen, und geben, Hannover den 27ten November 1786.

(L.S.) Frederick.

C. v. d. Busche.

Abschrift der, von dem Hochwürdigen Domcapitel zu Osnabrück, den desselbigen Herren Commissarien ertheilten Vollmacht.

Wir Domprobst, Domdechant, Senior und sämtliche Capitularen der hohen Cathedralkirche zu Osnabrück ꝛc.

Urkunden und bezeugen hiemit, daß Wir — nachdem bey der im Jahre 1774. zur Vollziehung

der

der Extinctions-Bulle des Jesuiter-Ordens bestellten Commißion unter andern mit vorgekommen, und die Fragen aufgestellet, ob, wie von den Fürstenqueren, und Schledehäuseren mehrmalen darum supplicinet worden, den Augsburgischen Confessions-Verwandten zu Schledehausen, so wie den Catholischen zu Fürstenau ein öffentliches Religions-Exercitium zu gestatten, und jeder Religions-Theil nicht zu verhindern seye, daß er in den einem andern Theile in dem Volmarischen Durchschlage zugetheilten Kirchspielen die Kinder durch Privat-Schulmeister unterrichten lassen könne — Wailand des Herrn Erzbischofs, als Metropolitans dieses Hochstifts, Churfürstlichen Gnaden, unterthänigst ersucht haben, eine Commißion zu bestellen, und von dieser einen Plan zum Vergleiche über obgedachte Gegenstände entwerfen zu lassen; da nun diesem Gesuche auch von Wailand Seiner Churfürstlichen Gnaden zu Cölln, als Erzbischofe und Metropolitan des Hochstifts Osnabrück, gnädigst deferirt, eine Erzbischöfliche Commißion bestellet, und von dieser Uns ein Plan, welcher folgenden Innhalts ist:

Plan zum Vergleiche.

(Folget derselbe von Wort zu Wort.)

vorgeleget worden, welcher Plan in der von Uns unterm 24ten Majus dieses Jahres gehaltenen Capitular-Versammlung verlesen, untersucht, und vorbehaltlich der gnädigsten Genehmigung

Seiner

Seiner Churfürstlichen Durchlaucht zu Cölln, als dieses Hochstifts Metropolitans, der allergnädigsten Bestätigung Seiner Kaiserlichen Majestät, und des Beytrittes des gesamten Durchlauchtigsten Hauses Braunschweig-Lüneburg, und so viel die Einziehung des Klostes Berssenbrück betrifft, der gleichmäßigen Bestätigung Seiner Päbstlichen Heiligkeit — von Uns angenommen worden, so ersuchen und bevollmächtigen Wir hiemit, und Kraft dieses den Herrn Carl von Vogelius, Senior und Cantor der hiesigen fürnehmen Collegiat-Kirche zu St. Johann, wie auch Vicarium generalem in spiritualibus dieses Hochstifts, den Herrn Johann Bernhard Hartmann, Vicecanzler, den Herrn Friedrich Wilhelm Dyckhof, Kanzley-Rath, und Herrn August Bernard Dorfmüller, der Rechten Doktor, mit den von Seiner Königlichen Hoheit, Unserm gnädigsten Bischofe und Landes-Fürsten, ernannten Herren Commissarien nach obigem Plane, und mit Vorbehalt der vorhin bemerkten Bestätig- und Genehmigung zu contrahiren, und den Vergleich auf die bündigste Art, wie solches den Rechten nach nur immer geschehen kann, in Unserm Namen zu schliessen, welches alles Wir hiedurch und Kraft dieses für eben genehm halten werden, als wenn es von Uns selbst in der allgemeinen Capitular-Versammlung geschehen wäre.

Zur Urkunde dessen haben Wir diese Vollmacht mit Unserm Sigillo ad causas bedrucken, und von Unserm Secretario unterschreiben lassen. Gegeben

geben Osnabrück aus der General-Capitular-Versammlung Postridie Festi Crispini et Crispiniani, der da ist der 26te Monats October 1786.

(L. S.) Ad Mandatum Reverendissimæ et Perillustris Capituli speciale.

A. J. Kamps Dr. Secr.

Daß die, von des Herrn Herzogs und Bischofs zu Osnabrück Friedrich Königlichen Hoheit und respective von dem Hochwürdigen Domcapitel zu Osnabrück ernannte Herren Bevollmächtigte, nehmlich der Herr Geheime Justiz-Rath auch Geheime Referendarius Möser und der Herr Vice-Canzleydirector auch vorsitzende Consistorial-Rath Gruner einer — sodann der Herr Cantor und Senior der hiesigen Collegiat-Kirche zu St. Johann auch Chur-Cölnischer Geheimer Rath und Vicarius in spiritualibus von Vogelius, der Herr Vicecanzler Hartmann, der Herr Canzley-Rath Dyckhof und der Herr Rath Dörfmüller anderer Seits zu unsrer, als zu dieser Handlung besonders requirirten Notarien — auch der dazu ebenfalls besonders erbetenen beyden Herren Zeugen, nehmlich des Hochfürstlich-Osnabrückischen Consistorial-Secretarii Johann Julius Friedrich Reinbold und des hiesigen Herrn Vicarii ad Sanctum Johannem, Johann Friedrich Vocke Gegenwart den oben zu Anfange stehenden Vergleich heute mittelst ihrer Unterschriften vollzogen und unterfiegelt,

siegelt, auch dabey zugleich ihre, solchem Vergleiche abschriftlich angehängte Originale Vollmachten sich einander wechselseitig extradiret haben: und daß ferner die ebengedachte Vollmachts-Abschriften mit den extradirten Originalien von Wort zu Wort gleichlautend sind, auch der Plan zum Vergleich in jeder der beyden Original-Vollmachten von Wort zu Wort dergestalt laute, wie er in dem heute hier unterschriebenen Vergleiche aufgeführt steht: Alles dieses bezeugen Wir hiedurch, Kraft unserer eigenhändigen Unterschriften und beygedruckten Notariat-Signeten. Osnabrück den 29ten December 1786.

(L. S.) Clamor Cyriacus Friedrich Graff, sacrae Caesareae Majestatis authoritate Notarius publicus, juratus, in venerabili Episcopali Curia immatriculatus et approbatus, ad haec omnia debité requisitus mppria.

(L. S.) Franz Henkel, sacrae Caesareae Majestatis authoritate Notarius publicus, juratus et in venerabili Curia Episcopali Osnabrugensi immatriculatus et approbatus, ad haec omnia debite requisitus mppria.

Daß die vorſtehende Abſchriften mit den Originalien übereinſtimmen, ſolches wird mittelſt gegenwärtiger mit dem Hochfürſtlichen Geheimen Raths-Siegel unterſiegelten Fertigung bezeuget Osnabrück den 7ten July 1787.

(L. S.) Buch, Hochfürſtl. Osnabrückſcher Regierungs-Secretär.

Neunter

Neunter Abschnitt.

Von dem Ende des Gräflich-Limburg-Pükleriſchen Vormundſchaftsſtreits und dem Anfang eines wichtigen Limburgiſchen Erbfolgeproceſſes.

Der Gräflich-Pükleriſche Vormundſchaftsſtreit, von welchem ich im 6. Abſch. des 14ten Bandes meiner Staatskanzley Nachricht gegeben habe, hat ſchnell ein unerwartetes Ende genommen. Die junge Gräfin Karoline Sophie Louiſe von Pükler und Limburg iſt am 6. Aug. 1787. geſtorben. Was ich in dem 1. §. des angeführten Abſchnitts vorauszuſehen glaubte, daß nämlich dieſer Vormundſchaftsſtreit ſich am Ende in die wichtige Fragen von dem Beſitz des Gräflich-Pükleriſchen Antheils an der Grafſchaft Limburg in Franken; von der Eigenſchaft der Limburg-Sontheimiſchen (und nun auch der Limburg-Speckfeldiſchen) Landes-Antheile; von der Befugnis der verſtorbenen Gräfin von Pükler, über ihren Limburgiſchen Landesantheil zum Beſten ihres Gemahls und zum Nachtheil ihrer Nachkommen Verordnungen zu machen, und von der Rechtmäſigkeit aus einem mit ſeiner Gemahlin eingegangenen Pacto ſucceſſorio her-

geleiteten Anſprüche des Herrn Grafen von Pükler auflöſen dörfte, hat ſich dadurch auf eine andere Art, als ich damal vermuthete, wirklich ereignet; wiewohl es auch, wenn ſie das Leben behalten hätte, nach dem bisherigen Gang des Vormundſchaftsproceſſes dennoch geſchehen ſeyn würde. Dieſer nun geendigte Proceß hat mit ſeinem Ende auch ſein Intereſſe verlohren. Ich will daher von demſelben nur noch ein von der Gräflich-Löwenſteiniſcher Seite herrührendes und, wie es ſcheint, in Wezlar ausgetheiltes Promemoria, nebſt den weitern kammergerichtlichen Urtheilen hier einrücken.

Von dem wichtigen Erbfolgeſtreit werde ich im nächſten Bande umſtändliche Nachricht ertheilen, izt aber nur noch einige Worte von der thätlichen Eröfnung deſſelben und den eintretenden Anſprüchen beyfügen.

Wie ich ſchon in dem angeführten Abſchnitt bemerkt habe, beſas die Gräfin von Pükler zwey wichtige Antheile an der Grafſchaft Limburg, nemlich I.) ein Drittheil an Limburg-Speckfeld, wovon die übrigen zwey Drittel der Gräflich-von Rechteriſchen Mitherrſchaft zuſtehen, und II.) ein Fünftel an Limburg-Gemünd oder nach

der

der 1774. gemachten Theilung denjenigen Theil, welcher izt nach dem Theilungsreceß den beſondern Namen **Limburg-Sontheim zu Gaildorf und Schmidelfeld** führet.

Von der Erbfolge in dieſe beide Antheile der Grafſchaft Limburg iſt alſo nun die Frage. Die Gräfin von Pükler ſelbſt hat zwar kurz vor ihrem Tode ein Teſtament gemacht. Von dem Inhalt deſſelben aber kann ich noch keine zuverläſſige Nachricht geben, indem anfänglich behauptet wurde, daß ſie ihre Frau Grosmutter die Gräfin von Pükler und zwey Tanten zu Erben eingeſetzt habe, nachher aber verſichert werden wollte, daß ſie ſelbſt ihre **Lehens- und Stamm-Erbfolger** zu ihren Erben ernannt habe. Welche dieſer Nachrichten gegründet ſey, werde ich ohne Zweifel im nächſten Bande anzeigen können. Inzwiſchen iſt ſo viel gewis, daß das vorhandene Teſtament **von ihrem Herrn Vatter, dem Grafen von Pükler**, nicht anerkannt wird. Dieſer behauptet nämlich, vermög des ſchon gedachten Erbvertrags, welchen er mit der Mutter ſeiner nun geſtorbenen Tochter, als ſeiner erſten Gemahlin, eingegangen hat, **alleiniger Erbe jener beiden von ſeiner Toch-**

ter hinterlaſſenen Limburgiſchen Antheile zu ſeyn. Die Rechtmäſigkeit dieſes Erbvertrags wird aber von den Stammsverwandten in Widerſpruch gezogen, und vielmehr von denſelben behauptet, daß die Limburgiſchen Lande mit einem Familien-Fideicommiß belegt ſeyen, und daher von der erſten Gemalin des Grafen von Pükler keine ſolche Verfügung darüber habe gemacht werden können.

Hierauf gründet ſich 1.) in Anſehung des Limburg-Speckfeldiſchen Antheils der Anſpruch der Gräflich von Rechternſchen Mitherrſchaft. Die Grafſchaft Speckfeld wurde nämlich den 3. Töchtern des im Jahr 1705. geſtorbenen Grafen Georg Eberhard zu Limburg-Speckfeld zu Theil. Die erſtgeborne derſelben Amalia Alex. Friderike wurde in zweeter Ehe mit dem Grafen Joachim Henrich Adolf von Rechtern vermählt, und deren Antheil fiel hierauf an den mit demſelben erzeugten Sohn Johann Eberh. Adolf Grafen von Rechtern und Limburg, und nach deſſen Tod am 24. März 1754. an ſeine vier Kinder, nämlich 1.) Joſina Eliſabeth, an den Fürſten Auguſt Wilhelm

von

von Hohenlohe-Ingelfingen vermählt. 2.) Joachim Adolf. 3.) Friderich Ludwig Chriſtian, und 4.) Friderich Reinhart Burk. Rudolf. Die zweite Tochter Albertine Suſanne iſt die Stamm-Mutter der nun erloſchenen Linie. Sie war an den Grafen Friderich Ferdinand von Welz vermählt. Ihr Antheil fiel nach ihrem Tode im J. 1717. an ihren Sohn, Friderich Ernſt, Grafen zu Welz und Limburg; 1741. an deſſen zwey Töchter, nämlich an die an den Grafen von Pükler vermählte Gräfin Marie Friderike und an die den 31. Dec. 1761. unvermählt geſtorbene Gräfin Wilhelmine Caroline Franciske, deren Antheil alſo nach ihrem Tode ihrer Schweſter ebenfalls zufiel. Die Gräfin von Pükler ſtarb den 20. März 1765., da ihr dann ihre Tochter, unter vormundſchaftlicher Verwaltung ihres Herrn Vaters, nachfolgte, mit deren Tode dieſe Linie erloſchen iſt. Die dritte Chriſtiane Caroline Henriette hatte ſich an den Grafen Victor Sigm. von Gräveniz vermählt; ſtarb aber den 13. Nov. 1765. unbeerbt; worauf zwar der Graf von Pükler im Namen ſeiner Tochter auf die Hälfte des Gräveniziſchen Antheils Anſpruch machte, die Gräflich-Rechteriſche Nach-

kommen aber ſich, weil ſie um einen Grad näher verwandt waren, und nach den Erbverträgen des Limpurgiſchen Hauſes die Seiten-Erbfolge nach der Nähe des Grades ſtatt finde, nicht nur in den Beſitz des ganzen Gräflich-Gravenziſchen Antheils ſezten, ſondern auch von dem Kammer-Gericht, an welches dieſe Prozeß-Sache erwachſen iſt, wirklich geſchüzt wurden.

Die Gräflich-Rechteriſche Linie iſt alſo die einzige noch blühende Linie von der Nachkommenſchaft des Grafen Georg Eberhards, welcher alſo auch jezt, wenn dieſe Lande mit einem Familien-Fideicommiß belegt ſind, die alleinige Erbfolge in dem hinterlaſſenen Gräflich-Speckfeldiſchen Antheil der geſtorbenen Gräfin von Pükler nicht in Widerſpruch gezogen werden könnte.

Gräflich-Rechteriſcher Seits iſt man auch dem Herrn Grafen von Pükler in der Beſiz-Ergreifung wirklich zuvorgekommen.

Was nun 2.) den Gräflich-Pükleriſchen Antheil an dem Limpurg-Sontheimiſchen Haupt-Theil betrift, ſo iſt in Abſicht auf die

Be-

Beſiz-Ergreifung gedachter Graf von Pükler hier glücklicher, als im Speckfeldiſchen geweſen, indem derſelbe einige wenige Stücke *) ausgenommen, ſich in den Beſiz dieſes ganzen Antheils geſezt hat. Daß aber auch in Abſicht auf dieſen Antheil die Anſprüche des Grafen von Pükler Widerſpruch finden, iſt ſchon daraus zu erſehen, daß ſeine Frau Mutter die Gräfin, Karoline Chriſtiane, geborne Gräfin von Löwenſtein-Wertheim nebſt ihren beeden Brüdern, dem Grafen Johann Ludwig Wallrat, und Friderich Ludwig zu Löwenſtein-Wertheim nachher eben alls haben Beſiz ergreifen wollen.

Dieſer Antheil rührt von einer der fünf Erbtöchter des Grafen Vollrats zu Limpurg, und ſeiner Gemahlin Sophie Eleonore, gebornen Gräfin von Limpurg-Schmidelfeld, her, wie ich ſchon in dem oben angezeigten Abſchnitt des XIV. Bandes angezeigt habe.

*) Einige Zehenden nämlich und die Limburgiſchen Jura zu Adelmannsfelden wurden von der Gräfin von Pükler und ihren zweyen Herren Brüdern, den Grafen zu Löwenſtein-Wertheim in Beſiz genommen.

Wenn nun, auch hier wieder vorausgeſetzt, daß dieſe Lande mit einem Familien-Fideicommiß behaftet ſind, die Lineal-Succeßion ſtatt fände, ſo würde dieſer Antheil unter die vier übrige Linien zu vertheilen ſeyn. In dem entgegengeſetzten Fall hingegen, wenn in dem Limpurgiſchen Haus die Nähe des Grades ſtatt findet, würde der Graf Johann Ludwig Vollrat, und Friderich Ludwig zu Löwenſtein-Wertheim nebſt der verwittweten Gräfin Karoline Chriſtiane von Pükler, als die allein noch lebende Enkel des Grafen Vollrats zu Limpurg, alle weitere Nachkommen deſſelben, als welche alle um einen Grad entfernter ſind, von der Erbfolge ausſchlieſſen. Dieſe ſind es auch, welche wirklich auf den Limpurg-Sontheimiſchen Antheil Anſpruch machen. Von den übrigen Gräflich-Vollratiſchen Nachkommen iſt mir wenigſtens bisher noch nicht bekannt geworden, daß einige derſelben ebenfalls mit Anſprüchen aufgetretten wären.

Zu Beleuchtung der Haupt-Frage, auf die es in dieſer Sache ankommt, ob nämlich die Limpurg-Sontheimiſche und Speckfeldiſche Theile der Herrſchaft mit einem Fideicommiß belegt

belegt seyen, werde ich, da es der Raum hier nicht zuläßt, im folgenden Bande die wichtigsten Familien-Verträge meinen Lesern vorlegen. Die Sache ist bereits von beiden Theilen, nemlich sowohl von dem Grafen von Pükler, als von seiner Frau Mutter, und den obengenannten Grafen von Löwenstein-Wertheim am Kammergericht anhängig gemacht.

I.

Actenmäsiges Pro Memoria in Sachen die minderjährige Erbgräfin Karoline Sophie Louise von Pükler und Limpurg betreffend.

§. 1.

Die minderjährige Erbgräfin Karoline Sophie Louise von Pükler und Limpurg hat schon am 20ten März 1765. in der 6ten Woche ihres Alters ihre Frau Mutter, Maria Friderika Amöna von Welz, und mitregierende Gräfin zu Limpurg, verloren.

§. 2.

Von dieser Zeit an sind die mütterliche Besitzungen in der Grafschaft Limpurg ex pacto et providentia Majorum jure Successionis in dem Besitz der jungen Erbgräfin übergegangen, und ihr leiblicher Herr Vatter, der Herr Graf Friderich Philipp Karl von Pükler hat der

natürlichen Vormundschaft über sie sich unterzogen, und den Antritt seiner Tutel den Dienern und Unterthanen durch Rescripte bekannt gemacht.

§. 3.

Kaum war aber die junge Erbgräfin zu reifen Jahren gelanget, als Sie sowohl an Sich, wie auch von Ihren Dienern und Unterthanen, Landes-Einkünfften und sämmtlichen Vermögen leider! erfahren mußte, daß Ihr Herr Vatter die Pflichten eines natürlichen Vormunds nicht erfülle, sondern Sein *Interesse* dem Ihrigen vielmehr vorziehe.

§. 4.

Seine anderweite am 18ten Oct. 1780. mit Seiner gegenwärtigen Frau Gemahlin, einer gebohrnen Fräulein von Gaisberg vollzogene Vermählung konnte der jungen Erbgräfin auch nicht gleichgültig seyn, und Sie war daher zu Wahrung Ihres eigenen *Interesse* schon längstens Willens einen Mitvormund sich zu erbitten.

§. 5.

Ihr Vertrauen war immer auf Ihren Herrn Groß-Oheim, den regierenden Herrn Reichs-Grafen Friderich Ludwig zu Löwenstein-Wertheim um deswillen gerichtet, weil dieser Herr die fürtrefflichsten Eigenschafften besitzet, und besonders die Vormundschaft über Ihre Frau Mutter

Mutter mit vielem Ruhm und der grösten Thätigkeit geführet, auch die Limpurgische Verfassung völlig inne hat.

§. 6.

Da das Alter Ruhe erfordert, und ein regierender Graf in Wertheim wegen der Gemeinschaft ohnedies viel zu thun hat, so konnten Hochgedacht Sr. des regierenden Herrn Reichs-Grafen Friederich Ludwig zu Löwenstein-Wertheim Hochgräfl. Excellenz Sich lange nicht dazu entschließen, dem Vertrauen der Erbgräfin zu entsprechen, endlich aber haben Sie aus wahrem Mitleiden gegen Dieselbe Ihr erlaubt, Ihre Bitte auf Sie zu richten.

§. 7.

Deme zu Folge ist die Erbgräfin am 6ten May v. J. mit einer Supplik pro gratiosissime decernenda Confirmatione concuratelae bey dem Höchstpreißl. Kaiserlichen Reichs-Cammer-Gericht eingekommen, und nachdem dieses höchste Reichs-Gericht durch abgefoderte Berichte der Frau Groß-Mutter und des Herrn Groß-Oheims der Sache hinlänglich auf den Grund gesehen, und dieselbe durchaus erforschet hat; So ist die Mitvormundschaft am 28ten Jul. v. J. verordnet, und der hohe Herr Mitvormund und Groß-Oheim den 31ten darauf mit schwerem Eid, Pflicht und Gelübde beladen und Hochdemselben aufgegeben worden, solches dem Herrn Grafen

von

von Pükler zur Wiſſenſchafft und ſchuldigen Nachachtung bekannt zu machen.

§. 8.

Hochgedachter Herr Mitvormund ermangelte ſodann nicht, dem Herrn Grafen von Pükler unterm 5ten Aug. v. J. unter Beyſchlieſſung einer vidimirten Abſchrifft des allerhöchſten Kaiſerlichen Concuratorii von der beſtellt- und verordneten Mitvormundſchafft legale Nachricht zu geben, und unterm 7ten ejusd. den Tag bekannt zu machen, an deme mit der Pflichtleiſtung der Limpurgiſchen Dienere und Unterthanen der Anfang gemacht werden ſollte.

§. 9.

Weit entfernt, daß Herr Graf von Pükler den von hoher Obervormundſchaftswegen getroffenen Verfügungen ſchuldigſt hätte nachleben ſollen, lieſe derſelbe Sich vielmehr beygehen, in ſeinen beyden Antworten dieſes höchſte Reichs-Gericht zu ſyndiciren, und ſeine unlautere Abſichten an den Tag zu legen, ja er ſetzte den der höchſten Obervormundſchafft tiefſchuldigſten Reſpect ſo ſehr aus den Augen, daß Er die Commiſſarios des Herrn Mitvormunds, als ſolche am 16ten Aug. v. J. nach Gaildorf fahren wollten, vor dem Thor auf das ſchimpflichſte und mit Gewalt abgewieſen, und dadurch den Antritt der Koncuratel hintertrieben hat.

§. 10.

§. 10.

Hochgedachter Herr Mitvormund klagte hierauf die gewaltthätigen Gräflich-Pückleriſche Fürſchritte geziemend ein, und extrahirte unterm 24ten Oct. v. J. ein Kaiſerl. Mandat und Pönalordination dahin, daß

der Herr Graf von Pückler Ihn in dem unter Kaiſerlicher Autorität Ihnen aufgetragenen Amte der Mitvormundſchafft über die minderjährige Gräfin von Pückler und deren Vermögen, und Limpurgiſchen Landes-Antheil keinesweges beeinträchtigen, vielmehr in deſſen Ausrichtung Ihme allen Vorſchub leiſten, auch alle nöthige und nützliche Communication mit demſelben pflegen, und alle durch die bisherige ungebührliche Reſiſtenz verurſachte Schäden und Köſten erſetzen, dann vor allen Dingen über der minderjährigen Gräfin ſämmtliches Mo- und Immobiliar-Vermögen, Landes-Antheil, Güter, Renuten, und Gefälle zuverſichtlich errichtendes Inventarium oder Specification, wie auch die Status der jährlichen Revenüen ſowohl, als der auf den Landes-Antheilen zur Zeit der A. 1765. angetrettenen Adminiſtration gehafteten Schulden, nebſt den Nachrichten und Beſcheinigungen, wie viel Zeither daran bezahlt ſeye, und noch wirklich darauf haffte, auch was für Einrichtung deshalb getroffen worden, bey dieſem höchſten Reichs-

Gerichte

Gericht exhibiren, und mit denen dazu gehörigen Juſtificatoriis belegen ſolle.

§. 11.

Statt dieſe Obriſtrichterliche gerechteſte Auflage ſchuldigſtermaſſen zu befolgen, producirte der Herr Graf von Pückler am 26ten Nov. v. J. vermeintliche Exceptionen, ſyndicirte darinnen das höchſte Reichs-Gericht wegen angeordneter Concurstel, ſuchte ſeine bisher geführte Tutel zu rechtfertigen, legte ſub Num. 30. einen Extract des mit Seiner erſten Frau Gemahlin errichtet worden ſeyn ſollen Erbvertrags bey, und ſtellte vermöge deſſen in §. 23. 24. et 25. auf der einen Seite die Prätenſion auf

„Er ſeye Tutor et Adminiſtrator uſu„fructuarius, die Regierung, Adminiſtra„tion, und Nutznieſſung ſeye Ihme ad dies „vitae übertragen, Er ſeye ſchon 22. Jahre „im Beſitz, Seiner leiblichen Tochter würde „es niemalen gelingen, dieſen Beſitz zu zer„nichten, und den mütterlichen Vertrag zu „entkräfften, die lebenslängliche nutznießliche „Adminiſtration gebühre Ihme ſpeciali „et proprio jure,“

mußte aber auf der andern Seite eingeſtehen,

1.) daß der von Ihme verwaltete und genutzte Limpurgiſche Antheil Seiner Gräfin Tochter quoad proprietatem zuſtehe;

2.) daß Er nach ſeinen eigenen auf Ableben Seiner erſten Frau Gemahlin im Jahr 1765. erlaſſenen Patenten erklärt habe der

der Limpurgiſche Landes-Antheil gehöre Seiner Tochter, als einer Erbtochter, und Er wäre nur Tutor und Adminiſtrator.

vid. Suppl. de 28. Aug. 1786.

3.) Daß Er ſich in dem bey hieſigen höchſten Gerichte in Sachen Seiner ctra Hohenlohe in Betreff eines Theils von Limpurg-Speckfeld durch Urthel vom 20ten April 1768. entſchiedenen Succeſſions-Proceſſe blos als Vormund ſeiner Tochter gerühret habe.

vid. Suppl. de 21. Aug. 1786.

4.) Daß Er dem Kammergerichte als höchſten Obervormund zur Rechenſchaft nach Anleitung des Decrets vom 10ten Oct. 1786. verbunden ſeye,

5.) daß Er ſomit ſeit 22. Jahren *pro tutore* adminiſtriret, und nicht pro ſuo beſeſſen habe.

§. 12.

Hier ſtellte Sich alſo der Herr Graf von Pükler in einer gedoppelten Geſtalt gerichtlich dar. Einmal als *Tutor*, ſodann als *Adverſarius* ſeiner Tochter. Er veränderte Titul und Perſon, und trat mit einer *Prætenſion* auf, die Er bisher verheimlichet hatte.

§. 13.

Da ein Jeder ob mutatum titulum et celationem prætenſionis jactura actionis beſtrafet werden muß, allen- Nov. 72. c. 4.

falls

falls aber die Praetenſionen des Herrn Grafen von Pükler, die Er vi pacti Succeſſorii formiret, ad petitorium gehören, Hochderſelbe aber nicht zugleich Tutor Seiner Tochter und Ihr Defenſor in judicio, und auch Ihr ſo wichtige Anſprüche auf Ihr Vermögen formirende Gegentheil ſeyn kann; ſo ſahe ſich der regierende Herr Reichs-Graf Friederich Ludwig zu Löwenſtein-Wertheim wegen des völlig veränderten Zuſtands der Sache genöthiget, in replicis dieſes höchſte Reichs-Gericht unterthänigſt zu bitten, die minderjährige Gräfin mit einem alleinigen Vormund mit Ausſchluß Ihres Herrn Vatters zu verſehen.

§. 14.

Als hernach der Herr Graf von Pükler in einem an Seinen Anwald erlaſſenen ſub No. 35. producirten Schreiben die Unterthanen Seiner Tochter ſogar ſeine Unterthanen, und ſeine Vormundſchafftl. Regierung eine eigene genennet, und ſich nicht entblödet hat, gegen eigenes gerichtliches Eingeſtändniß und Ueberzeugung vorzugeben, die Unterthanen hätten Ihme nicht im Namen ſeiner Tochter, ſondern in ſeinem eigenen Namen gehuldiget; ſo ſahe ſich oftgedachter Herr Reichs-Graf Friederich Ludwig zu Löwenſtein-Wertheim noch weiter vermüßiget, unterm 24ten Jan. d. J. eine verſchloſſene Official-Anzeige übergeben zu laſſen, und darinnen klar und überzeugend vorzuſtellen

1.) daß

1.) daß die Limpurgischen Familien-Gesetze und insbesondere das von Kaiserl. Majestät allergnädigst confirmirte Testament des Herrn Grafen Wollraths, als des letzten männlichen Erben zu Limpurg von 1713. nicht minder das Testament seiner hinterlassenen Frauen Gemahlin von 1720. denen verheuratheten Töchtern alle facultatem testandi, es seye auf Eigenthum oder Nutznieſſung gänzlich benehmen, wenn NB. Kinder vorhanden ſind.

2.) Daß folglich die erste Frau Gemahlin des Herrn Grafen von Pükler als eine Limpurgische Erbtochter schuldig und verbunden gewesen, den Limpurgischen Familien-Gesetzen sich zu fügen, daß es hingegen nicht in ihren Machten gestanden, ihrer familiae naſcturae durch eine Diſpoſition dasjenige zu entziehen, was diese nicht von der Wohlthat und guten Willen Ihrer Frau Mutter, ſondern ex pacto et providentia majorum erhalten hat, und daß eine ſolche mütterliche Diſpoſition, ſie mag auch in præjudicium der nunmehrigen Erbgräfin enthalten, was ſie wolle, völlig ungültig, null und nichtig ſeye.

3.) Daß der Herr Graf von Pükler von Zeit des Ablebens Seiner erſten Frau Gemahlin an bis zu angeordneter Concuratel diese Wahrheiten ſelbſten anerkannt, und ſeinem vorgeblichen pacto ſucceſſorio nichts zugetrauet habe, indeme Er

a) die Regierung filiae nomine qua Tutor naturalis angetretten.

b) Wegen des Gräflich-Grävenitziſchen Limpurg-Speckfeldiſchen Antheil ſowohl auf Eigenthum als Nutznießung nicht ſuo, ſondern *filiae nomine* geklaget habe.

vid. num. 26. ad repl.

c) Bey dem bekannten Limpurgiſchen Theilungs-Geſchäffte in natürlicher Vormundſchafft ſeiner Tochter die *fideicommiſſariſche Qualität* der Limpurgiſchen Lande und die Limpurgiſche Haus-Geſetze mit beſtättiget, und

d) im Jahr 1774. nach beſchehener Landes-Theilung in die nunmehrige Limpurgiſche Landes-Antheile nicht proprio ſed filiae nomine immittirt, auch die Dienere und Unterthanen an ihn nicht als Erben puncto ſucceſſorio, ſondern als Tutorem naturalem ſeiner Tochter angewieſen worden ſind.

4) Daß es alſo gegen alle Erwartung ſeye, wann der Herr Graf von Pükler nunmehro nicht mehr filiae nomine, ſed proprio et ſpeciali jure die Limpurgiſche Landes-Antheile inne haben, benutzen, und die Dienere und Unterthanen ſeiner Tochter zu ſeiner eigenen umſchaffen wolle.

5.) Daß Er Sich durch dieſes Benehmen nicht nur als einen *Confeſſum et convictum ſuſpectum tutorem et curatorem*, ſondern auch als einen *adverſarium* und *inimicum* ſeiner Tochter darſtelle.

6)

b.) Daß Er dieser doppelten Rücksicht wegen nach den bekannten Gesetzen a tutela removirt werden müsse, als wohin dann auch der Herr Reichs-Graf Friederich Ludwig von Löwenstein Wertheim Ihr unterthänigstes und gerechtes Gesuch wiederholet, und um Beschleunigung der höchstrichterlichen und Obervormundschaftlichen Hülfe in dieser höchstprivilegirten Sache gebetten haben.

§. 15.

Inzwischen wollte diese so unentbehrliche Hülfe nicht erscheinen, und der Nothstand der Erbgräfin wurde immer mehr und mehr vergrößert, weil Sie geschehen lassen muß, daß Ihr Herr Vatter mit Ihrem Geld gegen Sie Processe führet, kostbare Reisen unternimmt, einen Kommandanten in der Person des v. Werpeck zu Gaildorf mit schweren Kosten unterhält, und durch seinen Secretair Neuffer Ihr ins Gesicht schreiben läßt, die Limpurgische Landes-Revenüen seyen Ihm alleine zuständig.

§. 16.

Dies legte dem Herrn Reichs-Grafen Friederich Ludwig zu Löwenstein Wertheim die abermalige Nothwendigkeit auf, eine Official-Anzeige übergeben zu lassen, und darinnen wiederholter zu bitten, die höchstrichterliche und Obervormundschaftliche Hülfe zu beschleunigen, sofort den Herrn Grafen von Pükler von der Tutel völlig zu removiren.

§. 17.

Diß iſt der wahre und actenmäſige Verlau gegenwärtiger Sache, und es iſt daraus ſonnenklar erſichtlich, daß nunmehr nicht mehr von einem Rechtsſtreit zwiſchen dem Herrn Grafen Friederich Ludwig zu Löwenſtein-Wertheim und dem Herrn Grafen von Pükler in Betref der Concuratel, ſondern vielmehr davon die Rede ſeye, ob Herr Graf von Pükler als *confeſſus et convictus ſuſceptus Tutor* und als ein erklärter *adverſarius* ſeiner Tochter deren *Tutor* ſeyn und bleiben könne?

§. 18.

Der Herr Reichs-Graf von Löwenſtein-Wertheim wollen die Sache ſelbſt und die Geſetze reden laſſen, und Hochderſelbe iſt von der preiswürdigſten Gerechtigkeits-Liebe dieſes höchſten Reichs-Gerichts durchaus überzeugt, daß Hochdaſſelbe ſein Obervormundſchafftliches Anſehen, wie auch Fürſorge für die minorennie und gänzlich verlaſſene Reichs-Gräfin von Pükler um ſo mehr baldigſt eintretten laſſen, dieſelbe ſamt Ihrem Vermögen von dem Druck und Habſucht Ihres Herrn Vaters befreyen, Ihn, den Herrn Reichs Grafen zu L. W. in die alleinige vormundſchafftliche Thätigkeit ſetzen, und dieſer wegen Kaiſerl. Patente an die Limpurgiſche Dienere und Unterthanen erlaſſen werde, als ſonſten auf dem geringſten Verzug die gröſte Gefahr hafftet, maſſen die Geſundheit der Erb-Gräfin durch das

Betragen

Betragen Ihres Herrn Vaters ſehr leidet, die Limpurg-Gaildorfiſche Kaſſen immer mehr und mehr erſchöpfet, und die Unordnung im Land und deſſen ganzen Verfaſſung äuſſerſt überhand nimmt.

II.

Sententia 23. Decembr. 1786. publ.

In Sachen Herrn Gräfen Friderich Ludw. zu Löwenſtein-Wertheim wider Herrn Friderich Philipp Carl von Pükler, Mandati de nullatenus turbando in officio tutelæ et curatelæ authoritate Cæſarea demandato, potius omnia ad officii hujus explicationem neceſſaria et utilia ſuppeditando, reſarciendoque Damna et Expenſas C. C. cum ordinatione pœnali: Iſt die durch Lt. Lange und Dr. Hoffmann reſpective unterm 2. 13. 20. 23. und 30. Octob. ſodann weiters unterm 6. und 24. Nov. d. J. extrajudicialiter übergebene Supplicas ſamt Anlagen ad acta zu regiſtriren verordnet, darauf das durch Lt Lange gebetene Mandatum de exhibendo Minorennem et adhuc in patria poteſtate exiſtentem filiam Comitiſſam Carolinam de Pükler et Limpurg noch z. Z. abgeſchlagen, zugleich aber wird ermeldte minderjährige Gräfin die kindliche ſchuldigſte Ehrerbietung gegen ihren Herrn Vatter überall genaueſt zu beobachten, und ſolche weder in Schreiben noch ſonſten auſſer Augen zu ſetzen, hiemit angewieſen. Belangend ſodann den durch Dr. Hoff-

mann gebettenen Vorschuß zu Bestreitung der nöthigen Prozeß-Kosten, ergehet, an Herrn Grafen von Pükler die Verordnung dahin, daß derselbe einsweilen 500. fl. aus den bereitesten Limpurgischen Landes-Einkünfften an Herrn Grafen von Löwenstein-Wertheim gegen dessen Quittung auszahlen lassen solle, worüber dieser seiner Zeit gebührende Rechnung abzulegen hat. So viel endlich Dris Hoffmann weiteres Begehren um Bestimm- und Anweisung einer jährlichen Competenz zu 2000. fl. für die minderjährige Gräfin betrifft, ist solches u. z. Z. abgeschlagen, sondern in sofern Dr. Hofmann, daß die verwittwete Frau Gräfin von Pükler ihrer Enkelin den freyen Unterhalt weiters wie bisher geschehen, nicht geben wolle, und diese ihren Herrn Vatter um Verabreichung des benöthigten Standesmäßigen Unterhalts geziemend gebetten, derselbe aber ihr solchen versagt habe, glaubhafft docirt wird, soll ferner ergehen, was Recht ist.

III.

Sententia publicata d. 23. Maji 1787.

In Sachen Herrn Grafen Friederich Ludwig zu Löwenstein-Wertheim wider Herrn Friederich Philipp Carl von Pükler, Mandati de nullatenus turbando in officio Tutelæ et Curatelæ authoritate Cæsarea demandato, potius omnia ad officii hujus explicationem necessaria et utilia suppeditando, resarciendoque

damna

damna et expensas C. C. cum ordinatione poenali.

Ist die durch Lt. Lange und Dr. Hoffmann respective unterm 31ten October, 4ten und 5ten December vorigen, 12ten, 22ten, 27ten Jenner, 13ten, 26ten, 28ten Febr. 3ten, 16ten, 21ten, 30ten Merz und 30ten April laufenden Jahrs extrajudicialiter übergebene Supplicas, samt Anlagen ad Acta zu registriren verordnet. Darauf beyden Theilen ihr darinn bestehen Begehren respective noch zur Zeit abgeschlagen; sondern Lt. Lange, was sich auf die durch Dr. Hofmann am 27ten Jan. a. c. übergebene Anzeigen samt Anlagen zu handeln gebühret, einzubringen, auch die |64.| |65.| |66.| |74.| Auszugsweise beygebrachte Ehepacten und Erbvertrag integraliter zu produciren, weniger nicht, daß der Urthel vom 23ten Dec. a. p. in Betreff der Prozeß-Kosten, Einwendens ohngehindert, gelebet worden, zu dociren, Zeit 6. Wochen pro termino et prorogatione von Amtswegen angesetzt, mit dem Anhang, wo er deme alles nicht nachkommen wird, daß auf gegenseitiges Anrufen in eins- und anderm Punct, weiter ergehen solle, was Recht ist.

Dann ist Dr. Hofmanns Herr Principal der minderjährigen Gräfin von Pükler zum Curatorn ad Litem unter Verweisung auf dessen bereits geleistete vormundschaftliche Pflichten einstweilen hiemit bestellet, demselben aber in-

zwischen und bis zum Austrag der Sache sich alles weitern Einmischens in die Administration des in Frage stehenden Limpurgischen Landes-Antheils eben so, als ein wie anderm Theil, sich alles fernern extrajudicial Supplicirens in hac causa judiciali zu enthalten, anbefohlen; und bleibt übrigens wegen der vom Cammerbotten Kraft bey Insinuation des erkannten Mandats und Ordination begangenen Ungebühr der Untersuchung bis zu dessen Zurückkunft ausgesetzet.

Zehnter Abschnitt.

Merkwürdige Urkunden, die Costanzischen Diözesanrechte im Oesterreichischen betreffend.

Die Urkunden, die ich hier vorlege, schlagen in die Frage ein, in wiefern Landesherrn die Diöcesanrechte auswärtiger Bischöffe, die zugleich Reichsstände sind, einzuschränken befugt seyen? welche in unsern Zeiten mit andern Gegenständen der kirchlich-politischen Verhältnisse so sehr in Bewegung kommen. Den Fall, der dieselbe veranlaßt hat, ist auch von auffallender Wichtigkeit, da die K. K. vorderösterreichische Regierung zu Freiburg den Fürstbischof zu Costanz

ſtanz, weil derſelbe die von ältern Zeiten her gebrachte, in den Kaiſerlichen Staaten aber vor einigen Jahren aufgehobenen Annaten bezogen hat, um 500. Ducaten geſtraft, und die Einkünfte deſſelben zu Freiburg in Beſchlag genommen hat; welches — denn ſonſt könnte von einem Strafanſatz nicht die Frage entſtanden ſeyn — vorauszuſetzen ſcheint, daß das Erzhaus Oeſterreich den Biſchof zu Coſtanz in Rückſicht auf ſeine Diöceſanrechte im Oeſterreichiſchen wie einen Oeſterreichiſchen landſäßigen Biſchof anſehe und behandle. Das Schreiben Num II. erzählt den Vorgang, und bemerkt die hauptſächlich ſtreitigen Gegenſtände. Das dritte aber iſt ſowohl als Deduction über die Diöceſanrechte und andere hergebrachte Befugniſſe und Einkünfte geiſtlicher Reichsſtände in den Landen weltlicher Landesherrn, als auch um ſeiner ungewöhnlich ſtarken und freymüthigen Sprache, auf der verſchiedenen dabey beſonders am Ende mit angebrachten politiſchen Gründe willen, ſehr leſenswürdig.

Wie ich höre, iſt von des Kaiſers Majeſtät die von der Regierung ergangene Verfügung

zwischen und bis zum Austrag der Sache sich alles weitern Einmischens in die Administration des in Frage stehenden Limpurgischen Landes-Antheils eben so, als ein wie andern Theil, sich alles fernern extrajudicial Supplicirens in hac causa judiciali zu enthalten, anbefohlen, und bleibt übrigens wegen der vom Cammerbotten Kraft bey Insinuation des erkannten Mandats und Ordination begangenen Ungebühr der Untersuchung bis zu dessen Zurückkunft ausgesetzet.

Zehnter Abschnitt.

Merkwürdige Urkunden, die Costanzischen Diözesanrechte im Oesterreichischen betreffend.

Die Urkunden, die ich hier vorlege, schlagen in die Frage ein, in wiefern Landesherrn die Diöcesanrechte auswärtiger Bischöffe, die zugleich Reichsstände sind, einzuschränken befugt seyen? welche in unsern Zeiten mit andern Gegenständen der kirchlich-politischen Verhältnisse so sehr in Bewegung kommen. Der Fall, der dieselbe veranlaßt hat, ist auch von auffallender Wichtigkeit, da die K. K. vorderösterreichische Regierung zu Freiburg den Fürstbischof zu Costanz

währen, da dessen bekannt geringe Umstände einen jeden Abgang seiner herkömmlichen Einkünfte sehr schwer empfinden machen, und da zumal diese geringe geistliche Abgaben sich nicht nur auf die Synodalien des Bisthums gründen, sondern auch bey den beträchtlichern geistlichen Stiftungen durch eigene Verträge bestimmt sind; so hielt ich mich verpflichtet, alle diese besondere Verhältnisse durch wiederholte allerunterthänigste Vorstellungen an das hohe Ministerium unter das tiefeinsichtigste und allergerechteste Auge vor Euer ꝛc. zu bringen.

Da auch hierauf einige höchste Weisung oder Entschließung nicht erfolget; so wurde mit dem herkommlichen Bezug der primorum fructuum gleichwohlen fürgefahren in der tröstlichen Vermuthung, daß Euer ꝛc. die besondern Umstände des Hochstiftes Constanz und seinen geringen fundum zu Bestreitung der dem bischöflichen Ordinariat anklebenden Beschwerden allergnädigst zu beherzigen geruhet hätten:

Und in dieser Maaß ist es sofort beschehen, daß von dem selbst willig zahlenden Pfarrer zu Dornedingen bey meiner bischöflichen Curia die primi fructus mit 25 fl. 54 kr. als dem hergebrachten Ansatz, jedoch ohne mein besonderes Wissen oder Befehl bezogen worden sind.

Euer ꝛc. geruhen hieraus allermildest zu ermessen, daß hiebey weder einige Widersetzlichkeit gegen die allerhöchsten Anordnungen, noch einiges

sonstige

wieder aufgehoben worden. Ob gleich auf die Vorstellung des Fürstbischofs zu Kostanz oder erst auf die Kurmainzische kräftige Interposition? ist mir nicht bekannt.

I.

Vorstellung des Fürstbischofs zu Costanz an Se. Majestät den Kaiser vom 1. März 1787.

Euer ꝛc. haben wegen einem bey meiner bischöflichen Curia vorgegangenen Bezug der primorum fructuum von dem neu eingetretenen Pfarrer zu Dornedingen durch die Vorder-Oesterreichische Regierung und Kammer mir beyfindliges Intimatum zugehen lassen.

So schmerzlich mir dieses Merkmal höchster Ungnade gefallen, so hege ich doch die mich einzig wieder aufrichtende Hoffnung, daß Allerhöchstdieselben auf gegenwärtige submissiste Vorstellungen einen mildesten Blick zu werfen, und hieraus die Verhältniß der Sache in ihrer wahren Gestalt hulreichest zu entnehmen geruhen werden.

Die allerhöchsten Verordnungen, wodurch die primi fructus, Annaten, und andere derley geistliche Abgaben in den k. k. Staaten abgestellt worden, waren mir zwar nicht unbekannt; da aber die reichsständische Verhältnisse meinem Hochstifte darunter eine verschiedene Lage gewähren,

währen, da dessen bekannt geringe Umstände einen jeden Abgang seiner herkömmlichen Einkünfte sehr schwer empfinden machen, und dazumal diese geringe geistliche Abgaben sich nicht nur auf die Synodalien des Bisthums gründen, sondern auch bey den beträchtlichern geistlichen Stiftungen durch eigene Verträge bestimmt sind; so hielt ich mich verpflichtet, alle diese besondere Verhältnisse durch wiederholte allerunterthänigste Vorstellungen an das hohe Ministerium unter das tiefeinsichtigste und allergerechteste Auge vor Euer ꝛc. zu bringen.

Da auch hierauf einige höchste Weisung oder Entschließung nicht erfolget; so wurde mit dem herkommlichen Bezug der primorum fructuum gleichwohlen fürgefahren in der tröstlichen Vermuthung, daß Euer ꝛc. die besondern Umstände des Hochstiftes Constanz und seinen geringen fundum zu Bestreitung der dem bischöflichen Ordinariat anklebenden Beschwerden allergnädigst zu beherzigen geruhet hätten:

Und in dieser Maaß ist es sofort beschehen, daß von dem selbst willig zahlenden Pfarrer zu Dornedingen bey meiner bischöflichen Curia die primi fructus mit 25 fl. 54 kr. als dem hergebrachten Ansatz, jedoch ohne mein besonderes Wissen oder Befehl bezogen worden sind.

Euer ꝛc. geruhen hieraus allermildest zu ermessen, daß hiebey weder einige Widersetzlichkeit gegen die allerhöchsten Anordnungen, noch einiges

sonstige

sonstige Verschulden von meiner Seite zum Grunde liege, welche mir eine solche höchste Ungnade unverdienter Weise hätte zuziehen können oder sollen, die mich in dem Innersten betrübet, und meine alten Lebenstage mit Schmerzen und Wehemuth erstücket.

Euer ꝛc. ist es eigen, bey jeder Handlung auf die Absicht und den Willen des Handelnden vorzüglich zurücke zu sehen.

In dieser eben so allergerechtest als mildesten Beherzigung hoffe ich, daß Euer ꝛc. mich in dem vorliegenden Falle bey Erwägung obvermerkter Umstände schuldlos finden werden, und ich unterstehe mich sofort submissest anzuflehen, daß Allerhöchstdieselben die vorgefaßte höchste Ungnade schwinden zu lassen, die verordneten Verfügungen aufzuheben, sofort mir und meinem Hochstifte die ehevorige Kaiserl. allerhöchste Gnade und Huld ferner allergnädigst anzugönnen geruhen werden, wohin selbes mit mir allersubmissest erlasse, in tiefester Erniedrigung verharrend

Euer ꝛc. ꝛc.

II.

Schreiben des Fürstbischofs zu Costanz an den Kurfürsten zu Mainz um Unterstützung an dem Kaiserlichen Hof, vom 3. März 1787.

Euer ꝛc. sind jene Irrungen nicht unbekannt, welche sich durch die neuerlichen Einrichtungen

gen Seiner K. K. Majeſt. in Dero Staaten in Kirchenſachen zwiſchen den vorländiſch-öſterreichiſchen Stellen in unſerm biſchöflichen Ordinariate ergeben haben.

Wir verdanken es vorzüglich Eurer ꝛc. geneigter Mitverwendung, und erkennen es mit unvergeßlicher Dankverpflichtung, daß die vorgehabte Diöceſantheilung auf ſich erliegen belaſſen worden. Unſers Orts waren wir ferner jeweils bereit, in den äuſſerlichen Kirchenſachen und Diſciplinar-Gegenſtänden zu den k. k. Anordnungen und zu deren Vollſtreckung die Hände zu bieten, zum theil auch ſolche wegen ihres wirklichen Nutzens auf unſern ganzen Kirchensprengel auszudehnen.

Zwey einzige Gegenſtände ſind im Widerſpruche geblieben, und dieſe wollen gegenwärtig mit einer ſolchen Schärfe durchgeſetzt werden, daß wir davon die unangenehmſten Folgen befürchten müſſen, ſofort uns gedrungen finden, Eurer ꝛc. hohe Unterſtützung uns wiedermalen angelegenſt zu erbitten.

In unſerm Bisthum werden von der unterhabenden Geiſtlichkeit Annaten und primi fructus bezogen; der Betrag davon iſt durch ein uraltes Herkommen, bey Klöſtern und andern Stiftungen aber durch eigene Verträge beſtimmt. Dieſe uralte obſervanzmäßige Abgabe, welche zum Unterhalte des geiſtlichen Raths-Perſonalis beſtimmt

iſt.

ist, hat uns mit einemmal durch eine k. k. Verordnung vom Jahre 1782. entzogen werden wollen. Wir machten hiergegen dringende Vorstellungen, besonders durch den Canal des bey herwärtigem Kreise angestellten Ministers Freyh. von Lehrbach, und da hierauf nach mehrjährigem Betriebe keine Rückäußerung erfolgte, glaubten wir uns berechtiget, in dem Bezuge obgedachter Annaten, und primorum fructuum auch ferner fürfahren zu lassen, mit einemmale aber, ohne alle vorherige Gegenerklärung, Warn- oder Weisung erfolgte von der böhm. öster. Kanzley durch die Regierungsstelle zu Freyburg abschriftlich beygebogene Verfügung, wodurch die Rückstellung der von einem Pfarrer bezogenen primorum fructuum aufgegeben, eine Strafe von 500 Ducaten auferlegt, und zugleich unsere bischöfliche Einkünfte zu besagtem Freyburg mit einem Beschlag für die betreffenden Summen beleget wurden.

Um nicht allzu weitläufig zu werden, enthalten wir uns hiebey der zwar von selbst unter Augen fallenden Bemerkung, wie wenig eine so geartete Straferkenntniß eines Reichsstandes mit der Reichsverfassung vereinbarlich sey, und wie wenig dabey factische Vorschritte mit den Reichs-Gesetzen und den westphälischen Friedens-Handlungen übereinstimme, besonders da eben diese Einkünfte unsers Hochstiftes zu Freyburg diejenigen sind, denen die Friedensschlüsse von Ryswick

Art

Art. XIX. und von Baden Art. V. noch auf vorzügliche Art zu statten kommen.

Der zweyte Gegenstand des fürdaurenden Widerspruchs betrifft die Gerichtsbarkeit über die Geistlichkeit in Civilsachen. Diese will dem bischöflichen Ordinariate mittelst der k. k. Gerichts-Ordnung vom 17. Aug. 1782. ganz entzogen, und in dessen Verfolge der Bischof auch von Verhandlung der geistlichen Verlassenschaften ausgeschlossen werden.

Nun liegt aber ein feyerlicher Vertrag vom Jahre 1629. zwischen dem allerdurchlauchtigsten Erzhaus und unserm bischöflichen Ordinariate im Mittel, wodurch die bischöfliche Jurisdiction über den Clerum anerkennt, und bey derley Erbschaften die Cumulativa angenommen und eingeführt worden ist. Diesen Vertrag haben wir bereits mehrmalen dem allerhöchsten Hofe vorgelegt, und dadurch erweislich gemacht, daß der Grundsatz irrig sey, als ob die Gerichtsbarkeit des Bischofs über seinen Clerum aus landesfürstlicher Concession herrühre, somit von jedem Nachfolger willkührlich rückgenommen werden könne. Gleichwohlen wollen auch diese offenbar irrigen Sätze wiedermalen durch Sperrung der Temporalien und Einziehung der Gefälle durchgesetzt werden, wie Euer ꝛc. aus weiters beygebognen Schreiben der Regierung zu Freyburg umständlich zu entnehmen geruhen werden.

Nun geben wir zu eignem hocherleuchten Ermessen anheim, wie weitgreifend die eben angeführten Schritte der k. k. Stellen seyn, da die vorbeliebten Grundsätze mit Straferkenntnissen gegen Reichsstände behauptet, diese Straferkenntnisse mit Hindannahme oder Beschlag reichsständischer Gefälle zum Vollzug gebracht, über klare Verträge hinausgegriffen, und die Rechte unsers Hochstiftes, denen doch die Reichs-Gesetze und Grundverfassung im Geistlichen eben so, wie im Weltlichen zu statten kommen sollen, ganz willkührlich behandelt werden wollen.

Wir haben über beyde Gegenstände, über letztern aber insbesondere, neuerlich an Se. Kaiserl. Majestät selbst allersubmisseste Vorstellungen gelangen lassen, wovon wir eine Abschrift hier anzufügen die Freyheit nehmen.

Euer ꝛc. erflehen wir sofort angelegenst Dero hochvermögende Verwendung und vorwortliche Bitte mit der unserigen zu vereinigen, und dahin hochgeneigtest mitzuwirken, damit den k. k. Stellen in ihren übergreifenden Vorschritten Einhalt gethan, sofort unser Fürstl. Hochstift bey seinen wohlhergebrachten Rechten und Befugnissen, auch Verträgen ohne fernern Abbruch belassen werden möge. Euer ꝛc. empfehlen wir diese Angelegenheit in jener tiefen Verehrung, womit wir ꝛc.

III.

III.

Schreiben des Churfürſten zu Mainz an des Kaiſers Majeſtät über dieſen Gegenſtand vom 17. April 1787.

Den weltkündigen erleuchteſten Einſichten Euer k.k. Maj. iſt es unverborgen, daß die Stände des deutſchen Reiches, und beſonders die geiſtlichen mit mannigfaltigen Jurisdictionszuſtändigkeiten, auch ſonſtigen uralten Rechten und Gerechtigkeiten verſehen ſind, deren Ausübung denenſelben, von undenklichen Zeiten her, nicht nur in ihren eigenen Reichslanden, ſondern auch in jenen ihrer höchſten und hohen Mitſtänden zuſtändig war.

Der Grund dieſer Rechte ruhet urſprünglich auf dem alten Herkommen, er ruhet auf der an jedem Orte hergebrachten unfürdenklichen Uebung, Gebrauche und Beſitzſtande. Und dieß war von jeher, und dieß iſt noch dermal das, von den Reichsgrundgeſetzen aufgenommene Richtmaß, nach welchem die deutſche Reichsverfaſſung und beſonders die jura ſtatuum in der Sache ſowohl, als in der Beziehung, die ſie auf eigne, oder fremde Territorialbeſitzungen haben mögen, zu beurtheilen ſind.

Es ist dabey der besondern allerhöchsten Aufmerksamkeit würdig, daß die meisten geistlichen Reichsstände derley Rechte in den deutschen Provinzen und in den noch jetzt zu ihrem Kirchensprengel gehörigen Landen schon zu jener Zeit ausübten, als weder sie, noch die weltlichen Fürsten sich im Besitze ihrer nachherigen Erbstaaten und der in der Folge erst erworbenen Landeshoheit befanden.

Schon damals hofften sie das persönliche Erscheinungsrecht bey den fränkisch- und deutschen Comitial-Versammlungen, schon damals waren sie befugt, durch ihr Stimmrecht zu den öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken, es mag nun solches schon entscheidend, oder nicht entscheidend gewesen seyn.

Die Grundquelle dieses Stimmrechts war unstreitig ihre geistliche Würde, und die damit verbundene geistliche Jurisdiction sammt den davon abhangenden Rechten, welche jeder Erz- und Bischof in dem Umfange seines Diöcesanbezirks ohne allen Unterschied des Territoriums hergebracht hatte.

Als daher die weltlichen Fürsten durchgehends zur Regierung der mittlerweil erst erblich gewordenen Provinzen und Lande gelangten; so konnten und dörften dieselben doch jenen uralten Rechten keinen Abbruch mehr thun, welche

welche schon vor Einführung der eignen Territorialhoheit aus dem allgemeinen Verfassungsgrunde, dem Reichsherkommen, entstanden waren.

Sie erkannten vielmehr, welche alte Rechte ihrer geistlichen Mitstände für eben so gültig, für eben so unwiderruflich, als die weltlichen Hoheitsrechte, welche durchaus den nämlichen Ursprung hatten, und welche durch das Daseyn älterer Rechte jene Gränzen und Beschränkungen erhielten, die noch jetzt den Staats- und kirchlichen Verband der deutschen Stände und Territorien unter sich ausmachen.

Aus diesem Grunde gieng auch, so lang das alte Religionssystem in Deutschland unverrückt bestand, die Absicht der deutschen Landes-Herren nie dahin, der geistlichen Gerichtsbarkeit, oder den sonstigen Rechten, die ein benachbarter geistlicher Stand im Lande seines Mitstandes besaß, auf irgend eine Art zu nahe zu treten, oder solche wohl gar aufheben und vernichten zu wollen.

Nein! sie ließen im Gegentheil den Erz- und Bischöfen zur ungehinderten Ausübung ihres Amts und ihrer Befugnisse allen nur erdenklichen Schutz und Beystand angedeihen.

Insonderheit war dieß die Gesinnungsart der glorreichen Vorfahrer Euer ꝛc., welche die Rechte und Vorzüge ihrer geistlichen Mitstände im Umfange ihrer deutschen Erblande immer als ein unverletzliches mit der deutschen Reichsverfassung entstandenes, und folglich einer landesherrlichen Machtverfassung nie unterworfenes Kircheneigenthum geachtet haben.

Nachdem auch die deutschen Religions-Irrungen ausbrachen, und nachdem verschiedene der weltlichen Stände sich von der römischen Kirche trennten, welcher sie deßwegen die Ausübung der geistlichen Gerichtsbarkeit sowohl, als der davon abhangenden Rechte in ihren Landen nicht mehr gestatten wollten; so setzten die eben erwähnten lobwürdigsten Vorfahren Euer ꝛc. sich einem solchen Vorhaben mit allen ihren Kräften entgegen, sie führten mehr dann 100 Jahre für die Behauptung des Besitzstandes die blutigsten Kriege, und da sie gleichwohl nicht gänzlich verhindern konnten, daß die geistliche Jurisdiction in Ansehung der Augsburgischen Confeßionsverwandten einsweil eingestellt, und suspendirt wurde, so war es doch ihrer Mitwirkung und ihren Bemühungen zu verdanken, daß diese Einstellung der geistlichen Jurisdiction durch feyerliche Reichsgrundgesetze auf die alleinige Augsburgische Confeßion, und auf die ihr zugethanene Stände beschränkt, sonst aber fest gesetzt ward, daß ersagte Jurisdiction durch die Erzbischöfe,

Bi-

Bischöfe, und andre Prälaten, so wie deren *Exercitium* an jedem Orte hergebracht, und sie in deren Uebung, Gebrauch und Possession waren, hinfür, wie bisher, ungehindert exerzirt, geübt und gebraucht werden sollte, und möchte.

Euer ꝛc. geruhen aus diesen merkwürdigen Ausdrücken den eigentlichen Geist des Gesetzes allererleuchtest wahrzunehmen, auf welchen es immer anzukommen hat, so oft von den alten Rechten der Stände in den Landen ihrer Mitstände die Frage ist.

Allerhöchstdieselben geruhen anzumerken, daß der Regel nach und außer dem excipirten Falle die geistliche Jurisdiction allenthalben so ausgeübt werden solle, wo und wie solche an jeden Orten hergebracht war; und diese durch den Religionsfrieden so deutlich ausgezeichnete Regel liegt auch dem westphälischen Frieden offenbar zum Grunde, wann derselbe nicht nur die Einstellung der geistlichen Gerichtsbarkeit, sondern auch die, in gewissen Fällen noch vorbehaltene bedingte Ausübung derselben nach dem Entscheidjahre lediglich auf die der Augsburgischen Confessionverwandten Stände und Unterthanen beschränkt, dagegen aber die Stände überhaupt bey ihren alten Rechten auch sonst bey allen löblichen Gewohnheiten forthin handhabet, und sicher stellt.

Da ich mir die Freyheit nehme, Euer ꝛc. diese grundgesetzlichen Vorsehungen, so wie die dabey zu Tage gelegten Gesinnungen ihrer ruhmvollen Vorfahrer ehrerbietigst zu Gemüthe zu führen; so kann und werde ich die Fürdauer eben dieser Gesinnungen unter der höchstbeglückten Regierung Euer ꝛc. nicht bezweifeln.

Allein! es wollen auch Allerhöchstdieselben nur in solchem Betrachte gestatten, daß ich zum untrüglichen Beweise meiner gänzlichen Zuversicht auf die Gerechtigkeitsliebe und auf die constitutionsmäßige oberstheuptliche Denkungsart Euer ꝛc. mich in meiner Eigenschaft als Metropolitan des Hochstiftes Constanz jene nothgedrungenen Vorstellungen entledige, welche die Fürschritte Dero vorderösterreichischen Regierung zu Freyburg wider die althergebrachten Rechte dieses Hochstiftes von meiner erzbischöflichen Amtspflicht erfordern.

Es hat nämlich das zu meiner Provinz gehörige Bisthum Constanz die geistliche Gerichtsbarkeit über das ihm untergebene Personale der vorderösterreichischen Geistlichkeit nicht nur in den eigentlichen Religions- und Kirchensachen, sondern auch in den die geistlichen Personen betreffenden Civilsachen von den ältesten Zeiten her dergestalt ausgeübet, daß die Regenten des Erzhauses keinen Anstand fanden, diesen Besitz

theils

theils werkthätig und ſtillſchweigend, theils aber durch feyerliche zwiſchen dem Erzhauſe und dem biſchöflichen Ordinariate geſchloſſene Verträge, welche die biſchöfliche Jurisdiction ſo gar bey Erbſchaftfällen cumulative feſtſetze, zu erkennen und zu beſtätigen.

Deßgleichen hat erſagtes Bisthum von der zu ſeinem Kirchenſprengel gehörigen vorderöſterreichiſchen Geiſtlichkeit die ſogenannten Annatas, und fructus primi anni zu beziehen, welche zum Unterhalt des geiſtlichen Raths-Perſonals beſtimmt ſind, und deren Betrag ebenfalls durch beſondere Verträge ſowohl, als durch uralttes Herkommen, vorlängſt auf einen ſtändigen Fuß geſetzt iſt.

Dieſe Obſervanz- und Tractatmäßige alte Befugniſſe ſollen dermal, wie Euer ꝛc. durch die Berichte der vorderöſterreichiſchen Stellen ſchon vorgekommen ſeyn wird, dem Hochſtift Conſtanz und dem dortigen Herrn Fürſt-Biſchofe durch landesherrliche Macht und Vorkehre auf einmal ganz entzogen werden, und was dabey das auffallendſte, ja was wirklich ohne Beyſpiel im deutſchen Reiche iſt, ſo begnügt man ſich nicht, mit Sperrung der Temporalien, und Einziehung der biſchöflichen Gefälle dabey zu Werke zu gehen, man will auch unmittelbar die — mit beſondern Vorrechten und Gefällen in den vorder-

österreichischen landen versehene Reichsstände durch eben so unverdiente, als der reichsständischen Würde unangemessene Strafsverfügungen von dem Besitz und Genuß sowohl, als der werkthätigen Behauptung ihrer Rechte abhalten und verdringen.

Denn, nachdem der Herr Fürst-Bischof zu Constanz sich in Betreff der seinem Hochstifte entzogen werden wollenden Annaten mit einer ehrerbietigsten Vorstellung an Euer ꝛc. gewendet, und den Besitzstand sowohl als die Tractate zur Begründung seiner uralten Befugnisse dargeleget hatte, nachdem er hierauf die ununterbrochene Ausübung solcher wohlhergebrachter Rechte unbedenklich fortsetzen zu dörfen glaubte, so wird ihm wider alles Vermuthen, ohne alle vorherige Erklärung, und ohne die geringste Warnung, oder Communication durch die Regierung zu Freyburg eine Geldstrafe von 500. Ducaten angesetzt, zu deren Sicherheit noch dabey ein wirklicher Beschlag für die betreffende Summe auf die bischöfliche Einkünfte geleget wurde.

Wenn Euer ꝛc. einen solchen Hergang mit landesfürstlicher Aequanimität, und mit derjenigen Rücksicht, die Allerhöchst-Sie ihren Reichsmitständen zu widmen gewohnt sind, zu beurtheilen geruhen, wenn Sie die obangeführte Grundbeschaffenheit der geistlichen Jurisdictions-

Diœcesanzuſtändigkeiten, ſo wie aller als hergebrachten Rechte der deutſchen Stände in den Landen ihrer Mitſtände in erleuchteſte Erwägung ziehen: ſo werden Allerhöchſtdieſelben die Art und den Umfang jener harten Beſchwerung keineswegs miskennen können, welche dem Hochſtifte Conſtanz durch eine landesherrliche gänzliche Vernichtung ſolcher Befugniſſe zugehet, deren Beſtand mit der Landeshoheit einerley Urſprung, und zum Theile vor ſolcher noch den Vorzug des ältern Daſeyns hat.

Es kömmt dabey in forderſamen Betracht, daß die geiſtlichen Annaten oder fructus primi anni nichts anders ſind, als eine Wirkung des urſprünglich von jedem Biſchofe ausgeübten Beſteurungsrechts des Kirchen-Eigenthums, wie ſolches zu den Bedürfniſſen des Kirchenregiments erforderlich war.

Dieß Beſteurungsrecht liegt in dem Obereigenthum, welches den Erze und Biſchöfen über alles geiſtliche Privateigenthum und deſſen Nutzungen von jeher eigen geweſen iſt; wo nun die Wirkungen dieſes Obereigenthums von den älteſten Zeiten her noch jetzt in friſcher Uebung ſind, dort dörften auch ſolche für eben ſo unverletzlich zu achten ſeyn, als jede andre Beſitzungsart, die ohne Rechtsverletzung nicht geſchmälert, noch den Eigenthümern entzogen werden darf.

Es ſtellt ſich ſodann der gerechten Rückſicht Euer Majeſtät ferner dar, daß die Jurisdiction über die Civilſachen geiſtlicher Perſonen eine eigene Species der allenthalben in den katholiſchen Staaten Deutſchlandes üblichen kirchlichen Gerichtsbarkeit ſey, welche der weſtphäliſche Friede durch die Worte: tota jurisdictio ecclesiasticae cum omnibus suis speciebus &c. angedeutet hat, und welche dieſer Friedensſchluß im Zuſammenhange mit dem Religions-Frieden durch die alleinige Ausnahme der Augsburgiſchen Confeßionsverwandten ſonſt in jedem andern Betrachte bey der hergebrachten Uebung, Gebrauche und Poſſeßion theils ſtillſchweigend beläßt, theils aber ausdrücklich beſtätiget und handhabet.

Es kann alſo hingegen keine abändernde Verfügung der teutſchen Landesherren mehr ſtatt haben, ohne daß der Verbindlichkeit der Reichsgrundgeſetze, ja ohne daß der Hoheit und dem Anſehen des geſammten Reichs dadurch geſchadet werde.

Der Erheblichkeit dieſer Betrachtungen tritt noch hinzu, daß Euer ꝛc. ſich durch Allerhöchſt-Ihro Wahl-Capitulation anheiſchig gemachet haben, die geiſtlichen ſowohl als die weltlichen Stände bey ihren Hoheiten, geiſt- und weltlichen Würden, auch Rechten und Gerechtigkeiten

ten zu belassen, ja daß Allerhöchst Sie die Erzbischöfe insbesondere so gar als oberster Lehensherr mit ihren geistlichen Würden und Gerechtigkeiten, so wie mit den weltlichen, zu investiren geruhen.

Da Euer ꝛc. hierdurch eine doppelte Verbindlichkeit in Absicht auf den ihnen zuzuwendenden Schutz übernommen haben, so läßt sich darauf die trostvolle Hoffnung gründen, daß Allerhöchst Sie auch in ihrer Eigenschaft als Erzherzog zu Oesterreich keinem der ihrigen eine so ungezweifelte Bekränkung ihrer hergebrachten Rechte erlauben, oder gestatten werden.

Vielmehr haben Euer ꝛc. dero österreichischen Erbstaaten und Lande noch immer als solche Reichszubehörungen angesehen, die das Durchlauchtigste Erzhaus unter dem Röm. Reiche erblich besitzet, und in deren Ansehung die Kraft und Gültigkeit der Reichsgrundgesetze noch nie miskennet worden ist.

Sicher sind also Euer ꝛc. von allen Schritten und Gesinnungen weit entfernt, die sich mit den mehrberührten Reichsgrundgesetzen in irgend einem Widerspruch befinden können.

Zwar

Zwar ist mir nicht unbekannt, daß die bisherigen Vorgänge der vorderösterreichischen Stelle dadurch gerechtfertiget werden wollen, weil in gegenwärtigem Falle die Frage nicht von ständischen, sondern bloß von solchen Rechten sey, die aus landesherrlichen Concessionen herfließen, und die also zum Besten des Staats, der sie bewilliget hat, nach Gutfinden wieder zurücke gezogen werden können.

Allein die Unerfindlichkeit dieses Vorgebens hoffe ich Euer ꝛc. schon aufgeklärt, und dabey überzeugend dargethan zu haben, daß die Erz- und Bischöfliche Jurisdiction quoad omnes suas species, so wie die Besteurung des Kirchen-eigenthums in Deutschland als alt hergebrachte und solche *jura antiqua* zu betrachten sind, welche die Erz- und Bischöfe keineswegs durch landesherrliche Concessionen, wohl aber durch die ursprüngliche Staats- und Kirchenverfassung, durch Observanz und Herkommen, und dort, wo es auf die Temporalgewalt ankömmt, durch die stillschweigende Bewilligung der ältesten fränkischen und deutschen Beherrscher erworben haben.

Solche Rechte (Euer ꝛc. erlauben mir diese mehrmalige Wiederholung) solche Rechte sind weit älter, als die Landeshoheit selbst, sie sind

als

als die Schranken anzusehen, über welche die nachher entstandene Territorial-Hoheit sich aus dem Grunde nicht erheben dürfte, weil jene Rechte das ältere Herkommen, und folglich die Sanction der damal noch unbegränzte herrschenden monarchischen Gewalt der ehemaligen Kaiser und Könige für sich hatten.

Ich wage demnach an Euer ꝛc. durch Gegenwärtiges die eben so dringende als constitutionsmäßige gehorsamste Bitte, daß Allerhöchst-Dieselbe das besondere Wohl ihrer deutschen Erblande keineswegs in der Untergrabung des alten Herkommens und der darauf gegründeten uralten Verfassung, vielweniger aber in der Aufhebung der noch übrigen Wirkungen des kirchlichen Verbandes unter den deutschen Ständen und Territorien zu suchen, und zu gründen geruhen wollen, sondern, da das Fürstl. Hochstift Constanz in den vorderösterreichischen Erblanden solche Jurisdictionszuständigkeiten und solche Ausflüsse des kirchlichen Obereigenthums über die in jeder Diöces befindlichen geistlichen Güter besitzt, welche längst vor dem Daseyn der deutschen Landes-Superiorität schon im Gebrauch und Uebung waren — da diese Rechte von Dero ruhmvollen Vorfahren seit Jahrhunderten unbekränkt und unbestrittener erhalten worden sind; so gewähren Euer ꝛc. eben diesen Rechten auch Ihres allerhöchsten Orts um deßwillen die fernere Beybe-

behaltung, weil selbige einestheils durch gemein verbindliche Gesetze so mannigfaltig geschützet, andern theils aber, weil schon mehr erwähnter massen die Aufrechthaltung des zeitherigen Staats- und kirchlichen Verbandes zwischen den deutschen Ständen und Territorien wesentlich von der Beybehaltung jener Verhältnisse und Zuständigkeiten innerhalb der wechselseitigen Territorial-Gränzen abhängt.

Euer ꝛc. fordere ich hiebey als ersten Reichsstand, als Erzkanzler und Bewahrer der Verfassung sowohl, als des Gesetze in Allerhöchste Ihro Eigenschaft als Reichs-Oberhaupt in der ehrfurchtvollesten Art und im Namen aller vaterländischgesinnten Mitstände dazu auf, daß Allerhöchstdieselben sich in solcher Hinsicht durch keinen andern Bewegungsgrund bestimmen lassen, als durch jene Reichsväterliche Fürsorge, die sie den alten constitutionsmäßigen, das ist, dem auf Herkommen und Gesetze gegründeten Reichssystem von Kaiserl. Amtswegen schuldig sind. Ich fordere Euer ꝛc. auf das ehrerbietigste dazu auf, daß Allerhöchst Sie jene Kaiserliche Gerechtigkeitsliebe hier obwalten lassen, die das Particulare wohl Dero deutschen Erblande nicht begränzen darf, und die sie durch Dero geschworne Wahlcapitulation, dann den Eid Dero Kaiserl. Krönung nicht nur der deutschen Kirchen und ihren Vorstehern, sondern auch vorzüglich den

Reichs-

geistlichen Ständen, ihren geistlichen Würden und Gerechtigkeiten ꝛc. allergnädigst zugesicheret haben.

Bloß diese reichsväterliche Vorsorge und die gerechteste Erfüllung der reichsoberhauptlichen Zusicherungen werden unfehlbar den wahren Glanz und Ruhm Dero Kaiserl. Regierung auf die späteste Nachwelt verbreiten, bloß dadurch vermögen Allerhöchstdieselben sich die Ergebenheit und Treue, die Liebe und Dankbarkeit aller deutschen Stände auf immer eigen zu machen; letztere werden dadurch zu ihrer gänzlichen Beruhigung überzeugt werden, daß Euer ꝛc. gegen sich als höchstansehnlicher Reichsstand den nämlichen Gesetzen, den nämlichen Rechtsgrundsätzen, und den nämlichen justizmäßigen Gesinnungen statt geben, mit welchen Sie als oberster Richter des Reichs durch den Weg der Reichsgerichte in den Angelegenheiten anderer Stände verfahren und erkennen.

Auch wird für Euer ꝛc. selbst die vergnügliche Folge darob entstehen, daß die besondern Vorrechte, Freyheiten, Privilegien, welche das Durchlauchtigste Erzhaus in und vom deutschen Reiche hergebracht, oder durch ehemalige Kaiserl. Commißionen erhalten hat, und welche insgesamt auf dem unzertrennlichen bisherigen Nexu der Erblande mit dem Reiche

und

und dessen ergänzenden Theilen beruhen, durch eine nach und nach erfolgende Auflösung dieses Nexus nicht geschwächet, wohl aber durch eine allenthalbige unverletzliche Bestärkung desselben immer mehr befestiget werden.

Ich erlasse mich übrigens ꝛc.

Eilfter

Eilfter Abschnitt.

Neueste Schicksale der Päbstlichen Nunciaturen in Teutschland.

§. 1.

Unstreitig die wichtigste aller teutschen Staatsangelegenheiten des gegenwärtigen und der nächst verflossenen Jahre sind die große Bewegungen in der katholischen Kirche. Mit den Widersprüchen wider die, in München neu aufgestellte Nunciatur nahmen sie ihren Anfang, und in kurzer Zeit hatten sie sich schon über alle Theile des Verhältnisses der teutschen Kirche mit dem päbstlichen Stul ausgebreitet. Unvorbereitet und ganz unerwartet kamen sie zwar nicht. Aufklärung der Geschichte, diese erklärte Feindin der päbstlich hierarchischen Gewalt, schien diese längst schon in ihren Grundpfeilern erschüttert zu haben, und ihr den nahen Untergang zu drohen. Die Bemühungen des päbstlichen Hofs, das päbstliche Curialsystem vor den Stralen ihres Lichtes zu verbergen, werden in die Länge nicht wirksam genug seyn. Die durch alle Theile der katholischen Kirchenverfassung gehende Reformation in den Oesterreichischen Staaten ist praktische Ausführung des von

Febronius in den Grund gelegten Gebäudes, und ließ ſchon um ein nahmhaftes weiter. Ohne einen hohen Grad politiſchen Prophetengeiſtes zu beſitzen, konnte man vorausſehen, daß der Geiſt der kirchlichen Reforme ſich auch über die übrigen Theile des katholiſchen Teutſchlands früher oder ſpäter verbreiten würde. So ſchnell und ſo allgemein aber würde es nicht erfolgt ſeyn, wenn die Römiſche Kurie nicht ſelbſt durch Fehler der Politik das unter der Aſche glimmende Feuer aufgeblaſen hätte.

§. 2.

Aufſtellung einer neuen Nunciatur in München.

Die Münchner Nunciatursache iſt es, ohne welche der kirchliche Reformationsgeiſt ſicher nicht ſo ſchnell alle Adern des teutſchen Staatskörpers durchloffen haben würde. Der Churpfalzbairiſche Hof wünſchte in ſeiner Mitte einen eigenen Nuncius zu beſitzen. Ob religiöſe Anhänglichkeit an den päbſtlichen Stul oder die feinſte Staatsklugheit, die geiſtliche Gewalt wenigſtens einem großen Theil nach in die Hände eines Prälaten zu bringen, deſſen ganzes Daſeyn von dem Wink des Hofes abhangen würde, der wahre Grund dieſes Wunſches ſey, läßt ſich jetzt noch nicht ſo entſcheidend beſtimmen. Eines wie das andere

hat

hat Gründe für ſich. Für den päbſtlichen Hof hätte, die Ausführbarkeit deſſelben vorausgeſetzt, nach allem Betrachte kein erwünſchterer Antrag kommen können, als dieſer Pfalzbayriſche. Die Nunciatur in Wien war kurz zuvor durch Josephs Anſtalten auf die Würde einer bloßen Geſandtſchaft zurückgeführt worden. Was konnte der römiſchen Kurie in dieſen traurigen Zeiten ihrer Demüthigung angenehmeres widerfahren, als die ſchöne Gelegenheit, auf einer andern Seite wenigſtens einiger Maßen wieder zu gewinnen, was es hier verlohren hatte.

Wenn es von jeher einer der herrſchendſten Züge in dem Charakter der römiſchen Kurie war, ihren Einfluß, ihren Wirkungskreiß, ihre hierarchiſche Gewalt immer weiter auszudehnen: ſo war es wohl nicht zu erwarten, daß ein für das herrſchende Syſtem dieſes Hofs ſo ſchmeichelhafter Antrag unbenutzt würde von der Hand gewieſen werden. Ein vorſichtiger Verſuch, ob der Wunſch nicht wirklich ausführbar ſeyn möchte, würde der Staatsklugheit der Römiſchen Kurie nicht zu verdenken geweſen ſeyn. Daß aber jener reizende Plan gegen die nachdrücklichen Widerſprüche und wiederholten Vorſtellungen der erzbiſchöflichen Höfe Teutſchlands, ja ſogar gegen die gewiß nicht Mark- und kraftloſe Ver-

wendung des kaiſerlichen Hofs durchgeſetzt werden wollte, und in der andern Hälfte des ſiebzehenden Jahrhundert durchgeſetzt werden wollte, iſt, was auch, auf rechtlicher Seite betrachtet, für und wider die Päbſtliche Befugniß, Nuncien mit Fakultäten ausgerüſtet in alle teutſche Lande auszuſchicken, geſagt werden mag a), ein unverzeihlicher Fehler der Römiſchen Politik.

Erweiterung und Arrondiſſement, dieſe Lieblings-Ideen der politiſchen Syſteme ſo mancher weltlichen Höfe, liegen längſt auſſer dem Wirkungskraiß der päbſtlichen Politik. Die Zeit, neue Eroberungen zu machen, iſt für ſie mit dem Dunkel der verfloſſenen Jahrhunderte verſchwunden, und das parta tueri ſollte längſt der Mittelpunkt ſeyn, um welchen ſich alle ihre Operationen drehen ſollten. Eine Sünde wider dieſen erſten Grundſatz der Römiſchen Politik iſt es alſo, daß der päbſtliche Hof die Frage von ſeinen Rechten im Verhältniß mit der teutſchen Kirche ſelbſt in Bewegung gebracht, und dadurch zu einer öffentlichen Staatsangelegenheit Teutſchlands gemacht hat. Die Folgen hievon ſind

a) Ich werde im höchſten Bande Gelegenheit haben, mich auch darüber zu äuſern, wenn ich, wozu der Raum dieſes Bandes nicht mehr zureicht, ſämtliche bisher herausgekommene Schriften anzeigen werde.

ſind für die päbſtliche Hierarchie um ſo gefährdrohender, da ſie ſchon jetzt faſt den ganzen Umfang der Päbſtlichen Gewalt umfaſſen. Die Nunciaturen ſtehen in Gefahr, dasjenige zu werden, was ſie in Wien iſt. Die Erzbiſchöfe Teutſchlands haben einen Plan entworfen, welcher die Päbſtlich hierarchiſche Gewalt in die engſte, oder, mit dem Ausdruck ihres Syſtems zu reden, in ihre urſprüngliche Gränzen zurückführen ſoll, deſſen Ausführung nur durch die kluge Widerſprüche der Biſchöfe noch aufgehalten wird, und die Druck- und Preßfreyheit unſers Jahrzehends bringt eine Menge Schriften b) zum Vorſchein, in welchen mit einer ehmal in Teutſchland ungewöhnlichen Freymüthigkeit die Primat-Rechte des römiſchen Biſchofs geprüft, geläutert, geſichtet werden. Nicht alle politiſche Veränderungen geſchehen durch plötzliche Revolutionen, ſo wenig alle Menſchen am Schlag-

b) Unter andern Schriften erſchien auch eine intereſſante Schrift, unter dem Titel: Pragmatiſche und actenmäſige Geſchichte der zu München neu errichteten Nunciatur ſamt Beleuchtung des Breve Pius VI. an den Fürſtbiſchof zu Freiſingen. Mit authentiſchen Urkunden belegt. Frankfurt und Leipzig 1787. worinn bis auf die 25ſte S. die Geſchichte der Münchner Nunciatur entwickelt und mit Urkunden belegt wird, welche ich hiebey vorzüglich benutze.

fluß ſterben. Auch ſchleichende Fieber bringen am Ende den Tod.

Der Gegenſtand verdient es, daß ich auch hier die Geſchichte dieſer höchſtwichtigen kirchlich politiſchen Bewegungen aufzeichne, und die Urkunden derſelben vorlege. Ich ſchränke mich in dieſem Abſchnitt nur auf die Nunciatur-Sache ein, und werde im nächſten Bande den mit dieſer Nunciatur-Sache in der innigſten Verbindung ſtehenden Gegenſtänden des Embſer Kongreſſes auch einen eigenen Abſchnitt widmen.

§. 3.

Vorſtellungen einiger geiſtlichen Fürſten Deutſchlands wider die Errichtung derſelben.

Schon die erſten geheimen Nachrichten von den Unterhandlungen des Kurpfalzbairiſchen Hofes in Rom machten die Aufmerkſamkeit einiger Erzbiſchöfe und Biſchöfe Teutſchlands rege. Da der Pabſt durch die am 14. Febr. 1785. gefaßte Entſchlieſſung den Wünſchen dieſes kurfürſtlichen Hofes ſchon vollkommen entſprochen hatte, ſo war keine Zeit mehr zu verlieren, diejenige Maasregeln zu ergreifen, durch welche etwa die würkliche Ausführung noch zu rechter Zeit hätte gehemmt werden können.

Der Kurfürſt und Erzbiſchof zu Maynz, der Erzbiſchof zu Salzburg und der Biſchof zu

Frei-

Freiſingen, in deſſen Diöces die neue Nunciatur aufgeſtellt werden ſollte, ſind es, welche in dieſer wichtigen teutſchen Kirchenangelegenheit gemeinſchaftliche Sache machten, und ſich entſchloſſen, durch ihre Agenten dem Päbſtlichen Hof die bedenklichen Folgen vorzuſtellen, welche mit der Abſendung eines mit Facultäten verſehenen Nuncius nach München verbunden ſeyn würden. Der Fürſtbiſchof zu Freiſingen ſchränkte ſich zwar in ſeinem Promemoria Num. I. in die Gränzen einer ehrerbietigen Anfrage ein, welche aber doch auch ſchon mit der bedenklichen Aeuſſerung verbunden war, daß die Aufſtellung einer Nunciatur Mishelligkeiten mit den teutſchen Kirchenvorſtehern veranlaſſen würde, die ſelbſt zum Nachtheil des Päbſtlichen Stuhls gereichen könnten. Um ſo kräftiger hingegen — der Würde eines teutſchen Reichsfürſten gemäs — war die Sprache, welche in der Denkſchrift des Salzburgiſchen Geſchäftsträgers (Num. II.) herrſchte, und dem noch ungedruckten Kurmainziſchen Memoire hat es gewis eben ſo wenig an Stärke und Nachdruck gefehlt o).

o) Nach der Kurmainziſchen an den Kaiſer erſtatteten Anzeige vom 22. Sept. 1785. (unten Num. VIII.) befand das Weſentliche dieſes Promemoria in der Anfrage: „Ob es die Abſicht habe, den nach München abzu-

Alle dieſe Vorſtellungen gründeten ſich auf die Vorausſetzung, daß nur in dem Fall, wenn der Nuncius, mit Facultäten ausgerüſtet, auftretten würde, die zu Bedenken gegebene nachtheilige Folgen eintretten, im entgegengeſetzten Fall aber, wenn der Nuncius, ohne ſolchen Umfang geiſtlicher Gewalt, nur als Geſandter am Münchner Hof erſcheinen würde, alle jene Bedenklichkeiten hinwegfallen würden.

§. 4.

Päbſtliche Erklärung hierüber. Ernennung des Herrn Zoglio zum Nuncius.

Dieſe nachdrückliche Vorſtellungen der angeſehenſten Reichsfürſten und Erzbiſchöffe hätten billig dem Päbſtlichen Hof eine Warnungsſtimme ſeyn ſollen, in dieſer wichtigen Sache wenigſtens keinen übereilten Schritt zu thun, um nicht ruhende Beſchwerden dadurch in Bewegung zu ſetzen. Diß ſcheint aber nicht die Wirkung derſelben geweſen zu ſeyn. In den Gegenpromemorien des Päbſtlichen Secretario della Cifra (Num. III. und IV.) wurde, „um alle Unruhen

„abzuſendenden Nuncium etwa lediglich als einen Geſandten am Churpfälziſchen Hoflager erſcheinen zu „laſſen, oder aber denſelben auch mit geiſtlichen Facultäten in die über die Pfalzbairiſchen Lande einſchlagenden teutſchen Diöceſanbezirke zu verſehen.“

wahren und Beſorgniſſe, welche die Abſendung eines Nuncius nach München veranlaſſen möchten, gänzlich zu entfernen, auch zur ganz frey erklärt, daß der Nuncius zu München mit eben der geiſtlichen Gewalt erſcheinen würde, welche vor dem Nuncius zu Cölln bisher daſelbſt ausgeübt worden ſey [d]; eben als ob nicht gerade diß der eigentliche Gegenſtand der ſchon zum Voraus eingelegten Widerſprüche wäre; ſondern es wurde auch — ohne zuvor die Wirkung, welche dieſe Päbſtliche Gegenäuſerung an jenen geiſtlich-Fürſtlichen Höfen Teutſchlands herfürbringen möchte, abzuwarten [e], ſchon

T 5

d) Der päbſtliche Nuncius zu Cölln führt beſtändig den Titel als Nuncius, Judex ad tractum Rheni, aliasque inferioris Germaniae partes cum potestate legati de latere. Nuncius. Und dieſer für Niederdeutſchland aufgeſtellte Nuncius ſoll rechtmäſſige gerichtliche Handlungen in Baiern vorgenommen haben, wodurch er ſogar die ihm von dem päbſtlichen Stuhl ſelbſt geſetzte Gränzen überſchritten haben würde?

e) Zu hoch kann man diß der Politique der römiſchen Kurie doch nicht anrechnen. Sie ſcheint ſich, neben der Unterſtützung des Kurfürſten von der Pfalz auch auf die Verſicherungen des Kaiſerlichen Hofs in einem von dem Grafen von Seinsheim nach Rom erlaſſenen Schreiben vom 8. Jun. 1785. verlaſſen zu haben, deren das Breve des Pabſts an den Fürſtbiſchof zu Freiſingen gedenkt. Sie ſcheint alſo wirklich die Vorſicht

ſchon vom 27. Jun. 1785. Herr Zoglio in einem gehaltenen Conſiſtorium wirklich zum Nuncius in München ernannt, und die geſammten Kur-Pfalzbairiſchen, auch Jülich- und Bergiſchen Lande zu ſeinem Nunciaturbiſtrikt beſtimmt.

§. 5.

Wiederholte Vorſtellungen der Erzbiſchöflich- und biſchöflichen Höfe.

Je auffallender dieſer Schritt jenen Erzbiſchöflich- und biſchöflichen Höfen ſeyn mußte, je ernſtlicher mußten die Maasregeln werden, zu deren Ergreifung ſich dieſe Höfe nun entſchloſſen. Entweder ſollten wiederholte nachdrückliche Vorſtellungen den Päbſtlichen Hof doch noch auf andere Geſinnungen leiten, oder der mächtige Arm des oberſten Schutzherrn der Kirche dasjenige bewirken, was jene nicht vermochten. Nach der Verſicherung des Verfaſſers der Pragmatiſchen und actenmäſigen Geſchichte der zu München neu errichteten Nunciatur f) wurde in einer freymüthigen

Vorſicht gebraucht zu haben, die Geſinnungen des Kaiſerlichen Hofes über die Abſendung eines Nuncius nach München zuvor eingezogen zu haben. Die in jener Aeuſerung liegende Zweydeutigkeit aber führte ſie irre, indem ſie auf Nuncien, mit Facultäten verſehen, deutete, was ohne Zweifel nur von bloſen päbſtlichen Geſandten zu verſtehen war.

f) §. 13. S. 14.

nöthigen Sprache der Römiſchen Kurie zu erkennen gegeben:

Es könnte derſelben nicht unbekannt ſeyn, daß a) der Regel nach die Geſchäfte und Angelegenheiten der beſondern Kirchen durch ihre Biſchöfe und ordentliche Vorſteher beſorgt werden müßten, und nur in auſſerordentlichen Fällen, z. B. wenn der ordentliche Hirte offenbar auſſer den Schranken tritte, und ſein Amt vernachläſſige, vermöge der allgemeinen Obſorge die Gerichtsbarkeit des Kirchenoberhaupts einſchreite, und auf dieſe Weiſe der Anfang der Kölniſchen Nunciatur die Ausnahme von der Regel und zwar von ſolcher Art ſey, daß letztere dadurch vollkommen beſtätigt werde; indem die Religionsänderung des Erzbiſchofs zu Köln Gebhards und die damit verbundene Störung der deutſchen Hierarchie die Urſache geweſen, warum der Pabſt, gemäs den Kanonen, Handeinſchlagen und proviſorſiſche Hülfe leiſten mußte; daß b) die nachherigen Erzbiſchöfe darauf gutwillig dem Nuncius zugelaſſen haben, in gewiſen Fällen Jurisdiction auszuüben, dieſe aber lediglich auf dem Willen der erſtern be-

ruhe,

ruhe, und nicht von allen anerkannt worden sey; daß c) bald hernach dieser Nuncius Eingriffe in die Gerechtsame der deutschen Kirchen-Prälaten gemacht habe; und es deswegen schon längst der Wunsch der Patrioten am Rheinstrom gewesen sey, der Kölnischen Nunciatur die Ausübung der Jurisdiction in Teutschland zu untersagen, und folglich die zeitherige Nachsicht zurück zu ziehen; daß d) schon öfters manche Vorsteher der teutschen Kirche selbst bey Kaiser und dem Reich angelegentlichst gegen derley Uebergriffe Hülfe und Unterstützung nachgesucht haben.

Auch sollen noch viele andere gegen die Errichtung der neuen Nunciatur streitende Gründe in dem zweyten Promemoria zusammengefaßt, und von verschiedenen Erzbischöflich- und Bischöflichen Agenten, von dem einen kürzer, von dem andern weitläufer; von dem einen glimpflicher, von dem andern stärker und nachdrücklicher übergeben worden seyn. Anstatt aber, daß diese ernstliche, kräftige, vereinte Sprache dieser teutschen Kirchenhäupter alle römische Staatsklugheit hätte rege machen sollen, scheint sie nur um so festere Beharrlichkeit veranlaßt zu haben. Einige derselben wurden keiner Antwort gewürdigt, sondern nur

auf

auf die vorige verwiesen, und in derjenigen, welche dem Kurfürstlich-Mainzischen Agenten ertheilt wurde, (unten Num. V.) wurde die Päbstliche Entschliesung beharrt, „da der heiligste Vater innigst überzeugt sey, daß die gerichtlichen Verhandlungen, welche bisher in München und in dem übrigen Baiern bald von den Päbstlichen Nuncien zu Wien, bald von denen zu Köln z) vorgenommen worden seyen, mit Recht nicht mit der gehässigen Benennung heimlicher oder widersprochener Handlungen belegt werden können, auch die Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit den Rechten der Ordinarien nicht nachtheilig und noch weniger den Koncordaten der teutschen Nation entgegen sey.“

§. 6.

Sie wenden sich daher an das Reichsoberhaupt.

Der Schluß wurde also gefaßt, sich nun an den Schutzherrn der Kirche zu wenden, der in seinen eigenen Staaten schon einen so pragmatischen

z) Nun erst werden die beiden Nuncii zu Wien und Cöln zusammengenommen, nachdem — vielleicht von Teutschland aus — die Römische Curie belehrt worden seyn mag, daß die in dem ersten Memoire behauptete Ausübung gerichtlicher Handlungen der Nunciatur zu Cöln in Baiern einen offenbaren Widerspruch enthalte.

tiſchen Kommentar über die iſidoriſchen Grundſätze von der Gewalt des Pabſtes geſchrieben hat. Um der Sache deſto mehr Gewicht zu geben, wurde deswegen von dem Kurfürſten zu Mainz und dem Erzbiſchof zu Salzburg auch an die übrigen, und zwar, wie es ſcheint, an ſämmtliche Erzbiſchöfe und Biſchöfe Teutſchlands geſchrieben h). Was für Aeuſerungen hierauf von den Biſchöfen Teutſchlands an jene beiden Erzbiſchöfe eingeloffen ſeyen, iſt bisher noch nicht öffentlich bekannt geworden, ſo, wie auch die Erklärungen der Kurfürſten und Erzbiſchöfe zu Trier und Köln noch nicht ans Licht getretten ſind. Daß aber mehrere Biſchöfe nicht in die Entwürfe derſelben eingegangen ſeyen, hat der Erfolg bewährt, und aus einem Schreiben des Kurfürſten von Trier an den Nuncius Belliſomi zu Köln vom 18. Jan. 1786. i) iſt zu erſehen, daß dieſer damal die

h) Es iſt ſolches aus dem Schreiben des Kurfürſten von Trier an den Nuncius (unten Num. XVIII.) zu erſehen, wo der Kurfürſt ſagt: Univerſa haec quaeſtio occaſione nunciaturae Monachii in Bavaria recens ſtabiliendae recruduit, qua de cauſa *Moguntinus et Salisburgenſis* Archiepiſcopi reliquorum Epiſcoporum in Germania expetiere vota, ut communes Imperatori, ceu libertatis eccleſiaſticae vindici, preces offerre poſſent.“

i) Nach erſt angeführten Worten dieſes Schreibens heißt es

die Maasregeln jener beiden Erzbiſchöfe ebenfalls noch nicht gebilligt, ſondern ſeinen Beytritt dazu verweigert und dieſe Geſinnung ſogar dem Pabſt ſelbſt in einem eigenen am 27. Jun. 1785. an denſelben erlaſſenen Schreiben eröfnet habe. Nicht, als ob der Kurfürſt in der Hauptſache anderer Meynung geweſen wäre, ſondern nur aus dem Grunde, weil die von Kurmainz und Salzburg ergriffenen Maasregeln ihm zu ſtark ſchienen. Es iſt dieſes, neben dem angeführten Schreiben an den Nuncius [k]), auch aus einem von dem Kurfürſten von Trier an eben demſelben Tag an den Kurfürſten von der Pfalz erlaſſenen Schreiben (unten Num. VI.) deutlich zu erſehen, da derſelbe in ſolchem, unter der Aeuſerung, daß dem Kurfürſten nicht unverhalten ſeyn könne, daß die Anſtellung eines Nuncius mit Facultäten der bisherigen Verfaſſung der teutſchen Biſtümer

und

es daſelbſt weiter: „*Verum huic poſtulationi accedere nolui: quae ſenſa ſanctitati ſuae in litteris de 27. Jun. anni elapſi prolixius aperui.*“

k) In welchem ſagt der Kurfürſt weiter: Quae mea ſit ſententia, nuper memini expoſuiſſe. Hanc certe ſanctitas ſua aegre moleſteve haud poterit ferre, ſi me nec conſtitutionis huius (caeſareae) promotoredi, ne auctorem dicam, eſſe noverit. Pro maximo in hanc devotionis ſtudio *certe ſui moderatior temperatiorque*, woraus zu ſchlieſſen iſt, daß der Kurfürſt doch wirklich auch Vorſtellungen dagegen gemacht habe.

liſchen Kommentar über die iſidoriſchen Grundſätze von der Gewalt des Pabſtes geſchrieben hat. Um der Sache deſto mehr Gewicht zu geben, wurde deswegen von dem Kurfürſten zu Mainz und dem Erzbiſchof zu Salzburg auch an die übrigen und zwar, wie es ſcheint, an ſämtliche Erzbiſchöfe und Biſchöfe Teutſchlands geſchrieben h). Was für Aeuſerungen hierauf von den Biſchöfen Teutſchlands an jene beiden Erzbiſchöfe eingeloffen ſeyen, iſt bisher noch nicht öffentlich bekannt geworden, ſo, wie auch die Erklärungen der Kurfürſten und Erzbiſchöfe zu Trier und Köln noch nicht ans Licht getretten ſind. Daß aber mehrere Biſchöfe nicht in die Entwürfe derſelben eingegangen ſeyen, hat der Erfolg bewährt, und aus einem Schreiben des Kurfürſten von Trier an den Nuncius Belliſomi zu Köln vom 18. Jan. 1786. i) iſt zu erſehen, daß dieſer damal die

h) Es iſt ſolches aus dem Schreiben des Kurfürſten von Trier an den Nuncius (unten Num. XVIII.) zu erſehen, wo der Kurfürſt ſagt: Univerſa haec quaeſtio occaſione nunciaturae Monachii in Bavaria recens habiliendae recruduit, qua de cauſa *Moguntinus et Salisburgenſis* Archiepiſcopi reliquorum Epiſcoporum in Germania expectare vota, ut communes Imperatori, ceu libertatis eccleſiaſticae vindici, preces offerre poſſent.“

i) Nach erſt angeführten Worten dieſes Schreibens heißt es

die Maasregeln jener beiden Erzbiſchöfe ebenfalls noch nicht gebilligt, ſondern ſeinen Beytritt dazu verweigert und dieſe Geſinnung ſogar dem Pabſt ſelbſt in einem eigenen am 27. Jun. 1785. an denſelben erlaſſenen Schreiben eröfnet habe. Nicht, als ob der Kurfürſt in der Hauptſache anderer Meynung geweſen wäre, ſondern nur aus dem Grunde, weil die von Kurmainz und Salzburg ergriffenen Maasregeln ihm zu ſtark ſchienen. Es iſt dieſes, neben dem angeführten Schreiben an den Nuncius [k]), auch aus einem von dem Kurfürſten von Trier an eben denſelben Tag an den Kurfürſten von der Pfalz erlaſſenen Schreiben (unten Num. VI.) deutlich zu erſehen, da derſelbe in ſolchem, unter der Aeuſerung, daß dem Kurfürſten nicht unverhalten ſeyn könne, daß die Anſtellung eines Nuncius mit Facultäten der bisherigen Verfaſſung der teutſchen Biſtümer und

es daſelbſt weiter: „*Verum huic poſtulationi accedere nolui: quae ſenſa ſanctitati ſuae in litteris de 27. Jun. anni elapſi prolixius aperui.*“

k) In welchem ſagt der Kurfürſt weiter: Quae mea ſit ſententia, nuper memini expoſuiſſe. Hanc certe ſanctitas ſua aegre maleſteve haud poterit ferre, ſi me nec conſtitutionis huius (caeſareae) promotorem, ne auctorem dicam, eſſe noverit. Pro maximo in illius devotionis ſtudio *certe fuit moderatior temperatiorque*, woraus zu ſchlieſſen iſt, daß der Kurfürſt doch wirklich auch Vorſtellungen dagegen gemacht habe.

und Kaiserlichen Wahlcapitulation zuwider, sey, sich über die Münchner Nunciaturfache eine nähere Aufklärung ausgebeten hat, welche freylich nach der Beilage Num. VII. der Kurtrierischen Erwartung nicht entsprechen haben kann.

Einstimmigkeit, auch nur unter den Erzbischöffen Teutschlands, war also damal noch nicht zu erlangen, wiewohl nicht zu zweifeln ist, daß Kurköln den Kurmainzischen und Salzburgischen Vorschlägen ohne ähnliche Bedenklichkeiten beygetretten sey. Inzwischen ist diß ohne Zweifel der wahre Grund, warum nur von den beiden Erzbischöfen zu Mainz und Salzburg diese wichtige Angelegenheit an den Kaiserlichen Hof gebracht, und darinn der oberste Schutz- und Schirmherr der Kirche um Unterstützung gebeten wurde. Merkwürdig ist dabey, daß die nachdrückliche Kurmainzische Vorstellung vom 22. Sept. 1785. (unten Num. VIII., womit ohne Zweifel auch die Salzburgische übereingestimmt haben wird,) nicht nur der wichtigsten Gründe gedenkt, welche der Aufstellung einer neuen Nunciatur entgegenstehen, sondern auch die Befugniß des päbstlichen Hofes, Nuncien mit Facultäten in Teutschland aufzustellen, überhaupt in Widerspruch zieht, und namentlich der dem Nuncius zu Köln nach dem bey-

gelegten Verzeichnis seiner Facultäten ertheilten Gewalt, als einer solchen Erwähnung thun, die kein teutscher Erz- und Bischof ohne Abbruch, ja ohne gänzliche Vernichtung seiner ungezweifelten Diöcesanrechte annehmen oder nachgehen könne.

§. 7.

Sie erhalten eine ihren Wünschen über das Maas ihrer Bitte entsprechende Kaiserliche Entschliesung.

Die Zeiten haben sich geändert. Im Jahr 1769., da Joseph II. von den Erzbischöfen zu Rettung der Freiheit der teutschen Kirche aufgerufen wurde [l], hatte derselbe noch Gründe, sie mit ihren Vorstellungen an die Quelle selbst, den Päbstlichen Hof, zu verweisen [m]. Die grosen kirchlich-politischen Entwürfe aber, die Joseph in seinen eigenen Staaten seit seiner Alleinherrschung

l) Gravamina trium Archiepiscoporum Moguntinensis, Trevirensis et Colonienſis contra curiam apostolicam anno 1769. ad Caesarem delata.

m) Die Autworr sei nämlich dahin aus: „Daß sich „Kaiserliche Majestät nicht in diese Beschwerden „nicht mengen thunten. Sie ertheilten den Herrn „Erzbischöffen demnach den Rath, daß sich ein jeder „mit der ihn betreffenden Beschwerden für sich un„mittelbar an den Papst wenden möchte.“

schung ausführt, waren Bürge dafür, daß jene Gründe nicht mehr eintreten würden. In der That gieng Joseph in seinen hierauf an die sämmtlichen Erzbischöfe Teutschlands erlassenen Reskripten Num. IX. viel weiter, als gebeten wurde. Sie enthalten nicht nur die bestimmte oberschutzherrliche Versicherung: Ihre Kaiserliche Majestät würden dem Päbstlichen Stuhl erklären lassen, daß sie niemal gestatten würden, daß die Erz- und Bischöfe im Reich in ihren von Gott und der Kirche ihnen eingeräumten Diöcesanrechten gestört werden; daß Sie hinfüro die Päbstliche Nunzien nur als Päbstliche Abgesandte zu politischen und jenen Gegenständen gesinnet erkennen, welche unmittelbar dem Pabst als Oberhaupt der Kirche zustehen; daß Sie aber diesen Nuncien weder Jurisdictions-Ausübung in geistlichen Sachen, noch eine Judicatur gestatten können, und daher auch solche eben so wenig dem in Köln schon befindlichen als dem hier zu Wien, noch einem andern irgendwo in Teutschland fürohin kommenden päbstlichen Nuncius zugelassen werden solle: sondern, was das wichtigste dabey ist, der oberste Schutzherr der Kirche forderte auch zugleich, unter Versicherung alles Kaiserlichen Beystandes, die Erzbischöfe auf,

alle

alle ihre Metropolitan- und Diöceſanrechte, ſowohl für ſich, als auch durch Verſtändigung ihrer Suffragoren, theils der benachbarten fremden Biſchöfe aufrecht zu erhalten, und alle päbſtliche Eingriffe ſtandhaft hintanzuhalten.

§. 8.

Der Kaiſer läßt dem päbſtlichen Stuhl Vorſtellungen machen, aber vergeblich.

Daß hierauf Joſeph II. dem päbſtlichen Stuhl wirklich die triftigſten Vorſtellungen habe machen laſſen, daran läßt ſchon die bündige, ſtarke, unzweydeutige Verſicherung in den angeführten Reſcripten ſchlechterdings nicht zweifeln. Der Protektor der teutſchen Nation Cardinal Graf Herzan erhielt den Auftrag, zu Hintertreibung dieſer Nunciatur alles anzuwenden, und dem Pabſt die zweckmäſigſten Vorſtellungen dagegen zu machen. Ohne Zweifel wurden ſolche auch mit Gründen unterſtützt, welche aus eben dem ins Ganze gehenden Syſtem hergenommen waren, auf welches die in den angeführten Reſcripten enthaltene Kaiſerliche Verſicherung gegründet iſt. Aber auch dieß war dem päbſtlichen Hof noch nicht Beweggrund genug, der ganzen Sache auf eine ſchickliche Art eine andere Wendung zu geben. Zwar wurde Zoglio auf

seiner nach München schon angetretenen Reise wirklich eine Zeitlang durch päbstliche Befehle unterwegs aufgehalten. Endlich aber erhielt er den Befehl, die Reise fortzusetzen, und seine Nunciatur zu eröffnen.

§. 9.

Zoglio kommt in München an.

Im Monat May des Jahrs 1786.[a] kam Zoglio wirklich zu München an. Den Erzbischöffen und Bischöffen, deren Kirchsprengel sich über die Bairisch-Pfälzisch- und Jülich-Bergische Lande verbreiteten, kündigte er seine Ankunft mittelst des Num. X. abgedruckten Schreibens an, dem das päbstliche Creditiv Num. XI. und ein Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Nro. XII. beygelegt waren. In dem letztern war auch ausdrücklich bemerkt, daß Zoglio in den Pfalzbairischen Staaten eben dieselbe Gerichtsbarkeit ausüben würde, welche die Nuncien zu Kölln und Wien bisher ausgeübt hätten.

§. 10.

Congreß zu Embs.

Die Ankunft dieses Prälaten scheint die teutschen Erzbischöffe und Bischöffe hauptsächlich ver-

[a] Es ist ein Druckfehler, wenn es in der actenmäßigen Geschichte ꝛc. heißt: im Sommer 1785.

veranlaßt zu haben, die ihnen von dem Reichs-Oberhaupt und Schutzherrn der Kirche an Hand gegebene Mittel ohne längern Zeitverluſt zu ergreifen, und vorderſamſt unter ſich ſelbſt über die Grundſätze zu berathſchlagen, wie die Metropolitan- und Diöceſan-Rechte der Erzbiſchöffe und Biſchöffe gegen die Päbſtlichen Eingriffe und Anſprüche zu ſchützen wären.

Im Auguſt des Jahrs 1786. wurde in dem Bade zu Embs die wichtige Zuſammenkunft der Erzbiſchöflichen Abgeordneten gehalten, auf welcher über den ganzen Umfang des Verhältniſſes der teutſchen Kirche mit dem päbſtlichen Stuhl Berathſchlagungen gehalten, und hierauf diejenigen Schlüſſe gefaßt, und in eine Punktation gebracht wurden, welche im Anfang des Jahrs 1787. in dem Reſultat des Embſer Kongreſſes ꝛc. durch den Druck bekannt gemacht worden ſind, und inzwiſchen ſo viele Bewegungen zwiſchen den Erzbiſchöffen und Biſchöffen, ſo wie zwiſchen den Erzbiſchöfflich- und Biſchöfflichgeſinnten Gelehrten veranlaßt haben. Ich werde von dieſer wichtigen Sache im nächſten Bande in einem eigenen Abſchnitt reden. Inzwiſchen will ich hier nur die in dieſer Punktation in Anſehung der Nuncien Num. IV. lit. d.

aufgeſtellten Grundſätze bemerken. Sie ſind daſelbſt ganz kurz alſo gefaßt:

„Eben ſo hören d) die Nunciaturen in Zukunft völlig auf. Die Nuncii können nichts anders, als Päbſtliche Geſandte ſeyn, und dörfen nach der von Kaiſerlicher Majeſtät unterm 12. Oct. 1785. ertheilten allerhöchſten Erklärung, welche ſich auf die Kirchen. ſowohl als Reichsfundamentalgeſetze gründet, keinen Actus jurisdictionis voluntariae oder contentioſae mehr ausüben.“

§. 11.

Die Baieriſche Geiſtlichkeit wird an die Nunciatur zu München gewieſen.

Zoglio lies ſich aber weder durch dieſe ernſte Maasreglen, noch durch andere Widerſprüche wider ſeine Nunciatur irre machen, und von dem Baieriſchen Hof wurde er darinn nach Num XIII. und XIV. durch eine von der Kurfürſtlich. geiſtlichen Kanzley an die geſamte Geiſtlichkeit erlaſſene Verordnung vom 24. Sept. 1786. unterſtützt. In ſolcher wurde nämlich der Geiſtlichkeit die Ankunft deſſelben zu dem Ende bekannt gemacht, damit ſie ſowohl, als andere kurfürſtliche Unterthanen und Landesinwohner, welche

welche vor dieſem an die Nunciaturen zu Wien, Köln und Lucern gegangen ſeyen, hinfüro nicht mehr dorthin, ſondern ſtatt deren an die päbſtliche Nunciatur zu München ſich zu wenden wiſſen. Und ſchon am 26. Mai 1786. war ein Kurfürſtliches Decret ergangen, worinn nach dem Inhalt des Commiſſorialis (unten Num. XV.) zu urtheilen, die Fälle beſtimmt worden ſeyn müſſen, in welchen man ſich an die Nunciatur zu wenden habe.

§. 12.

Zoglio ſtellt für die Pfälziſchen und Jülich-Bergiſchen Lande Commiſſarios auf.

Ueberdieß lies es Herr Zoglio nicht dabey bewenden, bey verſchiedenen Gelegenheiten die Gewalt eines päbſtlichen Nuncius wirklich auszuüben [o], ſondern er ſtellte auch für die von

[o] In der actenmäſſigen und pragmatiſchen Geſchichte ꝛc. iſt aus der Urkunde lit. N. zu erſehen, daß derſelbe in der Freiſingiſchen Diöces bey Gelegenheit der Einweihung einer Kirche vollkommenen Ablaß ertheilt habe, und aus der Beilage Lit. O. daß er in einem Kurfürſtlichen Territorial- und Metropolitan-Diöceſanort im zweiten Grade der Schwägerſchaft Diſpenſation verliehen habe. Auch Appellationen wurden von demſelben angenommen. Der Verfaſſer der deutſchen Acten zu einer römiſchen Apologie der Nunciaturen

§. 13.

Der Pabſt vertheidigt ſeine Rechte in einem Schreiben an den Biſchof zu Freiſingen.

Noch mehr erregte das von dem Pabſt an den Biſchof zu Freiſingen am 18. Oct. 1786. erlaſſene Antwortſchreiben (Num. XVII.) die Aufmerkſamkeit der teutſchen Kirchenhäupter q). Es enthält ſolches eine kurze Kirchenſtaatsrechtliche Deduction für die Rechte des Kirchenhaupts. Die Sätze, die darinn ausgeführt werden, laufen darauf hinaus: Das Kaiſerliche Circularſchreiben ſey der Aufnahme eines Nuncius und der Ausübung ſeiner Gerichtsbarkeit weder wirklich entgegen, noch könne es derſelben im Wege ſtehen; die Nunciaturgerichtsbarkeit ſey vielmehr ſelbſt in den Concordaten, den Reichsabſchieden und der Kaiſerlichen Wahlkapitulation gegründet, indem dieſe teutſche Reichsgeſetze nur gegen die Misbräuche eiferten, nur dagegen gerichtet wären, daß weltliche Sachen nicht vor die Nunciaturen gezogen werden. Auch mit

q) Der Verfaſſer der actenmäſigen Geſchichte der Münchner Nunciatur und einige andere Schriftſteller behandelten dieſes Schreiben als unächt und untergeſchoben, jedoch offenbar blos in der Abſicht, um ſich deſto ſtärkerer Ausdrücke dagegen bedienen zu können.

(Num. XVI.) zu erſehen iſt. Auch dieſe Neuerung, welche, wo nicht auf eine förmliche niedere Inſtanz hinauszulaufen, doch wenigſtens ganz darauf angelegt zu ſeyn ſcheint, die möglichſte Ausdehnung der Nunciaturgewalt auf alle Weiſe zu befördern p), machte bey den Erzbiſchöffen und Biſchöffen nicht wenig Aufſehen.

p) Die Aufſtellung dieſer Commiſſarien iſt freilich nach dem Innhalt der Commiſſorialien eine ganz unſchuldige Sache, die blos die Bequemlichkeit der Hülfſuchenden und übrigen Einwohner der entfernten Theile des Nunciaturbezirks zur Abſicht zu haben ſcheint. Der Verfaſſer der Anmerkungen über das Reichshofrathsreſcript vom 27. Febr. 1787. ſcheint ganz recht zu haben, wenn er not. 10. ſagt: „Wenn man den dieſen Nunciaturcommiſſariis in ihrem Commiſſorio gegebenen Auftrag Jurisdiction nennen wollte: ſo müßten alle Poſtſekretärs, und jeder, der die Gallegenheit habe, das Paquet auf- und zuzuthun, dadurch eine Jurisdiction wirklich erhalten haben.“ Was aber, nach dem von jeher durch einfliſſigen römiſchen Curialſyſtem, durch beſondere Aufträge in einzelnen Sachen, und ſeiner Zeit, wenn man erſt feſten Fuß gefaßt hätte, vielleicht gar durch allgemeine Erweiterung des Commiſſorii daraus geworden wäre, iſt eine ganz andere Frage. Mit eben dem Recht, mit welchem ein neuer Nuncius in München aufgeſtellt werden konnte, kann auch ein eigener in Mannheim und ein eigener in Düſſeldorf aufgeſtellt, folglich noch vielmehr ſein Commiſſariat erweitert werden.

§. 13.

Der Pabſt vertheidigt ſeine Rechte in einem Schreiben an den Biſchof zu Freiſingen.

Noch mehr erregte das von dem Pabſt an den Biſchof zu Freiſingen am 18. Oct. 1786. erlaſſene Antwortſchreiben (Num. XVII.) die Aufmerkſamkeit der teutſchen Kirchenhäupter q). Es enthält ſolches eine kurze Kirchenſtaatsrechtliche Deduction für die Rechte des Kirchenhaupts. Die Sätze, die darinn ausgeführt werden, laufen darauf hinaus: Das Kaiſerliche Circularſchreiben ſey der Aufnahme eines Nuncius und der Ausübung ſeiner Gerichtsbarkeit weder wirklich entgegen, noch könne es derſelben im Wege ſtehen; die Nunciaturgerichtsbarkeit ſey vielmehr ſelbſt in den Concordaten, den Reichsabſchieden und der Kaiſerlichen Wahlkapitulation gegründet, indem dieſe teutſche Reichsgeſetze nur gegen die Misbräuche eiferten, nur dagegen gerichtet wären, daß weltliche Sachen nicht vor die Nunciaturen gezogen werden. Auch mit

q) Der Verfaſſer der aktenmäſſigen Geſchichte der Münchner Nunciatur und einige andere Schriftſteller behandelten dieſes Schreiben als unächt und untergeſchoben, jedoch offenbar blos in der Abſicht, um ſich deſto ſtärkerer Ausdrücke dagegen bedienen zu können.

mit den kanoniſchen Geſetzen, nach welchen dem Pabſt die Befugnis, Bannen zu ſchleudern, zuſtehe, ſey das Kaiſerliche Schreiben nicht verbindlich: folglich könne dieſes, utpote a potestate laica prodiens " die Beobachtung der geiſtlichen Geſetze nicht aufheben, wenn es auch wirklich ein wahres Geſetz oder Edikt wäre; dieß ſey es aber nicht einmal, ſondern nur ſimplex morae insinuationis epistola per nonnullorum importunitatem a Caesare perscripta, non personam legislatoris, sed advocati et imperii defensoris gerente; wie es dann, da die teutſchen keine andere, als auf der Reichsverſammlung gegebene Geſetze erkennen, auch nach der Verfaſſung Teutſchlands nicht geſetzgebende Kraft haben könne u. dgl. r)

Was beſonders auffallend in dieſem Schreiben war, iſt die Verſicherung: der Kaiſer habe ſelbſt den Erzbiſchöffen, da ſie zu demſelben ihre Zuflucht genommen haben, zu erkennen gegeben, „daß es in der Willkühr des Päbſtlichen Stuhls „ſtehe, nicht nur einen, ſondern, wenn er es „gut

r) Dieſes Schreiben verrathet wirklich etwas mehr Bekanntſchaft mit unſerer teutſchen Verfaſſung, als von Rom zu erwarten iſt. Es iſt mir daher wahrſcheinlich, daß vermuthlich der Entwurf dazu von einem teutſchen Gelehrten an Hand gegeben worden ſeyn mag.

gut stünde, stets Nuncien zu schicken, und man daher ihn, als das Reichsoberhaupt nicht in eine Suche mischen müsse, mahne auf keinerley Art in die Reichsconstitutionen einschlage. Diß seyen, heißt es, in dem Päbstlichen Schreiben, die eigenen Worte, deren sich der Graf von Seinsheim in einem am 8ten Jun. 1782. an den zu Rom residirenden Minister bedient habe. Es läßt sich jedoch diese Aeußerung mit den nachher erklärten Gesinnungen des Kaiserlichen Hofs in sofern gar wohl vereinigen, wenn man annimmt, daß in jener Aeußerung von dem Recht Nuncien zu schicken überhaupt und ohne Zurückhaltung die Rede gewesen sey.

§. 14.

Neuer Auftritt, bey der Nunciatur zu Köln durch eine Ehedispensation veranlaßt.

Zu eben der Zeit, da diese zu Behauptung der Nunciatur zu München vorgenommenen Schritte, allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten, ereignete sich auch zu Köln ein Auftritt, weswegen die vorher schon wider das Daseyn einer Nunciatur in ihrer bisherigen Gestalt eingelegten Widersprüche verstärkt wurden. Ehe ich jedoch dieses Vorfalls gedenke, muß ich zuvor einiger ältern Vorgänge Erwähnung thun.

Bey

Bey der Nunciatur zu Kölln ist bekanntlich im Jahr 1786. von dem Päbstlichen Hof ein Nuncienwechsel vorgenommen worden. Der gewesene Nuncius Bellisomi wurde nach Assabon versetzt, und an seine Stelle Bartholomaeus Pacca, Erzbischof zu Damiat, zum Nuncius in Kölln ernannt. Bellisomi war noch als Nuncius anerkannt. Die Widersprüche wider die Nunciatur-Gerichtsbarkeit nahmen aber doch schon vor seiner Zurückberufung ihren Anfang. So bald die Erzbischöfe aus dem Kaiserlichen Schreiben vom 12. Oktober 1785. der Gesinnung und des Schutzes des Reichs-Oberhaupts gewiß waren, wollten sie sogleich auch die bis dahin ausgeübte Nuntiatur-Gerichtsbarkeit zu Kölln aufgehoben wissen. Sogar der Kurfürst und Erzbischof zu Trier, welcher zuvor nicht von sich erlangen konnte, in die Maasregeln der Erzbischöfe zu Mainz und Salzburg einzugehen, ließ nun, nachdem er das Kaiserliche Rescript erhalten hatte, schon am 4. Nov. 1785. eine Erklärung ausgehen, wodurch für die Zukunft alle Appellationen an die Nunciatur verbotten wurden; und da diese nichts destoweniger in den vor derselben schon anhängigen Processen mit weiteren Erkenntnissen fortfuhr, so wurde diese Kurfürstlich-Erzbischöfliche Erklärung

im

drückten Fällen in sich schliesse; so war diese Handlung eben keine so sträfliche Frevelthat, wie sie von den Erzbischöflichgesinnten Schriftstellern angesehen wird, da der Pabst nur ein wenigstens stillschweigend bisher anerkanntes Recht ausübte, und dem allgemeinen katholischen Kirchenhaupt, dessen Würde zwar schon so viel von seinem alten Glanze verlohren hat, doch noch das Recht zugestanden werden muß, das dem untersten Glied der Kirche und dem letzten Bürger des Staats gar nicht widersprochen wird, sich — in seinem Besitz zu schützen. Da aber nun einmal der Schluß gefaßt ist, nicht nur den Nunciaturen in Teutschland ein Ende zu machen, sondern auch die päbstliche Gewalt überhaupt in ihre ursprüngliche Gränzen zurück zu weisen, so war vorauszusehen, daß der Kurfürst zu Kölln die nachdrücklichsten Maasregeln ergreifen würde; und nach dem System der Wiederherstellung der ursprünglichen Kirchenverfassung enthält es freilich auch keinen Widerspruch, den Besitz einer angesprochenen Befugniß einzugestehen, und doch nicht nur die Rechtmäßigkeit derselben in Widerspruch zu ziehen, sondern sich auch der ferneren Ausübung einer solchen Befugniß zu widersetzen; nicht zu gedenken, daß in Absicht auf die Ehedispensationen im Kölnischen

der

der päbſtliche Beſitz doch noch einigen erheblichen Zweifeln unterworfen iſt q.

Der

q Der Verfaſſer der Widerlegung der in franzöſiſcher Sprache erſchienenen hiſtoriſch-theologiſch- und kritiſchen Bemerkungen über den Erzbiſchöflichen Hirtenbrief Sr. Kurfürſtlichen Durchlaucht zu Kölln vom 4ten Hornung 1787. ꝛc. (Bonn 1787) behauptet, daß den Erzbiſchöffen Ferdinand und Max Heinrich von Kölln, welche zuerſt ſolche Indulta gehalten haben, dieſelben ohne ihr Anſuchen vom Römiſchen Hof ertheilt worden ſeyen, und keiner dieſer beiden Erzbiſchöffe um Ertheilung Römiſcher Facultäten gebetten habe. Des Eingang ihrer Indulte beweiſt es auch wörtlich. Cum, heißt es in dem Indult Innocentius des X. vom 17. März 1645. *ſicut accepimus*, in Coloniens. et Leodienſ. civitatibus et Dioeces. quarum tu Archiepiſcopus et reſpective epiſcopus ex Conceſſione et Diſpenſatione Aplica eſſe dignoſceris, multae et diverſae pauperes perſonae ſcientes aut ignorantes, aliquod inter eos impedimentum exiſtere, quominus poſſint invicem matrimonialiter copulari, matrimonia inter ſe per verba de futuro contraxerint et carnali copula conſummaverint — quas ab invicem ſeparari ſine ſcandalo non poſſe dubitatur; nos earum ſtatui et conſcientiae ſecuritati ac animarum ſaluti, quantum cum Domino poſſumus, conſulere volentes, fraternitati tuae, ut ad ſeptennium proximum à data præſen computand. omnes et ſingulos etc. Ohne allen Zweifel würde der Eingang ganz anders lauten, wenn von dem Kurfürſten ſelbſt und zwar zum erſtenmal zur Ertheilung

Der Kurfürſt erließ nämlich am 27. Nov. 1786. das Num. XXI. dieſem Abſchnitt beygefügte Schreiben an den Nuncius, worinn, ohne der Eigenſchaft eines päbſtlichen Nuncius Erwähnung zu thun, der Widerſpruch nur auf das Widerrechtliche einer ſolchen von einem fremden

---

theilung eines ſolchen Indults gebetten worden wäre. Es hat alſo alle Wahrſcheinlichkeit für ſich, daß die ganze Sache in einem feinen politiſchen Kunſtgriff der römiſchen Kurie ihren erſten Grund habe, und durch die Nunciatur zu Kölln ſelbſt veranlaßt worden ſey.

Auch iſt mir bey der Sache bedenklich, daß man von Seiten des päbſtlichen Stuhls in Abſicht auf die in den Indulten nicht begriffene Fälle, deren ſich ſeit dem Jahr 1645. gewiß mehrere zugetragen haben, nicht einen einigen Fall anführte, in welchem ſeit den verfloſſenen 140. Jahren die Diſpenſation wirklich vom Pabſt oder der Nunciatur ertheilt worden wäre. Wenigſtens wird in dem Circular des Herrn Pacca keiner angeführt, welches in Abſicht auf die wirkliche Ausübung der Ehediſpenſationsbefugnis um ſo verdächtiger iſt, als Herr Pacca ſelbſt gleich im Eingang ſeines Circulars ſagt: in quibusdam dioeceſibus *et a nonnullis Archiepiſcopis* concedi diſpenſationes ab impedimentis matrimonialibus in gradibus nequaquam expreſſis aut comprehenſis in facultatibus à ſede apoſtolica impetratis etc. Der in den Indulten enthaltenen Einſchränkung unerachtet ſcheinen alſo die Erzbiſchöffe zu Cölln das Diſpenſations-Recht nichts deſtoweniger uneingeſchränkt ausgeübt zu haben.

fremden Biſchoff in einer andern Diöces vorgenommenen Handlung gegründet wurde. Auch wurde dem Kurkölniſchen Miniſter zu Rom Marquis d'Antici nach Nro. XXII. der Auftrag gemacht, an dem päbſtlichen Hof ſich über dieſen Vorgang im Namen des Kurfürſten zu beſchweren.

§. 16.

Angebliche Antwort des Nuncius.

Ob und was der Nuncius Pacca auf dieſes Schreiben geantwortet habe, iſt nicht mit Zuverläſigkeit bekannt. In den wichtigen Urkunden zur fernern Aufklärung der Klagen wider die Päbſtlichen Nunciaturen iſt zwar in der II. Numer ein Auszug einer in ſtarken Ausdrücken gefaßten Antwort enthalten. Das Weſentliche derſelben geht dahin: Die ertheilte Ehedispenſation ſey von ihm nicht als Erzbiſchof von Damiat, ſondern als Päbſtlichem Nuncius ertheilt worden. Sie könne alſo um ſo weniger als eine von einem fremden Biſchof vorgenommene Jurisdictionshandlung angeſehen werden, als ſicher keine Kirche in der Welt wahrhaft katholiſch ſeyn könne, in welcher die Gerichtsbarkeit des Primaten als eine fremde Gerichtsbarkeit angeſehen werde. Der heiligſte Vater würde den Pflichten ſeines apoſtoliſchen Amtes

nicht Genüge thun, wenn er ſeinem Diſpenſations-Recht entſagen würde. Die Vorſicht der Diſpenſationen ſey unentbehrlich. Keine Geſetzgebung würde ohne ſolche nützlich ſeyn. Wenn man der Theorie eines gewiſen Neulings folgen würde, nach welcher jeder Biſchof in ſeiner Diöces von den Geſetzen der allgemeinen Kirchenzucht ſollte diſpenſiren können: ſo würde bald weder Ordnung, noch Uebereinſtimmung, weder Gleichförmigkeit, noch Einheit und Kirchenzucht mehr in der Kirche ſeyn. Auf ſolche Art würde kein Biſchof mehr an die allgemeine Kirchengeſetze gebunden ſeyn. Die Schlüſſe einer allgemeinen Kirchenverſammlung würden nicht mehr Kraft haben, als die beſondere Verordnungen eines Diöceſanſynods. Der Kurfürſt möchte hierüber das an den Kurfürſten zu Trier erlaſſene Päbſtliche Breve und die päbſtliche Verdammungsbulle des Eybeliſchen Werks einſehen und prüfen.

Wegen der Ehediſpenſationen insbeſondere könne gar kein Zweifel obwalten, da die Erzbiſchöfe zu Kölln ſelbſt die Erlaubnis zu diſpenſiren öfters von dem apoſtoliſchen Stuhl nachgeſucht und auch erhalten haben. Der Kurfürſt werde alſo ſelbſt einſehen, daß er ganz regelmäſig zu Werk gegangen ſey.

Uebrigens

Uebrigens würde ihm zwar der Verluſt der Gnade und Gewogenheit des Kurfürſten ſehr empfindlich fallen: einem Diener der Kirche könne aber nicht zur Schande gereichen, wenn ihm wegen Beobachtung ſeiner Amtspflichten mit Gewaltthätigkeit begegnet würde.“

Dieſer ganze Auszug wurde aber in des Hamburger politiſchen Journals vom Jahr 1787. ſiebenten Stück S. 782. für erdichtet und untergeſchoben erklärt, mit der Verſicherung, daß ſolches dem erhabenen Kurfürſten nie zu Handen gekommen ſey, ohne jedoch zu bemerken, ob ein anderes Schreiben von dem Nuncius an den Kurfürſten erlaſſen worden ſey, oder nicht.

§. 17.

Circular des Nuncius Pacca, die Ehedispenſationen betreffend.

Noch kühner waren die Schritte des Päbſtlichen Nuncius Pacca, wodurch er die alleinige Päbſtliche Ehedispenſationsbefugnis öffentlich zu rechtfertigen ſuchte. Ohne weder dem Kurfürſten zu Köln, noch den Kurfürſten zu Mainz und Trier vorher das Geringſte davon eröfnet zu haben, ließ Pacca, und zwar auf ausdrücklichen Befehl des Päbſtlichen Hofes, an die geſamte Geiſtlichkeit der drey Erzbiſtümer Mainz,

Trier und Kölln ein Circularſchreiben vom 30. Nov. 1786. (Beil. XXIII.) ausgehen, welches im Köllniſchen ſogar während einer von dem Kurfürſten ins Münſteriſche gemachten Reiſe zum Vorſchein kam. Es war alſo der Plan ſo angelegt, daß erſt eine Diſpenſation vorgenommen werden, und dann derſelben dieſe öffentliche Schrift auf dem Fuß nachfolgen ſollte. In ſolcher nun wird unter Anführung aller von Kölln ſeit dem Jahr 1645. von Mainz ſeit 1653. und von Trier ſeit 1662. von dem päbſtlichen Hofe erlangten Indulte, behauptet, daß die Erzbiſchöffe dieſes Diſpenſationsrecht nicht aus eigener Gewalt, ſondern aus den von dem Pabſt erlangten und von fünf zu fünf Jahren beſtätigten Facultäten ausüben; daß auch die gegenwärtigen Erzbiſchöffe ſolche Indulte erhalten haben, nämlich der Erzbiſchof von Mainz den 11. Jul. 1782, der Erzbiſchof von Trier den 7. Apr. 1783. und der Erzbiſchof zu Kölln den 27. Mai 1784. Daß aber dieſe Facultäten denſelben nach der dritten Formel ertheilt worden ſeyen, und das Diſpenſationsrecht nur

in tertio et quarto ſimplici, et mixto tantum cum pauperibus [u], in contrahendis,

u) Cum pauperibus tantum! und zwar, wie dieſe Facultäten

hendis, in contractis vero cum hereticis conversis etiam in secundo simplici et mixto, dummodo nullo modo attingat primum gradum

enthalten, welches nur in Anſehung der Oeſterreichiſchen Unterthanen neuerlich im Jahr 1782. die Erzbiſchöffe zu Kölln und Trier eine weitere Ausdehnung v) erhalten haben. Alle von Erzbiſchöffen ertheilte und in der dritten Formel und deren auf Oeſterreichiſche Unterthanen eingeſchränkten Ausdehnung nicht ausgedrückte Diſpenſationen werden alſo für unkräftig, die auf ſolche Diſpenſationen gegründete Ehen für ungiltig, ja für Blutſchande und die daraus erzeugte Kinder für aller Legitimitätsrechte unfähig erklärt. Dieſes Circularſchreiben wurde an alle Pfarrer und die übrige Geiſtlichkeit der drey Erzſtifter Mainz, Trier und Kölln ausgeſchickt.

täten es den Biſchöffen zur Pflicht auflegen, gratis die Reichen aber bezahlt ſich die Kurie ſelbſt wohl! Ein charakteriſtiſcher Zug der Kurie! Was wohl der Herr Fürſt von Hohenlohe-Bartenſtein für die Eheditpenſation bezahlt haben mag?

v) „Diſpenſandi cum ſubditis Auſtriacis in gradibus „tertio et quarto ſimplici et mixto tantum, nedum „cum pauperibus ſed etiam cum nobilibus et diviti„bus in contrahendis.“

§. 18.

Erzbiſchöfliche Verfügungen dagegen.

Dieſer raſche Schritt des Päbſtlichen Hofs erregte eine ſtarke Senſation. Die drey Erzbiſchöffe und ihre Vicariate faßten die übereinſtimmende Entſchlieſung, die nachdrüklichſten Befehle ergehen zu laſſen, daß das Circularſchreiben von allen ohne Unterſchied wieder an ſeinen Urheber zurückgeſchickt werden ſolle. (XXV — XXVII.) Von dem trieriſchen Vicariat wurde ſolches auch dem Herrn Erzbiſchof zu Damiat *) in einem Schreiben (Num. XXVIII.) mit der geäuſerten Zuverſicht, ſimile quid quocumque etiam Nuncii apoſtolici culpa in poſterum nequaquam emanaturum " zu erkennen gegeben. Auch konnten die Erzbiſchöflichgeſinnten Gelehrte nicht ſchwarze Farbe genug finden, um dieſes unjuſtificirliche Betragen des Nuncius, dieſe aufrühriſche, empöreriſche Handlung, dieſe Aufwiegelung gegen den ordentlichen geiſtlichen Oberherrn, dieſe ſträfliche Zerrüttung, und wie die Namen alle

*) In dem Trieriſchen und Cölniſchen Vicariatsbefehl wird ausdrüklich erklärt, daß der Erzbiſchof von Damiat in der Eigenſchaft eines Päbſtlichen Nuncius nicht erkannt werde. Das Mainziſche hingegen enthält keine ſolche Verwahrung.

alle heisen, welche sie denselben beylegten, zu schildern.

§. 19.

Beschwerden des Erzbischoffs am Kaiserlichen Hof.

Viele genug aber, die Wirkung des Pacischen Circulars durch die erlassene Vicariats-Verfügungen dem grösten Theil nach vereitelt zu haben, wandte sich der Kurfürst zu Kölln auch sogleich an den obersten Vogt- und Schutzherrn der Kirche, das Reichsoberhaupt, und bat in einer Officialanzeige um zweckmäsige Kaiserliche Verfügungen. Die Kurfürsten zu Mainz und Trier thaten eben dasselbe. Auch sie übergaben ähnliche Anzeigen, welche jedoch, wenn sie gleich unter dem 27. und 28. Dec. 1786. datirt waren, erst am 22. Febr. 1787. überreicht worden sind. Durch diese Officialanzeigen wurde die Nunciaturſache, welche vielleicht ohne seinen auffallenden Schritt des Päbstlichen Hofes und seines Gesandten nur in Verbindung mit den übrigen Gegenständen der Emsser Punctation behandelt worden wäre, abgesonderter Gegenstand einer gemeinschaftlichen Beschwerde bey dem Reichsoberhaupt.

§. 20.

Reichshofrathsconcluſum vom 27. Febr. 1787.

Es folgten auch dieſen Beſchwerden und Officialanzeigen der Erzbiſchöffe in dem Concluſo vom 27. Febr. 1787. (Num. XXVIIII.) die nachdrücklichen Erkänntniße des Reichshofraths auf dem Fuß nach, worinn nun nach dem Ausſpruch dieſes Reichs-Juſtizcollegiums x) nicht nur das Paccaiſche Circulärſchreiben auch von Kaiſerlichen oberſtrichterlichen Amtswegen caſſirt, ſondern auch die Aufſtellung eines Nunciaturcommiſſarius in den Jülich- und Bergiſchen Landen, auf die auch über dieſen Gegenſtand ausgedehnte Kurköllniſche Beſchwerde y), ebenfalls verbotten, und aus dem wichtigen Grunde,

„weil Ihro Kaiſ. Majeſtät als oberſter „Schutz-

x) Das Kaiſerliche Handſchreiben vom 12. Oct. 1785. war nicht im Reichshofrath gefaßt.

y) Der Schluß aus den angeführten Gründen ſollte eigentlich auf die Vernichtung der ganzen Nunciatur gehen. Der Reichshofrath muß aber doch Gründe gefunden, in dieſer Sache nicht von Kaiſerlichem Amtswegen zu verfahren, ſondern ſich nur auf den durch Beſchwerde am Kaiſerlichen Hof angebrachten Gegenſtand einzuſchränken. In den übrigen Pfalzbairiſchen Staaten iſt alſo die Nunciaturgerichtsbarkeit noch nicht reichsgerichtlich aufgehoben.

„Schutzherr der teutſchen Kirche nicht ge-
„ſtatten könnten, daß ohne Dero allers
„höchſten Genehmigung derley neuerliche
„fremde Jurisdictionen in dem teutſchen
„Reich eingeführt, die Gerichtsſtellen ver-
„mehrt, andurch aber auch die teutſchen
„Erz- und Biſchöffe in ihren geiſtlichen
„Gerechtſamen eingeſchränkt würden."

dem Kurfürſten von der Pfalz befohlen, daß er dem Päbſtlichen Nuncius, Zoglio in ſeinen Jülich- und Bergiſchen Landen keine Jurisdiction geſtatten, ſondern wider den Probſt Roberts allenfalls mit Sperrung der Temporalien verfahren ſolle.

Von dem Innhalt des Paccaiſchen Circularſchreibens enthält dieſer Reichshofrathsſchluß nur die doppelte Bemerkung, daß ſolches auf eine ungebührliche und unanſtändige Art mit gänzlicher Vorbeygehung des Herrn Kurfürſten a) an die ihm untergeordnete Geiſtlichkeit

a) Ob als Landesherrn, oder als Erzbiſchof, oder in beiden Eigenſchaften wird nicht ausgedrückt. Im erſten Fall lauft die Sache auf die Frage von dem Placito territoriali hinaus. In der letztern Eigenſchaft hat der Kurfürſt und Erzbiſchof zu Cölln nicht nur mehrere Cölniſche Synoden, welche alle päbſtliche Verordnungen verwachen, die nicht von dem Ordinario

lichkeit erlaſſen worden ſey, und daß daſſelbe ſich zum Theil auch unter einem blos weltlichen Gegenſtand verbreite; welches ſich ohne Zweifel auf den Schluß beziehet, worinn der Herr Nuncius den Kindern, die aus einer Ehe naher Verwandten erzeugt werden würden, wobey die Erzbiſchöffe, die ihnen in Abſicht auf das Diſpenſationsrecht geſetzte Gränzen überſchritten hätten, ſogar auch aller Legitimitäts-Rechte unfähig zu erklären ſich anmaßte.

Uebrigens iſt, mir wenigſtens, von weiterem Verfahren am Reichshofrath in dieſer Sache nichts bekannt geworden [a]).

§. 21.

---

mehr eingeſehen und gutgeheiſſen, ſondern auch die Bulle In ſupremae vom J. 1392, für ſich, worinn Bonifacius IX. ſelbſt bezeugt: „quod in civitatibus vel dioeceſibus Coloniensi, Moguntinensi et Trevirensi aliquae litterae apoſtolicae executionis mandata non paſſunt, nisi prius per hujusmodi Archiepiſcopum, in cujus civitate vel dioeceſi executio ſit facienda, vel per aliquem alium ſuper hoc ab eo deputatum viſae et examinatae fuerint, ac in ſignum hujus examinationis hujusmodi praedictum Archiepiſcopum vel deputatum hujusmodi teſtimoniales litterae ſint confectae.“ In libro ſtatut. et docum. univ. Col. p. 43.

a) In den Noten eines Ungenannten, welche über dieſes Concluſum in einer Schrift, die den Titel führet: Kaiſers

§. 21.

Päbſtliches Schreiben an den Kurfürſten zu Cölln und Antwort darauf.

Das neuſte in dieſer Sache iſt die Korreſpondenz zwiſchen dem Pabſt und dem Kurfürſten zu Cölln über dieſen Gegenſtand. Nachdem Pacca ſchon die Folgen ſeines kühnen Schritts an ſeinen Hof berichtet haben könnte, und auch wirklich berichtet haben wird, erfolgte nicht nur am 23. Dec. 1786. die Aeuſerung des Kardinal-ſtaatsſecretärs an den Kurkölniſchen Agenten, Mar-

---

Kaiſerliches Reichshofrathsreſcript Martis 27. Febr. 1787. die Päbſtliche Nunciaturen im Reich, beſonders die zu München betreffend, mit Anmerkungen. 1787.

wird Not. 15. die Bemerkung gemacht: „In der Capit. Caeſ. art. 24. §. 12. beſchwuren Se. Majeſtät: „Es ſollen alle und jede vor den Kaiſ. Reichshofrath „gehörige Sachen allezeit in pleno abgehandelt und „weder zuvor noch hernach vor einige Deputationen ꝛc. „gezogen, noch deren geraden Rechtslauf unterbrochen „und gehemmt werden.“ Und doch behauptet man „im Publico, dieſes Reſcript wäre nicht in pleno, „ſondern in einer beſondern Deputation, und zwar „blos per majora um eine Stimme abgefaſſet worden. „Wenn dieſes in gegenwärtiger ſowohl ratione perſonarum als objecti gewis ſehr wichtigen Sache „wirklich ſo iſt, ſo gehört auch dieſer Fall zu denen „ſub dict. Frankfurt. den 12ten Merz 1742. angezeigten Mängeln bey dem Kaiſerlichen Reichshofrath.“

Marquis d'Antici auf deſſen Beſchwerde über die von dem Nuncius ertheilte Ehedispenſation, ſondern am 20. Jan. 1767. erlies auch der Pabſt ſelbſt ein Breve an den Kurfürſten, welches über den ganzen Umfang der Frage von dem Päbſtlichen Diſpenſationsrechte und der Befugniß, Nuncien auszuſchicken, mehr in väterlich-wehmüthigem Ton bb), als in der alten, ſtolzen, gebieteriſchen, drohenden Curialſprache jener Jahrhunderte, in welchen der Biſchof Roms mit ſchaudervoller Würde die Rolle eines geiſtlichen Univerſalmonarchen ſpielte, ſich verbreitet und — ſtatt der geiſtlichen Waffen, welche einſt nicht nur die untergeordnete Fürſten dieſes Kirchen-

bb) Wer ſollte nicht beynahe zum Mitleiden hingeriſſen werden, wenn das Jahrhunderte lang angebetete, mit Furcht und Zittern angebetete Kirchenhaupt nun einem ſeiner erſten Brüder zu Gemüth führen muß: Quin etiam extraneum appellaſti, ac ſi ad eum tuae dioeceſis negotia nullo modo pertinere debeant; *quaſi nos ipſi extranei in eccleſia dioeceſique Tua ſimus*, qui memorato jure Primatus à Chriſto per b. Petrum nobis tradiki eundem ibidem conſtituimus u. ſ. w. wenn es zuletzt in die wehmüthige Bitte ausbricht: „Te igitur, quantum poſſumus, in Domino obſecramus, Ven. frater, ne his miſerrimis eccleſiae temporibus nobis nova infligantur vulnera, à Te ſcilicet, à quo minimè expectandum erat, quae tanto altius confodient cor noſtrum, quanto antea certiora Nobis Tecum unionis vincula, atque eccleſiae praeſidia extitura ſperabamus.“

Kirchenhaupts, ſondern auch ganze Völker und ihre Beherrſcher in Furcht und Schrecken ſetzten — mit Beweisgründen ſeine Rechte gegen ſeine Mitbrüder behauptet, und ſich zuletzt noch, wie in dem Breve an den Biſchof von Freyſingen, mit dem Beweis beladet, daß das Kaiſerliche Schreiben vom 12. Oct. 1785. dem Kurfürſten nicht im Weg ſtehe, die Pflicht gegen das geiſtliche Oberhaupt zu erfüllen.

Wenn es ſchon demüthigend genug vor das allgemeine Kirchenhaupt iſt, ſeine Würde gegen ſeine eigenen Glieder mit einer langen Reihe von Beweisgründen behaupten und mit der höchſt wahrſcheinlichen Vorausſicht behaupten zu müſſen, daß ſie nicht einmal Eingang finden werden: ſo iſt es vollends niederdrückend, wenn alle dieſe gehäufte Beweiſe nicht einmal einer eigentlichen Widerlegung gewürdiget werden.

Die Kurfürſtliche Antwort vom 2. Apr. 1787. (Num. XXXI.) iſt zwar in die kindliche Ehrerbietung eingehüllt, welche der verjährte Curialſtil gegen den Päbſtlichen Hof mit ſich bringt; in der Hauptſache aber erklärt ſich der Kürfürſt darinn, voll Selbſtgefühls ſeiner erhabenen Würde, mit ſo entſchiedener Entſchloſſenheit, mit ſo feſter Beharrlichkeit und Standhaftigkeit,

haftigkeit, — ganz aus dem Syſtem der wieder herzuſtellenden urſprünglichen Verfaſſung des Kirchenregiments — daß der Päbſtliche Hof nothwendig die untröſtliche Ueberzeugung daraus ſchöpfen muß, daß hier alle weitere Vorſtellungen vergeblich aufgewendet ſeyn würden, mithin, da die geiſtlichen Waffen, die in den vorigen Jahrhunderten der Finſterniß Wunder thaten, längſt ſtumpf geworden ſind [cc], nichts anders übrig bleibe, als, nach der Schlußfolgerung des Päbſtlichen Schreibens [dd] dieſen tief einſchneidenden Schmerzen mit Geduld zu ertragen, bis Zeiten kommen, die — wirkliche oder eingebildete Primatrechte wieder geltend zu machen.

§. 22.

In dieſer Lage befindet ſich dieſe wichtige Angelegenheit. Am Reichshofrath ſcheint dieſelbe

cc) „Der Donner des Capitols iſt heut zu Tag' nur ein Erbſungewitter des Theaters" ſagt der Freyherr von Moſer über die Regierung der geiſtlichen Staaten in Teutſchland, S. 196.

dd) Quodſi, ſagt Pius VI. am Ende, adhuc urgere perges, Noſtris ac S. hujus Sedis damnis inſiſtere, minimam quidem afferet nobis doloris acceſſionem. Sed ſi quantuscunque fuerit, effugere profecto non poterit, quo animum noſtrum ab eo deducat propoſito, ne ſcilicet unquam à transmiſſo in nos Primatus jure decedamus."

selbe gegenwärtig zu ruhen. Zwar ist nicht nur den Erzbischöffen, sondern auch dem Kurfürsten von der Pfalz in dem Concluso vom 27. Febr. 1787. aufgegeben worden, in einer Frist von 2. Monaten Kaiserlicher Majestät anzuzeigen, wie sie dem Kaiserlichen Rescripts Folge geleistet haben. Es ist auch bekannt, daß von Seiten des Kurfürsten dasjenige, was ihm in Ansehung des Nunciatur-Commissarius von Robert aufgegeben wurde, nicht befolgt worden ist. Entweder ist also keine Befolgungs-Anzeige oder statt deren eine Vorstellung dagegen übergeben worden. Nach dem gewöhnlichen Gang des reichsgerichtlichen Verfahrens hätten also inzwischen in contumaciam weitere Verfügungen in der Sache ergehen sollen. Bisher aber ist von nachgefolgten Erkänntnissen nichts bekannt geworden. Ob politische Rücksichten des Kaiserlichen Hofes diesen Reichsgerichtlichen Stillstand veranlaßt haben, oder ob solcher seinen zufälligen Grund darinn habe, daß der Kurfürst zu Köln nicht gut gefunden haben mag, die Sache am Reichshofrath weiter fortzusetzen, und durch eine Ungehorsamsanzeige wiederholte Kaiserliche Verfügungen auszuwirken, lasse ich dahin gestellt seyn.

Wahr-

Wahrſcheinlich haben auch die Widerſprüche mehrerer Biſchöffe wider das Erzbiſchöflich entworfene Kirchenreformationsſyſtem, denen man vielleicht nicht in dem Grad entgegengeſehen hat, Antheil daran. Wenigſtens ſcheint die Nunciaturſache mit den übrigen Gegenſtänden der Emſer Punctation wieder gleichen Gang zu gehen. Was aber auch endlich das Schickſal der Emſer Punctation nach ihrem ganzen Umfang ſeyn mag, und wenn es auch der Römiſchen Curialpolitique noch gelingen ſollte, in Abſicht auf den ganzen Umfang der Kirchenreform, ſelbſt unter den Erzbiſchöffen das Divide zu ſpielen, oder doch die Trennung der Erzbiſchöffe, ſo wird es doch ſchwerlich mehr dahin kommen, daß ein päbſtlicher Geſandter von einem der vier Erzbiſchöffe Teutſchlands in der Eigenſchaft eines mit Gerichtsbarkeit und andern Facultäten verſehenen Nuncius anerkannt werden wird, nachdem ſich dieſelbe ſchon ſo entſcheidend dagegen geäuſert haben, da hingegen nach der Verſicherung des Pabſts in dem an den Kurfürſten zu Kölln erlaſſenen Schreiben **e) die meh-

**e) Talem eſſe eum agnovit honorificeque recepit maxima iſtorum epiſcoporum ac principum pares pro ſua ad tractum Rheni ditione etc.

mehreſten Biſchöffe und andere Fürſten ff) den Herrn Nuncius Pacca anerkannt haben.

Nach ſeiner ganzen Ausdehnung ſcheint der in der Emſer Punctation entworfene Plan ohnehin von ſeiner wirklichen Ausführung noch ziemlich entfernt zu ſeyn. Der ſo ſehr verſchiedene politiſche Standpunkt, aus welchem die Erzbiſchöffe und Biſchöffe die Sache anſehen und beurtheilen müſſen, und der darauf gegründete Widerſpruch der letztern gg) hält die Sache noth-

ff) Insbeſondere thut man ſich auf die Anerkennung des Königs in Preuſen in Abſicht auf ſeine Weſtphäliſche Staaten ſehr viel zu gut, und die Römiſche Kurie machte auch aus dieſem mitwirkenden Grunde, die Preuſiſche Unterſtützung in dieſer bedenklichen Gährung zu gewinnen, das Opfer den Preuſiſchen Königstitel anzuerkennen. Nach der Erläuterung aber, die in einem Journal und aus ſolchen in mehrern Zeitungen über denjenigen Vorgang gegeben wurde, woraus die Preuſiſche Anerkennung der Päbſtlichen Nunciatur geſchloſſen werden wollte, iſt hierauf eben noch kein gar groſer Staat zu machen. Ob inzwiſchen etwan neuere Vorfälle ſich ereignet haben, welche die Geſinnung des Kön. Preuſiſchen Hofes zum Vortheil des Päbſtlichen Hofes aufklären, welches allerdings von groſer Wichtigkeit wäre, iſt mir nicht bekannt.

gg) Man müßte fürwahr ſehr einſeitig und ungerecht über die Sache urtheilen, wenn man mißkennen wollte, daß die Biſchöffe Urſache genug hatten, nicht

wendig so lang auf, bis die Erzbischöffe und Bischöffe einen Mittelpunkt ihrer Vereinigung finden, und die erzbischöflich und bischöflich gesinnte Gelehrte haben auch schon manche nicht erbauliche Fehde mit einander gehabt. Um die Sache ins Reine zu bringen, wird wohl noch eine zweyte Punctation nöthig werden. Es ist

voraus-

nicht schnell in die ihnen vorgelegte Emser Punctation einzugehen. In dem bisherigen hierarchischen System war für die Bischöffe in der päbstlichen Gewalt eine Barriere gegen Erzbischöfliche Uebermacht gegründet. Sollten sie nun selbst eilen, ein Gebäude niederzureissen, ehe sie wissen, ob das neuaufzuführende ihnen gleiche Sicherheit und Bequemlichkeit verschaffen würde? Es ist wohl unwidersprechlich, daß die Bischöffe nach ächten Grundsätzen der Politique handeln, indem sie sich weigern, in die ihnen zum Beytritt vorgelegte Emser Punctation einzugehen, ehe sie über ihr künftiges Verhältniß mit den Erzbischöffen im Klaren sind. Ich glaube selbst nicht, was in den Päbstlichen Schreiben den Erzbischöffen vorgeworfen wird, daß es ihnen nur darum zu thun sey, über die Bischöffe zu herrschen. Wer steht aber für künftige Fälle und wer wollte den Bischöffen zumuthen, es aufs ungewisse ankommen zu lassen, da sie die Mittel in ihrer Hand haben, ihr Verhältniß vorher ins Gewisse zu setzen? Daß bey den Widersprüchen der Bischöffe diese politische Rücksichten unter die Haupttriebfedern zu rechnen seyen, ist wohl keinem Zweifel unterworfen. Daß aber doch auch noch andere Rücksichten mitwirken, das will ich freilich nicht in Zweifel ziehen.

vorauszuſehen, daß die Sache noch manchen Schwierigkeiten unterworfen ſeyn werde, ſo lange die Erzbiſchöffe nicht einen den Biſchöffen ganz unbedenklichen, und ihre gerechte Beſorgniſſe einer zu befürchtenden erzbiſchöflichen Uebermacht entfernenden Plan über das künftige Verhältniß zwiſchen den Erzbiſchöffen und Biſchöffen entworfen, und darinn ohne Rückhalt und Zweydeutigkeit bewieſen, daß es ihnen nicht nur in Anſehung des gemeinſchaftlichen Verhältniſſes mit dem Päbſtlichen Stuhl, ſondern auch in Abſicht auf die erzbiſchöflichen Rechte und Anſprüche und Wiederherſtellung der alten urſprünglichen Kirchenverfaſſung zu thun ſey.

Um über den Nutzen einer ſolchen Reform, auf der kirchlich-hierarchiſchen Seite betrachtet, zu urtheilen, muß man eigentlich ſelbſt Katholik ſeyn. Proteſtantiſche Gelehrte finden ſich nicht in dem Fall, in dieſer Rückſicht ganzen, noch weniger warmen, Antheil auf einer oder der andern Seite der ſtreitenden Theile zu nehmen [hh]. Doch würde ſich allerdings mit Grund viel Gutes von einer

hh) Die politiſche und rechtliche Seite iſt es eigentlich allein, auf welcher proteſtantiſche Gelehrte die Sache beurtheilen können. Wir finden ſogar von dem noch von Febronius, Cybel und andern neuern

an die ursprüngliche Kirchenverfassung sich wenigstens mehr als bisher annähernden Einrichtung, von brüderlicher Eintracht und Zusammenwirkung der Erzbischöffe und Bischöffe auf diesen würdigen Zweck, von uneigennützigen wohlheitliebenden Berathschlagungen über die Angelegenheiten der Kirche, und von ernstlichen, eifrigen, vereinten Bemühungen der teutschen Oberhirten die Religion Jesu von so vielen zum theil schon anerkannten Schlacken zu reinigen, und

Gelehrten der katholischen Kirche auch den Verfassern des Resultats des Emser Congresses angenommenen Primat des Pabsts weder in den Schriften des Neuen Testaments noch in der ursprünglichen Verfassung des sogenannten Kirchenregiments die geringste Spur. Die Geschichte hat uns den wahren Gang, den die Päbstliche Gewalt von ihren ersten Grundanfängern an genommen hat, die geheime Triebfedern, welchen sie ihre Befestigung und ungeheure Erweiterung zu danken hat, und die Zeitumstände, welche dabey mitmirkten, längst so aufgedeckt, daß es uns eine Aufgabe für das Stadium der Geschichte des menschlichen Herzens zu seyn scheint, wie so viele aufgeklärte Männer bey so hellem Licht der Geschichte den Primat des Pabsts, als von Christo selbst eingesetzt ansehen konnten und noch können? Wir finden auch bey der Hauptstelle, die zum Beweis eines solchen Primats angeführt wird, in Absicht auf die Anwendung derselben auf die Römische Bischöffe sogar keine Urkunden, wodurch die Legitimatio ad Causſam bewiesen würde.

und derſelben ihre edle Einfalt, ihre liebenswürdige Geſtalt wiederzugeben, für die katholiſche Kirche Teutſchlands mit Grund viel Gutes hoffen laſſen. Wenn hingegen die ganze Reformation nur auf einige Veränderungen in dem Syſtem der Hierarchie ſich einſchränken ſollte: ſo wird zwar für abſolute Gewalt der teutſchen Kirchenhäupter viel gewonnen, für die einzelne Kirchen aber höchſtens nur ſo viel, als edeldenkende Biſchöffe von ihrer erweiterten Gewalt wohlthätigen Gebrauch machen; ungefähr nach eben dem Maasſtab, nach welchem die monarchiſche Regierungsform die beſte und die ſchlimmſte ſeyn kann, je nachdem der Umfang monarchiſcher Regierungsgewalt in den Händen eines wahren Vaters ſeines Volks oder — eines Deſpoten ſeiner Sklaven iſt.

Betrachtet man aber die Sache auf ihrer politiſchen Seite, ſo muß jeder Teutſche den Entwürfen der Erzbiſchöffe Glück und Seegen, Unterſtützung und Ausführung, Feſtigkeit und Dauer wünſchen. Welcher bidere Teutſche, der die Ehre und das Wohl ſeines Vaterlandes liebt, kann ohne Schauer einen Blick auf die Geſchichte der Päbſtlichen Gewalt in Teutſchland zurückwerfen, an den Greuel der Verwüſtung zurückdenken, der unter

den verabſcheuungswürdigſten Vorwänden der reineſten, edelſten, liebenswürdigſten Religion von jenen Kirchendeſpoten ii) unzähligemal auf teutſchem Boden angerichtet worden iſt. Wem Vaterlandsliebe im Buſen glüht, der muß die Unternehmungen jener edlen Teutſchen ſegnen, durch welche die ſo oft geſchändete Ehre der Nation hergeſtellt, die mit Füſſen getretene Würde ihres Oberhaupts gerochen, die in Feſſeln geſchlagene Freyheit der teutſchen Kirche des Reſts ihrer Feſſel befreyt, und die unzählige Kanäle, durch welche der Schweiß und das Blut des fleiſſigen Landmanns in jenen Abgrund geleitet wurde kk), verſtopft werden. Nur ſteht man in der Verſuchung, im Ernſt zu bedauren, daß dieſe gerechte Rache den Römiſchen Stuhl unter einem Pius VI. treffen ſoll, von dem man nicht ſagen kann, daß der Geiſt Gregors VII. und Innocenz III. auf ihm ruhe, oder vielmehr in ihm tobe. Man wünſcht ſich einen

ii) Jeder Leſer wird es fühlen, daß ich unter dieſem Ausdruck von einzelnen rede. Doch — für den Geiſt der Kurie möchte ich in dieſem Betracht auch keine Apologie ſchreiben.

kk) Bekanntlich ſind dieß Ausdrücke, womit Staats-Männer des 14. und 15ten Jahrh. die Sache bezeichneten. Inzwiſchen iſt freilich, da man im 16. Jahrhundert die Sache aufs äuſerſte treiben wollte, ſchon manche reichhaltige Quelle verſiegen gegangen.

einen Gregor den VII. auf den Päbſtlichen Thron zurück.

Auch bieten ſich dem ruhigen Beobachter dieſer kirchlichen Bewegungen über die Wahl der Mittel, über die etwas heroiſche Kur einer alten tief eingewurzelten Krankheit, und über die Folgen, welche die Anwendung eben derſelben Mittel auf die verwandte Verhältniſſe zwiſchen den Erzbiſchöffen und Biſchöffen und zwiſchen der weltlichen und geiſtlichen Macht manche nicht unfruchtbare Bemerkungen — vielleicht auch politiſche Blicke — in die Zukunft — dar. Und wenn man vollends die Sache auch auf ſtaatsrechtlicher Seite betrachtet, ſo öfnet ſich wieder ein weites Feld über die Befugniſſe und die wechſelſeitigen Verhältniſſe des Reichsoberhaupts, der teutſchen katholiſchen Kirchenhäupter, und der Reichsverſammlung, ja ſogar auch über die Rechte und das politiſche Intereſſe des evangeliſchen Theils des teutſchen Staatskörpers bey dieſer wichtigen Angelegenheit der katholiſchen Kirche Betrachtungen anzuſtellen. Ich muß aber hier abbrechen, da der Raum in dieſem Bande unmöglich weiter zuläßt; weswegen ich auch die Anzeige der über die Nunciaturſache und die Emſer Punctation herausgekommenen Schriften, ſo wie die Geſchichte der Emſer

Punctation ſelbſt mir auf den folgenden Band vorbehalte.

Urkunden,
die neueſte Nunciaturſtreitigkeiten betreffend *).

I.

Promemoria des Fürſtbiſchöfl. Freiſingenſchen Agenten zu Rom.

Avendo Sua Altezza Reverend. Monſig. il Veſcovo e Principe di Friſinga per pubblica voce in Germania, e per qualche Lettera inteſo, che il Santo Padre mandar voglia un Nunzio in quelle Parti, cioè nel Centro della ſua Dioceſi, Senzache da prima ne abbia avuta veruna contezza; Si trova ora in perpleſſità, non perche dubbiti del peculiar Diritto, che compete al Summo Pontefice, come Capo Supremo di Santa Chieſa, di ſpedir Legati per tutte le Regioni, mà perche non ſà, con quali facoltà munito, poſſa potarſi colà il nuovo Nunzio, e ſe queſte ſiano, o nò di pregiudizio alla liberta, ed alli Diritti delle Chieſe Germaniche, e ſpecialmente della ſua, eſſendo Monaco ſua Dioceſi; E ſicome Egli

*) Dieſe wichtige Actenſtücke ſind, in verſchiedenen Schriften zerſtreut, nach und nach ans Licht getretten. Viele derſelben ſind in der pragmatiſchen und actenmäſſigen Geſchichte hergedruckt. Ich habe daher nur bey denjenigen, welche in ſolchen nicht enthalten ſind, die Schriften angezeigt, aus welchen ſie genommen ſind.

Egli pur troppo teme, che trà il Nunzio Suddetto, e gl'Antiſtiti di Germania poſſino naſcer diſcordie, e rancori, anche in isvantaggio della Santa Sedè, verſo cui Egli vantaſi di profeſſare tutta la divozione, ha perciò incaricato il ſuo Agente preſſo queſta Santa Sede, Giuſeppe Tanurſi Saſſi, ad umiliare la preſente Memoria, affinche aver poſſa qualche ſchiarimento ſù di ciò per ſuo riposo.

II.

Promemoria des Erzbiſchöflich-Salzburgiſchen Agenten in Rom an Sgn. Frederici Secretarià della Cifra vom 6. May 1785.

Moſſo da lodevole premura S. A. Rma. l'Arcivescovo di Salisburgo, Legato nato della S. Sedè, e Primate di Germania, che l'inopinato ſtabilimento d'un Nunzio alla Corte del Sereniſſimo Elettore Palatino, Duca di Baviera, non ecciti diſturbi alla ſuſſiſtente buona armonia tra il ſommo Sacerdozio, e l'eccelſa Gerarchia del Metropolitani, e Veſcovi Principi nel Germanico Impero, incarica il ſuo Agente di prevenire con riverente confidenza l'Eminenzo Cardinale Segretario di Stato, che l'accennato pericolo ſi può incorrere, tutta volta, che à queſto primo Nunzio s'accordaſſero facoltà in pregiudizio dei diritti, delle prerogative, e dei privilegi, che ad eſſi nella loro riſpettiva Dioceſi, e Provincia Metropolitica appartengono per leggi fondamentali, che non

ſoff-

ſoffrendo innovazioni, con alterazione del vegliante Siſtema, meritano la conſiderazione per parte del Pontificio Miniſtero, à ſcanſo non ſolo di detto pericolo, ma anche d'un ricorſo all'Auguſtiſſimo Capo dell'Impero, ed alla piena Dieta, come anche à ſcanſo d'altri diſpiacevoli Sequelle, che il gravame portarebbe ſeco nelle preſenti Circonſtanze, ove dalle publiche Cattedre in- ſegna; „Nullos in Epiſcopatibus Ordinarios reperiri præter eos, quibus, ut Succeſſoribus Apoſtolorum, munus paſtorale in ſuis dioceſibus adminiſtrandum à Chriſto *immediate* concreditum eſt,“ e ſe ne tira poi l'illazione, che il Clero e popolo devono eſſere *immediate* ſoggetti al loro Paſtore dioceſano, e per ordine di ben inteſa Gerarchia li ricorſi del Veſcovo devono andare *al Suo Metropolitano*.

Giacchè V. S. Illuſtriſſima e Reverendiſſima ſupliſce le veci di Segretario di Stato di Noſtro Signore, l'Agente di Salisburgo eſequiſce la detagli commiſſione tanto più volontieri ſeco Lei, perche alla di Lei erudizione e Miniſtero di tanti anni nella Segretaria di Stato, nel decorſo de quali non di rado ſi fecero ſentire, querele, e gravami relativi alle Nunziature in Germania, non ponno eſſere ignoti *Concordata Principum*; *La Bulla di Eugenio IV. in data Non. Febr.* che *comminicia*: *ad tranquillitatem &c.* et *l'altra in data ſaptimo Idus Febr. 1447.* e *comincia*: *inter cetera deſideria &c.* *Il Concordato dell'anno ſuſſequente in quella parte, che da Nicolao V. queſti* titoli

titoli in favore dell' inclita Nazione furono confirmati; La Capitulazioni cominciate nell' Elezione dell' Imperatore Carlo V. in riparo delli gravami di quel secolo, et continuate sino al regnante Imperatore, ad effetto non rimangono lesi i diritti, e le prerogagative della Germanica Chiesa; Il memorabile ricorso del Collegio Elettorale a nome anche de tutti li Prencipi e stati Ecclesiastici nell' Imperio in data die 20. Marzo 1764. alla Maestà dell' Imperatore, affinche, in caso di emergente gravame, si sappia l'espediente per il rimedio. Monsignor Arcivescovo è nella piena fiduccia, che consideratosi il tutto insieme, si conosceranno i titoli, per cui il V. Ceto Metropolitico e Vescovile crede, che, *insalutatis interesse habentibus*, non si ponno fare innovazioni nell' Ecclesiastico Publico - Politico Sistema dell' Germanico Impero.

III.

Päbstliche Antwort auf das Salzburgische Promemoria.

Asgombrar pienamente l'allarme, e i disturbi, che nella Memoria di Monsign. Archivescovo Pupe di Salisburgo figura poter eccitare nelle Curie Arcivescovili e Vescovili di Germania lo stabilimento di un nuovo Nunzio Pontificio destinato a rissedere nel Dominio Palatino - Bavaro; il Segretario della Cifra trovasi autorizato a dichiarare, che il nuovo Nunzio presso la Corte Elettorale di Monaco, sarà rivestito dello stesso Carattere,

e vi

e vi esercitera le facoltà medesime; che vi esercitava il Nunzio Pontificio di Colonia; e siccome per le facoltà esercitate finora dal ridetto Nunzio apostolico di Colonia, niuno ha pensato, che siasi perturbata la giurisdizione, ne lesi i diritti de' Metropolitani, e degli ordinari; Così trattandosi di sola mutazione di Persona rivestita di un medesimo Carattere, non deve temarsi di veruna alterazione nei medesimi Diritti Episcopali, e Metropolitici. Dato così l'adequato Sfogo alla parte sostanziale del vid. 2 Pro memoria, si rende superfluo l'interloquire sul di più, che in esso si aggiunge; poiche colla destinazione del Sudetto nuovo Nunzio, altro non si è fatto, che aderire agli uffizi ricevutisi per parte del Sereniſſimo Signor Elettor Palatino.

IV.

Päbstliche Antwort auf das Freisingische Promemoria.

A dileguar dall'animo di Monsign. Vescovo, Principe di Frisinga qualunque dubbio, e sospetto occasionato per avventura da ragguagli, e voci artificiosamente alterate sulle facoltà del nuovo Nunzio Pontificio destinato a risiedere nè Domini del Sereniſſimo Signore Elettor Palatino Duca di Baviera, e per fornire al tempo stesso al Rido. Monsign. Vescovo, e Principe l'adeguato schiarimento, a seconda delle brame indicate nella di Lui Memoria, il Segretario della Cifra trovasi

trovaſi autorizzato a dichiarare, che il nuovo Nunzio Pontificio preſſo la Corte Elettorale di Monaco ſarà riveſtito dello ſteſſo Carattere, e vi eſercitera le facoltà medeſime, che vi eſercitava il Nunzio Pontificio di Colonia; e ſiccome per le facoltà eſercitate finora dal Rido. Nunzio Apoſtolico di Colonia, niuno ha penſato, che ſiaſi perturbata Giurisdizione, nè leſi i Dritti de Metropolitani, e degli Ordinari, coſi trattandoſi di ſola Mutazione di Perſona riveſtita di un medeſimo Carattere, non deve temerſi di niuna alterazione nei medeſimi Dritti Epiſcopali, e metropolitici.

V.

Päbſtliche Antwort auf das zweyte Promemoria des Churfürſtl. Maynziſchen Agenten.

Perſuaſo intimamente il S. Padre, che agli Atti di Giurisdizione, eſercitati finora promiſcuamente in Monaco, e nel reſto della Baviera dai Nunzi Pontificii di Vienna, e di Colonia, non poſſa ragionevolmente applicarſi l'odioſa qualifica di clandeſtini, o contradetti: è conſcio del pari, che l'eſercizio delle Giuriſdizione non ſia turbativo dei Dritti degli ordinari, e moltomeno ancora contrario ai Concordati colla Nazione Germanica; riconoſce perciò Sua Santità non ſolo innocua per ogni riſpetto la decretata miſſione del Nunzio Apoſtolico in Monaco, ma del tutto incontrovertibile la communicazione al

medesimo delle facoltà usitate, e corrispondenti, adesivamente alle petizioni, e premure del Sigre Elettor Palatino.

Tal è la replica, che per sovrano comando di Sua Santità è incaricato di fare il Segretario della Cifra alla nuova Memoria di S. A. Elettorale il Sigre Arcivescovo di Magonza.

VI.

Schreiben des Churfürsten zu Trier an den Kurfürsten von der Pfalz vom 27. Jun. 1785. a)

P. P.

Unsern rc. Schon vor geraumer Zeit verbreitete sich von der Anstellung eines Päbstlichen Nuncius bey Hochdero Hoflager das öffentliche Gerücht, und wir konnten bis diese Stunde nicht anders daraus urtheilen, als daß Euer Liebden wegen der besonderen Vertraulichkeit mit dem Päpstlichen Stuhle, und besseren Beförderung der zwischen beyden Höfen vorkommenden Geschäfften einen Gesandten anverlanget hätten. Wir können dahero dem neueren Gerüchte, als wenn derselbe mit Facultäten erscheinen sollte, keinen Glauben beymessen, weil Euer Liebden eben so, wie Uns unverhalten ist, daß dergleichen An-

a) Dem Kaiserl. Reichshofrathsrescript Martis 27. Febr. 1787. die päbstliche Nunciaturen im Reich, besonders die zu München betreffend. Mit Anmerkungen 1787. beygefügt. Num. III.

Anstellungen der bisherigen Verfassung der teutschen Bißthümer, und Kaiserl. Wahl-Capitulation zuwider seye. Da gleichwohlen mehrere Bischöffe ihre dießfalsige Beunruhigung geäussert, und sich in diesem Betracht an Seine Päbstliche Heiligkeit selbsten zu Verhütung nachtheiliger Folgen gewendet haben, so finden Wir Uns verpflichtet, Hochdenselben hievon die Nachricht zu ertheilen, und um eine beliebige Aeußerung über die wahre Beschaffenheit der Sache ergebenst zu bitten. Wir verbleiben übrigens ꝛc.

D. u. s.

VII.

Antwort des Kurfürsten von der Pfalz an Kurtrier vom 12. Jul. 1785. b)

So angenehm die von Euer Liebden gemachte freundschaftliche Aeußerung über die an Unser Hoflager bestimmte Päbstliche Gesandschaft Uns gewesen ist, so befremdend und unangenehm muß Uns das Betragen einiger in Unsern Chur- und Erblanden sich restreckenden Ordinariaten seyn, die anstatt sich hierüber an Uns freundnachbarschäftlich zu wenden, durch ihre voreilige und unstatthafte Klagen sswohl zu Rom als im Reiche selbst ein mißfälliges Aufsehen zu erwecken gesucht haben. Mit besonderm Vergnügen sehen Wir, daß Euer Liebden die Sache aus

b) ebendaselbst num. IV.

aus dem ächten Gesichtspunkte betrachten. Seine Päbstliche Heiligkeit haben nämlich theils zu besserer Beförderung der zwischen Unsern beyden Höfen vorkommenden Geschäfte, theils um Uns einen neuen Beweis ihrer freundschaftlichen Gesinnungen zu geben einen besondern Nuncius an Unsern Hof abzuschicken, und demselben dasjenige zu übertragen beliebet, was der Nuncius zu Kölln bisher in unsern Churpfälzischen, und der Nuncius zu Wien in Unsern Churbaierischen Landen zu besorgen hatte. Es kommt also hier blos auf eine Versetzung des Ortes der Nunciatur an, und das Gerücht, als wenn der Münchner Nuncius mit neuen Fakultäten erscheinen, und in der deutschen Kirchenverfassung einige Abänderung nach sich ziehen würde, ist ganz ohne Grund, und kann folglich, wie Euer Liebden es selbst zu bemerken beliebten, demselben keinen Glauben beygemessen werden.

Wir schmeichlen Uns, daß Euer Liebden durch gegenwärtige Erklärung nicht allein vollkommen beruhiget, sondern auch von der Aufrichtigkeit Unserer nachbarlich-freundschaftlichen Gesinnungen überzeuget, die von einigen Ordinariaten gegen Uns gemachte Bewegungen mißbilligen, und von selbst ermessen werden, daß die mißlichen Folgen, welche aus ihrem unnachbarlichen Betragen entstehen können, nicht Uns, sondern ihnen selbst zur Last fallen müssen. Wir verbleiben u. s. w.

Den 12. Julii 1785.

VIII.

Schreiben des Kurfürſten zu Maynz an Seine Majeſtät den Kaiſer vom 22. Sept. 1785.

Ew. Kaiſerl. Majeſtät iſt es vorhin allergnädigſt bekannt — allenfalls aber ſoll an Allerhöchſtdieſelbe ich durch gegenwärtiges die pflichtmäſige ehrerbietigſte Anzeige bringen, was maßen der römiſche Hof den von Sr. päbſtl. Heiligkeit nie zu vermuthen geweſenen, das allgemeine Aufſehen erregenden Vorſaz gefaßt habe, in dem Kurfürſtl. Hoflager zu München in der Perſon des Prälaten Zoglio einen neuen päbſtlichen Nuntius anzuſtellen, und dadurch ohne Vorwiſſen und Genehmigung E. Kaiſerl. Majeſtät ſowohl als des Reichs, ja ohne Einwilligung derjenigen Erz- und Biſchöfe, deren Diözeſanrechte ſich in die Staaten des Herrn Kurfürſten zu Pfalz Bayern erſtrecken, eine in erſagten Staaten noch nie beſtandene Nunziatur errichten zu wollen.

Als mir von dieſem in mehrfacher Rückſicht bedenklichen Vorhaben die erſte verläßige Nachricht zugieng, nahm ich mit andern deutſchen Erz- und Biſchöfen mir zur vorderſamen Angelegenheit, durch ein bey dem römiſchen Hof ſelbſt übergebenes Promemoria die geziemende Rückfrage zu thun, ob es die Abſicht habe, den nach München abzuſendenden neuen Nunzius etwa lediglich als einen päbſtlichen Geſandten am

Kurpfälziſchen Hoflager erſcheinen zu laſſen, oder aber denſelben auch mit geiſtlichen Fakultäten über die in die pfalz-baieriſchen Lände einſchlagenden deutſchen Diözeſan-Bezirke zu verſehen.

Da mir hierauf die unerwartete beſtimmte Erklärung ertheilet wurde, daß erſagter Nunzius die nämlichen Fakultäten auszuüben habe, mit welchen die zu Wien und Kölln beſtehenden Nunzii über verſchiedene Provinzen Deutſchlandes, beſtellet ſind; ſo verweilte ich nicht, den römiſchen Hof mit der weiteren dringenden Vorſtellung anzugehen, daß weder die Aufſtellung, noch weniger aber die Vervielfältigung einer ſolchen mit Fakultäten verſehenen Nunziatur mit den über die pfalz-baieriſchen Lande hergebrachten ausſchlüſſigen Diözeſan-Rechten der deutſchen Erz- und Biſchöfe, mit den Verfügungen der ältern und neuern Kirchen-Verſammlungen mit den deutſchen Kirchen-Verträgen, mit der Kaiſerl. Wahlkapitulazion, mit den Kurfürſtl. Kollegialſchreiben vom Jahr 1764. und überhaupt mit der deutſchen Staats- und Kirchen-Verfaſſung zu vereinbaren ſey, und daß daher in Rückſicht all dieſer Gründe mit der Abſendung des mehrgedachten päbſtlichen Nunzius noch an- und zurückgehalten werden möge.

Allein es iſt mir auf dieſe obgleich von andern Erz- und Biſchöfen unterſtüzte Vorſtellungen blos die unverhöfte Rückäußerung geworden, daß es bey der gefaßten päbſtlichen Entſchließung ſein unabänderliches Bewenden habe.

Da

Da nun E. Kaiſerl. Majeſtät nach der Ihro beywohnenden allerhöchſten Einſicht und Aufklärung nicht verborgen ſeyn mag, daß die päbſtlichen Nunzien, vermög ihrer urſprünglichen Beſtimmung, nie anderſt als in der Eigenſchaft päbſtlicher Geſandten an auswärtigen Höfen zu betrachten geweſen und noch ſind — da ſie vom römiſchen Stule nie ermächtiget werden können, die Bedingniſſe, die den Erz- und Biſchöfen ausſchlüßig zuſtehen, durch eine in den unverfälſchten wahren Grundſäzen der katholiſchen Kirchen-Hierarchie nirgend gegründete Konkurrenz auszuüben — da die jeweil in kirchlichen Sachen nach Rom zugelaſſenen Apellationen durch den Baſeliſchen Kirchen-Rath, und durch die von der deutſchen Nazion angenommenen Dekrete dieſer Verſammlung, nicht den päbſtlichen Nunzien, ſondern den in Deutſchland ſelbſt zu delegierenden Behörden zugeeignet ſind — da der päbſtlichen Nunziatur zu Kölln, vermög des anliegenden Verzeichniſſes ihrer Fakultäten, wirklich eine ſolche Gewalt mitgetheilet iſt, die kein deutſcher Erz- oder Biſchof ohne Abbruch, ja ohne gänzliche Vernichtung ſeiner ungezweifelten Diözeſanrechte anerkennen oder nachgeben kann. — Da die Kaiſerliche Wahlkapitulazion ſolche dem Reichsoberhäuptlichen Schuze E. Kaiſerl. Majeſtät eigens untergiebt, und durch die grundgeſezliche Kapitulazionsmäſige Zuſage Kaiſer Karls des Vten bereits feſtgeſezt iſt, daß gegen die Vorrechte der deut-

ſchen Erz- und Biſchöfe durch Mannigfaltigung und Erhöhung der Offizien am römiſchen Hofe, nicht gehandelt, vielweniger alſo ſolchen durch Errichtung neuer Nunziaturen und römiſchen Gerichtshöfe in Deutſchland ſelbſt zu nahe getreten werden ſoll. — Da es für das deutſche Reich ſowohl als für die deutſche Kirche ein unerträglicher Bedruck ſeyn würde, wenn auch nur der Sitz einer Nunziatur die in Deutſchland noch beſtehet, wider den Willen der geiſt- und weltlichen Gewalt im Reiche, von einer deutſchen Provinz zur andern verſezt oder erſtreckt, ja anmaßlich an mehreren Orten zugleich aufgeſtellt und vermannigfältigt, mithin das ausländiſche Perſonale zur Beläſtigung des deutſchen Publikums nach Willkühre vermehret werden wollte. — Da endlich Euer Kaiſerl. Majeſtät in Folge des obgedachten Kurfürſtl. Kollegialſchreibens vom Jahre 1764. allermildeſt geſtattet haben, daß in ſolchen Fällen die gerechten Klagen, und Beſchwerden der deutſchen Erz- und Biſchöfe an Allerhöchſtdieſelben gebracht, fort um eine den Umſtänden gemäße allerhöchſte Verfügung angeſtanden werden dörfe.

So ergehet an E. Kaiſerl. Majeſt. als oberſten Schuz- und Schirmherrn der deutſchen Kirche, auch in Folge Dero Kaiſerl. Wahlkapitulazion und des obenangeführten Kurfürſtl. Kollegialſchreibens meine angelegentlichſte allergehorſamſte Bitte, Allerhöchſtdieſelben geruhen

ſich

ſich bey dem römiſchen Hofe wider die Aufſtellung eines neuen Päbſtlichen Nunzius zu München, als fern nämlich lezterer mehr als Päbſtlicher Geſandter am Kurpfälziſchen Hofe ſeyn ſoll, mit allem Nachdrucke und dergeſtalt allerg. gnädigſt zu verwenden, daß die Beſtimmung des erſagten Nunzius entweder ganz abgeändert, oder doch auf die alleinige Eigenſchaft eines päbſtlichen Geſandten am Kurpfälziſchen Hofe ohne alle geiſtliche Fakultäten beſchränkt, und das eine oder das andere Eu. Kaiſerl. Majeſtät zur Beruhigung der durch jenen präjudicirlichen Schritt äußerſt benachtheiligten Erz- und Biſchöfe verbindlich zu erkennen gegeben werde.

Ew. Kaiſerl. Majeſtät erlaſſe ich mich übrigens zu Kaiſerl. ꝛc.

Claudetur pro ſtilo.

IX.

Kaiſerliches Schreiben an den Kurfürſten zu Maynz, und die übrigen Erzbiſchöffe, vom 12. Okt. 1785. c)

Hochwürdigſter lieber Neve, und Kurfürſt! Ich habe aus Euer Liebden unterm 22ten vorigen Monats an Mich erlaſſenem Schreiben

c) Dieſes Kaiſerliche Schreiben iſt an Maynz und Salzburg als Antwort auf ihre an den Kaiſer erlaſſene Anzeigen an die übrigen Erzbiſchöfe aber aus eigener Bewegung erlaſſen worden; daher auch der Eingang nicht ganz gleichlautend ſeyn konnte.

erſehen, was Dieſelbe Mir zur Aufrechthaltung der Erz- und Biſchöflichen Diöceſan-Rechten in den Reichslanden und Bisthümern gegen die etwa von dem Päbſtlichen Hofe, beſonders bey der von demſelben beſchloſſenen Abſchickung eines neuen eigenen Nuntius nach München für die Kurpfälziſche und Baieriſche Lande zu beſorgende Eingriffe umſtändlich vorſtellen wollen, und deſſen Meinen Kaiſerlichen Schuz von Mir als oberſten Schuzherrn der deutſchen Kirchenverfaſſung dawider anflehen.

Gleichwie Ich in allen Gelegenheiten gewohnt, und ſtets befliſſen bin, von Meinem für das Wohl und die Erhaltung des Reichs in allen Theilen ſeiner Verfaſſung hegenden patriotiſchen und landesväterlichen Geſinnungen die billigſte und aufrichtigſte Beweiſe zu geben, ſo bleibe Ich auch Freundgnädiglich gemeint, die biſchöfliche Rechte in ihren Sprengeln als einen weſentlichen Theil zur guten Diſciplinar-Verfaſſung nicht allein vorzüglich aufrecht zu erhalten, ſondern auch beyzutragen, daß die Biſchöfe in alle diejenige Rechte, welche Sie etwa durch unerlaubte, und ihrer Beſtimmung zuwider gehende Vorfälle verlohren haben mögen, wieder nach der urſprünglich eingeſezten, und durch Säcula beobachteten Ordnung eingeſezet werden mögen.

Ich habe demnach bey Gelegenheit der vorerwehnten Vorſtellungen beſchloſſen, dem ganzen Reiche dieſe Meine oberſt Schuzherrliche Geſinnungen

ſinnungen auf die billigſte und hell einleuchtende Art darzuſtellen, ſofort dem päbſtlichen Stuhl erklären zu laſſen; wie Ich niemal geſtatten würde, daß die Erz- und Biſchöffe im Reiche in ihren von Gott und der Kirche ihnen eingeräumten und zuſtehenden Diöceſan-Rechten geſtöhret werden; daß Ich alſo die Päbſtliche Nunzien nur als Päbſtliche Abgeſandte zu politiſchen, und jenen Gegenſtänden geeignet erkenne, welche unmittelbar dem Pabſte als Oberhaupt der Kirche zuſtehen; daß ich aber dieſen Nunzien weder eine Jurisdictions-Ausübung in geiſtlichen Sachen, noch eine Judicatur geſtatten könne, weswegen auch ſolche eben ſo wenig dem in Kölln ſchon befindlichen, als dem hier zu Wien ſtehenden, noch einem andern irgendwo in die Lande des deutſchen Reiches kommenden Päbſtlichen Nuntius zukommen, noch zugelaſſen werden ſollen.

Da Ich dieſe meine Geſinnung Euer Liebden hiemit eröffne, ſo ruffe ich Dieſelbe zugleich auf, alle Ihre Metropolitan- und Diöceſan-Rechte ſowohl für Sich, als auch durch Verſtändigung Ihrer Suffraganen, dann beſtehenden exemten Biſchöfen, gegen alle Anfälle aufrecht zu erhalten, und all dasjenige, was immer Einſchreitung, oder Eingriffe des Päbſtlichen Hofes, und deſſen Nunzien wider ſolche Rechte, und die gute Ordnung ſeyn könnte, ſtandhaft hindanzuhalten, worüber Ich denenſelben zugleich allen Meinen Kaiſerlichen Beyſtand freundgnädiglich zuſage.

Ich verſehe Mich jedoch hiebey, daß in allenem, was die Beneficiat-Geſchäfte betrifft, ſich fortan an den klaren Buchſtaben der Concordaten Nationis Germanicæ gehalten werde, und verhoffe, bey dieſer Meiner patriotiſchen Abſicht eben ſo die Beförderung der Religion zu beziehlen, als den geiſtlichen Ständen, und Biſchöfen des Reichs überzeugende Beweiße Meiner für die Erhaltung der Geſeze, und Verfaſſungsmäſſigen Zuſtändigkeiten tragenden beſtändigen Sorgfalt zu ertheilen. Ich verbleibe übrigens Euer Liebden mit beharrlicher Freundſchaft, Kaiſerlichen Gnaden, und allem guten beſtändig wohl beygethan. Wien den 12ten Octobris 1785.

Euer Liebden

gutwilliger Freund

Joſeph.

X.

Schreiben des Herrn Nuncius Zoglio an die Erzbiſchöffe und Biſchöffe ſeines Nunciaturbezirks vom 28. May 1786.

P. P.

Incaricato di far tenere a Voſtra Eminenza Reverendiſſima il Breve Pontificio risguardante la mia miſſione alla nuova Nunziatura de Monaco in Baviera, quaſi appena què giunto mi do l'onore di rimetterlelo unitamente alla lettera, che lo accompagna, dell'Emin. Signor Cardinal

Bon-

Boncompagni Segretario di ſtato di Sua Santità. Queſta circonſtanza la reputo per me veramente fortunata, poichè mi ſomminiſtra la bella occaſione di umiliare a Voſtra Eminenza Reverendiſſima i miei più riſpettoſi oſſequi, e quell' alta ſtima, che hò della veneratiſſima di Lei Perſona. Mi luſingo intanto, che Voſtra Eminenza Reverendiſſima ſara meco liberale nell'accordarmi l'onore da me ambito de' ſuoi comandi, onde poſſa ei meritarmi la de Lei grazia, che valuto moltiſſimo, e comprovarle cogl'effetti ancora il profondo riſpetto, concui mi raſſegnò. Di Voſtra Eminenza Reverendiſſima

Monaco 28 Maggio 1786.

Ummillimo Devmo. Obedo. Servo
G. Ceſare, Arciveſc. d'Aatene.

XI.

Päbſtliches Creditiv für den Herrn Nuncius Zoglio vom 10. Dez. 1785.

Pius P. P. VI.

Venerabilis frater Salutem & Apoſtolicam Benedictionem. Pontificiæ Noſtræ erga te Caritatis ſtudia opportune ſignificanda tibi, hiſce ſuſcipimus litteris, quas ad te damus, dum ad dilectiſſimum in Chriſto Filium Noſtrum *Carolum Theodorum*, Ducem Bavariæ, & Sulzbacenſ. Comitem Palatinum Rheni, S. R. I. Principem Electorem, mittimus Venerabilem fratrem Julium Ceſarem Archi-

Archiepiſcopum Athenarum, Ordinarium noſtrum, & Apoſtolicæ ſedis Nuncium. Etſi eundem ob egregias animi, generisque dotes ſatis commendatum tibi fore non dubitemus, tamen noſtra potiſſimum, & ſanctæ hujus ſedis cauſa tibi gratum futurum, ac teque omnia pro opportunitate tuæ humanitatis officia percepturum confidimus, ac a te, Venerabilis frater, magnopere poſtulamus. Quidquid igitur erit gratiæ, opis, ſtudiique in ipſum a te collatum, id tanquam nobis ipſis tributum reputaturi ſumus; Noſtramque in te voluntatem mirum in modum amplificaturi. Demum Apoſtolicam Benedictionem tibi, Venerabilis frater, amantiſſime impertimur. Datum Romæ apud S. Petrum ſub annulo piſcatoris die X. Decemb. 1785. Pontificatus noſtri anno undecimo.

XII.

Schreiben des Kardinal-Staatsſekretairs Boncampagni vom 16. Dez. 1785.

P. P.

Sirà un nuovo pegno del parziale affetto di Noſtro Signore verſo di Voſtra Eminenza il Breve, che le farà tenere Monſign. Archivescovo Zollio in occaſione che ſi porta, a riſedere col carattere di Nunzio Apoſtolico in Monaco di Baviera, per eſercitare negli Stati Elettorali Bavaro-Palatini quella Giurisdizione iſteſſa, che vi eſercitavano i Nuncii in Vienna ed in Colonia.

Jo-

Jo fono cosí ſicuro della diſpoſizione dell' Eminenza Voſtra a ſecondare le premure del Santo Padre, con favorire il medeſimo Prelato in tutte le congiunture, nelle quali la ſoddisfazione de' doveri della di lui Rappreſentanza lo richiedeſſe, ed egli fornito di tante ottime qualità per meritarſi la di lei pregiatiſſima grazia, che reputando in ſuperfluo il raccomandargliélo, mi volgo in vece ad offerirle l'opera mia in corriſpondenza de veneratiſſimi di Lei comandi, ed implorandone l'onore, paſſo col più diſtinto oſſequio a baciare a Voſtra Eminenza affettuoſamente le mani. Roma 16. Dicembre 1785.

Dell' Eminenza Voſtra

affettionatiſſimo Servidore

Ignazio Fred. Boncompagni Ludoviſi.

XIII.

Verordnung der Kurfürſtlich-geiſtlichen Kanzley zu München, die neuerrichtete Nunziatur betreffend, vom 24. Sept. 1786. d)

Demnach von Sr. Päbſtlichen Heiligkeit der Herr Erzbiſchoff von Athen, Julius Cäſar Zoglio an den hieſig Churfürſtl. Hoflager als Nuntius ordinarius und Legatus Apoſtolicus zu reſidiren, anhero abgeſendet worden.

Als

d) Aus L. Weißmanns kurzen Bemerkungen über das Reſultat des Emſer Congreſſes nebſt einigen Beilagen Straßb. 1787. Beil. Nr. III.

Als wird ſolches hiemit ex Commiſſione ſpeciali der ſämtlichen Geiſtlichkeit zu dem Ende kund gemacht, daß ſie ſowohl als andern Churfürſtl. Unterthanen und Landes-Einwohner in Angelegenheiten, welche vor dieſem an die Nunciaturen zu Wien, Cölln und Luzern gegangen ſind, hinfüro nicht mehr dorthin, ſondern ſtatt deren an die hieſige päbſtliche Nuntiatur ſich zu wenden wiſſen. München den 24. Sept. 1786.

Churfürſtliche geiſtliche Kanzley.

Joſeph Kollmair, Sekret.

XIV.

Verordnung der Bayriſchen Regierung zu Amberg über dieſen Gegenſtand vom 18. Nov. 1786. e)

Was von unſern geiſtlichen Rath in München für ein gnädige Verordnung, wie man ſich gegen die päbſtliche Nunciatur alldorten zu betragen habe, ſub dato 14. Sept. et præſ. 11. Oct. heurigen Jahres im Druck anher erlaſſen worden, ſolches wird euch beykommender Abdruck des mehrern zu erſehen geben; daherd ihr euch hiernach zu achten. Amberg den 18. Novemb. 1786.

Churfürſtl. Regierung.

Sekretair Koller.

XV.

e) eben daſ. Vtll. Num. II.

XV.

Commiſſoriale des Nuncius Zoglio, worinn er Herrn von Roberts zum Nunciatur-Commiſſarius für die Herzogthümer Jülich und Bergen ernennt, vom 11. Okt. 1786.

Dilecto Nobis in Chriſto Illmo. ac Revmo L. B. de Robertz &c. &c.

Literarum ſcientia, vitæ ac morum honeſtas, atque abſolutiſſima integritas, ingenii acumen atque præſtantia, qua in humanis divinisque ſcientiis, doctrinæ copia et ſoliditate polles, omnigenæ demum univerſæ eruditionis notitia, quibus te ornatum novimus, nos inducunt, ut, cum de aliqua iſtis qualitatis diſtincta perſona pro Commiſſariatus munere hujus Sacræ Apoſtolicæ Nuntiaturæ Bavario Palatinæ obeundo in Ducatibus Juliæ et Montium, per Nos ſit providendum, ad te, præhabito Sereniſſimi Electoralis Clementiſſimo Nutu, oculos convertimus.

Nos igitur Apoſtolica authoritate, qua fungimur, te in Commiſſarium hujus Sacræ Nuntiaturæ Bavario Palatinæ in Ducatibus Juliæ et Montium creamus, deputamus et conſtituimus, ita, ut per præſentes literas ut talis habearis, et ab omnibus agnoſcaris, atque omnes inſtantias incolarum Ducatuum Juliæ et Montium, quæ juxta Decretum Sereniſſimi Electoris de 26. Maji

anni

anni currentis ad hanc Sacram Nuntiaturam deferri debent, recipias, et ad nos pervenire facias, ut expeditiones, quæ ab hac Nuntiatura, ex facultatibus jam impertitis fiunt, ſive quæ in particularibus caſibus a Sancta Sede obtineri debent, ad te reſpective remittamus, ut ad manus ſupplicantium perveniant, et per diligentiam tuam executioni mandentur; In quorum fidem præſentes manu noſtra ſubſcripſimus, et Sigillo majoris Cancellariæ noſtræ communiri juſſimus. Dat. 21ma. Octobris 1786. Pontificatus vero Sanctiſſimi Domini Noſtri Papæ PII Sexti duodecimo.

Julius Cæſar, Archi-Epiſcopus
(L. S.) Athenarum et Nuntius Apoſtol.

Theodor Kreſer,
Abbreviator.

XVI.

Reſcript des Kurfürſten von der Pfalz an die Kurpfälziſche Regierung und mut. mut. an den Gülich- und Bergiſchen Geheimen Rath, die Aufſtellung des Kurpfälziſchen geheimen und geiſtlichen Adminiſtrations-Raths von Herrling, als Commiſſarius nuntiaturæ in den Pfäliſchen und des Roberts in den Gülich- und Bergiſchen Landen, vom 5. Nov. 1786. f)

Carl

f) Dem angeführten Abdruck des Reichshofrathsreſcripts beygefügt Num. II.

Carl Theodor, Churfürſt.

Unſern ꝛc. die Päbſtliche Nuntiatur, und wegen Benachrichtigung derſelben Annehmung in Unſern Staaten euch ſchon zugegangene gnädigſte Weiſung hat einzig und allein die Wohlfahrt Unſerer Unterthanen und heilſame deren Beförderung zu ihrem Gegenſtande. Da zu Folge dieſer Geſinnungen erwehnte Nuntiatur zu mehrer Erleichterung der Angelegenheiten eines jeden und Erſparung deren Koſten um Errichtung eines Commiſſarii, bey welchem die Geſuche und Anlangen eingegeben, und durch den nicht nur ſolche an Jene eingeſchickt, ſondern auch die darauf ergehende Fertigungen denen Supplicanten zugeſtellt werden mögen, angetragen, und abſchriftlich anverwahrte Inſtruction für Ihn aufgeſtellet hat, Wir auch ein und anderes zu genehmigen bewogen, und Unſerm Churpfälziſchen geheimen und geiſtlichen Adminiſtrations-Rathen Tit. Philipp von Hertling auserſehen haben; Als laſſen es Euch unter dem gnädigſten Befehl andurch ohnverhalten ſeyn, Ihr ſollet gedachten von Hertling die Nachricht davon zu Unterziehung dieſes Geſchäfts mit Anſchließung beykommender Urſchrift gedachter Inſtruction ertheilen, und, wie darunter die Abſicht an Unſer und Päbſtlicher Seite weit davon entfernt iſt, daß die weltliche Gerichtsbarkeit irgend auf einige mindeſte Weiſe turbirt, und die Erz- und Biſchöfliche Rechten

gekränket werden, also ersagten Commissarium eines theils in der Ausübung seines Auftrags schützen, andern theils aber auch Ihm einbinden, weder einige Bittschrift annehmen, oder sonstigen durch die Reichs-Grundgesetze und Unsere landesfürstliche Verordnungen verbottenen Recurs in weltlichen Sachen an- oder in andere Weis etwas Unsern landesfürstlichen Hoheits-Befugnissen, und daraus fließenden juribus Placiti nachtheiliges vorzunehmen, noch mit den nach den Schlüssen des Tridentinischen Kirchenraths, und Concordaten zur Nuntiatur ungeeigneten Fällen sich abzugeben, und endurch unnöthige Beschwerden zu veranlassen. Wobey Wir Euch im übrigen ꝛc. verbleiben.

München den 5. Novemb. 1786.

An Churpfälzische Regierung
et
Mur. Mur.
an Gülich- und Bergischen geheimen Rath
also abgegeben.

XVII.

Schreiben des Pabsts Pius VI. an den Fürstbischoff zu Freisingen vom 18. Okt. 1786. (g)

(g) Dieses erschien zuerst einzel gedruckt in gr. 4. mit einer teutschen Uebersetzung, welche so wie der Abdruck durch den Nuncius Zoglio veranstaltet worden seyn soll. Von diesem Abdruck wurde es auch der actenmäßigen Geschichte ꝛc. eingerückt.

Ven.

Ven. Frater ſalutem. Deeſſe Apoſtolico Miniſterio noſtro crederemus, ſi ſub ſilentio praeteriremus litteras tuas die 12. m. Auguſti ad nos datas, in quibus, cum Epiſtolae noſtrae reſpondéres ad Te transmiſſae a noſtro Monachienſi Nuntio, praeſtiturum te illi operam tuam in ea verba ſignificabas: quatenus mihi ſtante edicto Sacrae Caeſareae Majeſtatis, quod 12 Octobris Anni praeteriti 1785. hac in cauſa in Imperio emanavit, integrum erit.

Id a te, Ven. Frater, nobis plane inexſpectatum accidit, cum perſpectiſſima tua eſſet jam ab eo tempore, quo hic Romae in ſacra incubuiſti ſtudia, erga S. hanc ſedem obſervantia, ac nobiscum pluribus tuae pietatis officiorumque indiciis comprobata conjunctio. Minime quidem mirum nobis eſt, illos abuti Caeſareo edicto, qui etiam per artificium, ut idem conficeretur, curarunt. Facile certe, quo illi ſpectent, agnoſcimus, ut nimirum ſuper alios dominentur.

Ipſi praetexunt timorem, quem nos ab eorum animis tanquam vanum, atque inanem, cum iisdem reſponſa daremus, oſtendimus. Sed hic longum et non neceſſarium eſſet, qui ſint illi, quaeque detulerint querelas ad Caeſarem, quibusque uſi ſint ad eum expugnandum rationibus, commemorare. Quae omnia certe omnibus in Germania, nedum tibi ſunt cognita ac perſpecta. Ipſe certe Caeſar, cum ad eum confugerent, aperte declaravit, eſſe in S. ſedis arbitrio, mittere, ſi ita ipſi videremur, non ſolum unum, ſed tres

etiam Nuntios, neque ſe, qui caput eſt Imperii, huic immiſceri negotio debere, cum illud certe nullo modo ad conſtitutiones Imperii pertinere intelligeret. Haec ſunt expreſſa verba Comitis de Seinsheim in ſuis litteris, die 8 Junii 1785. ad Miniſtrum Romae reſidentem perſcriptis. Multum quidem abeſt, ut credamus, Te cum iis, de quibus loquimur, hac in re ſocietatem iniiſſe. Proinde nequaquam tibi diſplicere poſſe exiſtimamus, ſi nos, omnem auferre ex animo tuo dubitationem, cupientes, paterno ſtudio aggrediamur, demonſtrare tibi, illam Caeſaris Epiſtolam Encyclicam, ſeu Circularem, neque revera obſtare, nec etiam obſtare poſſe, quominus recipiantur S. ſedis Nuntii, noſtras geſturi vices, ea cum poteſtate, ac Jurisdictione, quam hactenus exercuerunt.

Notiſſimae ſunt Canonicae ſanctiones, per quas poteſt Romanus Pontifex vi ſui Primatus, non ab hominibus, ſed a Deo conſtituti, ſuos mittere Nuntios, prout poſtulare tempora videantur, eosque debere agnoſci, et cum honore recipi ab omnibus Catholicis, praeſertim vero ab Archiepiſcopis, et Epiſcopis, qui ſolemni jurejurando ad hoc explendum officium ſeſe obſtrinxerunt. Proinde nullus eſt dubitandi locus, ſi etiam legis vim, aut edicti obligatorii et coactivi haberet ſupra memorata Circularis, hanc ipſam tamen non poſſe, utpote a poteſtate Laica prodientem, obſtare Eccleſiaſticarum legum obſervantiae: atque idcirco nullum ex Catholicis, multoque minus ex Epiſcopis eandem adducere poſſe tanquam cauſam,

ſam, ſe ab onere ſibi impoſito ſubtrahendi; quin imo ob eam conjunctionem, quae illis nobiscum tanquam membris cum capite intercedit, et ob eam, ad quam vocati ſunt, noſtrae paſtoralis ſollicitudinis partem, ſuam omnem curam, ſtudium atque operam nobiscum conjungere deberent, ut incolumis atque integra retineretur Eccleſiae auctoritas, atque hunc in modum ſequi eorum Germaniae Epiſcoporum exempla, qui et antiquis et recentibus hiſce temporibus jurisdictionem Romanorum Pontificum in hac etiam parte multa cum laude ſuſtinuerunt, et ſuſtinent.

Sed omnis revera iis eripitur ſua, quam praetexunt, ratio, ſtatim ac ea Circularis non tanquam lex, ſeu edictum, ut ipſe aſſeris, conſideranda non ſit, ſed ut *ſimplex merae inſinuationis Epiſtola*, per nonnullorum importunitatem a Caeſare perſcripta, non perſonam legislatoris, ſed *Advocati* et Imperii Defenſoris gerente; qua Epiſtola nil aliud agit, quam ut Archiepiſcopos hortetur, quo illaeſa conſervent ſua primaeva jura, quae per falſas ac erroneas querelas ablata ipſis eſſe ferantur *mediis illicitis, et juri Eccleſiae repugnantibus*, neque permittant, quemadmodum nec permiſſurum ſe ipſe profitetur, Nuntii *exercitium jurisdictionis in cauſis Eccleſiaſticis*: ſubjungit porro, ſe, dum exponit *hanc animi ſui intentionem*, non jubere, ſed exhortari, hiſce nimirum verbis „*Inſuper te provocamus*, ut *Jura* tua Me„tropolitica, et Dioeceſana tam pro parte tua, „quam attento etiam *ſuffraganeorum Tuorum* ac

„*exemptorum*, ſi quis provinciae tuae inſunt, „*Epiſcoporum conſilio* contra quasvis laeſiones il„libata tuearis.“ Demum Caeſaream illis protectionem promittit.

Si haec igitur et non alia ſunt dictae Circularis verba, unusquisque facile videre poteſt, ſalvam eſſe Archiepiſcoporum et Epiſcoporum libertatem, quae per exhortationem non eripitur, et ipſos praeterea Archiepiſcopos nullum inde conſequutos eſſe auctoritatem, ad ſuos adſtringendos ſuffraganeos, cum agere non niſi ex eorum conſilio debeant. Ex quo patet, ſi quid novi in Germania acciderit in detrimentum *jurisdictionis* Nuntiorum, non id facto Caeſaris imputandum, *ſed* Archiepiſcopis et Epiſcopis eſſe tribuendum.

Et revera quomodo id cogitari poteſt, ut Caeſar ſancire legem voluiſſet pro univerſo Imperio contra Nuntiorum jurisdictionem, quando Imperium ipſum gloriae ſibi ſemper eſſe duxerit, quod in materiis Eccleſiaſticis ſe regeret ex Eccleſiae legibus, et praeſertim primae ſedis, a qua verae Religionis initia recepit, et quando idem Imperium in materiis ad ipſum pertinentibus non alias agnoſcit leges, niſi illas, quae ſanciuntur a Comitiis, ſeu ab integro Germaniae Corpore, neque ipſa Comitia detrahere quidquam poſſunt a ſupremo ſuorum Principum jure, cujus vi eorum quisque in ſuis Ditionibus poteſtatem habet agendi quod velit, dummodo Corporis conſtitutionem non laedat.

Non

Non ignoramus multorum ſermone nunc id ſpargi, quod nova Nuntiorum in Germania inſtitutio inconſultis et invitis Epiſcopis repugnet Concordatis Germaniae, quae ex jure pactitio S. ſedem ſtringunt, et quod id a rationibus Epiſcoporum Germaniae plane alienum ſit, et quod plena ſint acta publica Imperii veſtri querelis et gravaminibus, quae contra Nuntiaturas ultra ſaeculum jam mota ſunt. Plurimi Receſſus Imperii et Capitulationes Caeſareae ad noviſſimam uſque id aperte loquuntur; ſed neque etiam ignoramus, nullo id ipſum fundamento niti, quoniam ſi ad concordatum Germanicum reſpiciamus, fieri in ipſo expreſſam mentionem invenimus Nuntiorum auctoritatis, eamque approbari (§. Placet nobis 3) ſed non invenimus illorum definiri numerum, vel impediri, quominus ſine Epiſcoporum conſenſu mittantur, quando ipſorum Principum conſenſus non ex neceſſitate, ſed ex honoris conveniencia ſit obtinendus: quanquam in caſu, de quo agitur, certiores facti fuerint Archiepiſcopi, qui nunc adverſantur, eisque datum ſit ejusmodi reſponſum, quod ipſos a ſuo timore, niſi is ſimulatus fuerit, omnino deducere potuiſſet.

Sed ſi de *Receſſibus Imperii* loquamur, verae quidem ſunt querelae identidem excitatae, ſed verum eſt etiam, querelas non jam contra ſubſiſtentiam et Jurisdictionem Nuntiaturarum motas, ſed contra *praetenſos abuſus* Nuntiorum, fuiſſe tanquam rationis fundamento carentes, ab Epiſcopis, ad repugnandum zelo inductis, in Ger-

mania contradictas, tantumque abeſſe, ut illae quidquam nocuerint, ut etiam dictam Jurisdictionem confirmarint, atque haec ipſa nunc non obſtantibus quibuscunque querelis *multorum* ſaeculorum poſſeſſionem habet, qui titulus univerſim agnoſcitur, et ab omnibus Orbis nationibus retinetur.

Si denique loquamur de *Capitulationibus Caeſareis usque ad poſtremam*, hae ſane evidenter convincunt, Nuntios in Germania debere et poſſe libere exercere jurisdictionem S. ſedis nomine; quippe his ipſis Capitulationibus nihil aliud intenditur, quam ut dicta jurisdictio *limitata ſit ad cauſas Eccleſiaſticas*, utque una excludantur civiles cauſae, ita ut exorta controverſia, Civilisne an Eccleſiaſtica ſit cauſa, unusquisque ex electis Imperatoribus promitteret ſua interponere officia apud S. ſedem pro amica declaratione, ut legitur in ultima Capitulatione aliis antecedentibus uniformi in *Art.* 14. §§. 4. *et* 5. Haec limitatio jam ab initio contradicta fuit in Receſſibus annorum 1654. et 1658. proteſtante tamen Nuntio S. Felice, et in alio Receſſu anni 1664. ſimiliter proteſtante Epiſcopo Paderbornenſi.

Sed ut nunc praetereamus, quod tum contra eam novitatem actum fuit, jam optime intelligis, Ven. Frater, ipſum Imperatorem ſuo jurejurando adſtrictum ad Capitulationum obſervantiam, neque voluiſſe, neque potuiſſe ſancire pro univerſo Imperio coactivam legem ad omnem abolendam Nuntiorum jurisdictionem contra fundamentales

mentales tam Eccleſiae, quam ipſius Imperii leges.

Poſt perſpicuas has atque illuſtres demonſtrationes, minime neceſſe eſt, tibi commemorare clariſſimum exemplum, ſub tuis oculis poſitum, Electoris Palatini, qui unus eſt e praecipuis Imperii membris. Is ea libertate utens, quae intacte cuique relinquitur, ſanctaeque huic Sedi illud obſequium deferens, quod multo magis Ven. Fratres Epiſcopi deferre deberent, ad majorem ſuorum populorum utilitatem conſtitui voluit cum conſueta jurisdictione Nuntium in omnibus ſuis ditionibus Palatino-Bavaris, qui ipſe Nuntius a variis agnoſcitur Epiſcopis et Abbatibus Germaniae, et a Catholicis populis, Electori etiam Brandenburgico ſubjectis, qui item eſt alterum e praecipuis Imperii membris.

Propterea, cum tu, Ven. Frater, te eſſe profitearis zeloſiſſimo animo praefato Archiepiſcopo et Nuntio pro moderno ſuo munere omnem locandi operam, a memorata Circulari induci non debes ad ullam formidinem, ne tua ordinaria jura laedantur: cum id accidere omnino non poſſit, ſtatim ac non aliam auctoritatem habet novus Nuntius, quam quae hactenus ſine ullo Ordinariorum jurium detrimento ab aliis Nuntiis fuit exercita; itemque eidem Nuntio a nobis expreſſe mandatum fuit, ut ſibi tecum, et cum aliis Epiſcopis conveniret, utque omnium veſtrum eam ipſe haberet, quae par eſſet, rationem. Hunc in modum noſtrae voluntati, Ec-

cleſiaeque et Imperii legibus obſequens, tibi proximiorem habebis, qui noſtro nomine defendat et tueatur jura tua, et bene de ipſa religione mereberis, et populis conſervabis utilitatem, quam S. ſedes iisdem cum proprio etiam impendio praeſtari per ſuos Nuntios curat, quorum utilitas ab ipſo Hontheim admittitur et fatetur in hiſtoria Trevirenſi *Tom. II. ad Differt. Saeculi XVI. §. 10. pag. 540.*

Quod ſi ipſe, qui Suffraganeus et Archiepiſcopi Salisburgenſis, ad adverſantium nobis conſilia accederes, praeter quod iuratam fidem non ſervares, neque ſtares Eccleſiae, Imperiique legibus, publicaeque utilitati aperte opponeres; ea etiam incurreres pericula, a quibus cavere omnino tua cauſa debes, non ſolum S. ſedis ejusque Nuntiorum auctoritati te ſubtrahens, quae certe Germanicam libertatem non laedit, ſed tuo ſubjiciens Metropolitano ultra terminos ab *Univerſali* Eccleſia praeſcriptos, ad quod certe aſſequendum adverſantium conatus ſpectare, nemo eſt qui non intelligat. Sed nos ita perſuaſi ſumus de intima nobiſcum et cum Apoſtolica ſede animi tui conjunctione, deque tuae mentis intelligentia, ut minime dubitemus, quin auſcultaturus ſis noſtris hiſce adhortationibus, eoque magis, quod certus eſſe poſſis, ſi quis forte abuſus oriretur, ot ſi quae proveniret jurium ad Archiepiſcopos, Epiſcopos et Principes Imperii ſpectantium violatio, promptos Nos, paratosque fore ad eos auctoritate noſtra tollendos, propterea que illam Nos

decla-

declarationem confirmamus, quam Praedeceſſor noſter Alexander VII. per ſuperius memoratum Nuntium S. Felicem emiſit in Comitiis anni 1658. Hac de re fiducia freti, ſingulari paterni animi benevolentia, qua fraternitatem tuam complexi ſemper ſumus, Apoſtolicam Benedictionem tibi, tuaeque fidei concreditis populis peramanter impertimur. Datum Romae die 18 October 1786. Pontificatus noſtri anno duodecimo.

XVIII.

Schreiben des Kurfürſten zu Trier an den Nuncius zu Köln vom 18. Jan. 1786. (h)

Non dubito, quin Reverendiſſima, et illuſt. Domin. Veſtra iterata ſaepius Epiſcoporum Germaniae vota, et curas de adimplenda Baſileenſis Concilii et Concordatorum lege, quae cauſas ſummae ſedis jurisdictioni obnoxias per reſcriptum usque ad finem litis in partibus committi jubet, perſpectas habeat. Vulgatiſſima ſunt hac de re hiſtoriographorum teſtimonia plurima, et quae inde a prima Nunciaturae in Germania origine in hanc usque diem exſtant in actis imperii publicis monimenta, querelae et motus plus quam ſatis evincunt.

Univerſa

(h) Betrachtungen über die päbſtliche Nunciaturen in Teutſchland ꝛc. (1786.) unter den Beylagen Num. III.

Univerſa haec quaeſtio occaſione nunciaturae Monachii in Bavaria recens ſtabiliendae retruduit, qua de cauſa *Moguntinus et Salisburgenſis Archiepiſcopi* reliquorum Epiſcoporum in Germania expetiere vota, ut communes Imperatori, ceu libertatis eccleſiaſticae vindici, preces offerre poſſent. *Verum huic poſtulationi accedere nolui: quae ſenſa Sanctitati Suae in literis de 27. Jun. anni elapſi prolixius aperui.* Singularis namque, qua feror, devotio in ſedem Apoſtolicam, cujus auctoritatem quanti ego faciam, ſemperque fecerim, illſtma Dom. Veſtra ignorare nequit, animum retinebat.

Fuit nihilominus tanti ponderis ante fata Archiepiſcoporum ad Imperatorem rogatio, ut is generali ſanctione omnem nunciaturarum jurisdictionem, et judicaturae exercitium, ob novam praeſertim, quae Monachii dicebatur erigi, penitus in Germania abolendam eſſe cenſuerit.

Artiſſimum, quo ſupremo Imperii capiti ceu Status et Elector devincior, vinculum, et *obſequii religio* a me quoque ejusdem legis exſecutionem efflagitant. Quae mea ſit ſententia, nuper memini expoſuiſſe. Hanc certe Sanctitas Sua aegre moleſteve haud poterit ferre, *ſi me non conſtitutionis hujus promotorem, ne auctorem dicam,* eſſe noverit. Pro maximo in Eam devotionis ſtudio certe fui *moderatior temperatiorque.*

Nunc vero cum Caeſareae Majeſtati omnem nunciorum facultatem juris dicendi finibus Germaniae arcere placuit, Imperii Principibus *obſequii relicta*

relicta eſt obligatio. Quare non poſſum die 4. Novemb. anni prioris de non admittendis impoſterum appellationibus datam declarationem non repetere, ſed illud inſuper ut adjungam, oportet, ne in cauſis, quae modo pendent, ulterius quidquam ſtatuat, aut definiat Rdſma et illuſtr. Dn. V. quarum acta quae apud nunciaturam morantur, quatuor hebdomadarum ſpatio judici aequo remittere placeat. Cum enim memorata Imperatoria reſolutio nunciorum jurisdictioni finem faciat, futura quaevis decreta, et ſententiae nullae ſunt et irrita, nec exſecutionem obtinere poſſunt. Non hac de re tantum Vicariatus meos inſtrui feci, ſed illud quoque in mandatis dari oportuit, ut juxta ejusdem legis vim et tenorem ſingulis capitulis tam ſecularibus quam regularibus ceterisque perſonis eccleſiaſticis inhiberent, ne vel quemquam voluntariae, ut dici ſolet, jurisdictionis actum a nunciatura expetant. Rdſmam Dnaem V. ne quid ejusmodi faciat emanari, morare ſuperfluum puto. Motus enim triſtesque ſequelas, quae exinde poſſent oriri, ipſe pro ſpeciali obſervantia, ſummopere evitare cuperem, qui cum eodem, quo hujusque fui, ſtudio addictiſſimus perenno.

XIX.

Antwort des Nuncius an den Kurfürſten. (i)

Debitore di riſpoſta a due venerabil. fogli di S. A. S. E. preclusomi l'adito, (per ordine coſi

(i) ebendaſelbſt Num. IV.

così insolito, comme non meritato) di dirigerla alla S. A, mi fo un dovere di rassegnarla a V. E. perche ella si compiaccia avanzarliela.

Quanto alla lettera, di cui vuole l' A. S. onorarmi sotto i 16 di Gennaro, riguardante l' affare di S. Massimino, sapendo, che S. A. ha direttamente scritto a N. S., altro non mi rimane, che precarla di attenderne dal sommo Pontefice la risposta, che verrà quanto prima, potendo esser per tante prove sicura, che salva sua Coscienza e il suo onore, et il non potere o condamnar persone, che non ha inteso, o privare d'un diritto, che non ha esaminato, cercherà il S. P. di trovare, e di adotare que'modi, che più siano sodisfacenti e più grati ad un prencipe, et ad un prelato della Germania così rispettabile.

L'altero foglio di 18 pure Gennaro porta, che per una generica imperiale sanzione sono in tutta la Germania perennemente estinte le giurisdizioni et le autorità delle nunziature apostoliche, che questa legge è così *assoluta*, *et coattiva per tutti gli stati e Principi della Germania*, e che non altro a lor resti, che *obsequii obligatio*; che di necessità per questa sola legge in qualunque stato libero, e sovrano della Germania rimane ogniatto nullo, e diritto, che dalle nunziature si eserciti — e finalmente vuole *precettivamente* ordinarmi l' A. S. che nello spazio di 4 settimane al Giudice *a quo* io respinga tutte le cause, che nel mio tribunale pendessero. Per

quanto

quanto nuove posſano parermi queſte teorie nell' idea della coſtituzione di Germania, non ho biſogno di ricorrervi; baſtando la ſola lettura della lettera Circolare di S. M. Imperiale de' 12 8b. per dimoſtrare, che la M. I. non ma mai inteſo ne di ordinare, ne, di arbitrariamente preſcrivere, ne di abolire d'un colpo le nunziature, ne di irritarne gli atti, o decreti di propria autorità; ma ſolo ſi è contentato, d'inſinuare, e ſuggerire a veſcovi di riaſſumere i diritti loro originari, d'impedire l'abuſi per illegitimi mezzi introdotti, e di riconoſcere i Nunzi come rappreſentanti e miniſtri del Capo della chieſa. Or non *eſſendo diritto originario di alcun Veſcovo d'eſſer independente e di eſſer ſciolto da' que vincoli di ſubordinazione, e di ſoggezzione, che la Gerarchia preſcrive, ex che al ſupremo paſtore li legá; ne eſſendo queſti intrinſeci coſtitutivi del Primato, che ſecondo il dogma cattolico non è ſolo Primato d'onore ma di giurisdizione eziandio, che in parte per comodo delle nazioni la ſede apoſt. eſercita per mezzo de' Nunzi* par che poſſano certamente eſſer queſti l'oggetto della inſinuazione Imperiale; ed a queſto deve l'Auguſtiſſ. Imperatore aver riguardato, quando nelle medeſime preſerva, che i Nunzi ritengano la *rappreſentanza* del Capo della chieſa, che non puo eſſer *rappreſentanza ſterile ed oziosa*, quando il Capo della chieſa non ſi conſideri *un Capo di moſtro ſol tanto, e di ſcena.*

Nè puo altrimenti interpretarſi il ſenſo della dichiarazione imperiale, *e delle inſtanze di alcuni*

cuni pochi veſcovi, che a ſeconda delle capitulazioni, ſtipulate da tutti gli imperatori, e dall' Aug. Giuſeppe II. lequali ſi reputano della nazione tanquam lex Imperii fundamentalis, ab Electoribus nomine Imperii ſcripta, et ab Imperatore, ut ſecundum iſtam Imperium adminiſtretur, juramento acceptata.

'Or in queſta all' articolo XIV. ſi ricerca, *che le cauſe meramente civili non ſiano tratte alle nunziature; non ſolo ſi ſuppone* inconcuſſo e certo e pacifico e tranquillo il poſſeſſo delle nunziature medeſime per le cauſe eccleſiaſtiche, ma ancor provede a caſi dubi, non gia proponendo una ſanzione, che aboliſca delle nunziature il nome, o una legge; minacciando, che relinquat ſolam obſequii obligationem, ma provede collo ſtabilire, che les cauſes, qui ſeront douteuſes, ſoient terminées par une compoſition amiable avec le ſiége apoſtolique.

Che la Nunziatura di Monaco non abbia potuto eſſere nè ragione ſufficiente, nè preteſto plauſibile a ſi grave e ſi immeritata cataſtrofe di piu ſacri diritti della ſede Apoſt. L' equita dell' A. S. che ha ſaputo conoſcerlo, *negando la ſua unione alle querimonie e ricorſi di alcuni pochi anzi di due ſoli veſcovi*, ſapra conſtantemente valutarlo, et ritenerlo; da che ne nouve autorità ha affettato l'apoſtol. ſede, ne nouve Giurisdizioni introdotte, ma ſolo condiſcendendo alle inſtanze premuriſſime e replicate del ſeren. Elettore Palatino ha ſtabilito in Monaco un Nunzio, che eſerci-

eſercitaſſe quelle ſole individue facoltà in quegli ſtati, che già ſenſo Contraſto e lamento eſercitavano nunzj apoſt. di Vienna e di Colonia.

Quanto poi all' ordine ed alla precettiva ingiunzione che ſi degna S. A. dirigermi per che io rimandi nello ſpazio di 4. ſettimane le appellazioni, che al mio tribunale ſi trovino al Giudice a quo, io non poſſo non umilmente rappreſentare, che per quanto ſia il mio rispetto vivifſimo ed ardentiſſimo il mio deſiderio d'incontrare la ſoddisfazione dell' A. S. *non prevarichero mai al mio dovere*; ne vorro o tacitamente o eſpreſſamente conſentire *ad uno ſpoglio violento* che ſi fa dell' autorita del ſummo Pontefice, che con tutta la moderazione d'un Padre, *ma con tutta l'autorita d'un ſuperiore* riclamera mai ſempre, ne ammettera, che l' ordine d' un arciveſcovo, quantunque riſpettabiliſſimo, leghi il rappreſentante, o circoſcriva l' autorità del Patriarca d'Occidente, o del Primate della chieſa univerſale, ne permettera, che per mia colpa, o acqueſcenza ſia leſo il diritto queſto ai terzi, che hanno il mio tribunale implorato ſotto la protezione et l'ombra delle leggi medeſime dell' Impero, e della piu coſtante prattica dell' inclita nazione Germana. Tanto prego V. E. di raſſegnar all' A. S. implorante ſempre piu vivamente, per mei benigni riguardi della ſua clemenza, e la continuazione e di quella bonta, che faceva altre volte la mia gloria, e che ſara ſempre l'oggetto della mia ambizione de' mei deſiderj.

XX.

Antwortſchreiben des Kurtrieriſchen Miniſtres an den Cölniſchen Nuncius Belliſoni vom 13. März 1786. (k)

Monſeigneur! Je n'ai pas manqué de mettre ſous les Yeux de S. A. S. Electorale la lettre que Votre Excellence m'a fait l'Honneur de m' addreſſer.

S. A. S. E. a été d'abord étonné de la Tournûre, Monſeigneur, que Vous avez donné à ſes dernieres Lettres. S. A. S. E. dont la Bonté de Coeur et la Façon noble et digne de Sa Dignité eminente et auguſte Naiſſance ſont aſſés connûes, perderoit dans l'Eſprit du Publique, ſi on pourroit ſe perſuader, qu'elle a écrit deux Lettres à Votre Excellence et qu'elle lui a mandé d'addreſſer les Réponſes à moi. Permettez donc, Monſeigneur, que j'ai l'Honneur de Vous obſerver, que les deux Lettres n'etoient que des Réponſes aux Votres, et comme le Style, dans le quel Votre Excellence a ecrit à S. A. S. E. a été un peu fort et en Partie menaçant, elle a trouvé néceſſaire de Vous dire, Monſeigneur, que Vous voudries ſuivre dans la Suite l'Uſage établi dans toutes les Cours, ſuivant lequel les Ambaſſadeurs et Miniſtres étrangers s'addreſſent aux Miniſtres d'Etat en Affaires.

Pour ce qui régarde la Viſitation de l'Abbaye de St. Maximin, les Droits de S. A. S. E. ſont

(k) ebendaſelbſt Num. V.

ſont ſi claires et ſi inconteſtables, qu'elle peut les prouver à tout le Monde impartial, et Votre Excellence peut ſe convaincre elle même par le Memoire ci jointe.

Cette Viſitation va du Reſte bon Train et ſera bientot acheyée, et S. A. S. E. ne pourra jamais prendre ſur elle d'interrompre une Affaire, la quelle a été commencée et menée avec tant de Droit et tant d'Ordre.

On croit, Monſeigneur, que Votre Excellence auroit pû empecher, il y a deux Ans, toutes ces Conteſtations et Viſitations, ſi elle avoit voulû s'intéreſſer d'avantage pour les Vûes pieuſes de S. A. S. E. à l'Egard des Ecoles, et de l'Inſtruction des pauvres Sûjets, qui malheureuſement ont vecû dans une Ignorance terrible, au lieu de ſoutenir les Oppoſitions des Abbayes touchant une Contribution du ſuperflû.

Pour ce qui régarde l'Abolition de la Juriſdiction des Nonciatûres dans l'Empire il me paroit, Monſeigneur, que Votre Excellence eſt dans l'Erreur en expliquant la Conduite de S. A. S. E. à cet Egard.

Après la Lettre circûlaire de Sa Majeſté l'Empereur toute cette Jurisdiction auroit dû ceſſer dans ce Moment, S. A. S. E. par une Conſidération particûlière fixe un Délais de quatre Semaines, parceque il faut cependant qu'on decide, quand les Parties doivent ceſſer de s'addreſſer au Tribunal de la Nonciatûre, pour ne pas leurs cauſer des raix inutils et les empêcher de folli-

citer des Sentences, lesquelles seroient nulles et sans Effet.

La Lettre de l'auguste et suprême Chef de l'Empire est d'ailleurs assés claire et positive, Monseigneur, pour qu'aucune Interpretation contraire puisse avoir lieu.

S. A. S. E. est, et a été de tout temps très respectueusement attachée au *Saint Siège*, elle réconnoit que le Saint Pere a une Primauté d'Honneur et de Jurisdiction sauf les Droits originaux des Evêques; mais elle sait distinguer entre le dogme, et la Jurisdiction, et elle sait que la Jurisdiction a ses Dégrés et ses *Bornes*, qu'elle n'est pas la même dans tous les Pays, qu'*elle* dépend des Concordats, Constitutions différentes dans les Pays différents, au lieu que le dogme est invariable, et le même par tout; elle connoit les Droits originaux des Evêques, elle n'ignore pas qu'ils ont reçu leurs pouvoir *immédiatement* du Fondateur divin de notre sainte Réligion, et elle est très instruite, qu'avant l'Electeur *Gebhard* de Cologne on ne connoissoit pas un Tribunal de Nonciature permanent dans ces Cantons, et que le saint Siège s'est obligé, de donner des Juges in Partibus, que la Nation germanique s'est plaint depuis des Siécles, que des Juges, qui ne *connoissent* pas la Constitution decident leurs Procés, que chaque fois avant de faire la Capitulation Imperiale la Cour de Rome a promis de donner satisfaction aux plaintes de la Nation germanique, et que chaque fois ces Promesses n'ont pas été remplies

remplies. S. A. S. E. a prévû depuis quelque Temps ce qui en eſt réſulté, que la Cour de Rome en ſe refuſant aux Demandes ſi juſtes à ces Egard de la Nation germanique donnera lieu, que tôt ou tard un Empereur ſecondera les Voeux des Metropolitains et Evêques allemands reunis, abolira tout d'un Coup toute la Jurisdiction des Nonciatures dans les limites de l'Empire.

S. A. S. E. voyant, Monſeigneur, que Votre Excellence eſt decidée de ne pas renvoyer les Actes pendentes à ſon Tribunal plaint ſeulement les Parties qui ſont obligés maintenant de plaider de nouveau et d'avoir les frais de faire faire des Copies de ces Pieces; elle convainquera du reſte le Monde que l'Electeur eſt auſſi ferme de ſe conformer aux Reglemens du ſuprême Chef de l'Empire, comme l'Archévêque a toujours été pour ſoutenir les Dogmes de la Réligion catholique, et les Prérogatives fondés du Saint Siége.

J'ai l'Honneuer, d'être &c.

XXI.

Schreiben des Kurfürſten zu Kölln an den Nuncius zu Kölln die von dieſem vorgenommene Ehedispenſation des Prinzen von Hohenlohe-Bartenſtein und der Gräfin von Blankenheim betreffend, vom 27. Novemb. 1786. (1)

(1) Aus den wichtigen Urkunden zur ferneren Aufklärung der Klagen wider die päbſtliche Nunciaturen ꝛc. (1787. 4.) Num. I.

Monſieur!

Par un rapport de mon Vicaire General à Cologne j'ai été informé, que vous aviez diſpenſé la Comteſſe de Blankenheim, et le Prince de Hohenlohe-Bartenſtein dans le ſecond degré de conſanguinité. Vous vous perſuaderez ſans doute, que ce ſeroit donner lieu à des confuſions perpetuelles, ſi des Evêques etrangers vouloient exercer une jurisdiction dans le Dioceſe d'un autre, et s'ingerer dans l'adminiſtration de ſes Fonctions Epiſcopales. J'oſe, donc me flatter, Monſieur, que vous voudriez bien vous abſtenir dans la ſuite de tout exercice de jurisdiction dans mon Archidioceſe, et ne point me mettre dans la neceſſité de recourir aux moyens les plus efficaces pour en maintenir les droits; etant avec la plus parfaite eſtime

Monſieur

à Bonn le 9. Novemb. 1786.

à Monſieur
Mr. l'Archevêque de Damiete
Comte de Pacca
à Cologne.

Le très affectionné
Maximilien François Archevêque Electeur
de Cologne.

XXII.

XXII.

Schreiben des Kurfürſten zu Kölln an ſeinen Agenten zu Rom, Marquis d' Antici vom 17. Nov. 1786.

Ex Relatione Vicarii noſtri generalis non ſine magna admiratione percepimus, Archiepiſcopum quemdam Damiatenſem, qui per aliquot abhinc menſes Coloniae commoratur, Comitiſſam de Blankenheim et Principem ab Hohenlohe-Bartenſtein in ſecundo gradu conſanguinitatis diſpenſaſſe. Parum refert, num dictam diſpenſationem vigore certarum ſic dictarum facultatum immediate conceſſerit, aut diſpenſationis litteras a ſede apoſtolica abſque praeſcitu Noſtro ſub- et obreptitie obtentas tanquam judex delegatus voluerit exequi. Vix poſſumus credere, quod Sanctitas ſua, de cuius ſincero Juſtitiae et unionis inter Catholicos Epiſcopos promovendae ſtudio ſemper confidimus, Archiepiſcopo extraneo commiſerit, in diſtrictu Archiepiſcopatus Noſtri actum Jurisdictionis exercere, cujusmodi unice nobis competere ex primis principiis hierarchiae eccleſiaſticae notum eſt. Committimus itaque vobis, data prima occaſione, Noſtras Sanctitati Suae deſuper querelas proponere, Illamque enixe rogare, ut dicto Archiepiſcopo ſerio iniungere velit, impoſterum ſe ſe negotiis epiſcopalibus in Diſtrictu Archiepiſcopatus noſtri non amplius immiſcere. Singulari quo vos amplectimur gratia cum favore permanentes &c.

XXIII.

Cirkular des Nuncius Pacca zu Köln die Diſpenſationen in Ehehinderniſſen betreffend vom Decemb. 1786.

Quum ad notitiam ſanctiſſimi Domini Noſtri PII PP. VI. pervenerit, in quibusdam Dioeceſibus, et a nonnullis Archiepiſcopis concedi Diſpenſationes ab impedimentis Matrimonialibus in gradibus nequaquam expreſſis, aut comprehenſis in facultatibus a ſede Apoſtolica impetratis: idcirco Sanctitas ſua, ne quid temere per huiusmodi Diſpenſationes obrepat, quod Fideles in errorem inducat, et ne quis factorum ignorantiam in re tam gravi praetexere unquam valeat, diſtricte Nobis praecepit die 18 Octobris proxime elapſi, ut facultates, quas a ſancta ſede antiquiſſimo tempore nominatim poſtularunt, et obtinuerunt, atque etiam nunc de Quinquennio in Quinquennium ſibi confirmari poſtulant, et obtinent Rmi. Archiepiſcopi, Moguntinus, Colonienſis, et Trevirenſis, palam omnibus faceremus, et ſi quid contra factum, fierique contingeret, irritum diceremus.

Nos igitur Sanctiſſimi Domini Noſtri Papae juſſa exequentes, praeſentibus noſtris Litteris notum omnibus facimus, et declaramus, non alias diſpenſandi Facultates praefatis Rmis. Archiepiſcopis competere praeter eas, quae in ſingulis eorum Indultis explicite continentur --- Diſpenſandi, nimirum, in Tertio, „et Quarto ſimplici, et „mixto tantum cum pauperibus in contrahendis:

„In

„In contractis vero cum Haereticis converſis etiam „in ſecundo ſimplici, et mixto, dummodo nullo „modo attingat primum gradum - - -; ut liquet „ex tenore indultorum juxta formulam Tertiam „typis impreſſam.

Ubi enim primum quorundam Epiſcoporum, et Archiepiſcoporum neceſſitatibus et precibus occurrere volens Apoſtolica ſedes, praedictam Formulam conceſſionis invexit (antea enim perraro, et plerumque in Haereticorum ad unitatem Eccleſiae redeuntium gratiam diſpenſandi facultas uni, aut alteri Ordinario concedebatur) Indulta Apoſtolica indeſinenter enixis precibus de Quinquennio in Quinquennium a Rmis. Archiepiſcopis expoſtulata ſunt, et benigne conceſſa, licet aliquando aliqua interjecta mora.

Rmus. Archiepiſcopus Coloniensis Ferdinandus primum quidem Confirmationis Indultum obtinuit die 21 Decembris 1645. quo defuncto illius in Archiepiſcopatu ſucceſſor Maximilianus Henricus, cum die 12. Januarii 1651. easdem ſibi Facultates a Sede Apoſtolica tribui obtinuiſſet, de Quinquennio in Quinquennium ſibi prorogari facile conſequutus eſt 16 Decembris 1655; prima Julii 1662, 30 Junii 1667. 30 Junii 1672.

Item Joſeph Clemens ex Principibus Bavariae, cui praeter Colonienſem Archiepiſcopatum, Eccleſiarum quoque Hildeshemienſis et Leodienſis Adminiſtratio concredita fuit, poſtquam Indultum juxta praedictam Formulam Tertiam a Sancta Sede impetraſſet 6 Maji 1677, idem prorſus ſibi con-

firmari ſummo ſtudio contendit quinquennio quolibet exeunte, videlicet trigeſima Aprilis 1682, nona Aprilis 1687; 29 Januarii 1693; decima Decembris 1698; 20 Septembris 1703; 26 Septembris 1708; 14 Sept. 1713, 1718; et 17 Junii 1723.

Poſt illius obitum renunciatus Archiepiſcopus Colonienſis Clemens Auguſtus conſuetas Diſpenſandi Facultates ſibi a ſummo Pontifice quaeſivit an. 1728. easque ſtatis temporibus confirmari curavit, repetitis Indultis 13 Auguſti 1733, 6 Auguſti 1738; 4 Julii 1743; 22 Maii 1748; 30 Maii 1753; 13 Aprilis 1758.

Neque ſecus actum eſt a reliquis Epiſcopis Colonienſibus ſucceſſoribus, quorum extant conceſſiones, atque confirmationes habitae 23 Junii 1761; 26 Junii 1766; aliaeque usque ad hodiernum Sereniſſimum Archiepiſcopum Maximilianum ex Archi-Ducibus Auſtriae, qui poſt impetratas a Sanctiſſimo Domino Noſtro Diſpenſandi Facultates juxta praedictam Formulam Tertiam prout cum illius Praedeceſſoribus factum fuerat, easdem ad Quinquennium prorogari petiit 27 Maii 1784.

Colonienſium Archiepiſcoporum exemplis excitati Archiepiſcopi Moguntini jam pridem ab anno 1653. de hujusmodi Facultatibus impetrandis, inſtaurandisque admodum ſolliciti fuerunt, ut conſtat ex Pontificiis Decretis editis 6 Junii 1658; 3 Maii 1663; 12 Aprilis 1668; 7 Junii 1674; 5 Martii 1676; 14 Martii 1680; itemque 28 Martii 1685; 12 Martii 1722, 13 Maii 1728; 11 Decembris

bris 1732; 2 Januarii 1738; 25 Aprilis 1743, 22 Maii 1748; 5 Julii 1753; 17 Auguſti 1758; 22 Septembris 1763; 22 Septemb. 1768; 11 Julii 1782.

His Demum apprime cohaerent Facultates, quas ſibi a ſummis Pontificibus delegari, confirmarique curarunt Archiepiſcopi Trevirenſis 5 Aprilis 1662; 17 Novembris 1667; 20 Novemb. 1681; 27 Novemb. 1686; 15 Novemb. 1691; 3 Januarii 1697; 9 Martii 1702; 28 Martii 1711, 1717; 26 Martii 1722; 10 Junii 1727; 26 Januarii 1730; 3 Februarii 1735; 27 Januarii 1740; 4 Martii 1745; 3 Aprilis 1750; 17 Aprilis 1755; 12 Februarii 1756; 13 Novembris 1761; 20 Februarii 1766; 13 Junii 1768; 12 Martii 1778; 7 Aprilis 1783.

Quamvis autem hodiernis Celſiſſimis Archiepiſcopis Colonienſi, ac Trevirenſi circa annum 1782. a ſummo Pontifice conceſſum fuerit ... „Diſpenſandi (cum ſubditis Auſtriacis) in gradibus „tertio, et quarto ſimplici, et mixto tantum, ne„dum cum Pauperibus, ſed etiam cum Nobilibus, „et Divitibus in contrahendis ... non ideo licet ſuperadditam hanc Facultatem aut extendere ad tertium, et quartum gradum mixtum cum ſecundo, quod ne per Formulam quidem Tertiam unquam licuit, aut ad alios gradus, ad alias perſonas, et loca extra Ditionem Auſtriacam poſita ampliare.

Cum itaque ex his omnibus pateat Rmos. Archiepiſcopos Moguntinum, Colonienſem, et Tre-

Trevirenſem non aliis potiri Diſpenſandi Facultatibus, niſi contentis, et expreſſis in Formula Tertia, quas ipſi de Quinquennio in Quinquennium ſibi confirmari à Sancta Sede hactenus inſtiterunt, itemque certum ſit ejusdem Formulae Tertiae ampliationem a Summo Pontifice nuper injectam pro Dioeceſibus Trevirenſi, et Coloniensi, Subditos, Ditionesque Auſtriacas duntaxat attingere; idcirco noverint omnes, ad quos pertinet, immotumque permaneat, quascumque Diſpenſationes, ſecus, quam per Formulam Tertiam; ejusque novissimam ampliationem liceat, aliunde, quam ab Apoſtolica Sede profectas, nemini ſuffragaturas; *Neque* propterea ratum, validumque futurum deſuper Matrimonium, Sobolemque, ſi qua ex ejusmodi *inceſtis Nuptiis* prodierit, *quocumque legitimationis Jure* deſtitutam iri.

Datum Coloniae Pridie Kalendas Decembr. 1786.

(L. S.) E. Archiepiſc. Damiaten. N. Apoſtol.

XXIV.

Verordnung des Kölniſchen Vikariats vom 19 Decemb. 1786.

In Gefolge beſonders gnädigſten Befehles Sr. Kurfürſtl. Durchlaucht zu Kölln, unſers gnädigſten Herrn, d. d. Münſter den 17. Decemb. l. J. wird ſämtlichen Paſtoren hiemit befohlen, daß von einem ſich als päbſtlichen Nuntius zu Kölln ausgebenden, hierüber aber bey höchſtgedachst Sr. Kurfürſtl. Durchlaucht nicht legiti-

mirten

mirten fremden Biſchof erhaltenes gedrucktes Schreiben mit dem nämlichen Couvert, ohne weiters demſelben mit der erſten Poſt zurückzuſchicken, über dieſe Abrückſchickung ein Certificat von der Poſt, womit die Zurückſchickung geſchehen, ſich geben zu laſſen, und ſolches unverzüglich an hieſiges Vikariat einzuſchicken. Wobey dann zugleich, im Gefolge obenbenannten beſonders gnädigſten Befehles, beſagte Paſtoren unter ſchwerer Strafe ſich nicht unterfangen ſollen, irgend ein Schreiben, Brevе, Bulle, Diſpenſation, oder wie ſie Namen haben, vom römiſchen Hofe anzunehmen, bevor ſolche uns präſentiret, und von uns die zur Umſchickung und Publikation gehörige ſchriftliche Erlaubniß erhalten haben.

Sign. Kölln den 19ten Decemb. 1786.

J. F. von Horn Goldſchmidt,
Vicar. Gen.

XXV.

Verordnung des Trieriſchen Vikariats in eben dieſer Sache vom 20 Dec. 1786.

Nos Officialis, Sigillifer, Conſiliarii Eccleſiaſtici, caeterique Curiae Eccleſiaſticae Confluentiae Aſſeſſores.

Relatum nobis fuit, perveniſſe ad plurimos Archi-Dioeceos inferioris Parochos editum typis litterarum ſchediasma pridie calendas Decembris datum, quod Damiatenſis in partibus Archi-Epiſcop

ſcopi et Apoſtolici de latere Nuntii legati, qui Coloniae moretur, nomen prae ſe ferret. Multis id quidem argumentis et verborum ambagibus Reverendiſſimorum Germaniae Archi-Epiſcoporum S. R. J. Electorum in tertio et ſecundo Affi- et Conſanguinitatis gradu diſpenſandi Facultatem reſtaurare nititur, quam in rem et authoritatis apoſtolicae Mandatum ſpeciale allegatum conſpeximus. Verum proſcriptam alias Germaniae finibus qualitatem Nuntii alteri cuivis tributam aut acceptatam a Reverendiſſimo et Sereniſſimo Archi-Epiſcopo fuiſſe, ignota plane apud Nos res eſt, atque in hanc diem inaudita.

Licet quidem de Parochorum aliorumque Curatorum Eruditione et Obſequii ſtudio plus quam ſatis confidere, fore, ut ejusmodi litterarum, quibus contra apertas ſanctiones Epiſcopi, quem Spiritus S. poſuit regere Eccleſiam Dei, nulla poteſt ineſſe authoritas, vis, aut robur, nullam ſint habituri rationem; Alteri enim in aliena Dioeceſi nullam eſſe ferendarum Legum poteſtatem, vel allegare ſuperfluum credimus. Attamen Reverend. et Sereniſſimi Archi-Epiſcopi noſtri circa id genus cauſas die 25 Novemb. 1785. atque die 18. Januarii a. c. datas de non recipiendis Bullis, Brevibus et Reſcriptis apoſtolicis absque praevio Vicariatus Conſenſu Ordinationes hic repetere et denuo inculcare vel inviti cogimur, atque ne turpiter violatae Jurisdictionis ordinariae, cujus conſervandae potiſſima eſt obligatio, vel veſtigium remaneat, mandamus ſerio, ut omnes, ad quorum

rum manus memorata folia pervenerint, eadem quantocius authori remittant, ac eidem nuſpiam ſe contra Hierarchiae divinitus conſtitutae evidentiſſima principia ab externo quopiam in partibus Archi-Epiſcopo, quovis nomine vel veniat, vel ſplendere velit titulo, legem aliquam accipere poſſe verbis apertis ſignificent.

Caeterum cum ad Religioſos idipſum vel ſimile quid exaratum fuiſſe necdum cognoverimus, omnibus et ſingulis cujus demum cumque Ordinis fuerint, hisce injungimus, ut memoratam ſupra Ordinationem Reverend. Archi-Epiſcopi ad amuſſim itidem expleant, et quidquid hac de re ad illos fuerit ſcriptum ad nos fideliter absque mora transmittant. Confluentiae apud Officialatum 20. Decembris 1786.

Ex Mandato
L. J. Hommer, Secretarius
in Vicarialibus.

XXVI.

Verordnung des Mainzer Vikariats, dieſes Cirkular betreffend vom 21 Dec. 1886.

Nos Vicarius in Spiritualibus Generalis, Provicarius, Officialis, Sigillifer, Fiſcalis major, ceterique Conſiliarii Eccleſiaſtici, et Adſeſſores.

R. R. D. Bartholomaeus Pacca, Archi-Epiſcopus Damiatenſis, et Nuntius Apoſtolicus, Coloniae Agrippinae degens, auſus eſt Impreſſo quodam

quodam pridie Calendas Decembris a. c. edito, et ad Parochos Archi-Dioeceſeos Moguntinae, aliasque Perſonas Eccleſiaſticas tranſmiſſo, Diſpenſationes in Gradibus à R. Rmis D. D. Ordinariis quibusdam conceſſas, eo ex Capite declarare nullas, atque irritas, quod Gradus iſti in Facultatibus à Sede Apoſtolica impetratis expreſſi non ſint, aut comprehenſi.

Equidem haud dubitamus, omnes, et ſingulos Dioeceſeos noſtrae Parochos, aliosque Curatos et Confeſſarios tam Clericos, quam Religioſos, genuinis de Archi- et Epiſcoporum Poteſtate principiis imbutos, aeque ac reſervationum tempore medii Aevi a Curia Romana invectarum Origine probe inſtructos, Declaratione iſthac (id quod certe ab omnibus poſtulamur) neutiquam movendos, nec ab Obedientia Eminentiſſimo noſtro debita receſſuros, potius eaſum hunc verè temerarium, atque Authoritati, Juriſdictionique Ordinis Epiſcopalis ab ipſomet DEI Filio inſtituti nimis praeiudicioſum, ac contrarium, nec non tranquillitatem conſcientiarum turbare natum, pro merito deteſtaturos, nullamque praefati incompetentis Impreſſi, ejusque Tenoris, ac Finis rationem habituros eſſe. Mentem noſtram uberius deſuper exponendam Nobis reſervamus, ac in praeſens ſerio mandamus, ut, ſi quod Exemplare Impreſſi memorati ad manus illorum pervenerit, illud quantocius eadem via, qua acceperunt, Coloniam remittant; et, quod debite

hoc

hoc factum ſit, indilate certiores Nos reddant.
Moguntiae Die 21. Decembris 1786.

Maria Joſephus Philippus Antonius

(L. S.) L. B. Schüz ab Holzhauſen,
Vicarius in Spiritualibus Generalis.

Joannes Balthaſar Elbert,
S. Sedis Moguntinae Secretarius.

XXVII.

Schreiben des Officialats zu Coblenz an den Erzbiſchoff Pacca vom Dec. 1786.

Inopinatum accidit atque inauditum multis, per Trevirenſem Archidioeceſin Parochis afferri Colonia Litteras, quae Archiepiſcopi Damiatenſis Sedis Apoſtol. Nuntii Nomen prae ſe ferunt, atque longe accerſito argumentorum apparatu Reverendiſſimi et Sereniſſimi Archiepiſcopi noſtri in 2do et 3tio Gradu diſpenſandi facultatem reſeiſere moliuntur. Id praeprimis mirum viſum fuit, Apoſtolicae Sedis ad Tractum Rheni aliasque inferioris Germaniae partes cum Poteſtate legati de latere Nuntium Coloniae Domicilium fixiſſe, cum muneris hujusce qualitatem a Seneniſſimo Principe agnitam ignoremus, imo a Caeſarea Majeſtate per Imperii fines dudum praeſcriptam fuiſſe compertum ſit et exploratum.

Cum autem remoti cujuspiam in partibus Archiepiſcopi in alienae Dioeceſos fideles arrogatam jurisdictionem non poſſimus non modis omnibus enervare, Revma. Dignitas Veſtra haud

aegris moleſteve feret, ſi quovis Parochos, quibus obtigerit, paradoxi adeo, ne plus dicamus, tenoris ne ullam habere rationem, imo remittere Exemplas Litterarum juſſerimus. Caeterum ſimile quid quocunque etiam Nuntii apoſt titulo impoſterum nequaquam emanaturum pro ſingulari prudentia et germanarum rerum Notitia Revmae. Dignitatis Veſtrae confidimus.

Expoſtulabat Officii noſtri ratio, ut ad Reverendiſſimum et Sereniſſimum Archiepiſcopum rem integram non referremus tantum, ſed et implorare remus, ut mediis efficacibus, quorum energiam nec ipſa neſcire poteſt, his auſis finem faciat, Sereniſſimi Deciſioni relinquere debuimus, quae is praeterea hanc in rem ſeligere opportuniora remedia conſultum duxerit.

XXVIII.

Reichshofrathserkenntniſſe vom 27. Febr. 1787. die Päbſtliche Nuntiaturen im Reich, beſonders die von den Nuntien zu München und Cölln neu erlich gewagte Eingriffe betreffend. m)

Martis 27. Febr. 1787.

Nunziaturen, päbſtliche, im Reich; in ſpecie die von den päbſtlichen Nunzien zu München und

m) Daß dieſes Reichshofrathsconclusum mit Anmerkungen abgedruckt worden ſey, iſt oben ſchon aus [illegible] VI. bemerkt worden.

und Kölln neuerlich gewagte Anmaſſungen und Eingriffe in die Erz- und Biſchöfliche Diöceſan-Rechte betreffend; ſive der Herr Churfürſt zu Maynz ſub dato 27. Dec. anni præteriti, & præſentato 22. Februarii anni currentis überreicht in litteris ad Auguſtiſſimum unterthänigſte Anzeige und Anheimſtellung cum adjunctis.

In eadem Herr Churfürſt zu Trier ſub dato 28. Decembris anni præteriti, & præſentato 22. Febr. anni currentis, übergiebt in litteris ad Imperatorem unterthänigſte *Official*-Anzeige und Bitte, pro decernendis deſuper congruis Ordinationibus Cæſareis, cum adjunctis.

In eadem Herr Churfürſt zu Kölln ſub dato 10. Decembris anni præteriti, & præſentato eodem, übergiebt in litteris ad Auguſtiſſimum unterthänigſte *Official*-Anzeige und Bitte pro ferendis congruis ordinationibus Cæſareis, cum adjuncto ſub littera A.

Idem Herr Churfürſt ſub dato 17. Decembris anni præteriti, & præſentato ante dicto überreicht allerunterthänigſte weitere Anzeige und Bitte pro deſuper quoque reflectendo, & intus petitis annuendo. App. Lit. B. & C.

1. Ponantur die von den Herren Churfürſten zu Maynz, Trier und Kölln ſub præſentato 22. Febr. anni currentis erlaſſene Schreiben an Ihro Kaiſerl. Majeſtät, ad acta.

1. 2. Reſcribatur denen Herren Churfürſten zu Maynz, Trier und Kölln jedem insbeſondere:

Es hätten Kaiſerl. Majeſtät aus dem von ihm Herrn Churfürſten an Allerhöchſt-Dieſelben erlaſſenen Schreiben mißfälligſt erſehen, auf welche ungebührliche und unanſtändige Art der ſich in Kölln aufhaltende päbſtliche Nuntius Pacca ein päbſtliches Circularſchreiben, mit gänzlicher Vorbeygebung des Herrn Churfürſten, an die ihm untergeordnete Geiſtlichkeit habe ergehen laſſen, deſſen Innhalt auch zum Theil einen bloßen weltlichen Gegenſtand enthalte, wodurch in die landesherrliche Gerechtſame der Reichsſtände unbefugt eingegriffen werde.

Es genehmigen dahero Ihro Kaiſerl. Majeſtät, daß der Herr Churfürſt denen Ihme untergebenen Pfarrern die Zurückſendung dieſes Circularſchreibens anbefohlen habe; und gleichwie Allerhöchſt Dieſelbe als Reichsoberhaupt und höchſter Schutzherr der deutſchen Kirche in Verfolg Dero Wahlkapitulation dieſe Ungebührniſſe und Eingriffe des päbſtlichen Stuhls nicht geſtatten könnte;

Als wollten Ihro Kaiſerl. Majeſtät anmit erſagtes Circularſchreiben allergerechteſt caſſiren und aufheben, auch dem Herrn Churfürſten anbefehlen, daß Er ſeiner ſämmt-

ſämmtlich untergeordneten Geiſtlichkeit dieſe erfolgte Caſſation ihrem wörtlichen Inhalte nach, durch ſeine Behörde autoritate Cæſarea kund machen, und wie er ſolches befolget, Ihro Kaiſerl. Majeſtät in Termino duorum menſium anzeigen ſoll.

3. Reſcribatur dem Herrn Churfürſten zu Pfalz. Es ſey Ihro Kaiſerl. Majeſtät von dem Herrn Churfürſten zu Cölln beſchwerend angezeigt worden, wie der — ſich dermalen in München aufhaltende Nunzius Zoglio ganz neuerlich einer — ihme nicht gebührenden Jurisdiction in den Jülich- und Bergiſchen Landen anzumaſſen — zu dem Ende den Probſten zu Düſſeldorf Roberts, daſelbſt als ſeinem Subdelegatum anzuordnen, und denſelben mit einer beſondern Inſtruction zu verſehen ſich unterfangen habe.

Da nun aber Ihro Kaiſerl. Majeſtät als oberſter Schutzherr der deutſchen Kirche nicht geſtatten könnten, daß ohne Dero allerhöchſte Genehmigung dieſen neuerliche fremde Jurisdictionen in dem deutſchen Reiche eingeführt, die Gerichtsſtellen vermehret, andurch aber auch die deutſche Erz- und Biſchöffe in Ihren geiſtlichen Gerechtſamen eingeſchränkt würden.

Als befehlen Ihro Kaiſerl. Majeſtät dem Herrn Churfürſten, daß Er dem päbſtlichen Nunzius Zoglio in ſeinen Jülich- und

Bergischen Landen keine Jurisdiction gestatten — dem Probsten Roberts die Befolgung der unbefugten Aufträge ersagten Nunzius, untersagen, in dessen Entstehung ihn hiezu mit Speerung der Temporalien anhalten, und wie Herr Churfürst diese allerhöchste Verordnung befolget, Ihro Kaiserl. Majestät. in Termino duorum mensium anzeigen solle.

J. G. Hofmann.

XXIX.

Billet des Kardinal-Staatssekretairs Boncompagni an den Kurkölnischen Geschäftsträger Marquis d'Antici vom. 23. Dez. 1786. n)

Alla Rappresentazione verbale fatta dal Marchese Antici, che in nome del Signore Elettore di Colonia si dolse, che ad altri, fuorchè all' a S. Nostro Signore avesse commesso di dispensare negli impedimenti matrimoniali frà la Gemessa di Blankenheim, ed il Principe d' Hohenloee Bartenstein; e similmente, che il delegato Pontificio non siasi prima accreditato presso L'A. S. e che in fine siasi per una tal Dispensa trascurato l'attestato dell'Ordinario: si è inteso, che il S. P. per mezzo del ministro facesse replicare al ministro Elettorale, che l'escludere alla sede Apostolica la facoltà di aver Delegati anche

n) Wichtige Urkunden ꝛc. num. III. S. 8.

anche diversi dagli Ordinari, sarebbe lo stesso, che rivocare in dubbio il diritto più antico, che sino i Canoni Sardicensi hanno supposto, e la chiesa universale in tutti i secoli venerato, e turbare un possesso il più pacifico ritenuto anche, ed esercitato senza contrasto in Colonia sotto il med. odierno degnissimo Arcivescovo, e solo per le infauste, e indirette egreferenze per la Nunziatura di Monaco contrastato. Trovarsi dal S. P. giustissime le altre due avertenze dell' A. S. Analoghe alla Massima, ed alla Prattica costantemente osservata della Sede Apostolica, e scrupolosamente rispettata dal regnante sommo Pontefice; ma pergarsi il candore dell'A. S. ad indicare cosa potea farsi o dal Papa, o dal suo ministo per accreditarsi, e presentarsi a S. A. che non sia stato fatto per loro; quantunque sia stato fatto senza nessun successo, e non senza molti argomenti di cordoglio, e di mordificazione. Sù di che pregavasi L'A. S. ad aver presente con quanta insistenza Monsignor Bellisomi avea prima dell'arrivo di Monsignor Pacca ricercato il permesso di presentarlo; con quanta puntualità, subito arrivato il nuovo Nunzio, denunziò all'A. S. il Suo arrivo; non ignorando il med. i Brevi e Credenziali, e commendatizi pieni di paterna cordialità, e di fiducia, onde il S. Padre avea accompagnato presso L'A. S. il nuovo Nunzio. Soggiungeva, che pur troppo la non attesa, e non meritata prevenzione, onde la Religione dell'A. S. era stata

ſorpreſa contro la Nunziatura di Monaco, fece ſi, che i Brevi egualmente, che la Perſona di Monſignor Pacca non foſſer ricevuti, e che ſi leſſe dal S. Padre con la maggior ſenſibilità del ſuo animo il Bigietto de 7. giugno 1786. dal ſereniſſimo Elettore diretto a Monſignor Belliſomi, contenente queſta medeſima umiliante eſclusiva. Si faceva poi a rimarcare, che quanto agli attestati nulla di più giuſto, e nulla di più congruo, che dalla S. Sede ſiano valutati, ed atteſi, quando li neghino, o li concedano gli ordinarj dipendentemente dalle circoſtanze, e ragioni, che animino, ed inveſtano l'affar medeſimo; ma quando talvolta per Maſſima ſi negaſſero, e all' oggetto d'impedire, e di rendere nulla l'Epicheja del legittimo Eccleſiaſtico Superiore; L'attenderli allora ſarebbe lo ſteſſo, che rendere il Superiore all'Inferiore ſoggetto, privare la Gerarchia Eccleſiaſtica di un'Autorità, che n'è un eſſenziale coſtitutivo, e torre alla coſcienza de' Fedeli una riſorſa, ed un compenſo in alcuni caſi indiſpenſabile. Dicea infine, ripromettersi il S. P. dallo zelo del ſud. Marcheſa Antici, e dall'equità di S. A., che avrebber potuto queſte ragioni dileguare ogni equivoco, ed impedire quei paſſi eſtremi, che par ſi vogliano far ſperare, e che potrebbero accreſcere afflizioni, ed il cordoglio all'animo del S. P. ma che non l'indurrebber mai a rinunziare il Dritto eſſenziale del ſuo Primato.

XXX.

XXX.

Päbſtliches Breve an den Kurfürſten zu Köln, vom 20. Jenner 1787. *)

PIUS P. P. VI.

Ven. Frater Salutem &c. Retulit nobis Dilectus Filius Marchio Anici tuorum Negotiorum apud Nos Adminiſter querelas Tuas de Ven. Fratre Bartholomaeo Archiepiſcopo Damiatenſi Apoſtolico ad Tractum Rheni Nuntio, propterea quod Declarationem Encyclicam emiſerit pridie kal. Decembris Typis editam, (cum grave nimis fuiſſet, eamdem tot exemplis perſcribere), in qua agitur de Diſpenſationibus ab impedimentis Matrimonii. Eas querelas non tam in illum, quam in Nos ipſos cadere perſpicue agnoſcimus, cum a Nobis, ut illam Declarationem emitteret, habuerit in mandatis. Maximum inde Animo moerorem cepimus, cum Te, Ven. Frater, in tales contra Nos querelas prorumpere videremus. Facile Tu ipſe ex ejusdem declarationis lectione intelligere potuiſti, quae Nos cauſae ad id ſuſcipiendum Conſilium impulerint, quamque omnino neceſſe Nobis fuerit pro Noſtra Eccleſiarum omnium ſolicitudine iis, ad quos pertinet, conſtare facere, irritas eſſe Matrimoniales Diſpenſationes, quas ad

*) Wichtige Urkunden S. 14. In der Mainzer Monatsſchrift von geiſtlichen Sachen iſt ſolches ebenfalls eingerückt und mit Anmerkungen verſehen, im VI. und den folgenden Heften des Jahrgangs 1787.

Nos pervenerat in quibusdam Dioeceſibus a nonnullis Archiepiſcopis concedi in gradibus nequaquam expreſſis, aut comprehenſis, in Facultatibus a Sede Apoſtolica impetratis. Cum de maximi momenti re, de validitate ſcilicet Sacramenti Matrimonii ageretur, in quo illicitum eſt quidquam incerti adhibere, medio certo praetermiſſo, quod adhiberi poteſt; num diſſimulare potuimus, quin eos omnes, quos oporteret, inſtructos, monitosque redderemus de perſcriptis per Nos Facultatum diſpenſandi limitibus, quos ultra ſi Diſpenſatio fieret, ſuffragatura eſſet nemini, neque validum futurum matrimonium, neque legitimam ſobolem ex illo oriturām. Sed ut clarius agnoſcas, per Nuntium Apoſtolicum ob declarationem a Nobis ſibi mandatam nihil injuriae Epiſcopali Tuae Jurisdictioni irrogatum eſſe, repetemus hic tibi aliaque adjungemus rationum momenta, quibus benevole, paterneque expoſueramus Ven. Fratri Archiepiſcopo Trevirenſi, cum ſub finem anni 1782 a Nobis petiiſſet facultatem diſpenſandi ab omnibus impedimentis matrimonialibus juris humani pro ſubditis Auſtriacis in ejus Dioeceſi exiſtentibus, Nosque qui reſcribentes probaſſemus ex allata tunc ab illa cauſa ſatisfieri ejus poſtulatis non poſſe. Praemittimus Sanctionem Concilii Trid. Seſſ. 24. de Matrim. Can. 4. — Si quis dixerit Eccleſiam non potuiſſe conſtituere impedimenta matrimonium dirimentia, vel in iis conſtituendis erraſſe, Anathema ſit. — Ex dogmatica hujusmodi lege antiquiſſimis innixa, documentis

mentis aperte intelligitur ad ſolum Romanum Pontificem tanquam univerſae Eccleſiae caput ſpectare Diſpenſationem a conſtitutis in ipſa Eccleſia impedimentis; ut revera S. Gregorius M. diſpenſaverat, in aliquibus gradibus Anglorum gentem tunc ad Fidem converſam, quod patet ex ejus Epiſtola ad Felicem Meſſanenſem in Regeſs. Lib. 14. Epiſt. 17. & Innocentius III. relaxaverat Othoni IV. impedimentum in quarto Conſanguinitatis gradu ſub ea lege, ut duo ampliſſima Monaſteria Otho fundaret, omneque per Imperium largis eleemoſynis, et ferventibus Orationibus iſtius Eccleſiae diſciplinae vulnus compenſaret. In eo ſex ſeculorum ab uno ad alterum Pontificem elapſorum intervallo nullus reperitur Epiſcopus, qui auſus fuerit aliquam in gradibus matrimonialibus Diſpenſationem concedere. Ipſum porro Concilium Colonienſe habitum anno 1536. decrevit Can. 46, — Quod ad gradus Conſanguinitatis, ac affinitatis attinet, qui matrimonium contrahendum, ac contractum diriment, Decretum Concilii generalis obſervabitur — excepto caſu — ubi Romanus Pontifex diſpenſationis Diplomate Matrimonium ſecus contractum approbandum juſſerit. — Et ſane evidentiſſime iſtud evincitur ex diſputatione habita inter Patres Tridentinos, nimirum utrum conveniens eſſet, ut Poteſtas diſpenſandi ſaltem in quarto gradu Epiſcopis concederetur. Qua in Diſputatione vicit Sententia Marci Antonii Bobba Epiſcopi Auguſtae Praetoriae Legati Ducis Sabaudiae, nimirum ſimilem

lem poteſtatem non eſſe Epiſcopis concedendam, ut relatum in actis Paleotti teſtatur Pallavicinus Edit. Rom. 1664. Tom. 3. lib. 23. cap. 9. No. 17. pag. 767. Poſt Concilium Tridentinum legimus in pluribus Conciliis Provincialibus, & præcipue in Concilio Turonenſi Anni 1583. Tit. 9. de Matrim. = In quarto Conſanguinitatis & affinitatis, nec non cognationis ſpiritualis prohibitis gradibus ſupra expreſſis Epiſcopis diſpenſare non licere declaramus = & Concilio Toloſano anni 1590. Part. 2. Cap. 8. de Matrim. No. 3. = Quos cognationis gradus impedit, licet jam legibus ſolutos, & diſpenſatos, niſi viſa prius Summi Pontificis Diſpenſatione, in matrimonii conjunctionem Parochi non recipiant. = Itemque in Concilio Diamperitano Anni 1599. Tit. de Sacram. Matrim. Decret. 6. No. 189. Ubi ſtatuitur = Quia tamen poteſt aliquando contingere, ut juſtis de Cauſis, velint contrahentes Conjugium inire intra Gradus jure tantum poſitivo prohibitos, Matrimonium impedientes, ſi id contingat, petere debent Legis Eccleſiaſticae relaxationem, vel a Sede Apoſtolica, vel a Praeſule, qui a S. Sede ad id delegatam facultatem habuerit = ut legitur apud Manſium in Supplement. ad Collection. Labbe edit. Lucen. 1752. Tom. 6. Colum. 131. Conſonant quoque Ritualia Eccleſiarum, & Canoniſtarum, Theologorumque catholice ſentientium Concluſiones. Ac ſane cum Principes & Electores Germaniae ad Pium VI. detulerint varia gravamina, inter quae numerabantur Diſpenſationes S. Sedi

refer-

reſervatae, idem Summus Pontifex reſpondit, illos = injuſtiſſima petere, nam ubi Archiepiſcopi, aut Epiſcopi poteſtatem habeant diſpenſandi in his, quae in hujus S. Sedis Auctoritate conſtituta ſunt, hoc eſt inferiores, & ſubditi in Lege Superiorum ſuorum, niſi ubi eis hoc expreſſe permittitur, omni juri, omniquè fationi contrarium eſſe, indubitatum eſt = ut legitur apud Rainaldum Continuat. Annal. Baronii, edit. Lucen. anni 1756. Tom. 15. ad An. 1369. N. 44. pag. 371. art. 11. Ac profecto ſi jus eſſet Epiſcopis relaxare legem impedimentorum Matrimonialium ab Eccleſiae poteſtate conſtitutam, & ubique in catholicis ditionibus receptam, tota everteretur Eccleſiae diſciplina, Caput ſubjiceretur membris, ac proinde actum eſſet de Eccleſiaſtica Hierarchia divinitus inſtituta, ut generaliter declaravit S. Nicolaus PP. I. in epiſtola ad Michaelem Imperatorem relata in Canon. Inferior. diſtinct. 21. = Fidei enim dogma eſt Epiſcoporum authoritatem & jurisdictionem ſubjectam eſſe Summi Pontificis authoritati, ut ſubeſſe debeant Sedis Apoſtolicae Statutis, ut patet ex jurisdictionis Primatu ſingulari Chriſti munere Petro ejusque Succeſſoribus divinitus collato, quod quisque ex Catholicis fateri adſtringitur, Nosque accurate probavimus Noſtris Litteris in forma Brevis publicis typis evulgatis die 1. elapſi Menſis Decembris in damnatione libri Eybel: Quid eſt Papa? quem reprobavimus tanquam continentem Propoſitiones ſchismaticas, erroneas, inducentes ad haereſim, & haereticas

& alias

& alias ab Eccleſia damnatas. Ex quibus liquet Primum ab Apoſtolica Sede exerceri caepiſſe diſpenſationum matrimonialium poteſtatem, & hiuus uſum penes illam ſolam perſeveraſſe, atque ad eandem ſolam pertinuiſſe, prout totius Eccleſiae conſuetudine & conſenſu fuit agnitum, cum alios Epiſcopos eam ſibi facultatem aſſumſiſſe non conſtet, niſi cum S. Sedis expreſſo, vel praeſumto privilegio tueri ſe poſſe conſiderent: Si nunc igitur in Dioeceſi tua Colonienſi, poo quà hactenus Archiepiſcopi tui praedeceſſores a S. Sede facultatem impetrabant diſpenſandi in gradibus expreſſis in Formula, ſi nunc inquimus, diſpenſari inciperet a Te, Ven. Frater, jure proprio; quid aliud ageretur, niſi ut S. Sedes ſuo ſpoliaretur jure, quod ab antiquiſſimo tempore ſola ſemper exercuit, cujusque exercendi tenuit non interruptam, ſed conſtantem, receptamque in Eccleſia poſſeſſionem. Qui certe tam inveteratus poſſeſſionis titulus, etiamſi alia deeſſent in ſuo Primatu conſtituta fundamenta, valere per ſe ipſe plurimum apud omnes debent: Neque hic contra objici ullum Imperatoris edictum poteſt, cum ejusdem extet Nobiscum ſatis jam pervulgatum Concordatum. Ex eodem patet inter utrosque Noſtrum convenſſe, ut eae diſpenſandi ab impedimentis facultates, quae antea a Sede Apoſtolica concedebantur ſuarum Ditionum Epiſcopis, extenderentur imposterum etiam ad divitum matrimonia, ita tamen, ut in praefixos arctiorum graduum limites non transcurrerint. Ibidem

dem igitur agnoſcitur ad ſummos Pontifices dumtaxat pertinens, ſeu privativa ipſorum jurisdictio in impedimentorum Matrimonialium Diſpenſationibus, quoniam eadem uti conceditur Epiſcopis ex Pontificia delegatione, ipſique Pontifici adhuc reſervatur uſus concedendarum in arctioribus gradibus Diſpenſationum. Ex quo perſpici poteſt Caeſaream Majeſtatem in eadem Nobiſcum conventione potius recedere voluiſſe a praecedente edicto, in quo Epiſcopis mandaverat, ut ſuo jure diſpenſationes facerent, quam ſubjectos ſibi Populos ad Conſcientiae anguſtias inducere, ac etiam aperire diſſolvendorum Matrimonium viam, cum exorto inter conjuges diſſidio, facile eorum alteruter Cauſam diſſolvendi matrimonii arriperet, ex eo quod irrita, & nulla fuiſſet Epiſcoporum diſpenſatio. Unde quanta rerum perturbatio, ac pene clades in Eccleſia Catholica, & in Republica oriretur? His omnibus praemiſſis, ut ad illam declarationem redeamus, ad Nos unice ſpectare videbamus, ne ille error inter fideles induceretur; Quoniam ſi per Noſtrum ſilentium tantam, tamque gravem rem in incerto reliquiſſemus, nobis ipſis erroris, perturbationisque inde extiturae Cauſa imputaretur. Cum igitur huic graviſſimo muneri Noſtro deeſſe nequiverimus, cavendum tamen judicavimus, ne in tali exequenda re, ipſe agendi modus in ullam poſſet reprehenſionem incurrere. Itaque nihil in ea declaratione, niſi moderate ac ſimpliciter, quodque ad rem tantummodo faceret, perſcribere voluimus, expreſſe nominari

minari neminem, ipſam nullibi in publicis affigi locis, ſed per manus caute diffundi, illud unice ſpectantes, ne veſtra lateret inſtructio. Neque enim inficiari poteſt, apertam aliquam eſſe debere ſupremo Paſtori docendi ſuas Oves, monendique viam, quae ſic obſtruatur, privetur ipſe impoſito ſibi a Chriſto Domino paſcendi munere. Sed nihil apud Te nec rationes Noſtras, nec hanc etiam profuiſſe cautionem videmus. Statim tuo edicto ſevere mandaſti, ut ad quos pervenirſet ea declaratio, illico unde profecta eſt, remitteretur, ut ita Paſtoris vox oppreſſa, atque iuterceptz remaneret. At inſuper Tibi diſplicuiſſe oſtendis ipſum Ven. Fratrem Archiepiſcopum Damiatenſem, a quo edita Declaratio eſt, quod ſe Apoſtolicum ad Tractum Rheni, Noſtrumque, & S. Sedis Nuntium appellat. Et cur ſe non talem appellet, quem Nos ipſi Noſtro Jure eo inſignivimus munere, atque iſthuc miſimus, ut eodem in tua, ceterisque Dioeceſibus, quemadmodum alii omnes Praedeceſſores ſui, fungeretur? Talem eſſe eum agnovit, honorificeque recepit maxima iſtorum Epiſcoporum, ac principum pars pro ſua ad tractum Rheni ditione. Tu vero neque agnoſcere, neque recipere voluiſti, etſi Noſtras Pontificias commendationis afferret ad Te litteras, omniaque Tibi ſe paratum praeſtare officia declararet. Quin etiam extraneum appellaſti; ac ſi ad eum Tuae Dioeceſis negotia nullo modo pertinere debeant; quaſi Nos ipſi extranei in Eccleſia, Dioeceſique Tua ſimus, qui memorato jure Primatus

a Chriſto

a Chriſto per B. Petrum Nobis tradiri, eundem iſthic conſtituimus, qui Noſtras vices gereret, ac Apoſtolicam, prout ipſi commiſimus, exerceret auctoritatem. Eam certe mittendi Suos Apocryſarios, Legatos, Nuntios ad aliorum Epiſcoporum Dioeceſes poteſtatem ſemper jam ab antiquiſſimis temporibus exercuerunt Praedeceſſores Noſtri, quam nempe cum ſuo Primatus jure nexam eſſe ſine ulla dubitatione agnoverant. Ex ipſo ſatis intelligi poteſt Innocentio III. cum ſcriberet Decano S. Hilarii & S. Petri, & S. Hilarii Subdecanis Pictavienſibus epiſtolam, quae eſt XII. inter Collect. a Baluz. Tom. 2. Lib. 16. unde oriatur jus Romano Pontifici mittendi Legatos in varias Orbis Chriſtiani regiones, quibus ipſe praeſens eſſe non poſſet, ad ſuas ibidem vices obeundas. Ipſum idem Jus jam multis ante ſeculis exercuerat S. Leo Magnus, ut ejus comprobat epiſtola Epiſcopis Metropolitanis per Illyricum conſtitutis, quae eſt, 50. Tom. 2. Oper. Edit. Tyrnav. 1767. pag. 34. — Et quia per omnes Eccleſias cura Noſtra diſtenditur, exigente hoc a Nobis Domino, quia Apoſtolicae Dignitatis Primo Apoſtolo Petro Primatum Fidei ſuae remuneratione commiſit Univerſalem Eccleſiam in fundamenti ipſius ſoliditate conſtituens, neceſſitatem ſollicitudinis, quam habemus cum his, qui Nobis Collegii charitate junčti ſunt, ſociamus. Vicem itaquae Noſtram Fratri & Coepiſcopo Noſtro Anaſtaſio ſecuti eorum Exemplum, quorum Nobis recordatio eſt veneranda, commiſimus, & ut ſit in ſpeculis, ne quid illicitum,

a quoquam praeſumatur, injunximus, cui in his, quae ad Eccleſiaſticam pertinent Diſciplinam, ut Dilectio Veſtra pareat, admonemus; Non enim tam illi obtemperabitur, quam Nobis, qui hoc illi pro Noſtra Sollicitudine per illas Provincias cognoſcimus commiſſiſſe. — Idem S. Leo aliam miſit de Latere ſuo Legationem ad Fauſtum, Marcianum, & reliquos Archimandritas Conſtantinopolitanos propter Cauſam Fidei, quam Eutyches perturbare tentavit, ut epiſt. 28. Tom. 8. cit. Edit. pag. 555. Alia item a S. Gregorio Magno miſſa eſt ad Anglos Legatio, alia a S. Gregorio II. ad Germanos in perſona S. Bonifacii, confirmata deinceps a S. Zacharia, ab eodemque exercita per continuos ſex & triginta annos usque ad Pontificatum Stephani III, qui eam Bonifacio renovavit, ut eruitur ex Epiſt. 91. S. Bonifacii inter collect. a Nicol. Serario edit. Mogunt. 1605. Aliae pariter Legationes a S. Nicolao I. qui miſit Epiſcopum Arſenium in Gallias, & Germaniae partes, & Donatum, Leonem, atque Marinum Conſtantinopolim, a Leone VII. ad Epiſcopos per Galliam, Germaniam, Bavariam, Alemaniam commorantes, a Paſchali II. ad Provincias Bituricenſem, Burdegalenſem, Auſcitanam, Turonenſem, & Britanniam, quas confirmavit Calixtus II, atque illa praeſertim legatio animadverti debet Adriani IV. ad Hillinum Trevirenſem Archiepiſcopum. — Ut per univerſum Theutonicum Regnum vices ſuas gereret, ibique Legationis officio Apoſtolicae Sedis auctoritate fungeretur. — Ob quam Legationem irritatus

Ar-

Arnoldus Moguntinus, eidem poſtea acquievit, & — Nomine Pontificis, Moguntiae Hillinus cum magna gratulatione fuit introductus epiſt. Adriani legitur Tom. 1. Hiſtor. Trevir. Diplomatic. pag. 580. cum not. in calce Epiſcop. Myriophitan. Collectoris. Ac ita jus Apoſtolicae Sedis, non interrupta Nuntiorum ſerie, ad haec usque tempora illaeſum ſervatum eſt. Ipſae enim Legationes, & Nuntiaturae Pontificiae exiſtimatae ſemper ſunt adeo neceſſariae ad retinendam inferiorum ſedium cum prima Sede conjunctionem, ut quo tempore neglectae fuerunt, eo ipſo Diſciplinae Eccleſiaſticae perturbatio oriatur. Id teſtatur Honorius III. epiſt. ad Rogerium Archiepiſcopum Piſanum apud Ughellium. Ital. Sac. Tom. 3. poſtremae edit. Venet. Colum. 382. Corſicana vero tam prolixitate Spatiorum, quam negligentia Paſtorum, Dominorum inſolentia, & *deſuetudine* Legatorum Sedis Apoſtolicae, a Subjectione, & obedientia Romanae Eccleſiae deferbuerat, & diſſolutioni, ac diſſipationi dedita Eccleſiaſtici Ordinis pene deſeruerat Diſciplinam. — Cum Tibi, tuisque Collegis Archiepiſcopis Electoribus perſpecta eſſe deberent tam clara Apoſtolicae Sedis jura, tamque neceſſaria membrorum cum ſuo capite unionis conſervatio, nihilo tamen minus publicum feciſtis edictum uno omnium Conſenſu, quo, ut jam ſuperius diximus, Parochis mandaſtis, ut ad Nuntium Colonienſem eam transmitterent Inſtructionem. Omnes certe imitati eſſe videmini Epiſcopum illum Pictavienſem, de quo in Supra membrata Epiſtola 12 Innocen-

tius III. graviſſime conqueſtus eſt, quod publice praedicabat, quod in Epiſcopatu ſuo eſſe vult Epiſcopus, atque Papa =, ideoque ſuis commiſit Legatis, ut Severiora implerent mandata, poſtpoſitis gratia, odio, & timore, quod de negligentia redargui non poſſitis, ſed potius diligentia commendari. = Sanctus etiam Leo Magnus pari voce invectus fuerat contra eos Epiſcopos, qui Sacros Canones infringunt epiſt. 3. ad Epiſcopos per Campaniam, Picenum, Tuſciam, & univerſas Provincias conſtitutos cap. 5. cit. edit. = Hoc itaque admonitio Noſtra denunciat, quod Siquis Fratrum contra haec conſtituta venire tentaverit, & prohibita auſus fuerit admittere, a ſuo ſe noverit officio ſubmovendum, nec communionis Noſtrae futurum eſſe conſortem, qui Socius noluit eſſe Diſciplinae. = At fortaſſe obſtare dices Caeſaris mandatum, quod in eius epiſtola Encyclica continetur die 12. Octobris 1785. data. Sed primum Caeſar, cum ad eum deferrentur querelae in S. Sedis poteſtate non eſſe Nuntios mittere; reſpondit, non ſolum unum, ſed tres etiam ſi vellet Nuntios poſſe conſtituere. Sed cum deinde ab aliquibus ad eundem expugnandum inſiſteretur, emiſit ille quidem, quae adducitur, Encyclicam, ſed eam ipſam iis temperavit verbis, ut poteſtatem, quam S. Sedes hactenus per ſuos exercuit Nuntios, praeter jus laedi noluiſſe videretur. Atque ut praetereamus, ſi ea Circularis vim legis haberet, quantopere adverſaretur Canonicis Sanctionibus, per quas Pontificii Nuntii

agnoſci,

agnoſci, & recipi debent, nedum ab Archiepiſcopis, ſed ab omnibus etiam Catholicis; ſatis quidem conſtat non illam eſſe conſiderandam ut Legem, ſed ut ſimplicem meae inſinuationis epiſtolam a Caeſare per nonnullorum importunitatem extortam, neque in ea partes agi Legislatoris; ſed Advocati, ut illaeſa ſcilicet ab Archiepiſcopis conſerventur primaeva jura, quae per erroneas querelas ablata ipſis eſſe dicuntur mediis illicitis & Juri Eccleſiae repugnantibus. Declaravit porro ſe non jubere, ſed exhortari, cum diceret = inſimul Te provocamus, ut Jura Tua Metropolitica . . . Suffraganeorum Tuorum, ac exemptorum Epiſcoporum . . . conſilio contra quasvis laeſiones illibata tuearis. = Quis ex his aliisque verbis non videat Salvam eſſe Archiepiſcoporum & Epiſcoporum libertatem, quae per exhortationem non tollitur, neque Archiepiſcopis quidquam amplius Auctoritatis in ſuos Suffraganeos delatum, cum ex eorum Conſilio Sua illi Jura tueri moneantur? Quomodo porro de ipſo Caeſare cogitari poteſt, eum Sancire voluiſſe pro univerſo Imperio Legem contra Nuntiorum Jurisdictionem, cum Idem optime agnoſcat in Materiis Eccleſiaſticis regi Imperium ex Eccleſiae Legibus, ac in aliis Materiis non aliter Sanciri Leges, quam a Comitiis, ſeu ab integro Germaniae Corpore, atque Comitia quidquam detrahere non poſſe a Supremo ſuorum Principum in eorum Ditionibus jure, per quod ipſa Corporis conſtitutio non laedatur. Sed de his, aliisque huc pertinentibus prolixius egi-

mus in Noſtra ad Ven. Fratrem Ludovicum Joſephum Epiſcopum Friſingenſem epiſtola die 12. Octobris Anni praeteriti data, ac deinde typis Monachienſibus & latine, & germanice edita. Quod reliquum eſt, Ven. Frater, poſt ſuperius expoſitas Sanctiſſimorum doctiſſimorumque Praedeceſſorum Noſtrorum rationes, quibus illi Suae Sedis jura ſervanda, ac vindicanda eſſe judicarunt, Nos nunc Tecum non alium, quam Noſtrum morem ſequuti, hortationes precesque ad Te noſtras convertimus, ut recordari velis, qua Te Fide, Sacris Legibus, Eccleſiae, Apoſtolicae Sedi, Nobisque obſtrinxeris. Te igitur quantum poſſumus, in Domino obſecramus, Ven. Frater, ne his miſerrimis Eccleſiae Temporibus Nobis nova infligantur vulnera, a Te ſcilicet, a quo minime exſpectandum erat, quae tanto altius confodient Cor Noſtrum, quanto antea certiora Nobis Tecum Unionis vincula, atque Eccleſiae praeſidia extitura ſperabamus. Ea certa eſt de regio Animo Tuo Fiducia, ut rationes has precesque nequaquam ſis rejecturus. Quodſi adhuc urgere perges, Noſtrisque, ac S. hujus Sedis damnis inſiſtere, maximam quidem afferes Nobis doloris acceſſionem. Sed is quantuscunque fuerit, efficere profecto non poterit, ut animum Noſtrum ab eo deducat, propoſito, ne ſcilicet unquam a transmiſſo in Nos Primatus jure decedamus. Demum hiſce Litteris finem imponemus verbis Praedeceſſoris Noſtri S. Nicolai I., qui in ſua ad Rudolphum Archiepiſcopum Bituricenſem epiſtola, quae eſt 30. in

appendic. aliarum collectar. a Labbe Tom. 9. Concil. Edit. Venet. 1729. haec habet. = Veſtra reverentia Nos non exiſtimet, quia Noſtra dicimus, in hoc quicquam praeter veritatem dicere, cum Dei potius, quam Noſtra ſint, B. Petri meritis Romanae Sedi collata et arbitremur, quod Nos hic aſſerimus etiam Vos nullatenus ignorare, & quae in praeſenti pagina ſcribimus, Vos affatim in Archivis Veſtris recondita poſſidere = Tibique, Ven. Frater a Deo Opt. Max. conſilii Spiritum enixe implorantes, Apoſtolicam Benedictionem coeleſtium donorum auſpicem in Noſtrae etiam paternae Charitatis pignus amantiſſime impertimur. Datum Romae apud S. Petrum ſub Annulo Piſcatoris die 20. Januarii 1787. Pontificatus Noſtri Anno duodecimo.

XXXI.

Antwort des Kurfürſten zu Cöln auf vorſtehendes Breve, d. d. Bonn, 2. April 1787. (p)

Quas Sanctitas Veſtra ſub die 20ma Januarii ad me dare litteras dignabatur, ſumma, qua debet, Reverentia accepi.

Ex illis non ſine magno animi dolore ea, quae ab Archiepiſcopo *Damiatenſi* in Archidioeceſi mea nuper acta, et a me ad Sanctitatem Veſtram delata ſunt, omni ex parte a Te, ſanctiſſime Pater, comprobata intellexi.

(p) in der Mainzer Monatsſchrift 1787. VII. Heft, S. 593.

Hoc ab aequa Sanctitatis Vestrae agendi ratione eo minus exspectabam, quo evidentiora et graviora sunt vulnera, quae per litteras ab Archiepiscopo Damiatensi parochis meis insinuatas, universo ordini Hierarchico, disciplinae ecclesiasticae, Jurisdictioni meae Archi- et Episcopali, nec non Juri meo territoriali infligebantur. Tanta potius mea erga te, Sanctissime Pater, tamque filialis semper fuit reverentia ac devotio, ut aegro nonnisi animo ea, quae a Nuncio Tuo acta fuere, *Te sciente ac approbante* facta fuisse, mihi persuaserim. Praeclare etenim animi tui dotes, et notus omnibus veritatis ac justitiae amor, cujus luculenta toties argumenta dedisti, obstitit semper, quo minus crederem, animum ad omne genus boni proclivem eo adduci potuisse, ut nulla mecum deliberatione habita, non exploratis prius meis rationibus, nec praevio paterno, si opus fuisset, monito, ad remedium convolares omnibus retro seculis in Ecclesia inauditum. Si prius communicare mecum Sanctitati Vestrae placuisset, filiali certe fiducia tot tantasque rationes exposuissem, quae Sanctitatis Vestrae animum immotum non reliquissent. Verum ejusmodi via, quamquam Ss. Canonibus omnino congrua, praeclusa mihi fuit, nec praeter iteratas querelas ad S. V. delatas aliud superfuit medium, quo laesa Episcopalis auctoritas, ac perturbata tot familiarum pax et tranquillitas restituerentur, quam ut Caesareae Majestatis, qua supremi Ecclesiae Advocati, praesidium enixius implorarem. Quid ab eadem in

hac

hac Causa resolutum fuerit; adjunctum Senatus Imperii aulici Consilium decet. Ast ingenue fateor, non sine maximo moerore id factum fuisse, quod adversus communem fidelium Patrem, quem summo semper amore ac summa pietate veneror, ad ejusmodi media mihi recurrendum fuerit. Verum te ipsum, Beatissime Pater, latere nequit, quo pacis studio conservandae omnimodae cum Summa Sede Concordiae intentus semper fuerim, et quantas per Legatum meum Romae residentem fecerim propositiones, sacris Canonibus in omnibus conformes. Sed sinistro fato eveniſſe doleo, quod Sanctitatis Vestrae animum alienis jam praeoccupatum Consiliis, ac precibus meis flecti nescium invenerim. Tantum enim abfuit, ut, quod exspectabam, conatus meos secundares, quin potius creverit gravaminum materies. Multiplicata fuere in Germania ecclesiastica tribunalia, constituti inferioris ordinis clerici, qui suis invigilarent Episcopis, et ipsa Episcoporum potestas et facultas apud ipsos inferiores animarum pastores in dubium ab Archiepiscopo Damiatensi vocata, ac hi, ne Praesulis sui Mandatis obtemperarent, distertis verbis publice typis mandatis moniti fuere.

Si Officio Archi- et Episcopali hucusque pro viribus a me satisfactum, nihilque intermissum fuit, quod rectum ecclesiarum mihi commissarum regimen exposcebat, urgentes illas causas subintrare non video, quibus Sanctitati Vestrae vi Primatus a Deo instituti jus competit, pro conservanda religionis unitate ac puritate extraordina-

rios mittendi legatos ad Eccleſias, ubi Religionis neceſſitas id poſtulaverit. Si hoc, ut confido, non exiſtit, multo minus me obligatum cenſes, ut Nuntio Jurisdictione et Facultatibus inſtructo, in grave poteſtatis meae ordinariae praejudicium, locum eedam, quem Chriſtus, ut ibi vigilem, ut ibi laborem, mihi commiſit.

Hanc ob rem Sanctitas V. aequum agnoſcere dignabitur deſiderium, quo ab Archiepiſcopo Damiatenſi in Archidioeceſin meam ingrediente exigendum eſſe duxi, ne ullum ibi jurisdictionis actum, in Conformitate Reſcripti Caeſarei de dato 12. Oct. 1785. in Imperio emanati, exerceret; et eum id ſcriptis ſpondere noliet, illum in qualitate Nuntii vi muneris mei Archiepiſcopalis ac jure territoriali acceptare non potui. Quam gravia potius damna juribus illis inferre machinaretur, actus ille probavit, quo jus diſpenſandi, eſſentialem illam Epiſcopalis auctoritatis partem, in dubium revocare eique contradicere auſus eſt; cum tamen Sanctitati Veſtrae plus quam notum, a Jeſu Chriſto, Religionis noſtrae auctore, poteſtatem ligandi et ſolvendi, quam Divo Petro promiſit et tradidit, reliquis etiam Apoſtolis integram communicatam fuiſſe, adeo, ut ajus illud ſolvendi et diſpenſandi inter eſſentialia Epiſcoporum jura divinitus data contineatur, in omnes Apoſtolorum Succeſſores transeat, iisque individuae cohaereat, neque ulla ratione imminui, multo minus alienari poſſit. Ex Hiſtoria quoque Eccleſiaſtica Tibi palam eſt, ac pontificum, Sanctiſſime

Pater

Pater, nullo Conciliorum Oecumenicorum Canone Sanctitati Veſtrae ſoli, Archi- et Epiſcopis reliquis excluſis, Jus diſpenſandi in impedimentis Matrimonii privative reſervatum eſſe.

Haec omnia tam manifeſta ſunt, ut dubium nullum ſuperſit, quominus ea, quae hucusque a nobis acta ſunt, ſis approbaturus, ſi modo rem penitius examinare digneris. Non enim perſonarum illarum multitudo, quae ſub pio praetextu variis artibus ſibi victum parant, ſed mutua Charitas, mutua Fiducia ſacram tuentur in Eccleſia Hierarchiam. Non multiplicatae Inſtantiae, et aucti in Eccleſiaſticis judiciis ſumtus adminiſtrandae inſerviunt Juſtitiae; ſed ſolers cura ac ſollicitudo, ne judices ordinarii muneri ſuo deſint. Non privilegiorum auctus numerus, ſed filialis inferiorum erga Praeſules fiducia, ac immediata erga eosdem ſubjectio, Miniſtros religionis, ut officio ſancte ſatisfaciant, impellet. Hisce invigila, Beatiſſime Pater, hisce intende, ac univerſam Eccleſiam doce, quod praeclarae animi Tui dotes adimplendis illis te parem reddant, quae tot viri Sanctitatis gloria inſignes tot fruſtra ſeculis deſiderarunt; probes, Eccleſiae praeeſſe paſtorem, qui, ſuggeſtionibus privatorum non attentis, nil aliud prae oculis habeat, quam bonum totius Eccleſiae ac ſalutem animarum. Eccleſia Tranquillitatem diu deſideratam in gratis perpetuo tibi referet, tuique Memoriam pia ſemper mente ac devoto affectu recolet.

A me

A me vero nulla unquam intermittetur occasio, qua profundissimam meam Sanctitati Vestrae devotionem contestari ac demonstrare possim, me jurium Sanctitati Vestrae, eou Capiti supremo Ecclesiae, competentium non derogatorem, sed propugnatorem esse acerrimum, atque sub hoc continuo obsequendi studio, a Sanctitate Vestra Benedictionem Apostolicam rogo. Bonnae 2. Aprilis 1787.

Zwölfter Abschnitt.

Von dem Rechtsstreit des Freyherrn von Moser wider seinen gewesenen Landesherrn, den Landgrafen zu Hessen-Darmstadt.

Die Moserische Sache gehe noch ihren gerichtlichen Gang vor dem Reichshofrath fort. Vergeblich fleht der Freyherr von Moser noch immer um Gerechtigkeit, ungeachtet selbst der oberste Reichsrichter in einem inzwischen an den Herrn Landgrafen erlassenen Rescript vom 28. Jun. 1787. (Z. I.) seiner Bitte das Siegel der Gesezmäßigkeit aufgedrückt hat.

Da der Beweis, auf welchen in dem reichshofräthlichen Vorbescheid vom 19. Octob. 1786

1786 (a) die weitere kaiserliche Verordnung ausgesetzt worden war, hauptsächlich aus der an den Freyherrn von Moser von der Gieser. Commißion am 7 Octob. 1785. erlassenen Ladung selbst (b) geführt wurde: so erklärte nun der Reichshofrath das ganze Verfahren und den weitern auf den Hauskaufschilling gelegten Arrest für null und nichtig mit der weitern Verordnung, daß, wenn der Herr Landgraf den Freyherrn von Moser seines Anspruchs nicht zu entlassen gedenke, seinem eigenen gerichtlichen Erbieten gemäs, eine ganz unpartheyische Kommission niedergesetzt und von solcher der rechtlichen Ordnung und den aus dem Concluso ersichtlichen Bestimmungen gemäs verfahren werden solle.

Diese gerechte Verfügung gewährte nun zwar dem Freyherrn von Moser in der Hauptsache seine Bitte. Der würdige vortrefliche Mann scheint aber zur Ehre seines gewesenen Herrn, aus eigener, freyer Entschließung des Herrn Landgrafen erlangen zu wollen, was ihm auf dem Weg des Rechts unmöglich versagt werden kann. Ihm scheint der entschei-

denste

(a) im XIV. B. meines Staatsr. S. 447.
(b) ebendaselbst S. 412.

denste oberstrichterliche Sieg wider seinen gewesenen Herrn nicht wahre Freude, nicht so viel Beruhigung seines für das Haus Darmstadt noch immer patriotisch gesinnten Herzens zu verschaffen, als ihm die Anerkennung des Herrn Landgrafen, und eine freye Entschließung desselben, seinem gewesenen verdienstvollen ersten Minister Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, gewähren würde. So erkläre ich mirs, daß er, nach so vielen vergeblichen Versuchen, noch einmal an den Herrn Landgrafen schrieb, an sein Gewissen appellirte und um gesetzmäßige Untersuchung seines ganzen Ministeriallebens bat. Diese merkwürdige Urkunde ist unter B. II. hier beygefügt. Aber auch diese hatte das unverdiente Schicksal, unbeantwortet zu bleiben. Vielleicht kam sie so wenig, als die vorigen, dem Herrn Landgrafen unter das Gesicht. —

Dem Freyherren von Moser blieb also nichts mehr übrig, als seine Beschwerde an dem höchsten Reichsgericht fortzusetzen. Und hier wurde nun am 2. Octob. 1787 dem Herrn Landgrafen eine nochmalige Frist zu Befolgung des an ihn ergangenen Rescripts mit dem Anhang anberaumt: „Damit im widrigen nicht „nöthig sey, den impetrantischen Freyherrn von „Moser pro absoluto zu erkennen.“

Es

Es ist jedoch dabey zu bemerken, daß diese Frist nicht in contumaciam angesetzt, sondern von dem Hessendarmstädtischen Anwald darum gebetten worden ist, woraus also zu schließen ist, daß man von Seiten des impetratischen Hofes und Ministeriums es nicht auf wirkliche Contumacialverfügungen ankommen lassen werde. Und dieß ist es, was ich zur Ehre des Freyherrn von Moser sowohl, als seines Durchlauchtigsten Gegners und dessen Ministeriums wünsche. Jenem könnte es — so rühmlich der Justizeifer des Reichshofraths ist — keine wahre Freude machen, *in contumaciam* pro absoluto erkläret zu werden — er will, als ein Mann von wohlerworbener Ehre, vorher untersucht und dann erst durch Urtel und Recht gerichtet seyn — und diesen würde es noch weniger zur Ehre gereichen, ja es würde ihnen ewigen Vorwurf und den gerechten Unsegen allen teutschen Patrioten zuziehen, wenn sie den noch bey eigenen sehen, aus Herzensfülle geflossenen (e) unzweydeutigen Anrken-

nung

(e) Es ist so, wie Moser in seinem Schreiben sagt. Es war die volle Sprache des Herzens, nicht die falsche Kanzleysprache, in welcher der Herr Landgraf noch nach der gebettenen Entlassung des Herrn von Mosers, dessen treuen Diensteifer und Unentgeltlichkeit

nung des Herrn Landgrafen, um ſein Haus und Land ſo hoch verdienten, nun aber nicht Belohnung ſeiner Verdienſte, nicht Gnade, ſondern nur Recht, nur Unterſuchung ſeines ganzen Miniſteriallebens, nur unparteyiſche Gerechtigkeitsverwaltung, nur Ausübung der erſten Regentenpflicht heiſchenden Miniſter noch länger ungehört laſſen, und ihm den erſten Vortheil aller bürgerlichen Verfaſſung und das erſte Recht des lezten Bürgers im Staat beharrlich verſagen wollten.

Geſetzt auch, das Heſſiſche *Miniſterium* könnte nach rechtlichen Grundſätzen wirklich behaupten, daß der Freyherr von Moſer ſchuldig ſey, von der Gieſer Kommißion ſich richten zu laſſen; ſo würde das *Publicum* dennoch in die Gerechtigkeitsliebe und in die Reinigkeit der Abſichten dieſes hochfürſtlichen Miniſteriums große Zweifel ſetzen, wenn es nun, nachdem Moſer ſo oft zu erkennen gegeben hat, daß er ſchlechterdings kein Vertrauen zu der Rechtlichkeit und Unparteylichkeit der Gieſer Kommißion habe, dennoch darauf beſtehen wollte; da es hin-

zigkeit anerkannt hat. Kein geheimer Secretär dürfte es wagen, die ſtarken Ausdrücke ſeinem Herrn in einem Koncept vorzuſagen, deren ſich der Herr Landgraf bedient hat.

hingegen nur davon vor dem ganzen Publico Ehre haben, und sicher den lauten Beyfall jedes edeldenkenden Patrioten erhalten würde, wenn es, um seine reine Absicht, unparteyische Gerechtigkeit vorwalten zu lassen, öffentlich zu erkennen zu geben, auf sein vermeintes Recht Verzicht thun, und nach dem Verlangen des Freyherrn von Moser ein ganz unparteyisches Gericht niedersetzen, von demselben die Untersuchung vornen anfangen, mit aller Gesezlichkeit verfahren, den beklagten Minister nicht nur genüglich hören, sondern ihm auch die fürstliche Resolutionen, und andere nicht in seinen Händen befindliche Actenstücke, auf welche er seine Vertheidigung gründen zu können glaubt, getreulich vorlegen und mit einem Wort die ganze Untersuchung so anordnen und ausführen lassen würde, daß Wahrheits- und Gerechtigkeitsliebe als einige Triebfeder aus dem ganzen Verfahren hervorleuchten müßte. Um so mehr ist nun eine solche gerechte Entschließung dieses fürstlichen Ministeriums mit Grund zu erwarten, da der höchste Reichsrichter selbst das Verfahren der Gieser Kommission als gesetzwidrig erkannt und aufgehoben hat.

I.

Reichs-Hofraths *Concluſum.*

Jovis, 28 Junii 1787.

von Moſer, Freyherr, contra den Herrn Landgrafen zu Heſſen-Darmſtadt, puncto denegatae juſtitiae, ſive impetrantiſcher Anwald Merck ſub praeſ. 24 Febr. anni currentis übergiebt allerunterthänigſte Befolgungs-Anzeige ad Membrum primum Concluſi de 19. Oct. a. pr. und Bitte pro clementiſſime decernendo nunc quantocius retro petito Reſcripto Caeſareo. Appon. Num. 11-14. incl. et ult. Concl. in duplo.

Imo: Cum incluſione Exhibitorum de praeſentatis 28 Aug a. pr. et 24 Febr. anni currentis reſcribatur dem Herrn Landgrafen zu Heſſen Darmſtadt: Nachdem aus der commiſſariſchen Ladung vom 7. Octob. 1785. erhelle, daß das Contumacial-Verfahren gegen Impetranten und das darauf ab exteris eingeholte Urthel auf die per Concluſum de 17. Aug 1784. zuſamt der damals aufgeſtellten Commiſſion und den von derſelben angelegten Arreſtis rechtskräftig caſſirte Citation gebauet worden: Als könnten Kaiſerliche Majeſtät nicht umhin, das ganze Contumacial-Verfahren, nebſt der darauf eingeholten Sentenz

Sentenz und den weitern auf den Hauskauf-Schilling gelegten Arrest andurch zu cassiren, und aufzuheben und hätte Herr Landgraf, nach nunmehro in causa injuriarum et aliorum gravaminum eingereichter Litis Renuntiation, falls Er impetrantischen Freyherrn von Moser Anspruchs zu entlassen nicht gemeinet sey, mit der Untersuchung gegen Impetranten dergestalt fürzugehen, daß derselbe seinem bey Kaiserlicher Majestät unter dem 26. May 1783 gethanen und per Concluſum de 5. Sept. besagten Jahrs angenommenen Erbieten gemäß, eine ganz unpartheyische Commißion aus eigenen ihrer Pflichten zu entlassenden oder von einem andern Fürstlichen Haus zu erbittenden Räthen niedersetze, durch diese Impetranten vorladen, denselben genugsam hören, ihme zu seiner Vertheidigung mit den erforderlichen Schriften, den zurückgestellten Handschreiben, Protokollen und Akten an die Hand gehen, überhaupt rechtlicher Ordnung nach verfahren und dann causa concluſa die Acta ad Impartiales exteros versenden lasse, auch wie dieses alles geschehen und befolget worden, in Zeit zweyer Monate bey Kaiserlicher Majestät allerunterthänigst anzeige.

2do: Communicetur nunc partis impetrantis Mandatum procuratorium parti Im-

petratae, altero Exemplari apud Acta retento.

Joh. Niklas Schwabenhausen.

II

Schreiben des Freyherrn von Moser an den regierenden Herrn Landgrafen zu Hessen-Darmstadt vom 16 Aug. 1787.

P. P.

Ew. Hochfürstl. Durchl. wird nunmehro von Höchstdero geheimen Ministerio die zu geschwinder Einsicht nochmals unterthänig beyliegende Reichs-Obristrichterliche Verordnung vorgetragen worden seyn, welche ich bey denen noch immer fortdaurenden Mißhandlungen der Ew. Hochfürstl. Durchl. höchsten Namen vorschützenden sogenannten Gießer Commißion zu erwirken mich in der schmerzlichen Nothwendigkeit gesehen habe.

Da durch gedachte allerhöchste Kaiserliche Verfügung und durch nochmalige Caßirung jener Commißion und ihrer Gewaltthaten diejenige Hinderniße beseitiget sind, welche mich, ohne Untersuchung, Urtheil und Recht von Haus und Hof gejagten und seines Eigenthums beraubten Mann, bisher außer Stand setzten, meinem so oft und sehnlich bezeugten Wunsch nach, mein ganzes in Ew. Hochfürstl. Durchl. Herrn Vaters und Höchstdero Diensten vollbrachtes Leben vor einem Recht- und gesetzmäßig denken-

denkenden und handelnden Gericht untersuchen und beleuchten zu lassen: So darf ich nunmehro von Ew. Hochfürstl. Durchl. Empfindungen für Höchstdero eigene Ehre und für Recht und Pflicht Höchstdero von Gott zu dereinstiger Verantwortung anvertrauten Regenten-Amts verhoffen und unterthänigst erbitten, daß Höchstdieselbe mich dem Unfug und Muthwillen jener alles Recht und Gesetze, ja selbst die Pflichten der Menschlichkeit mit Füßen tretenden und durch ihr Betragen Ew. Hochfürstl. Durchl. eigene Fürstenwürde so sehr entehrenden Leute nicht länger Preiß geben, sondern, in der von dem Richter im Reich verordneten Maaße, mir endlich, nach so langen unverdienten Quaalen und Dulden, diejenige Gerechtigkeit, wornach ich einzig schmachte, und die ich um Ew. Hochfürstlichen Durchl. Haus und Land durch lange, treue und unbescholtene Dienste bestens verdienet, angedeyhen lassen werden.

Mein Urtheil ruhet in meiner Rechtschaffenheit und Unschuld und, gerost darf ich dazu setzen, in Ew. Hochfürstl. Durchl. eigenem Gewissen, Bewußtseyn und Ueberzeugung. Ganz Deutschland hat die Ehrenvolle Zeugnisse gelesen, womit Ew. Hochfürstl. Durchl. in der vollen Sprache des Herzens meine Treue, Diensteifer und Uneigennutz noch unmittelbar nach meiner Dienstbegebung versiegelt haben; an dieses Gewissen darf ich noch jetzo mit getrostem Muth appelliren, und es würde Ew. Hochfürstl. Durchl.

so manchen Unlusts schon jezo weniger, dereinst aber ein ruhigeres Sterbebett machen, wann Höchstdieselbe endlich einmal dessen Stimme und das Flehen eines unschuldig gedrückten hören wollten.

Biß solches geschieht, wie ich zu wünschen niemals aufhöre, bleibt mir nur die Macht der Gesetze und des höchsten Richter-Amts zum Schutz meiner gekränkten Ehre und Unschuld übrig, die Ew. Hochfürstl. Durchl. mit Einem Federzug gegen Täuschung der Cabale zu retten schon längst vermögend gewesen und noch wären.

Ich bin mit tiefschuldigster Ehrfurcht

Ew. Hochfürstl. Durchl.

unterthänigster Diener

F. C. Freyherr von Moser,

Kaiserl. Reichs-Hofrath.

III.

Reichs-Hofraths-*Conclusum*.

Martis 2. Octobris 1787.

von Moser, Freyherr, contra den Herrn Landgrafen zu Hessen-Darmstadt, puncto protractae et denegatae justitiae, sive Impetrantischer Anwald Merck sub praes. 21. Sept. novissime docet de insinuato Rescripto lapsoque fine paritione termino et supplicat pro deferendo nunc ob non

speran-

sperandam paritionem hum^mis intus petitis. Appon. Num. 15. 18. et ult. Conclusum.

E contra Impetratischer Anwald von Haffner sub praes. 24. dicti mensis supplicat hum^me, pro ulteriori termino duorum mensium ad producendum producenda. Appon. ult. Conclusum.

Detur quidem adhuc parti Impetratae petitus terminus duorum mensium, sed non nisi ad satisfaciendum Rescripto Caesareo de 28 Junii curr. anni, damit im widrigen nicht nöthig seye, den Impetrantischen Freyherrn von Moser pro absoluto zu erkennen.

Joh. Niklas Schwabenhausen.

Dreyzehnter Abschnitt.

Kammergerichtliche Straf- und andere nachdrückliche Urtheile wider den Herrn Fürstbischof zu Speier durch Processe über die Rechte der Ausbürger veranlaßt.

Wider den Herrn Fürstbischof zu Speier sind am 16. Jun. 1787. drey nachdrückliche Urtheile, und unter denselben ein Strafurtheil am Kammergericht ausgesprochen worden, welche in Absicht auf die Hauptsache,

die zu den verſchiedenen Klagen Anlaß gegeben haben, einen und eben denſelben Gegenſtand haben. Es ſind mir ſolche von einem Ungenannten zugeſchickt worden, welcher in dem Begleitungsſchreiben unter andern ſagt:

„Daß dieſe Urtheile der vollen Aufmerkſamkeit des teutſchen Publikums, mithin auch eines Platzes in Ihrer Staatskanzley würdig ſeyen, daran darf ich zum voraus um da weniger zweifeln, als Sie ſchon im XIVten Theil einem ähnlichen Beyſpiel des geahndeten Mißbrauchs der Landeshoheit in der heiligen Abſicht den, auf dem teutſchen Grund und Boden noch vielfältig verborgen liegenden Saamen des Deſpotismus auszurotten, einen beſondern Abſchnitt zu widmen für gut gefunden haben.

„Ich hoffe dahero zuverſichtlich, daß Euer Wohlgebohren zum Beweiß einer gänzlichen Ohnbefangenheit, vorzüglich aber zum allgemeinen Troſt des teutſchen Bürgers keinen Anſtand nehmen werden, auch dieſe ſehr heilſame Reichskammergerichtliche Zurechtweiſungen unter der allenfalſigen Aufſchrifft: Graſſantibus malis, opus exemplo, dem nächſten

„Band

„Band mit der nämlichen Gefälligkeit ein-
„zuſchicken, und welcher Sie Theil XI. Ab-
„ſchnitt III. Seite 130. ꝛc. die zarte Un-
„ſchuld des Herrn F. B. zu S. zu ver-
„theidigen ſich die Mühe gegeben haben.“

Ich erfülle hier das Verlangen dieſes Ungenannten, und verſichere denſelben, daß, nach meinem Syſtem von Staatsrecht und Politique das Kapitel von bürgerlicher Freyheit mir eben ſo wichtig, eben ſo heilig und unverletzlich ſey, als das in unſerm teutſchen Staatsſyſtem ſo wichtige Hauptſtück von der Freyheit des Reichs und ſeiner Stände. Edle Fürſten denken eben ſo. Sie ſehen ihr höchſtwichtiges Regentenamt als eine Bürde an, die ihnen nur dann erträglich wird, wenn ſie recht viel Gelegenheit erhalten, Väter und Wohlthäter ihres Volks zu ſeyn. Regenten, deren Herz nicht die reine Quelle dieſer edlen Geſinnung iſt, wird ſie zwar durch reichsgerichtliche Strafgebotte nicht eingeflößt werden. Geſegnet ſeyen aber doch alle Schritte der Reichsgerichte, welche dahin abzielen, den Ausbrüchen der Willkühr und des Deſpotismus auf teutſchem Grund und Boden zu ſteuren. Geſegnet um ſo mehr, als in unſerem militariſchen Jahrhundert das Syſtem vom blinden Gehorſam aus den Klöſtern in die

Staatsverfassung übergegangen zu ſeyn ſcheint, und manche Staaten in Gefahr ſtehen, aus bürgerlichen Geſellſchaften militäriſche Subordinationsſyſteme zu werden.

Das Kammergericht hat ſchon in mehreren Fällen einen rühmlichen Juſtizeifer gezeigt, und beſonders die Rechte des Dürftigen und des Armen wider höhere Gewalt in Schuz genommen. Einige ſolche Erkänntniſſe werde ich, da der Raum es hier nicht mehr geſtattet, im nächſten Bande einrücken. In dieſe Klaſſe gehören auch die wider den Herrn Fürſtbiſchof zu Speier ergangene ſcharfe Verfügungen.

Was dieſe Fälle insbeſondere betrift, ſo kann ich dieſelben um deswillen nicht beurtheilen, weil mir unſer dieſen davon Urtheilen ſchlechterdings nichts davon bekannt iſt. Ich wünſche nur, daß der von dem Einſender geäuſerte Patriotismus ächter edler Sinn ſeyn möge, und bedaure, daß, nach dem ſatyriſchen Schluß der eingerückten Stelle zu urtheilen, der zufällige Umſtand, daß jene kammergerichtlichen Erkenntniſſe wider ſeinen Regenten ausgeſprochen worden ſind, weſentlichen Antheil an den Wonne ſeines Herzens gehabt zu haben ſcheint. Denn nach dieſer Stelle muß der bekannte domkapitulariſche Proceß dem Herrn Einſender ſehr nahe

am

am Herzen liegen. Die Ungerechtigkeit, die er in eben dieser Stelle an mir begeht, indem er mir zur Last legt, daß ich an dem von ihm angeführten Ort die Unschuld des Herrn F. B. zu Sp. zu vertheidigen mir die Mühe gegeben habe, ohnerachtet ich daselbst deutlich gesagt habe, wie ich es auch hierdurch nochmal erkläre, daß die über das eingerückte Conclusum gemachte Bemerkungen von dem Einsender herrühren, und ich keinen Antheil daran habe, soll ihm hiemit vergeben seyn!

Nun auch ein Wort von dem Gegenstand der drey Processe, in welchen obgedachte Urtheile ausgesprochen worden sind. Es betreffen solche die Frage von der Freyheit teutscher Landesunterthanen, in mehreren Orten zugleich die Bürgerrechte zu besitzen, und insbesondere bey Veränderung des Wohnorts, des anderwärts neuerlangten Bürgerrechts ungeachtet, auch in dem verlassenen Wohnort das Bürgerrecht beyzubehalten. Die Frage ist um ihrer weiten Ausdehnung willen von besonderer Wichtigkeit. Ich setze hiebey

1) als entschieden voraus, daß, wenn diese Freyheit oder Befugnis als besonder erworbenes Recht der Unterthanen eines Landes in Landesverträgen oder auf irgend eine andere

dere Art rechtmäſig hergebracht iſt, die Unterthanen von Rechtswegen dabey geſchützt werden müſſen.

2) Wenn dieſe Befugnis zwar nicht als erworbenes Recht eines ganzen Landes oder einzelner bürgerlicher Gemeinheiten hergebracht, aber doch auch nicht durch bürgerliche Geſetze eingeſchränkt oder aufgehoben iſt, und die bürgerliche Gemeinheiten ſelbſt, welchen gemeiniglich das Recht der Annahme neuer Bürger zuſteht, es zugeben: ſo hat jeder Landesunterthan dieſe Freyheit ebenfalls, und iſt darinn eben ſo wohl zu ſchützen, als wenn ſolche durch poſitive Verträge befeſtiget, und wider die landesherrliche Gewalt, dieſe Freyheit durch bürgerliche Geſetze einzuſchränken oder aufzuheben ſicher geſtellt wäre. Denn bürgerliche Freyheit iſt nichts anders, als natürliche, durch bürgerliche auf das Wohl der ganzen Staats-Geſellſchaft abzweckende Geſetze eingeſchränkte Freyheit. So lang alſo die natürliche Freyheit nicht durch bürgerliche Geſetze oder die Natur der bürgerlichen Geſellſchaft eingeſchränkt oder aufgehoben iſt: ſo lang muß ſie jedem Gliede derſelben unverletzt bleiben. Da nun nach dem Naturrecht in allweg erlaubt iſt, in mehrere mit einander vereinbarliche Geſellſchaften, wobey nemlich keine Kol-

Kollision der gesellschaftlichen Pflichten im Wege steht a), zu tretten: so muß diß auch in der bürgerlichen Gesellschaft so lange Statt finden, als das Wohl des Staats und darauf gegründete bürgerliche Gesetze nicht ein anderes erfodern. Ich bin aber

3) eben sowohl überzeugt, daß ein Regent triftige Gründe haben kann, diese Freyheit der Regel nach ganz aufzuheben, oder in einzelnen Fällen auf besondere landesherrliche Erlaubniß einzuschränken, oder durch deutliche Gesetze die Fälle zu bestimmen, in welchen es erlaubt oder nicht erlaubt seyn soll, in mehrern Orten zugleich Bürger zu seyn. Es sind mir Länder bekannt, und ich kann selbst mein Vaterland nicht davon ausnehmen, wo diese ausbürgerschaftlichen Verhältnisse zu grosen Misbräuchen Anlaß geben. Das Bürgerrecht in Städten, welche mit nahmhaften Stiftungen, zum Exempel für Studirende, Handwerker u. dgl. versehen sind, wird häufig von Auswärtigen, und selbst in

a) Deßwegen kann nach dem Naturrecht keiner in einer Eigenschaft und in Rücksicht auf eben dieselben Güter Mitglied zweyer Staaten seyn. Deswegen haben auch schon bey aufkeimendem System der Landeshoheit die Pfal- und Ausbürgerschaften so viel Zerrüttung angerichtet, und selbst Reichsgesetze dagegen veranlaßt.

in den höhern Klaſſen des bürgerlichen Standes geſucht. Wenn dann die Reihe in dem Genuß ſolcher bürgerlichen Vortheile einen wahren Bürgersſohn treffen ſollte, tretten die Söhne der Ausbürger, welche etwa eine geringe Bürgerſteuer bezahlen, und von den übrigen gemeinen Laſten wenig oder gar nichts erfahren, in die Stelle, die den eigentlichen Bürgersſöhnen gebührten. Hier iſt der Misbrauch auffallend. Aber auch auſer dieſem Falle ſind manche Unbequemlichkeiten und Nachtheile für die Inbürger b) damit verbunden, beſonders, wenn Ausbürger liegende Güter erwerben, oder die ſchon beſitzende für beſtändig beybehalten wollen. Denn in ſolchem Fall kann, wenn jene Freyheit allgemein iſt, ein groſer Theil der eigentlich für die innerhalb der Mark wohnenden Bürger beſtimmten liegenden Gründe nach und nach in auswärtige Hände kommen, wodurch die natürlichen Nahrungszweige der Einwohner vermindert, und dieſe zuletzt genöthiget werden, Taglöhner der Ausbürger zu werden. Sollten dieſe

b) Wie bey Märkerſchaften Inmärker den Ausmärkern entgegengeſetzt werden: ſo werde ich mich auch hier dieſes Ausdrucks bedienen darfen. Inmärker waren ohnehin nach der urſprünglichen Bedeutung des Worts eben daſſelbe, was ich hier Inbürger nenne.

diese und andere Gründe nicht einen Regenten rechtfertigen, wenn er sich bewogen sieht, die natürliche Freyheit in diesem Stück einzuschränken? Ich glaube es allerdings, und halte es also hierinn mit dem neuesten Reichsabschied, welcher dafür hält, daß bey Policeysachen „auf „des Status publici mit einlaufendes Interesse „sehr viel ankomme.

Da mir die Verfassung des Hochstifts Speier in diesem Stück nicht bekannt ist, und ich eben so wenig die geringste Kenntniß davon habe, was für Gründe in vorliegenden Fällen den Herrn Fürstbischof zu Speier zu den Verbotten veranlaßt haben, welche die Processe zur Folge hatten: so kann ich nicht bestimmen, welcher von den unterschiedenen Fällen etwa hier eintrette; gleichwie mir auch von jenen Vorgängen, welche die Verurtheilung in eine Strafe von 10. Mark löthigen Goldes nach sich gezogen haben, nicht weiter bekannt ist, als was die Urthel selbst davon anzeigt, und meine Leser also daraus selbst ersehen können.

I.

Sententia 16. Jun. 1787. publ.

In Sachen Heißlerischer Eheleute in Langenbrüken wider Michael Knebel und die Fürstl.

Fürſtl. Speieriſche Regierung, Appellationis, ſodann gedachter Eheleute contra Fürſtl. Speieriſche Regierung, wie auch das Oberamt Kißlau und den Land-Phyſicum Drem Bierenſtil, mandati attent. revocatorii, caſſatorii et inhibitorii cum expenſis S. C. nec non mandati ulterioris attentatorum revocatorii, caſſatorii et inhibitorii ſub aggravata poena quindecim marcarum auri puri, una cum extenſione ad nova facta S. C. ut et citationis ad ſatisfaciendum ſuper injuriis atrociſſimis iſt die durch Drem Boſtell am 21ten Juni 1785. extrajudicialiter übergebene Supplication mit Anlagen ad Acta mandati zu regiſtriren verordnet, darauf allem An- und Vorbringen nach zu Recht erkannt und zwar

1tens in cauſa appellationis, daß die Heißleriſche Eheleute (jedoch dem von Andreas Heißler zu Mingolsheim erlangten Bürgerrechte und denen damit verknüpften Verbindlichkeiten, ſoviel davon ein Ausburger an ſeinem Bürgerort im Hochſtift Speier etwan zu präſtiren ſchuldig iſt, unabbrüchig) von Langenbrüken nach dem gedachten Mingolsheim wider ihren freyen Willen zu ziehen nicht verbunden, ſondern daſelbſt von dem Herrn Biſchofen und Fürſten zu Speier, ſeiner Regierung und dem Oberamt Kißlau, ſo lang ſie ſich ihrer Unterthanen Pflicht gemäs betragen, ruhig und ungeſtört zu belaſſen ſeyen; ſoviel ſodann

2tens

2tens die erkannte inſinuirt- und reproducirte Kaiſerl. Mandata S. C. betrift, iſt dem Herrn Biſchoffen und Fürſten von Speier alles von deſſelben Fürſtl. Regierung beſchehenen unerheblichen Einwendens ungehindert, die impetrantiſche Eheleute in ihr, ihnen nach interponirter Appellation und inſinuirter Inhibition attentative et ſpoliative entzogenes und unter dem von der Heißleriſchen Ehefrau ſtipulirten und zum Theil erlegten Einkaufspreiſe wieder verkauftes Hauß zu Langenbrüken längſtens binnen 4. Wochen wieder immittiren zu laſſen, und das Oberamt Kißlau hierzu ſowohl, als

3tens zu unaufhaltlicher und unverkürzter Auszahlung der bey der Vertreibung der Impetranten aus ihrem Wohnhauſe in gerichtliche Verwahrung genommenen 27. fl. 1. kr. an die Heißleriſche Eheleute ernſtlich anzuhalten, anbefohlen, dann iſt

4tens in puncto citationis ſuper injuriis atrociſſimis weiter erkannt, daß mehr gedachter Herr Biſchof und Fürſt zu Speier wegen des auf ſeine ausdrückliche noch nach der interponirten und bey dieſem Kaiſerl. Reichskammergericht introducirten Appellation, auch darauf erkannten und ſeiner Fürſtl. Regierung inſinuirten Inhibition wiederholte Befehle den 29ten April 1782. von einer zahlreichen Amts- und Gerichts-Deputation mit Zuziehung einer Hebamme, den 3ten May d. a. aber auf einen neuen Fürſtl.

Cabinets-Befehl von dem Amtmann Dedell und dem Dre Land-Phyſico Bierenſtil an der ihrer Wiederkunft ſehr nahen, mithin derjenigen Landesherrl. oberſten Polizey-Aufſicht, worauf der Herr Fürſt und deſſelben Regierung die erlaſſene Befehle zu begründen vermeinen, am erſten würdig geweſenen Heißleriſchen Ehefrau unternommenen, allem Recht und der Billigkeit, auch deutſchen bürgerlichen Freyheit ganz entgegen gehenden harten Verfahrens, auch wegen der auf Fürſtl. Special-Befehl an gedachter Heißleriſcher Ehefrau nur 5. Tage vor ihrer Entbindung vollzogenen höchſtillegalen Transportirung derſelben von Langenbrüken nach Mingolsheim, mithin wegen alles dieſes auf die ausdrückliche und wiederholte Anweiſungen und Befehle des Herrn Fürſten der gedachten Heißlerinn zugefügten Unrechts und der damit verknüpften Unbild- und Beleidigung in 1000. fl. pro ſatisfactione privata für die Heißleriſche Ehefrau und überdies in eine fiscaliſche Strafe von 10. Mark löthigen Goldes zu condemniren, und zu jener und dieſer würklicher Bezahlung demſelben eine Friſt von 6. Wochen ſub poena realis executionis et reſp. dupli zu präfigiren und anzuſetzen ſey.

Als wir zu Recht erkennen, für nicht ſchuldig erklären, zu belaſſen, zu immittiren und auszuzahlen befehlen, auch condemniren, präfigiren und anſetzen, den Herrn Biſchoffen und Fürſten von Speier in alle ſowohl in cauſa appel-

appellationis als Mandatorum et citationis denen Appellanten und Impetranten verursachte Schaden und Kosten nach richterlicher Ermäßigung fällig ertheilend.

Dann ist gedachtem Herrn Bischoffen und Fürsten, wie dieser Urtel in allen ihren Puncten gehorsamlich gelebet sey, und auch künftig gelebet werden wolle, bey Vermeidung der bereits dem Mandato ulteriori vom 27ten May 1782. inserirten Pön von 15. Mark löthigen Goldes binnen 6. Wochen Frist bey diesem Kaiserl. Reichskammergericht zu dociren aufgegeben.

II.

Sententia 16. Junii 1787. publ.

In Sachen Wagnerscher Eheleute zu Roth im Hochstift Speyer, Appellanten eins, wider Fürstlich Speyerische Regierung zu Bruchsaal Appellaten andern Theils, ist allem An- und Vorbringen nach zu recht erkannt, daß Appellant Wagner, jedoch seinem zu St. Martin erlangten Burgerrecht und den damit verbundenen Verbindlichkeiten, so viel ein Ausburger an seinem Burgerort am Hochstifft Speyer zu prästiren schuldig ist, unabbrüchig von Roth nach gedachtem St. Martin zu ziehen nicht verbunden, sondern an seinem jetzigen Wohnort, so lang er will, und sich seinen Unterthanen-Pflichten gemäß beträgt, ruhig und ohngestöhrt zu belassen sey, als wir zu Recht erkennen, für nicht

gebunden erklären, die Appellatiſche Fürſtliche Regierung in die den Appellanten durch dieſen Prozeß verurſachte Köſten, Richterlicher Ermäßigung vorbehaltlich, fällig ertheilend. Dann iſt Appellatiſcher Regierung zur würklicher Execution und Vollziehung dieſer Urthel Zeit 2. Monat pro termino et prorogat. v. A. w. angeſetzt, mit dem Anhang, wo ſie deme alſo nicht nachkommen wird, daß ſie jezt als dann, und dann als jezt, in die Strafe 10. Mark löthigen Goldes, halb dem Kaiſerlichen Fiſco und zum andern halben Theil den Appellanten ohnnachläßig zu bezahlen, erkläret ſeyn, und der Real-Execution halber auf ferneres Anrufen ergehen ſoll, was Recht iſt.

III.

Sententia 16. Junii 1787. publ.

In Sachen Georg Schanzenbach zu Langenbrücken, proprio et uxorio nomine, wie auch Franz Molitors, Appellanten eines, wider die Fürſtlich-Speyerſche Regierung zu Bruchſal, ſodann Georg Friederich Heiligenthal und Chriſtoph Zolick Appellaten andern Theils: Iſt allem An- und Vorbringen nach zu Recht erkannt, daß 1tens der den 1ten Juni 1781. gegen Appellanten an das Oberamt Kislau erlaſſene Fürſtl. Cabinets-Befehl wieder aufzuheben, ſodann 2tens) der Appellant Schanzenbach ſeinem zu Mingolsheim erlangten Burgerrecht

recht und der damit verknüpften Verbindlichkeiten, so viel davon ein Ausburger den Rechten und einem wohlhergebrachten Herkommen im Hochstifft Speyer gemäs an seinem Burgerort etwas zu prästiren schuldig ist, unabbrüchig, zu Langenbrücken zu wohnen befugt, daher derselbe 3tens) so lange er sich als ein guter Unterthan daselbst beträgt, nach Mingolsheim wider seinen Willen so wenig, als 4tens) die in der Langenbrücker Feldmark sub hasta et auctoritate judiciali gekaufte Grundstücke zu verkaufen schuldig, auch 5tens) seine Frau, als welche durch ihre Heurath mit einem zu Mingolsheim, als Burger aufgenommenen Speyerschen Unterthan, ihr Burgerrecht zu Langenbrücken keineswegs verlohren hat, sich nach Mingolsheim zu begeben, und ihre Wirthschafft und Güter durch keine andere Leute, als Langenbrücker Bürger verwalten zu lassen, nicht verbunden, vielmehr 6tens) dem Mitappellanten Franz Molitor, wenn er von seinen Miterben das Wirthshaus zum Engel in Langenbrücken, oder seinen Antheil davon, so weit solches noch nicht geschehen, überlassen oder wie er sonsten damit disponiren wolle, anheim zu geben sey. Dann ist gegen die citirte und nicht erschienene Mit Appellaten Heiligenthal und Zolik, so viel den Satisfactions-Punct betrifft, das gebetene Rufen erkannt.

Uebrigens wird der Herr Fürst und Bischof zu Speyer, daß derselbe künftig die jura partium

tium betreffende Sachen nicht aus ſeinem Cabinet entſcheiden, ſondern ſolche zu den ordentlichen Gerichten verweiſen, auch in denen an dem Kaiſerl. Reichskammergericht rechtshängigen und blos die litigirende Theile betreffende Sachen der einen oder andern Partey zu erſcheinen, und zu handlen nicht ferner unterſagen ſoll, ernſtlich, und mit der Warnung, daß im Wiederholungsfall nachdruckſamere Reichskonſtitutionsmäſige Verfügungen getroffen werden ſollen, angewieſen.

Als Wir zu recht erkennen, aufheben, für befugt, auch nicht ſchuldig, und nicht verbunden erklären, anheimgeben, und anweiſen; die appellatiſche Fürſtliche Regierung, die Gerichtskoſten an dieſem Kaiſerlichen Kammergericht derentwegen aufgelaufen, den Appellaten nach rechtlicher Ermäßigung zu entrichten, fällig ertheilend.

Dann iſt ermelten Appellaten zu würklicher Execution und Vollziehung dieſer Urthel Zeit 2. Monat pro termino et prorogat. v. A. w. angeſetzt, mit dem Anhang, wo ſie deme alſo nicht nachkommen werden, daß ſie jezt alsdann, und dann als jezt, in die Strafe 10. Mark löthigen Golds halb dem Kaiſerlichen Fiſco und zum andern halben Theil den Appellanten ohnnachläßig zu bezahlen, erkläret ſeyn, und der Realexecution halber auf ferneres Anrufen ergehen ſolle, was recht iſt.

Vier-

Vierzehenter Abschnitt.

Vermischte Nachrichten von teutschen Staatsangelegenheiten.

1) Nachtrag zu der Nunciaturſache.

Die Päbſtliche Nunciaturſache hat ſeit dem Concluſo vom 27 Febr. 1787 gar nicht geruht, wie ich in obſtehendem Aufſaz vermuthet habe. Vielmehr ſind inzwiſchen mehrere neuere Auftritte von Wichtigkeit am Reichshofrath angebracht worden und es iſt nun, nachdem über alle dieſe Vorgänge am 19. Nov. 1787. ein Gutachten an den Kaiſer beſchloſſen worden iſt, ein wichtiges Concluſum zu erwarten, worinn ohne Zweifel den von den Erzbiſchöffen von Kurkölln und von Salzburg eingeklagten wiederholten Eingriffen der päbſtlichen Nunciatur zu München mit oberſtrichterlichem Ernſt und Nachdruck begegnet werden, und welches ſich auch über eine in das Verhältniß zwiſchen der weltlichen Gewalt der Landesherrn und die geiſtliche Gewalt der Diöceſanen einſchlagende merkwürdige Beſchwerde des Wormſiſchen Vicariats wider den Kurfürſten von der Pfalz ausdehnen wird. Da die Narraten des Concluſi vom 19. Nov. 1787. inzwiſchen wenigſtens einiges Licht über die bisherigen Vorgänge geben: ſo laſſe ich ſolches hier noch abdrucken:

Lunae 5. Nov. 1787.

Nunciaturen, Päbſtliche, im Reich in ſpecie die von den Päbſtlichen Nuntien zu München und Cölln gewagte Eingriffe in die Erz- und Biſchöfliche Diöceſan-Rechte betreffend, ſive Kurcöllniſcher Anwald von Ditterich ſub praeſ. 4. Aprilis a. c. überreichet allerunterthänigſte Anzeige der von einem Herzoglich-Bergiſchen Unterthanen bey der Nuntiatur zu München eingeführten Appellation und darauf ohne weiterem erkannten Proceſſu, mit Bitte: pro praevia eorundem caſſatione et annullatione ferendis intus petitis ordinationibus Caeſareis. App. Litt. A-H et ult. Concl. in duplo.

In eadem das Biſchöflich-Wormſiſche General-Vicariat ſub praeſ. 16. dicti menſis überreichet per von Birkenſtock in Betreff der von dem Päbſtlichen Nuntio zu München angemaßten Aufſtellung eines Subdelegati in der Kurpfalz und der von der Kurfürſtlichen Regierung zu Mannheim erfolgten dahinigen Anweiſung der zur Wormſer Diöces gehörigen Pfarreyen allerunterthänigſte Anzeige, Vorſtellung und Bitte pro decernendo ad dominum Electorem Palatinum intus petito Reſcripto Caeſareo. App. Num. 1. 2. et 3. in duplo.

Idem ſub praeſ. eodem überreichet in Betreff der von der Kurfürſtlichen Regierung zu Mannheim den zur Wormſer Diöces gehörigen Pfarrern anbefohlenen Ruckſendung der unterm 10. Jan.

10. Jan. d. J. ergangenen ordinariatiſchen Verordnungen allerunterthänigſte Anzeige nebſt rechtlichen Vorbehalt und Bitte: pro decernendo ad regimen Electorale Palatinum intus petito reſcripto caeſareo. App. Lit. A - E et ſignum ⊙ in duplo.

In eadem Kur-Cölniſcher Anwald von Ditterich ſub praeſ. 17. antedicti menſis überreichet allerunterthänigſten Nachtrag ad exhibitum de praeſ. 4. dicti menſis nebſt weiterer Attentaten, Anzeige und Bitte: pro maturandis ob morae periculum ordinationibus retro petitis cum extenſione ad novum factum. App. Lit. F. et ult. Concl. in duplo.

Idem ſub praeſ. eod. legitimat ſe ad acta et ſupplicat pro deſuper more ſolito ordinando et exhibitum de praeſ. 4. Apr. h. a. quantocius reſolvendo. App. Mandata procuratoria cum ult. Concl.

Idem ſub praeſ. 27. ante dicti menſis überreichet allerunterthänigſte Anzeige ad membrum 2dum concluſi de 27. Febr. h. a. mit Bitte: pro concedendo adhuc termino bimeſtri ad docendum de facta publicatione reſolutionis Caeſareæ. App. ult. Concl.

Idem ſub praeſ. 1. Maj. curr. anni übergibt allerunterthänigſte Edoctionem inſinuati reſcripti, lapſumque termini accuſat et ſupplicat pro deficiente ſatisfactione decernendo reſcripto paritorio. App. Doc. inſin. et ult. Concl.

In eadem Herr Kurfürſt zu Pfalz ſub dato 4. Aprilis et praeſ. 4. Maj. a. c. überreichet in litteris ad imperatorem unterthänigſte berichtliche Anzeige in ſequelam membri tertii Concl de 27. Febr. h. a. cum 2. adjunctis.

In eadem Herr Erzbiſchof zu Salzburg ſub dato 17. April. et praeſ. 11. dicti menſis übergibt in litteris ad Auguſtiſſimum allerunterthänigſte Anzeige eines neuerlichen Eingriffs des Nuntii zu München in ſeine Metropolitan-Rechte mit Bitte: pro ferendis congruis ordinationibus Caeſareis. Cum 2. adj.

In eadem Herr Kurfürſt zu Cölln ſub dato 20. April. et praeſ. 5. Jun. a. c. überreichet in litt. ad imperatorem unterthänigſte Befolgungs-Anzeige ad membrum 2dum Concl. de 27. Febr. h. a. cum adjuncto.

In eadem Herr Erzbiſchof zu Salzburg ſub dato 15. Maj. et praeſ. 2. Jul. ann. curr. überreichet in litt ad Imperatorem allerunterthänigſte Anzeige eines abermaligen Eingriffs bey Gelegenheit der Biſchofswahl zu Regensburg und gehorſamſte Bitte: pro ferenda nunc congrua ordinatione Caeſarea.

In eadem Kurköllniſcher Anwald von Ditterich ſub praeſ. 6. Aug. a. c. überreichet allerunterthänigſte Vorſtellung und Bitte: pro maturanda reſolutione exhibitorum. App. ult. Concl.

Idem ſub praeſ. 2. Octobris noviſſ. überreichet allerunterthänigſte Attentaten Anzeige und

und Bitte: pro decernendo nunc reſcripto paritorio cum extenſione ad novum factum. App. Num. 1. 2. 3. et ult. Concl. in duplo.

In eadem Herr Kurfürſt zu Kölln ſub dato 13. Sept. et praeſ. 4. dicti menſis überreichet in litt. ad Auguſtiſſimum unterthänigſte fernere Anzeige und Bitte: pro deſuper reflectendo et reſolutionem maturando. Cum adj. N. 1. 2. et 3.

Referuntur Exhibita.

Lunae 19. Novembris 1787.

Nuntiaturen Päbſtliche im Reich in ſpecie die von den Päbſtlichen Nuntien zu München und Kölln gewagte Eingriffe in die Erz- und Biſchöfliche Diöceſan-Rechte betreffend.

Abſolvitur Relatio et Concluſum. Fiat Votum ad Sacram Caeſaream Majeſtatem.

a) Fiſcaliſcher Proceß gegen Heſſenkaſſel.

Der fiſcaliſche Proceß wider den Herrn Landgrafen zu Heſſenkaſſel, geht, ohnerachtet der Lippiſche Antheil der Grafſchaft Schaumburg von den Heſſiſchen Truppen längſt wieder geräumt und den oberſtrichterlichen Verfügungen Folge geleiſtet worden iſt, doch noch fort. Der Heſſenkaſſelſche Hof hat ſich auch bereits vorläufig darauf eingelaſſen, da ſich ſein Anwald zu dieſer fiſcaliſchen Citationsſache bevollmächtiget und um Friſtverlängerung ad excipiendum gebetten hat, welche auch durch das Concluſum

vom

vom 1. Octob. 1787 „ſub comminatioñe litis alias in contumaciam pro conteſtata et libelli pro confeſſato acceptandi ertheilt wurde.

3) Schadenserſatz wegen der Heſſiſchen Beſitznehmung.

In der Klagſache der gräflich Schaumburgiſchen Vormundſchaft (a) wider den Herrn Landgrafen zu Heſſenkaſſel iſt jezt nur noch von Erſetzung des durch die gewaltſame Beſitznehmung der Grafſchaft Schaumburg-Lippe verurſachten Schadens die Frage. Am 12. Novemb. 1787. kam eine fernerweite berichtliche Anzeige des Niederrheiniſch-Weſtphäliſchen Kraisausſchreibamts vom 15. Oct. d. J. am Reichshofrath ein, worauf am 20. Nov. 1787. beſchloſſen wurde:

1mo) Ponatur der ſub praeſ. 12. Nov. a. c. von dem Ausſchreibamte des Niederrheiniſch-Weſtphäliſchen Creiſes allergehorſamſt erſtattete Bericht ad acta, und kan derſelbe der Gräflich Schaumburg-Lippiſchen Vormundſchaft auf Anmelden in copia e Cancellaria imperiali Aulica ad notitiam verabfolget werden.

2do)

(a) Die verwittwete Gräfin zu Schaumburg-Lippe und der Graf von Wallmoden-Gimburg wurden dem jungen Grafen von Schaumburg-Lippe zu Vormündern beſtellt und ihre Bevollmächtigte per concluſum vom 20. Nov. 1787. zu Ablegung des Vormundseides zugelaſſen.

2do) Reſcribatur gedachter Gräflich-Lippe-Schaumburgiſchen Vormundſchaft: Nachdem bereits unter dem 20. May a. c. ihr der verwittibten Gräfin Lippe-Schaumburg die Creißausſchreibamtliche Geſinnung wegen Einreichung der noch abgängigen Schäden- und Köſten-Deſignation zugegangen, von dieſer Zeit an aber, wie doch wohl hätte geſchehen können und ſollen, bey dem Creyßausſchreibamte das erforderliche desfalls nicht eingereichet worden; als wollten Ihro Kaiſ. Majeſtät gedachter Vormundſchaft hiedurch anbefohlen haben, die noch abgängige Schäden- und Koſten-Deſignation jedoch exclusive der Judicial-Köſten, als welche bey Kaiſerl. Maj. einzuklagen wären, bey dem Niederrheiniſch-Weſtphäliſchen Creißausſchreibamte ohne Verzug einzureichen, damit durch längeren Verzug ihrem Pflegbefohlenen kein Nachtheil zugehen möge; wie nun dieſes befolget worden, hievon wären Kaiſerl. Maj. der Vormundſchaft allerunterthänigſte Anzeige in termino 2. menſium gewärtig.

4) Erneuerter Proceß des Gräflich Reichserbtruchſeſſiſchen Hauſes gegen das fürſtliche Haus Fürſtenberg.

Der alte Proceß des Reichserbtruchſeßiſchen Hauſes wider das fürſtliche Haus Fürſtenberg, wovon ich ſchon im XIII. Bande meiner Staatskanzley ausführliche Nachricht zu ertheilen angefangen

gefangen habe (b), ist nun wirklich wieder in gerichtlichen Gang gebracht worden. Es sind eigentlich zwey verschiedene, jedoch genau miteinander verbundene, Processe; der eine puncto spolii, der andere puncto praereptae hereditatis, wie solche in der Rubrik des reichshofräthlichen Protocolls von einander unterschieden werden. Der Spolien Proceß läuft nämlich unter der Rubrik „Reichserbtruchseß Franz Carl Herr Fürst Bischof zu Chiemsee, Graf zu Trauchburg und Leopold Graf zu Friedberg-Scheer contra den Herrn Fürsten zu Fürstenberg, modo sämtlich regierende Grafen Reichserbtruchsessen contra eundem, mandati, puncto spolii.“ Der Erbschaftsproceß aber führt die Rubrik: „Reichserbtruchsessen, sämtlich regierende Grafen zu Zeil-Zeil und Trauchburg zu Wolfek-Wolfek und Friedberg-Scheer, proprio et curatorio nomine, contra den Herrn Fürsten zu Fürstenberg, puncto praereptae hereditatis.„ In der Spolienklagsache wurde am 11. Febr. 1785. die Hauptvorstellung übergeben. Dieser folgten am 28. Oct. 1785. 12. April 1786. und 6. Febr. 1787. verschiedene Additionalvorstellungen, von welchen jedoch die letzte wieder zurückgenommen wurde,

(b) Die Fortsetzung dieser Sache gehört unter meine Schulden, zu denen ich mich gegen dem publicum bekennen muß. Da ich, um nicht Banqueroutte zu machen, wirklich daran bin, meine Schulden nach und nach zu tilgen, so werde ich mich nächstens auch dieser entledigen.

wurde, und endlich am 9. Aug. 1787. eine „allerunterthänigſte Darlegung der obſchwebenden wirklichen Litispendenz ſamt näherer Beleuchtung und Abfertigung einiger gegentheiligen Einwendungen“ nachfolgten; und in der Erbſchaftsſtrittigkeit wurde die Hauptvorſtellung am 5. Apr. 1785. eingereicht, worauf am 22. Nov. 1785. 12. Apr. 1786. und 6. Febr. 1787. drey Nachträge, von welchen der letzte ebenfalls wieder zurückgenommen worden iſt, und am 9. Aug. 1787. ebenfalls eine Darlegung der obſchwebenden Litispendenz ꝛc. übergeben wurden. In beyden Proceſſen fiel das reichshofräthliche Erkänntniß gleich aus. Es wurde nämlich am 16. Aug. 1787. beſchloſſen: „1.) Fiat petita retraditio exhibiti de praeſ. 6. Febr. curr. anni. 2) Communicentur die ſämtlichen übrigen Exhibita parti impetratae, um ſich binnen 2. Monaten excipiendo darüber vernehmen zu laſſen. 3) Communicetur eidem das impetrantiſche Mandatum procur. altero exemplari apud acta retento.“

Wenn ein Proceß, der durch verſchiedene Zufälle (c), Proceßkünſte und Kabalen (d), zwey

(c) Unter ſolche gehört auch, daß unter Ferdinand II. ein Schwiegervater eines Grafen von Fürſtenberg, der Fürſt von Hohenzollern und nach demſelben Graf Uratislaus von Fürſtenberg ſelbſt Reichshofrathspräſident war. Hier wollte kein Agent den Truchſeſſen mehr dienen. Sie ſahen ſich — ein ſeltenes

Bey-

zwey hundert Jahre lang herum gezogen worden ist,

Beyspiel — aus diesem Grunde genöthigt, um Bestellung eines Agenten von Amtswegen zu bitten. Aber auch diß konnten sie nicht erreichen, ob ihre Bitte gleich von dem damaligen Reichsvicekanzler unterstützt wurde. Was doch der ganze Proceß für einen ganz verschiedenen Gang gehabt haben würde, wenn ein Truchseß Reichshofrathspräsident geworden wäre! Trauriges Beyspiel von der Macht persönlichen Einflusses auf Verwaltung der Gerechtigkeit! Auch diese Geschichte — im Vorbeygehen sey es hier gesagt — überzeugt mich wieder, daß es keine auf ächten Grundsätzen der gesetzgebenden Klugheit ruhende Verordnung unserer Reichsgesetze sey, worinn das als Regel aufgestellte Wahlrecht des Klägers, seinen Gegner entweder vor dem Reichshofrath, oder vor dem Kammergericht, zu belangen, in Ansehung des Personals dieser Reichsgerichte, durch den demselben zugestandenen befreyten Gerichtszwang aufgehoben ist. Merkwürdig ist übrigens, und es gereicht diesem Haus zur Ehre, daß im vorigen Jahrhundert seit dem Uratislaus fast beständig Grafen von Fürstenberg im Reichshofrath saßen. Uratislaus war Präsident († 1631.) Friderich Rudolf, dessen Brudersohn († 1655) Reichshofrath; Frobenius Maria, († 1685) Domherr zu Köln und Strasburg, Reichshofraths-Vicepräsident; Frobenius Ferdinand ward 1688 Reichshofrath, 1718 Kammerrichter, seit 1726 Principalkommissarius in Regensburg; Ferdinand Friderich von der Heiligenbergischen Linie († 1676) Reichshofrath.

(d) Unter die im Finstern schleichenden Proceßkünste gehört bekanntlich auch die Entfernung wichtiger, entweder

iſt, endlich wieder in ordentlichen gerichtlichen Gang kommt, ſo verdient es ſchon eine Anzeige, wenn es auch nicht, wie dieſer, nach der gerichtlichen Anſprache des klagenden Theils Millionen zum Gegenſtand hat. Das beſte wäre wohl, bey einem ſolchen ſchon durch ſein Alter verwickelten Proceß, für beyde Theile, wenn bald eine Hofkommiſſion zur Güte niedergeſetzt würde, und beyde Theile ſich — nachdem faſt unzählige Vergleichsunterhandlungen fruchtloß vorüber giengen, durch billige Vorſchläge und Anerbietungen einander näherten.

5) Wehrt des Comitivadels in den Oeſterreichiſchen Staaten.

In den Vorder-Oeſterreichiſchen Staaten iſt erſt kürzlich in Abſicht auf den von Reichsſtänden, welche die größere Comitive haben, ertheilten Adel, ohngeachtet ſolcher bekanntlich aus kai-

weder gar nicht oder nicht leicht erſetzlicher Actenſtücke. Ob es unter dieſe Klaſſe oder unter die Zufälle zu rechnen ſey, daß, da die Reichserbtruchſeſſiſche Familie Gelegenheit fand, auf dem Kurfürſtlichen Kollegialtag 1623. dem Kaiſer ihre Angelegenheit zu empfehlen und dieſer das Bairiſche Kommiſſionsprotocoll einſehen wollte, ſich — unter dem præſidio des Fürſtenbergiſchen Schwiegervaters, des Fürſten von Hohenzollern — dieſes wichtige Actenſtück nicht mehr finden lies, mag in Rückſicht auf rechtlichen Beweis immer unentſchieden bleiben. Der Verluſt wurde von München aus wieder erſetzt.

kaiserlicher Gewalt ausgeübt wird, in Ansehung der kaiserlich königlichen Beamten und Unterthanen folgende Hofentschliesung bekannt gemacht worden:

„Auf die höchsten Orts gemachte Anfrage: Ob der von einem Reichsstand, der die Comitivam majorem hat, erhaltene Adel zur Erlangung des adelichen Fori hinreichend seye, ohne daß solcher mit höchster Erlaubnuß angesucht worden? haben Se. Maj. ꝛc. allergnädigst zu entschließen geruhet, der Verordnung vom 13. Hornung 1784. seye die Erklärung dahin zu geben, daß jene K. K. Beamten und Unterthanen, die seit dem 31. Jan. 1767. wo nehmlich das Einverständnuß mit der Reichs Canzley in Rucksicht der Standeserhebungen getroffen worden, ohne Landesfürstl. Erlaubnuß von einem fremden Reichsstand geadelt worden, in den Erblanden dafür nicht erkennet, mithin auch des privilegirten Gerichtsstandes nicht theilhaftig werden würden.

Freyburg, den 16. Aug. 1787.“

6) Uebereinkunft wegen dem Abzug zwischen Oesterreich und Preußen.

Zwischen dem Kaiserlich-Königlichen und dem königlich Preusischen Hof ist das Einverständnis getroffen worden, daß an Abzug wechselsweise 10. procent, doch ohne Inbegriff der gewöhnlichen Stempel- und Gerichtstaxen, auch Procurators-Gebühren ꝛc. bezogen werden solle.

Es

Es iſt ſolches durch ein gedrucktes K. K. Patent vom 7. Sept. 1787. in den K. K. Staaten bekannt gemacht worden.

7) Reutlingiſche Syndicatſache.

Nachdem auf die Jetzeriſche Klage, die Wiederherſtellung des zweyten Syndicats betreffend, worüber ich mich oben im III. Abſchnitt ſchon geäuſert habe, der Bericht des Reichsſtadt Reutlingiſchen Magiſtrats am 22. May 1786. eingekommen war: ſo ergieng am 6. Nov. 1787. die reichshofräthliche Erkenntnis dahin:

„2.) Wird der implorantiſche Jezer mit ſeinem Geſuch hiemit ab- und dahin angewieſen, daß er hinkünftig nicht nur von aller reſpectloſen, ungebührlichen und auf Empörung abzielenden Schreibart, ſondern auch von allen das Stadtweſen betreffenden impreſſis, ſo wie von anderweiteren bey den Zunfthüthen dem größeren Rath und der Burgerſchaft auf Stöhrung der allgemeinen Ruhe abzweckenden Betreibungen und Zuſammenkünften um ſo gewiſſer ſich enthalten ſolle, als im widrigen auf fernere Anzeige derſelbe für unfähig zu allen ſtädtiſchen Dienſten erkläret, und nach Umſtänden auch ſchärfere Kaiſerliche Ahndung zu gewärtigen haben ſolle.

3tio) Cum hujus notificatione reſcribatur dem Magiſtrat der Reichsſtadt Reutlingen: es wäre zwar von demſelben allerdings unrecht geſchehen, daß er ſich den Sinn des Kaiſerl.

Concluſi de 1758. durch einen auswärtigen Rechtsgelehrten habe interpretiren laſſen, und werde ihme ſolches alſo andurch verwieſen. Jedoch wollten Kaiſ. Maj. in Rückſicht der vorgekommenen Urſachen und Umſtände allergnädigſt bewilligen, daß es bey der urſprünglichen Stadtverfaſſung, mithin bey Anſtellung eines einzigen Syndici ſowohl für jetzo als pro futuro ſein Bewenden haben ſolle. Wie dann auch Magiſtratus die dem Jäger wegen ſeines ungebührlichen Betragens vorhin dictirte Strafe nunmehr ohne weiters zu exequiren hätten.

8) Tod des Kurſächſiſchen Miniſtre Reſidenti zu Wien, ohne reichshofräthliche Sperre.

Am 28. Jun. 1787. ſtarb der, neben dem Kurſächſiſchen Geſandten, dem Freyherrn von Schönfeld, an dem K. K. Hof accreditirt geweſene Kurſächſiſche Miniſtre Reſident von Clement, ohne daß von dem Kaiſerlichen Reichshofrath die Sperre vorgenommen, oder ein Verſuch deswegen gemacht worden wäre. Wahrſcheinlich wurde ſolche von gedachtem Herrn von Schönfeld vorgenommen. Der Herr von Clement beſorgte aber auch nur Miniſterialſachen und war nie zu gerichtlichen Angelegenheiten ſeines Hofes bevollmächtiget. Es gilt alſo auch von dieſem Fall, was ich im XV. Band, Seite 410. bemerkt habe.

9) Aus-

9) Ausdehnung des herzoglich bairiſchen privilegii de non appellando.

Von dem Kurfürſten von der Pfalz, als Herzog zu Baiern iſt eine kaiſerliche Beſtätigung des herzoglich-Bairiſchen Privilegii de non appellando und zugleich eine Ausdehnung deſſelben auf die Graf- und Herrſchaften Hals, Haag, Hohenwaldek, Wieſenſteig, Sulzbürg, Pürbaum, Mindelheim, Schwabek, Hohenſchwangau, Illertiſſen, Werdingen und Hohenreichen am Kaiſerlichen Hof ausgewirkt worden. In dem Reichshofrathsprotocoll vom 5. Jul. 1787. geſchiehet deſſelben auf folgende Art Erwähnung:

Zu Baiern Herr Herzog (e) puncto privilegii de non appellando, ſive Seine Römiſch-Kaiſerliche Majeſtät machen ſub praeſentato hodiernò Dero gehorſamſtem Reichshofrathe Allerhöchſt Ihro Entſchließung, vermög welcher Sie dem Herrn Herzog in Baiern und deſſen Nachfolgern das privilegium de non appellando cum extenſione auf innbenannte Reichslehen zu erneuren geruher haben, zu deſ-

(e) Unſere Reichsgeſetze wiſſen, nach Erlöſchung der Wilhelminiſchen Linie und Rückkehr der zweyten weltlichen Kurwürde auf die Pfalz, nur von einem Kurfürſtenthum Pfalz und Herzogthum Baiern. Der neu beliebte Ausdruck: Kurpfalzbaiern kann im Kurialſtyl der Reichskanzley nicht angenommen werden.

sen gehorsamster Nachachtung per decretum de 2. curr. mensis kund.

Legitur decretum Caesareum, und solle demselben die schuldige Folge geleistet werden.

Am Kammergericht wurde dieses Privilegium ebenfalls insinuirt und in der bekannten Formel durch die Urtel vom 3. Sept. 1787. angenommen, und Urkund darüber erkannt.

10) Veränderung in dem Ceremoniel am kaiserlichen Hof, auch bey Thronbelehnungen.

Schon im Anfang des Jahrs 1787. wurde nachfolgende Kaiserlichkönigliche Verordnung in der Wiener Zeitung vom 10. Jänner bekannt gemacht:

„Seine Kaiserliche Majestät haben durch ein Hofdecret vom 4ten dieses Monats verordnet, daß von nun an und in Hinkunft die sogenannten Hof- und *Apartemens*-Kleider der Damen, der Handkuß von Männern und Weibern gegen den allerhöchsten Landesherrn und allerhöchsten Personen vom Durchlauchtigsten Erzhause, so wie die Kniegebogene Reverenzen und das Niederknien selbst von Jedermann und in allen Fällen gänzlich unterbleiben, mithin auch niemand, wer es immer sey, der um etwas zu bitten, und sonst was einzureichen hätte, künftig mehr niederknien solle, weil dieses von Mensch zu Mensch keine anpassende Handlung sey, sondern gegen Gott allein vorbehalten bleiben müsse."

Unter

Unter den kniegebogenen Reverenzen werden bekanntlich die ſogenannte Spaniſche Reverenzen verſtanden, welche bisher vor der Perſon des Kaiſers im gemeinen Leben ſowohl als bey Ceremonien und Thronbelehnungen gewöhnlich waren, und jezt nur noch bey dem venerabili üblich ſind. Das Niederknien vor dem Kaiſer geſchah beſonders, wann eine Bittſchrift überreicht wurde. Als der Termin zu der Taxiſchen Belehnung mit Scheer herannahte, erließen des Kaiſers Maj. ſowohl an den Reichshofrath und die Reichscanzley, als an die Oeſterreich-Böhmiſche Canzley die Weiſung, daß ſowohl bey Reichsthronbelehnungen, als bey Böhmiſchen und Oeſterreichiſchen Thronbelehnungen das gewöhnliche Niederknien und die Kniegebogene Reverenzen von nun an durchaus hinweg bleiben, und den Bevollmächtigten frey ſtehen ſolle, in eigenem Kleide oder im Mantel die Belehnung zu empfangen.

Bey der Taxiſchen Belehnung am 5ten Nov. 1787 waren die Lehensbevollmächtigte, der Geheime Rath von Lilien und der Taxiſche Geſchäftsträger am Kaiſerlichen Hof, Hofrath von Wunſch in eigenem Kleide, und machten ſowohl bey dem Eintritt, als bey Küſſung des Schwerdknopfes und beym Weggehen keine andere, als eine tiefe Kopfverbeugung. Auch wurde dabey blos die Eidesformul, welche ſeit der Einführung des Toleranzſyſtems gewöhnlich iſt, gebraucht:

„So wahr mir Gott helfe;“

ohne den Beysatz: und seine Heiligen; gleichwie auch bey Protestanten der Beysatz: und sein Evangelium, hinweggelassen wird, es wäre dann, daß ein Vasall einen dieser Beysätze ausdrücklich verlangte, in welchem Fall nur dem Beysatz geschworen wird. Dieses geschah bey der letzten Böhmischen Thronbelehnung von Schwarzburg und Saalfeld, indem bey der Eidesformul auf ausdrückliches Verlangen der Vasallen der Beysatz: und sein Evangelium ausdrücklich beybehalten wurde.

(11) Freyherr von Ditmar in seinem Unglück.

Allgemein bedauert und mit dem allgemeinen Zeugnis bewährter Rechtschaffenheit, reiner Gerechtigkeitsliebe, unerschütterlicher Unbestechlichkeit und ausnehmender Thätigkeit und Arbeitsamkeit lag endlich der Reichshofrath Freyherr von Ditmar dem traurigen Schicksal unter, in gänzlichen Vermögenszerfall zu gerathen, und von seinem wichtigen Amt entlassen zu werden. Er war bekanntlich zuvor in Mecklenburgischen Diensten. In solche trat er unter dem Herzog Karl Leopold, dessen Liebling er war; und bey dem er auch auf dem Schloß zu Dönitz, wohin er ihm nachgefolgt war, bis an seinen Tod aushielt. Nach dessen Tod genos er auch das Vertrauen seines Bruders und Nachfolgers des Herzogs Christian Ludwig, und schwang sich zu dem glänzenden Posten des ersten Ministers empor,

empor, in welcher Eigenſchaft er ſich ausgezeichnete Verdienſte um das Mecklenburgiſche Haus erwarb. Er war Verfaſſer mehrerer Deductionen in den Roſtockiſchen Streitigkeiten, worunter die Hauptdeduction: Der Landesfürſt in Roſtock ꝛc. ꝛc. die wichtigſte iſt. Auch führete er in den bekannten mit dem Königlich-Preuſſiſchen Hof der Werbungen halber entſtandenen Mißhelligkeiten im J. 1756. folgg. die Feder. Im ſiebenjährigen Krieg bereitete er ſich aber ſeinen Sturz. Er ward ein Opfer ſeiner, in der hohen Stelle, die er begleitete, merkbaͤr bewieſenen Neigung für den Kaiſerlichen Hof und das Haus Oeſterreich. Indem er den Beytritt ſeines Landesherrn zu dem wider das Kurhaus Brandenburg beſchloſſenen Reichskrieg bewirkte, auch ſonſten den Königlich-Preuſſiſchen Abſichten als Miniſter nicht günſtig war, zog er ſich das Mißfallen des Preuſſiſchen Hofes in hohem Grade zu, und Folge hievon ſoll es ſeyn, daß das Jahr des Friedens zugleich die Epoche ſeines Sturzes ward. Im Jahr 1763. erhielt er ſeine Entlaſſung. Der Kaiſerliche Hof belohnte aber ſeine Verdienſte um das Erzhaus Oeſterreich durch ſeine Beförderung in die durch Senkenbergs Tod erledigte Reichshofrathsſtelle, die er am 6. März 1770. antrat, und nach allen Rückſichten ganz ausfüllte.

Wenn Ditmar auf der einen Seite das Verdienſt hat, weder als Mecklenburgiſcher

Minister, noch als Reichshofrath, sich Vermögen erworben zu haben — denn es ist wahrlich bedenklicher, wenn ein Reichshofrath sich Reichthum sammelt, als wenn er seine Familie in Dürftigkeit zurückläßt — so ist es auf der andern Seite traurig genug, daß er nach und nach in einen gänzlichen Vermögenszerfall gerathen ist, welcher den unglücklichen Mann schon Jahre lang gequält haben muß. f) Nach und nach wachten seine Gläubiger auf, es wurden mehrere Schulden eingeklagt, und man sah mit geheimem Mitleiden schon seit einiger Zeit dem Fall entgegen, der sich am Ende wirklich ereignete, da die Grundsätze Kaiser Josephs in Absicht auf das Schuldenwesen seiner Räthe und Diener, welche auch bisher nicht bey der bloßen Theorie stehen blieben, allgemein bekannt sind.

Am 16. Jul. 1787. erhielt der Reichshofrathspräsident wirklich in einem Kaiserlichen Handschreiben den Befehl, dem Freyherrn von Ditmar seine Entlassung anzukünden, und ihm die Acten abzunehmen. g) Es sollen zwar Vorstellungen

f) Was diese Zerrüttung seiner ökonomischen Umstände veranlaßt habe, ist mir nicht bekannt. Vielleicht ist der erste Grund dazu schon von jenen unglücklichen 7. Jahren herzuleiten, in denen er privatisirte.

g) Einige Wochen zuvor soll zwar bey Untersuchung eines verdächtigen Wechselwerkes auch Ditmars Nahme sich vorgefunden haben. Man glaubt aber allge-

ſtellungen und Fürbitten bey des Kaiſers Majeſtät eingelegt worden ſeyn. Die Kaiſerliche Reſolution iſt mir zwar nicht eigentlich bekannt. So viel aber iſt gewiß, daß es bey der Entlaſſung ſein Verbleiben hatte, da die dadurch erledigte Stelle dem Kammergerichtsaſſeſſor von Wolpius ſchon vor einigen Monaten ertheilt worden iſt.

Am 24. Jul. 1787. wurde der Concurs würklich erkannt, der Reichshofrathsagent Merk zum Curator der Maſſe und Contradictor ernannt, den beyden Reichshofräthen von Puffendorf und von Rieſel zu Erlaſſung der Edictalcitation ſowohl als zu Inſtruirung des Liquidations- und Prioritätsproceſſes der Auftrag gemacht, und ein Inſinuatum in Freundſchaft an die Kaiſerlichkönigliche Hofkammer beſchloſſen, damit das bereits verfloſſene den 1. Aug. fällige Quartal nicht mehr an den Freyherrn von Ditmar, ſondern an den Curatorem bonorum verabfolgt werden möchte.

Wenn die Reichspenſionskaſſe nicht in partibus infidelium zu ſuchen wäre: ſo würde wohl

allgemein, daß es wenigſtens ohne wiſſentliche Theilnehmung an einer unerlaubten Handlung geſchehen ſey. Daß auch darinn nicht die Urſache ſeiner Entlaſſung zu ſuchen ſeyn könne, dafür iſt Joſephs II. Gerechtigkeitseifer Bürge, welcher ein ſolches Vergehen nicht ununterſucht gelaſſen und noch weniger zugegeben haben würde, daß ein Mitglied des Reichshofraths ungehört, ohne Urthel und Recht, verurtheilt worden wäre.

wohl ein Mann, wie Dittmar, vorzüglich eines Zuflusſes aus derſelben würdig geweſen ſeyn, der mit den Eigenſchaften eines rechtſchaffenen, unparteiiſchen, unbeſtechlichen Juſtizmannes einen ſo hohen Grad von Arbeitſamkeit verband, daß er, da er wegen einer Unpäßlichkeit am Fuß ſchon anderthalb Jahre nicht ausgehen konnte, nicht nur ſeit dieſer Zeit, ſo oft ihn die Ordnung traf, ſeine Relationen an den Rath ſchickte, ſondern bey Zurückgabe der Acten auch 54. ganz ausgearbeitete und zum Vortrag bereit liegende Relationen mit übergeben konnte.

12) Fortſetzung des Schaurothiſchen Werks von Herrich.

Von der bekannten Schaurothiſchen Sammlung aller Concluſorum und Verhandlungen des Corporis Evangelicorum iſt ſchon im Anfang des Jahrs 1787. eine Fortſetzung bis auf die neuſte Zeiten im Druck erſchienen, welche um ſo mehr hier eine Anzeige verdient, als ſolche auch die neuſte Gegenſtände, welche das Corpus Evangelicorum beſchäftigt haben, umfaßt, und mit dem Ende des Jahrs 1786. ſich ſchließt. Dieſes ſehr brauchbar eingerichtete Werk führt folgenden Titel:

Sammlung aller Concluſorum, Schreiben und anderer Verhandlungen des hochpreißl. Corporis Evangelicorum vom Jahr 1753. bis 1786. als eine Fortſetzung des Schaurothiſchen Werks nach Ordnung der Materien

rien zuſammengetragen und herausgegeben von Nicolaus August Herrich, Regensburg gedruckt bey Johann Chriſtoph Keyſer. 1786. in fol.

In Abſicht auf die Hauptanlage deſſelben hat der Herr Herausgeber zwar die Einrichtung und Ordnung des Schaurothiſchen zum Grund gelegt. Man hat alſo eigentlich alle diejenigen Gegenſtände planmäſig darinn zu ſuchen, welche in dem auf dem Titel angezeigten Zeitraum an das Corpus Evangelicorum gebracht worden ſind, und zu Schlüſſen, Schreiben und andern Verhandlungen deſſelben Anlaß gegeben haben; wobey jedoch nach dem Vorgang des Schaurothiſchen Werks auch ſolche Stücke, welche zwar nicht im eigentlichen Verſtande zu den Akten dieſes hohen Corporis gerechnet werden können, die aber doch mit ſolchen in einem genauen Zuſammenhang ſtehen, wie billig, ebenfalls eingerückt worden ſind. Der Herr Legations-Secretair iſt jedoch nicht dabey ſtehen geblieben, ſondern hat noch mehrere Vortheile geleiſtet, als in der Schaurothiſchen Sammlung geleiſtet wurden. Dahin gehört insbeſondere eine ſehr zweckmäſige Ausdehnung, welche derſelbe den bey den mehreſten Artikeln beygefügten remiſſiven Erläuterungen gegeben hat. In ſolchen hat nämlich Herr Herrich nicht nur die bey dem Corpore eingereichte Memorialien und Schriften der intereſſirten Theile, ſondern auch die von den

Parteien

Parteien ſonſten unter ſich gewechſelte Schriften ſowohl, als die von Gelehrten aus Gelegenheit ſolcher Streitigkeiten herausgekommene Abhandlungen angezeigt, und zugleich die Werke, in welchen von einzelnen Schriften oder von der Sache überhaupt Nachricht gegeben worden iſt, bemerkt; wodurch er ſich alſo um dieſen Theil der ſtaatsrechtlichen Litteratur ein wahres Verdienſt erworben, ſeinem Werk aber einen ungleich höheren Grad von Brauchbarkeit und Vollſtändigkeit gegeben hat, um ſo mehr, als auch andere nützliche und zweckmäſige Bemerkungen von einzelnen Schriften, von dem Ausgang einzelner Streitigkeiten, u. dgl. mit angebracht ſind. Beyſpiele will ich keine anführen, da ſchon bey flüchtiger Durchblätterung dieſes ſchätzbaren Werks ſolches bey den mehreſten, und wichtigeren Gegenſtänden gleich in die Augen fällt, und nur bemerken, daß dieſes insbeſondere auch von der Grafenſache, wovon man ohnehin auch die hieher gehörigen Acten vollſtändig antrift, zu ſagen ſey, von welcher die remiſſive Erläuterungen 17. Seiten in fol. einnehmen. Auch ſind im Vorbericht alle diejenige Religions-Beſchwerden angezeigt, welche zwar an das Corpus Evangelicorum gebracht wurden, worinn es aber doch bey dieſem hohen Corpore zu keinen würklichen Verhandlungen gekommen iſt, und die alſo nach den eigentlichen Gränzen dieſes Werks auſer dem Umfang derſelben liegen, von welchen auch die Schriften angeführt werden,

den, worinn man Nachrichten und Acten davon antrift. Uebrigens iſt der Gebrauch durch ein gedoppeltes Verzeichniß, nämlich durch ein chronologiſches und ein alphabetiſches, und überdiß noch durch ein Regiſter ſehr erleichtert.

Dieſes Werk hat alſo ſchon als eine mit Fleiß geordnete und durch litterariſche und andere Bemerkungen erläuterte Sammlung und Anzeige der in einzelnen auf die Religionsverfaſſung ſich beziehenden Streitigkeiten erſchienenen Staatsſchriften ſeinen längſt entſchiedenen Werth. Es liefert aber auch zugleich von einem Zeitraum von 33. Jahren den wichtigſten Stoff zu einer vollſtändigen Geſchichte des Corporis Evangelicorum, ſo wie auch der künftige Bearbeiter einer Geſchichte der teutſchen Toleranz und Intoleranz dieſelbe unentbehrlich finden wird. Daß es nicht die letzte Fortſetzung des Schaurothiſchen Werks ſeyn werde, ſieht man wohl mit einem hohen Grad von Wahrſcheinlichkeit voraus, wenn gleich die ächten und unächten Toleranzſyſteme immer herrſchender werden, und es auch in der wirklichen Ausübung zu werden beginnen. Inzwiſchen iſt doch ſo viel mit Grund zu hoffen, daß die künftigen Jahrzehende ungleich weniger Stoff dieſer Art darbieten werden, als ſich bisher im gegenwärtigen und dem verfloſſenen Jahrhundert in einem gleichen Zeitraum geſammelt hat.

Uebrigens

Uebrigens will ich, da der Herr Herausgeber auch darinn ſeinem Vorgänger nachgefolgt iſt, daß er es in eigenem Verlag herausgegeben hat, noch bemerken, daß dieſes Werk auch bey Varrentrapp und Wenner zu Frankfurt am Main vor 7. fl. in Commiſſion zu haben ſey.

Ende des zwanzigſten Theils.

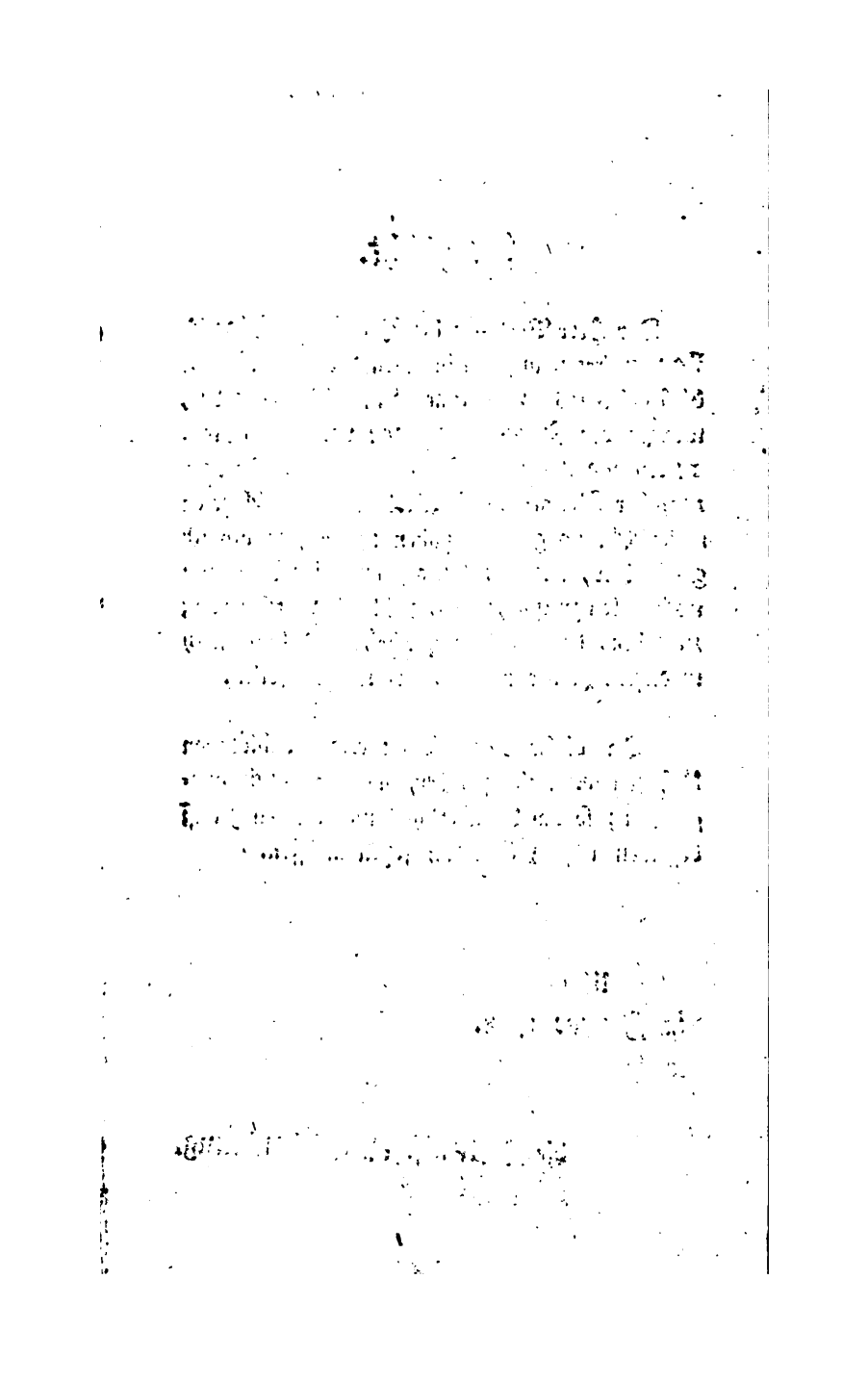
Nachricht.

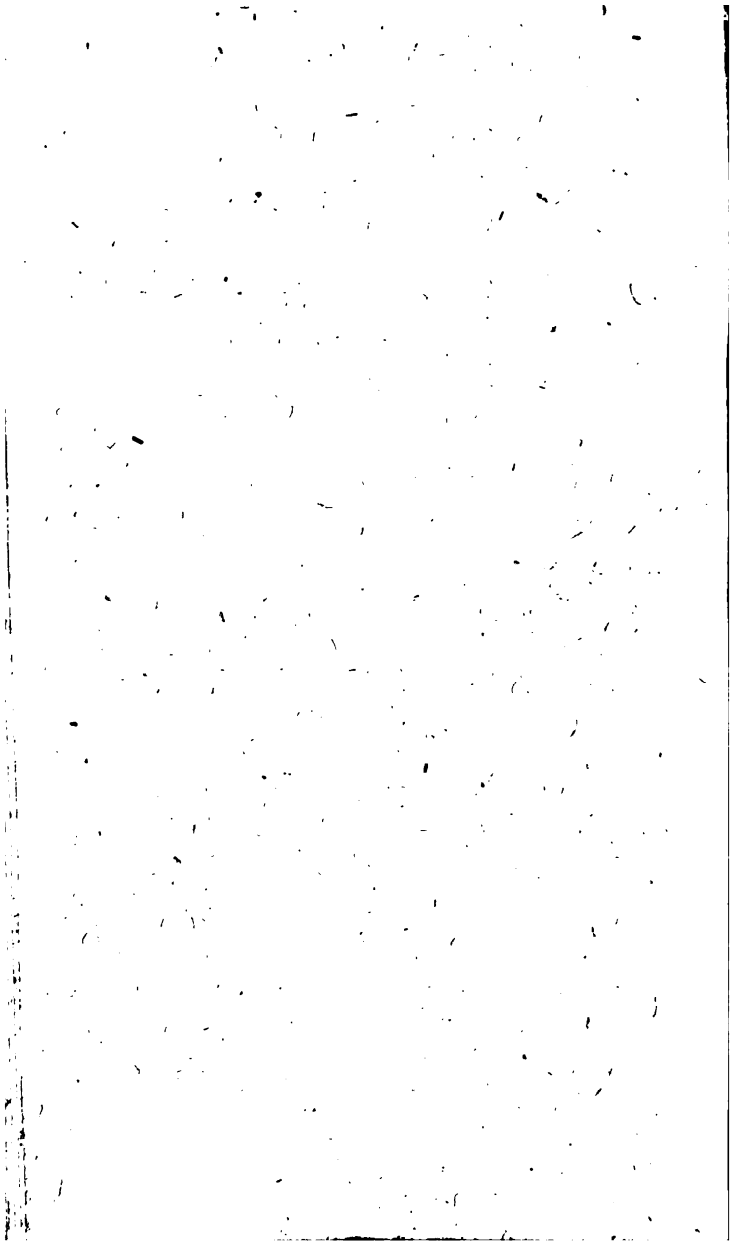
Der Herr Verfaſſer der Teutſchen Staats-Kanzley hat zwar ſchon in einem der letztern Theile dieſes Werks vorläufige Nachricht gegeben, warum der Zwanzigſte Theil vor dem 17ten, 18ten und 19ten geliefert werden ſolle. Da aber mancher Beſitzer dieſes Werks auf dieſe Anzeige nicht Achtung gegeben haben möchte, ſo bin ich gewöchiget, ſolches durch gegenwärtige Nachricht nochmalen zu thun, und zugleich die Verſicherung zu geben, daß gedachte 3 Theile zuverläßig noch in dieſem Jahre nachgeliefert werden ſollen.

Da dieſer 20ſte Theil aus zerſchiedenen Urſachen um vieles ſtärker, als gewöhnlich, ausgefallen; ſo hat die Verlagshandlung den Preiß deſſelben auf 1 Gulden ſetzen müſſen.

Ulm
im Januar 1788.

die Stettiniſche Buchhandlung.





JX
691
R48
v. 20

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.